

Herbst '89 im Blick der Stasi
Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Herbst '89 im Blick der Stasi

Die geheimen Berichte an die SED-Führung

– Auswahledition –

Herausgegeben von Daniela Münkler

Bundesarchiv
- Stasi-Unterlagen-Archiv -
Abteilung Vermittlung und Forschung
10106 Berlin
publikation.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Umschlag-Abbildung: Demonstration in Ostberlin am 7. Oktober 1989
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

6. Auflage, Berlin 2024

ISBN 978-3-946572-66-4

Inhalt

Einleitung	7
Das Berichtswesen der Staatssicherheit	8
Rezeption der ZAIG-Berichte durch die Parteiführung	10
Was wusste die Stasi?	11
Ursachenermittlung	15
Handlungsvorschläge	17
Schlussbemerkungen	18
Editorische Bemerkungen	19
Dank	20
Anhang: Adressaten der Berichte September bis November 1989	21
Bildteil	25
Ausgewählte Dokumente	29
Abkürzungen	187
Personenregister	189



Verkauf des Buches »Ich liebe Euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989«, März 1990 in Ostberlin

Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG) Fo HAB 23710 1

Einleitung

Daniela Münkkel

»Grundtenor der Meinungsäußerungen ist, die bisherige Parteiführung habe das Vertrauen des Volkes endgültig verloren. Ihr wird die Fähigkeit und auch der ehrliche Wille zur Durchsetzung von Reformen und Veränderungen generell abgesprochen. Immer stärker werden [...] von progressiven Kräften, darunter leitende Kader und Mitarbeiter zentraler staats- und wirtschaftsleitender Organe sowie von Kombinat und Betrieben, Forderungen nach völliger Offenlegung der grundsätzlichen Probleme in Partei, Staat und Gesellschaft, insbesondere in der Volkswirtschaft, bis hin zur Finanz- und Kreditsituation der DDR gestellt.«¹

Diese schonungslose Zusammenfassung der herrschenden Stimmungslage musste der seit 18. Oktober 1989 amtierende neue Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz, in einem geheimen Bericht der Staatssicherheit über »Reaktionen der Bevölkerung« vom 6. November 1989 lesen. Nun waren es laut MfS schon seit September nicht mehr nur »feindliche Sammlungsbewegungen« oder »oppositionelle Elemente«, die sich gegen die DDR-Führung und ihre reformunfähige Politik stellten,² sondern auch die sogenannten »progressiven Kräfte«, die Stützen des Regimes und zahlreiche SED-Mitglieder, was für das Regime das endgültige Ende bedeuten sollte. Denn aus der relativ überschaubaren Zahl aktiver Oppositioneller, die in den ersten Monaten des Jahres 1989 agierten und denen insbesondere mit der öffentlichen Anprangerung der Wahlfälschung während der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 ein erster Etappensieg zur Etablierung einer breiteren Opposition gelungen war, wurde innerhalb weniger Wochen im Oktober und November 1989 eine Massenbewegung, die durch eine »friedliche Revolution« das alte Regime schrittweise delegitimierte und entmachtete.

Die hier präsentierte Auswahl der geheimen Berichte des MfS an die SED-Führung umfasst den dramatischen Zeitraum von Mitte September, als die Opposition beginnt sich programmatisch und organisatorisch neu aufzustellen, bis zur Maueröffnung am 9. November 1989, als die erste Etappe der friedlichen Revolution abgeschlossen ist.³ Die Edition umfasst ausgewählte

1 Bericht O/232, hier abgedruckt.

2 Bereits am 11.9.1989 hatte die Stasi berichtet, dass sich SED-Mitglieder »kaum noch von Parteilosen unterscheiden«. Vgl. Bericht O/223. In: Mitter, Armin; Wollé, Stefan: Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 148–152, hier 148

3 Der gesamte Jahrgang 1989 ist im Jahr 2019 in der Reihe »Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953 bis 1989«, hg. von Daniela Münkkel im Auftrag des BStU erschienen. Einen Überblick über die Berichte des Jahres 1989 gibt Münkkel, Daniela: Die DDR im Blick der Stasi 1989. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21–22/2009, S. 26–32; zu ausgewählten Aspekten Giesecke, Jens: »Seit Langem angestaute Unzufriedenheiten breitetester Bevölkerungskreise« – Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicher-

Informationen und Stimmungsberichte, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS für die engere Partei- und Staatsführung gefertigt hat. Ergänzt werden diese Berichte durch die MfS-internen »Wochenberichte« vom 9. Oktober bis 6. November 1989. Die Wochenberichte, die in der Editionsreihe »Die DDR im Blick der Stasi« sonst nicht publiziert werden, geben einen knappen Überblick über die für die DDR-Führung immer prekärer werdende Lage. In geraffter Form offenbaren diese Berichte den unaufhaltsamen Niedergang: die Verbreiterung der Oppositionsbewegung und deren Aktivitäten, das Ansteigen der Fluchtbewegung, den inneren Zerfall in den staatlichen Institutionen sowie die katastrophale Lage in der DDR-Wirtschaft.

Einige Berichte, die die ZAIG im Jahr 1989 verfasst hatte, gehören zu den ersten Stasi-Dokumenten, die überhaupt publiziert wurden. Sie wurden von den Historikern Armin Mitter und Stefan Wolle, die als Mitglieder des Bürgerkomitees an der Sicherstellung der Archivalien des MfS beteiligt waren, zusammen mit anderen Dokumenten noch 1990 veröffentlicht.⁴ Das Buch war ein riesiger Erfolg, 250 000 verkaufte Exemplare, die teilweise vom Lastwagen herunter an die nach diesem ersten Einblick in das geheimnisvolle Innere der Stasi hungernde Leserschaft verkauft wurden. Die Eile, in der das Buch zusammengestellt wurde, erlaubte damals keine Kommentierung und quellenkritischen Anmerkungen. Außerdem »qualmten« die Ereignisse noch und die Käufer waren Zeitzeugen. Diese schnell zusammengestellte Dokumentensammlung ist mittlerweile fast in Vergessenheit geraten. Die Forschung zur »friedlichen Revolution« ist inzwischen weit vorangeschritten und das Thema ist der nachwachsenden Generation eher fremd geworden. Eine ausführlich kommentierte und historisch-kritische Auswahl edition 25 Jahre nach den Ereignissen erscheint deshalb sinnvoll, zumal nur drei der hier editierten Dokumente auch bereits im Band von Mitter und Wolle zu finden sind.

Das Berichtswesen der Staatssicherheit

Die regelmäßige Berichterstattung des MfS an die politische Führung geht auf den 17. Juni 1953 zurück. Eine Konsequenz, die die SED aus dem Aufstand zog, war die Einführung eines institutionalisierten, auf geheimdienstlichen Informationen basierenden Berichtssystems über die Lage in der DDR für die Partei- und Staatsführung. Dieses Berichtswesen unterlag zwischen 1953 und 1989 mannigfaltigen Veränderungen: Dies gilt für den Aufbau und den Charakter der Berichte genauso wie für den organisatorischen Rahmen

heitsdienstes. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90*. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 130–148.

4 Vgl. Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): »Ich liebe Euch doch alle...«. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990.

ihrer Entstehung.⁵ Die Berichte, die 36 Jahre lang in unterschiedlichen Formen und Frequenzen angefertigt wurden, offenbaren den Stasi-spezifischen Blick auf die DDR-Verhältnisse: Hinweise auf vermeintliches oder wirkliches oppositionelles Verhalten sind dort ebenso zu finden wie Problemlagen in Wirtschaft und Versorgung sowie Statistiken zu Devisenumtausch, Ausreise- und Fluchtfällen. Scheinbar Triviales steht neben den größeren und kleineren »Schwierigkeiten«, die sich bei der Etablierung und Aufrechterhaltung der SED-Herrschaft und dem Aufbau des »real existierenden Sozialismus« ergaben. Es entfaltet sich ein breitgefächertes Spektrum von Themen, die im weitesten Sinn sicherheitsrelevant waren, und Tiefenbohrungen in die DDR-Gesellschaft, bei denen Herrschaftsaltag anschaulich wird. Die Berichte sind geprägt von der geheimpolizeilichen Sicht, die vor allem darauf gerichtet war, politisch abweichendes Verhalten und sicherheitsrelevante Probleme aufzudecken und zu neutralisieren.

Der Wert dieser Berichte als historische Quelle ist ambivalent: Die unterschiedlichen Schwerpunkte, die die Stasi in ihrer Berichterstattung über die Jahrzehnte hinweg setzte, spiegeln in komprimierter Form objektive Problemlagen von Gesellschaft, Politik und Ökonomie. Gleichzeitig offenbaren sie den spezifischen Tunnelblick und die ideologisch bedingten Wahrnehmungsverzerrungen der Staatssicherheit. Insofern sind diese Berichte oftmals auch als Zeugnisse einer politisch-ideologischen Selbstvergewisserung zu verstehen. All dies schmälert jedoch nicht ihren Wert, muss aber bei der Interpretation berücksichtigt werden.⁶ Bei den Berichten des MfS an die SED-Führung handelt es sich, mit Ausnahme der ersten Jahre, nicht in erster Linie um allgemeine Stimmungs- und Lageberichte. Diese sind zwar zu finden, aber selten in dichter Abfolge. Daneben taucht das Thema Bevölkerungsstimmung aber häufig auch in anderen Berichten auf, die nicht explizit als Stimmungsberichte gekennzeichnet waren. Bei dem Gros der Texte handelt es sich jedoch um Meldungen zu Einzelvorkommnissen und deren »Analyse«. Die Stasi professionalisierte im Laufe der Jahrzehnte ihr Berichtswesen, d. h. sie verbesserte die empirische Zuverlässigkeit sowie die sprachliche und analytische Qualität ihrer Berichte.

- 5 Zu Veränderungen von Aufbau und Struktur der »Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) im MfS sowie zur Entwicklung des Berichtswesens vgl. ausführlich Engelmann, Roger; Joestel, Frank: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2009.
- 6 Zum Quellenwert von MfS-Unterlagen allgemein vgl. Engelmann, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995, S. 23–55.

Rezeption der ZAIG-Berichte durch die Parteiführung

Im Jahr 1989 fertigte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) im MfS insgesamt 239 Inlandsberichte für die Staats- und Parteiführung der DDR an, von denen hier fünf Informationen und drei O-Berichte dokumentiert sind. Hinzu kommen fünf sogenannte Wochenberichte. Darüber hinaus wurden bis zum 24. November 1989 21 Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung (»Reihe O«) verfasst, die vor allem für die oberste Stasi-Führungsriege – den Minister, seine Stellvertreter sowie die jeweils zuständigen Leiter zentraler Dienstseinheiten – zum internen Gebrauch bestimmt waren. Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Laufe des Jahres 1989 wurde der Verteilerkreis erweitert. Die beiden O-Berichte vom 13. Oktober⁷ gingen zusätzlich an einen Teil des SED-Politbüros (Honecker, Stoph, Krenz, Dohlus, Hager, Mittag, Schabowski, Tisch) und an den Leiter der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen Herger. Dieser außergewöhnlich große Kreis von Adressaten ist höchstwahrscheinlich der Tatsache geschuldet, dass sich in diesen Tagen gerade der Machtkampf in der SED-Führung vollzog, der am 18. Oktober mit der Absetzung Erich Honeckers als Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender endete.

Die späteren Stimmungsberichte wurden dann in der Regel nur noch dem neuen SED-Generalsekretär Egon Krenz zur Kenntnis gegeben.

Anders war die Lage bei der Berichtsreihe der Informationen, die grundsätzlich für externe Adressaten vorgesehen war. Waren in »normalen« Zeiten die Verteiler der Berichte in der Regel sehr klein gehalten, so änderte sich dies im Herbst 1989: Nun weisen die Verteiler neben dem SED-Generalsekretär und einigen Fachministern in der Regel das gesamte Politbüro aus. Ein Kennzeichen für die Brisanz der Lage.

Der Staatsratsvorsitzende und Generalsekretär des ZK der SED, Erich Honecker, erhielt im Jahr 1989, bis zu seiner Entmachtung am 18. Oktober, insgesamt 50 Inlandsberichte der ZAIG zur Kenntnis. Durch handschriftliche Vermerke auf den Berichten lässt sich feststellen, dass Honecker die ihm zugänglich gemachten Informationen zur Kenntnis genommen hat. Inwieweit er diese jedoch wirklich rezipiert und »ernst« genommen hat, muss dahingestellt bleiben.

Die meisten der von der ZAIG im Jahr 1989 verfassten Informationen (94) wurden an Egon Krenz – zunächst in seiner Funktion als Sekretär für Sicherheitsfragen des ZK der SED, dann als Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender – weitergeleitet. Im Gegensatz zu Honecker bekam Krenz in seiner kurzen Amtszeit als erster Mann in Partei und Staat alle von der ZAIG für den externen Gebrauch verfassten Berichte zu Gesicht. Nach dem Rücktritt von Krenz als SED-Generalsekretär am 3. Dezember bzw. als Staatsratsvorsitzender drei Tage später wurde der DDR-Ministerpräsident Hans Modrow

7 Hier ist nur einer dieser Berichte über das Neue Forum (O/229) abgedruckt, da der andere wenig aussagekräftig ist.

zum alleinigen externen Adressaten der Berichte des MfS, das seit Mitte November 1989 unter der Bezeichnung »Amt für Nationale Sicherheit« (AfNS) und vier Wochen später als »Verfassungsschutz der DDR« fungierte.

Was die Rezeption der »Informationen« durch die politische Führung der DDR im Jahr 1989 betrifft, so lässt sich anhand eines Abgleiches mit den Protokollen der Politbürositzungen des Jahres 1989 Folgendes konstatieren: Ein direkter Bezug zu ZAIG-Berichten wurde nur in einer Politbürositzung hergestellt:⁸ Hier wurden Informationen über geplante Aktivitäten von Oppositionellen im Rahmen der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 herangezogen und ausgewertet.⁹ In zahlreichen weiteren Fällen lässt sich allerdings ein Zusammenhang mit den in den ZAIG-Berichten erwähnten Ereignissen feststellen. Dieser bezieht sich zum einen darauf, dass Ereignisse im Nachhinein zur besseren Information des Politbüros ausführlich beschrieben und bewertet wurden. Zum anderen wurden Reaktionen der Bevölkerung und Auswirkungen von Politbürobeschlüssen erörtert und analysiert. Wie kaum anders zu erwarten, lagen die Schwerpunkte dabei im Jahr 1989 auf den Themen Opposition, Kirche, Ausreise sowie den Reaktionen auf die politischen Umwälzungen seit Oktober 1989. Hinzu kam die direkte Unterrichtung Honeckers durch Mielke in Vieraugengesprächen. Solche Gespräche dürften seit dem 18. November 1989 auch zwischen Krenz bzw. Modrow und dem neuen Chef des »Amtes für Nationale Sicherheit«, Wolfgang Schwanitz, stattgefunden haben.

Was wusste die Stasi?

Ohne dem Mythos von der »Allwissenheit und Allgegenwärtigkeit« der Stasi in der DDR das Wort reden zu wollen, lässt sich schon allein aufgrund der ZAIG-Berichte nicht von der Hand weisen, dass die Staatssicherheit sehr präzise über die Situation in der DDR, die Stimmung der Bevölkerung, die expandierende Oppositions- bzw. Ausreisebewegung sowie die Dynamik der Entwicklung im Bilde war. Diese Informationen gingen weit über Veröffentlichungen der »Westmedien« hinaus. Die Informationen, die die Staatssicherheit verarbeitete, stammten – neben eigenen »Beobachtungen« und offenen zugänglichen Quellen – aus IM-Berichten oder der Postkontrolle, anderem konspirativ beschafftem Material und Abhöraktionen. Darüber hinaus wurden auch partiell Berichte aus den »Westmedien« hinzugezogen. Formulierungen

8 Die geringe Zahl direkt nachweisbarer Bezüge zu einzelnen ZAIG-Berichten in den Sitzungen des Politbüros ist kein Spezifika des Jahres 1989: So sind im Jahr 1988 gerade einmal vier direkte Bezugnahmen nachzuweisen. Diese beziehen sich auf Opposition, Ausreise und Kirche bzw. das Verhältnis von Staat und Kirche. Im Jahr 1976 ist sogar nur ein direkter Bezug zu rekonstruieren. Hier handelte es sich um einen Fall von Umweltverschmutzung – durch Mängel bei den ortsansässigen Motorradwerken war es zu massiven Verunreinigungen des Flusses Zschopau gekommen; vgl. Information 672/76 v. 27.9.1976; BArch, MfS, ZAIG 2569.

9 Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED v. 9.5.1989; BArch DY 30/J IV 2/2-2328 - Information 182/89 v. 21.4.1989; BArch, MfS, ZAIG 3783.

wie nach »streng internen Hinweisen« oder »die Information ist wegen Quellegefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt« deuten klar darauf hin, dass die entsprechenden Informationen durch inoffizielle Mitarbeiter oder mit anderen geheimdienstlichen Mitteln erworben worden sind. Bemerkenswert ist, dass der Staatssicherheit solche »Informationsquellen« noch bis zum Ende der Berichtstätigkeit zur Verfügung standen, obwohl das IM-Netz während des Herbstes 1989 besonders schnell erodierte.¹⁰

Das Berichtswesen der Staatssicherheit im Jahr 1989 ist im Vergleich zur früheren Informationspraxis sowohl durch Kontinuitäten als auch durch Brüche gekennzeichnet. Mehr als überraschend sind zunächst die Kontinuitäten, die eine nicht mehr existente »Normalität« suggerieren. Trotz innerer Auflösungserscheinungen und Umstrukturierungen des MfS sowie Problemen mit dem IM-Netz berichtete die ZAIG bzw. deren auf »Auswertungs- und Informationstätigkeit« reduzierte Nachfolgeabteilung bis Ende Dezember 1989 kontinuierlich und teilweise routinemäßig weiter. Dies ging soweit, dass noch am 7. November 1989, also zwei Tage vor dem Mauerfall, die quartalsmäßige Statistik zum »grenzüberschreitenden« Verkehr vorgelegt wurde.¹¹

Jenseits dieser scheinbaren »Normalität« in der Berichterstattung des Jahres 1989 fallen allerdings einige Besonderheiten auf: So erhöhte sich die Berichtsfrequenz ab September, im Oktober wurde sogar zeitweise mehrmals täglich berichtet. Die Themenschwerpunkte lagen bei den Kirchen (35 »Informationen«), der Opposition und ihren Organisationen (57 »Informationen«). Probleme in Wirtschaft (6 »Informationen«) und Umwelt (4 »Informationen«) beispielsweise treten demgegenüber und im Vergleich zu anderen Berichtsjahren stark in den Hintergrund.

Darüber hinaus fällt auf, dass sich in den letzten Wochen vor dem Mauerfall die Feindbildstereotypen, die in der Berichterstattung mal mehr, mal weniger auftauchen und je nach politischer Linie der SED differieren konnten, beginnen aufzulösen.

Nun heißt es nicht nur, dass die »Sammlungsbewegungen« »ausnahmslos alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft« durchdringen,¹² sondern das MfS nimmt auch zur Kenntnis, dass immer mehr Trägergruppen des Regimes und SED-Mitglieder nicht nur verunsichert waren, sondern das Vertrauen in die Reformfähigkeit der politischen Führung verloren und begannen sich abzuwenden.

Die DDR-Staatssicherheit war in jedem Stadium bestens über den Stand der Dinge informiert und berichtete darüber an die Partei- und Staatsführung.

Im ersten Halbjahr 1989 dominierten in den Berichten über die oppositionellen Bestrebungen die Kirchen sowie die Konflikte zwischen Kirchenleitungen und Gemeinden, unter deren Dach sich immer mehr Menschen

10 Vgl. dazu ausführlich Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999 (2. Aufl.), S. 225 ff. u. 508 ff.

11 Vgl. Information 499/89 v. 7.11.1989; BArch, MfS, ZAIG 3728.

12 Information 485/89, hier abgedruckt.

zusammenfanden, die ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verleihen wollten. Die Staatssicherheit wusste nicht nur sehr genau, wer sich wo traf und welche Personen die Wortführer waren. Sie wusste auch um Strategien, geplante Aktionen und Konflikte. Ein wichtiges Ereignis waren hier die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989,¹³ in deren Folge die Kandidatenaufstellung sowie die Durchführung der Wahlen erstmals öffentlich scharf kritisiert und eine Demokratisierung gefordert wurde.

In der zweiten Jahreshälfte 1989, als die Oppositionsbewegung schrittweise das Schutzdach der Kirchen verließ und den öffentlichen Raum eroberte, veränderten sich auch die Schwerpunkte in den »Informationen« des MfS. Konnte die Staatssicherheit am 30. Mai 1989 der Parteiführung in einem langen Bericht über die diversen Oppositionsgruppen und deren führende Protagonisten zutreffend berichten,¹⁴ dass die Opposition in der DDR noch relativ überschaubar war, sollte sich dies ab Mitte September von Woche zu Woche ändern.

Der erste hier edierte Bericht datiert auf den 19. September und ist eine ausführliche Darlegung der Versuche der diversen Oppositionsgruppen, sich anders zu organisieren, sich feste Strukturen zu geben und damit aus der Illegalität herauszutreten und ihre Basis zu verbreitern.¹⁵ Im Fokus steht vor allem die Bildung des Neuen Forums sowie die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), von Demokratie Jetzt und des Demokratischen Aufbruchs. Da es der Staatssicherheit gelungen war, in alle Gruppen inoffizielle Mitarbeiter einzuschleusen, und die führenden Protagonisten der Opposition häufig auch abgehört wurden,¹⁶ war sie über die aktuelle Situation, Personen, mittel- und längerfristige Pläne sowie die nächsten Schritte der Opposition bestens informiert und konnte dieses Wissen an die Parteiführung umgehend weiterleiten.

Auch als die Demonstrationen im Oktober und Anfang November 1989 ihren Höhepunkt erreichten, berichtete die Stasi weiter vor allem von dem Ablauf, den Parolen und Forderungen. Was diese Demonstrationen für das Machtmonopol der Partei und ihrer Führung bedeuteten, wird allerdings nicht thematisiert.¹⁷ Am 10. Oktober 1989 wurde ein langer Bericht über die großen Demonstrationen in Leipzig, Dresden und Magdeburg verfasst,¹⁸ in dem neben der Beschreibung der Aktivitäten der Opposition, der Teilnehmerzahlen an Demonstrationen und Veranstaltungen, dem friedlichen Charakter und der Erwartungshaltung der Demonstranten auch die Erwartung

13 Vgl. dazu ausführlich Michael-Kloth, Hans: Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«, Berlin 2000, S. 115 ff.

14 Vgl. Information 150/89 v. 30.5.1989; BArch, ZAIG 3756.

15 Vgl. Information 416/89, hier abgedruckt.

16 Diese Telefonabhörprotokolle sind mittlerweile publiziert; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha; Polzin, Arno (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit. Göttingen 2014.

17 Vgl. Information 452/89, hier abgedruckt.

18 Vgl. ebenda. Zu den Ereignissen in Sachsen vgl. ausführlich Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch und Demokratie in Sachsen 1989/90. 2 Bde, Göttingen 2009.

thematisiert wird, dass der Staat den angekündigten Dialog nun auch in die Tat umsetzen sollte – wozu er, wie sich schnell herausstellte, nicht wirklich fähig war. Interessant ist, dass dieser Bericht, obwohl eine größere Verteilung an Politbüromitglieder vorgesehen war, nach Anordnung des Chefs der ZAIG, Werner Irmeler, nur intern verteilt wurde. Wenige Tage später, am 13. Oktober 1989, wurde ein zusammenfassender Stimmungsbericht über die Reaktionen der Bevölkerung auf das Neue Forum erstellt und – wie bereits angesprochen – entgegen der üblichen Usancen auch an ausgewählte Politbüromitglieder verschickt.¹⁹ Der Bericht beschäftigt sich auch ausführlich mit den Meinungen der Trägerschichten des Regimes, deren durchaus vorhandener Sympathie für das Neue Forum sowie vor allem deren Erwartungen an die Parteiführung. Hier wurde deutliche Kritik an dem zurückhaltenden und kopflosen Verhalten der SED-Führung geübt sowie das Eintreten in einen ernsten Dialog mit den oppositionellen Kräften eingefordert.

Bezüglich der Ausreise- und Fluchtbewegung ist festzustellen, dass sich das MfS seit September 1989 nicht mehr nur darauf konzentrierte, die Tatsache einer massenhaften Abwanderung von DDR-Bürgern zu konstatieren, sondern sich nun auch dezidiert mit den Gründen und vor allem den Folgen für die DDR auseinandersetzte. Neben den Wochenberichten, in denen sowohl die Gesamtzahlen der Ausreiser und Flüchtlinge als auch spektakuläre Einzelfälle präsentiert werden, beschäftigt sich unter den hier editierten Berichten einer ausführlich mit der Thematik, und zwar bezogen auf die Ausreise von Flüchtlingen am 4./5. Oktober 1989, die in der bundesdeutschen Botschaft in Prag Zuflucht gesucht hatten.²⁰ Eine Bedingung für die Zustimmung der DDR-Führung zur Ausreise war, dass die Züge über das Gebiet der DDR führen, damit die Betroffenen offiziell ausgebürgert werden konnten. In Dresden, wo die Züge passierten, kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen von Polizei, Staatssicherheit und Armee mit Ausreisewilligen. Demonstranten wurden stundenlang eingekesselt. Die Staatsmacht reagierte mit massiver Gewalt und zahlreichen Festnahmen²¹. All dies wird zwar benannt, aber nicht ohne die fragwürdigen »Leistungen« der Sicherheitskräfte hervorzuheben und sich des eigenen Tuns selbst zu vergewissern.

»Die an der Realisierung der zentralen Entscheidung beteiligten Kräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Eisenbahnpersonale der Deutschen Reichsbahn und der ČSSR-Staatsbahn haben die gestellten Aufgaben mit hoher Disziplin und Einsatzbereitschaft sowie einem aufopferungsvollen Verhalten durchgeführt.«²²

19 Bericht O/229, hier abgedruckt.

20 Vgl. Information 441/89, hier abgedruckt.

21 Vgl. dazu ausführlich Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999 (2. Aufl.), S. 252 ff; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f.

22 Information 441/89, hier abgedruckt.

Ist die Hervorhebung der Verdienste und des erfolgreichen Agierens vor allem des MfS ein Muster, was in allen Berichtsjahrgängen wiederkehrt, finden sich nun auch Forderungen, das MfS und sein Handeln öffentlich zu verteidigen und nicht als Sündenbock für alle Fehlleistungen abzustempeln – eine Tendenz, die die DDR-Führung seit Amtsantritt von Egon Krenz befördert hat, um vom eigenen Unvermögen und von Fehlleistungen abzulenken.

»Die Duldung der Hetz- und Verleumdungskampagne gegenüber den Schutz- und Sicherheitsorganen insbesondere durch die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei werten zahlreiche Mitarbeiter dieser Organe sowie Kommandeure von Kampfgruppen als Anzeichen dafür, dass das MfS in diesem Prozess der Auseinandersetzungen »geopfert« und für die entstandene Lage verantwortlich gemacht werden solle. [...] Immer häufiger wird in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, warum die Parteiführung nicht mehr unternehme, um in der Öffentlichkeit die verleumderischen Angriffe und Beschuldigungen gegenüber den Schutz- und Sicherheitsorganen zurückzuweisen.«²³

Ursachenermittlung

Die Staatssicherheit versuchte in ihrer Berichterstattung auch den Ursachen für die Unzufriedenheiten der breiten Masse der DDR-Bevölkerung, der Fluchtwelle sowie für das Erstarken der Oppositionsbewegung auf den Grund zu gehen. Dabei sind vor allem zwei widersprüchliche Argumentationsebenen auszumachen: Erstens: Eine ideologisch motivierte Begründung, die die Entwicklung auf den Einfluss des »Klassenfeindes« in Form von »Westinfiltration« und »Westmedien« zurückführte. Zweitens: Eine relativ nüchterne Ursachenanalyse, die die Gründe in den Defiziten der DDR-Innen- und Gesellschaftspolitik suchte – hier ist ein qualitativer Unterschied zu allen vorangegangenen Berichtsjahrgängen festzustellen. Ursachen wurden zwar auch früher schon benannt, allerdings in der Regel nur auf einzelne, zeitlich begrenzte Probleme in der Wirtschaft oder anderen Bereichen zurückgeführt.

Das erstgenannte Argumentationsmuster ist demgegenüber kein Spezifikum des Jahres 1989, sondern durchgängig zu finden, es dominiert in den Berichten an die Partei- und Staatsführung zu Ereignissen und Problemlagen (Reihe »Informationen«), wird aber häufig auch in den Stimmungsberichten (O-Reihe) ins Feld geführt. Ein großer Einfluss der Westmedien auf die Meinungsbildung von Teilen der DDR-Bevölkerung ist nicht von der Hand zu weisen und die Bürgerrechtler nutzten die Medien der Bundesrepublik angesichts einer nicht vorhandenen pluralen medialen Öffentlichkeit in der DDR nicht nur, um auf ihre Aktivitäten und Ziele aufmerksam zu machen, sondern auch um eine breite Öffentlichkeit herzustellen und dadurch einen gewissen Schutz vor staatlicher Repression zu erlangen.²⁴ Die Oppositionsbewegung in

23 Bericht O/232, hier abgedruckt.

24 Vgl. u. a. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 251.

der DDR wird allerdings selbst vom MfS nicht ausschließlich auf den Einfluss des westlichen Auslandes reduziert, auch andere, durchaus treffendere Feststellungen finden sich in den Stasi-Analysen. Auffällig ist jedoch, dass sich im September 1989, also in der Phase der beschleunigten Erosion des Regimes, die klassischen ideologischen Argumentationsmuster eher wieder verstärken. In der Information vom 19. September 1989 über die »oppositionellen Kräfte« konnte man wiederum lesen:

»Nach dem MfS vorliegenden zuverlässigen Hinweisen unterhält die Mehrzahl der Vorgenannten [Bürgerrechtler, D. M.] stabile und intensive Verbindungen zu führenden Vertretern politischer Parteien in der BRD und Westberlin [...], zu als Schaltstellen subversiver Aktivitäten gegen die DDR agierenden Kräften im westlichen Ausland [...] zu antikommunistischen Führungskräften der westeuropäischen Friedensbewegung und nicht zuletzt zu in der DDR akkreditierten Korrespondenten westlicher Medien.«²⁵

Diese teilweise auf Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre zurückgehende ideologische Befangenheit der Staatssicherheit resultierte vor allem daraus, dass die Führungspositionen im MfS, wie auch im Staatsapparat und in der SED, 1989 noch mit Personen besetzt waren, die in der Hochzeit des Kalten Krieges politisch geprägt worden waren und sich von dieser Sichtweise offenbar nicht lösen konnten.²⁶ Darüber hinaus haben ein massiver Realitätsverlust und der unerschütterliche Glaube an die unaufhaltsame Verwirklichung des realen Sozialismus in der DDR-Führungsriege solche Interpretationen begünstigt. Ebenso wurden Vergleiche der Lage im Herbst 1989 mit den »konterrevolutionären Ereignissen am 17. Juni 1953« gezogen.²⁷ Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, warum die zutreffende Benennung der innen- und gesellschaftspolitischen Ursachen der Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung, die schließlich in der »friedlichen Revolution« vom Herbst 1989 münden sollten, vor allem in den Stimmungsberichten zu finden sind. Entkleidet man diese Berichte der gängigen berichtsimmanenten Floskeln, die die Maßnahmen der SED-Regierung positiv bewerten,²⁸ ergibt sich eine erstaunlich treffende Analyse der Problemlagen der DDR-Gesellschaft.

Daneben wurden auch die (wieder)erstarkte Oppositionsbewegung in Polen und Ungarn sowie die Politik Gorbatschows in der Sowjetunion als Ursachen für die innenpolitische Lage in der DDR angeführt. Darüber hinaus weisen die Berichte auch auf das »Versagen« der SED hin. Mangelnde Konsummöglichkeiten, Versorgungsprobleme aller Art, die Medien- und Informationspolitik der SED, die fehlenden Reisemöglichkeiten, das Erstarken der Oppositionsbewegungen unter anderem in Polen sowie Glasnost und

25 Information 416/89, hier abgedruckt.

26 Vgl. dazu u. a. auch Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 745.

27 Bericht O/226 v. 8.10.1989; BArch, MfS, ZAIG 4257.

28 Zum Aufbau und Sprachstil der Lage- und Stimmungsberichte des MfS vgl. Stolle, Uta: Traumhafte Quellen. Vom Nutzen der Stasi-Akten für die Geschichtsschreibung. In: Deutschland Archiv 30(1997), S. 209–221.

Perestroika in der Sowjetunion sind genau die Ursachen für die »friedliche Revolution«, die auch die zeithistorische Forschung ausgemacht hat.²⁹

Handlungsvorschläge

Die Staatssicherheit hat sich in ihren Berichten an die Staats- und Parteiführung im Jahr 1989 nicht nur auf die Darlegung ihrer Erkenntnisse und deren Analyse beschränkt, sondern auch Handlungsoptionen aufgezeigt bzw. -vorschläge unterbreitet. Derartige Tendenzen wiesen die »Informationen« seit den fünfziger Jahren immer wieder auf, in den sechziger Jahren wurden solche Vorschläge – jedenfalls, wenn sie die untergeordneten Herrschaftsebenen betrafen – von der ZAIG-Leitung sogar eingefordert. Doch letztlich blieben die Berichte – vermutlich nicht zuletzt aufgrund von Bedenken des Ministers Erich Mielke – in dieser Hinsicht eher zurückhaltend. Das ändert sich aber in den späten achtziger Jahren – nun enthielten die Berichte immer häufiger Hinweise, wie im konkreten Fall vorzugehen sei.³⁰ Die Vorschläge, die das MfS Erich Honecker und führenden Mitgliedern des Politbüros im Hinblick auf die Oppositionsbekämpfung unterbreitete, deuten auf eine Doppelstrategie hin, die sowohl Maßnahmen der »Zersetzung« als auch des Entgegenkommens und der Deeskalation enthielten.³¹

Um die Opposition zu destabilisieren, versuchte man durch den gezielten Einsatz von SED-konformen Personen im oppositionellen Milieu die Entwicklung zu kontrollieren.³² Im Mai 1989 schlug das MfS – neben zahlreichen anderen Maßnahmen – in einer »Information« vor:

»Der Einsatz befähigter und erprobter gesellschaftlicher Kräfte, die über entsprechende politisch-ideologische Grundvoraussetzungen und fachspezifische Kenntnisse verfügen sowie erforderliche charakterlich-psychologische Voraussetzungen besitzen, wäre zu konzentrieren auf die Teilnahme an geplanten öffentlichen und kirchlichen Aktivitäten vorgenannter personeller Zusammenschlüsse u. a. mit dem Ziel der Verhinderung des politischen Missbrauchs solcher Aktivitäten, der Schaffung eines »positiven Übergewichts« bei Veranstaltungen sowie der Unterstützung der Sicherheitsorgane bei notwendig werdenden Auflösungen von Zusammenkünften.«³³

29 Vgl. dazu u. a. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009; Dalos, György: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa. München 2009; Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009, sowie eher aus Zeitzeugenperspektive Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München, Zürich 2008.

30 Zu den Berichten des Jahres 1988 vgl. Joestel, Frank: Die zentralen »Parteiinformationen« der Staatssicherheit im Jahre 1988. In: Gieseke, Jens (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR. Göttingen 2007, S. 129–156, hier 150.

31 Zur MfS-Taktik der »Zersetzung« vgl. Pingel-Schliemann, Sandra: Zersetzen. Strategie einer Diktatur. Berlin 2002.

32 Zur Strategie der Stasi ausführlich vgl. Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 223 ff.

33 Information 150/89 v. 30.5.1989; BArch, MfS, ZAIG 3756.

Da diese Strategie trotz zahlreicher inoffizieller Mitarbeiter in den diversen Oppositionsgruppen in der zweiten Jahreshälfte 1989 immer seltener aufging, versuchte man die unzufriedenen Bürger einzubinden und propagierte auch den »Dialog« mit Oppositionellen – eine Strategie, die die Parteiführung unter Egon Krenz ebenso verfolgte. Da es hier jedoch nicht um einen Dialog im eigentlichen Sinn ging, sondern in inszenierten Versammlungen seitens der Führungskader in der Regel die üblichen Floskeln verbreitet wurden,³⁴ war die Strategie nicht erfolgreich und stieß auf massive Kritik seitens der Opposition, die im Oktober/November immer nachdrücklicher einen echten Dialog forderte.

In Dresden eskalierte – wie bereits erwähnt – die Lage am 4./5. Oktober 1989, als die Stasi gegen Demonstranten mit Gewalt vorging.³⁵ Auch dieses Vorgehen brachte nicht den gewünschten Erfolg und wurde, begünstigt durch ein Umdenken bei den Sicherheitskräften, somit wieder aufgegeben. In einer Information vom 30. Oktober 1989 über den Stand der Bürgerrechtsbewegung empfiehlt das MfS dann eine zurückhaltende Vorgehensweise und fragt nach der Sinnhaftigkeit, das Neue Forum weiterhin als illegale Gruppe zu behandeln:

»Die undifferenzierte Unterbindung des Einflusses des ›Neuen Forums‹ und von dieser Sammlungsbewegung ausgehender Aktivitäten würden mit erheblichen Auswirkungen des begonnenen gesellschaftlichen Dialogs verbunden sein und nicht zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage beitragen.«³⁶

Schlussbemerkungen

Die Berichte der DDR-Staatssicherheit aus dem Jahr 1989 lassen folgende Feststellungen zur Rolle der Staatssicherheit in der untergehenden DDR zu: Es wird ersichtlich, dass die Staatssicherheit sehr genau über die Vorgänge in der DDR, die sich zunächst im engen Rahmen und dann auf breiterer Basis formierende Oppositionsbewegung, die Ausreisebewegung, die Kritikpunkte der Bevölkerung am SED-Regime und seinem Führungspersonal im Allgemeinen sowie an den Versorgungslücken im Konsum- und Arbeitsbereich im Speziellen, informiert war. Dabei befürwortete das MfS als Reaktion auf die veränderten Verhältnisse in ihren »Handlungsempfehlungen« an die politische Führung eine Doppelstrategie: einerseits die Fortführung und Erweiterung der seit den siebziger Jahren bereits praktizierten »Zersetzungstaktik« gegenüber einzelnen Oppositionellen bzw. Oppositionsgruppen, andererseits

34 Zur Dialogstrategie der Regierung vgl. ausführlich Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 427 ff.

35 Vgl. dazu ausführlich Stieß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 245 ff.

36 Information 485/89, hier abgedruckt.

politische Zugeständnisse zur Entschärfung der Lage.³⁷ Daneben wurden allerdings auch Szenarien einer gewaltsamen Niederschlagung der Oppositionsbewegung theoretisch durchgespielt.³⁸ Letztendlich gelang es dem MfS trotz der umfassenden Kenntnisse über die Oppositionsbewegung und der weithin zutreffenden Analyse der Bevölkerungsstimmung jedoch nicht, sich von ideologisch festgefahrenen Interpretationsmustern zu lösen.

Erich Mielkes Behauptung: »Alle Unzulänglichkeiten, manchmal von ganz kleinen Dingen nur bis zu den größten, haben wir gemeldet«,³⁹ kann gerade auch vor dem Hintergrund der MfS-Berichte aus dem Jahr 1989 als weitgehend zutreffend angesehen werden. Ebenso seine Feststellung: »Wir haben Vorschläge gemacht.« Das Unvermögen der Staats- und Parteiführung der DDR, auf die Eskalation der Ereignisse angemessen zu reagieren, ist jedenfalls nicht auf eine unzureichende Information durch die DDR-Geheimpolizei zurückzuführen.

Editorische Bemerkungen

Die Berichte sind umfassend kommentiert. Gruppen, Organisationen, Ereignisse, Gesetze und Verordnungen sowie alle genannten Personen werden erläutert. Die Berichte werden vollständig inklusive Titel, Text, Datumsangabe, Verteiler, Vermerke und Anlagen ediert. Einzig bei den Wochenberichten wurde auf die Wiedergabe der umfangreichen Anlagen verzichtet, diese sind aber im Dokumentenapparat nachgewiesen. Die Rechtschreibung ist der heute gültigen angepasst. Offensichtliche Tipp- bzw. Schreibfehler werden stillschweigend korrigiert, andere Schreibfehler in den Fußnoten nachgewiesen.

Die edierten Berichte sind mit einem Dokumentenkopf und einem -apparat versehen. Der Dokumentenkopf setzt sich aus Datum und Titel des Berichtes zusammen. Die Datierung bei der Reihe »Informationen« bezieht sich entweder auf die Ausfertigung durch die ZAIG oder die Bestätigung durch Erich Mielke bzw. dessen Stellvertreter. Sofern Erklärungen zum Datum nötig waren, sind diese in der Rubrik »Datum« angemerkt. Der Titel der »Informationen« wird gleichlautend zum Original wiedergegeben. Die Registriernummern der »Informationen« wurden in den Titel integriert. Die vom ZAIG-Sekretariat erst bei der Archivierung festgelegten Ablagenummern der

37 Ilko-Sascha Kowalczyk interpretiert diesbezüglich die Rolle Mielkes zutreffend anders als bisher: »Die Diskussions- und Entwicklungsprozesse seit 1987 zeigten, dass er [Erich Mielke – D. M.] eher für vorsichtige Wandlungen im System plädierte; unnachgiebig gegen Feinde und Gegner vorgehen, aber zugleich offensiv der Gesellschaft neue und attraktive politische Angebote unterbreiten.« Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009!, S. 477 f.

38 Vgl. dazu ausführlich üß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 177 ff.

39 Redebeitrag von Erich Mielke während der Sitzung der DDR-Volkskammer am 13. November 1989. In: Volkskammer Protokolle, 9. Wahlperiode, Bd. 25, S. 262 f., hier 263.

sogenannten O-Serie («Reaktionen der Bevölkerung») werden ebenfalls im Titel nachgewiesen; sie stehen jeweils am Ende in eckigen Klammern.

Der Dokumentenapparat gliedert sich in folgende Unterpunkte: Quelle, Serie, Verteiler (mit aufgeschlüsselten Namen, sortiert nach MfS-extern und -intern), Datum, Vermerke, Bemerkungen zu etwaigen Besonderheiten, Nachweis der Anlagen sowie Verweise, die sich auf ein anderes, gesamtes Dokument im direkten Ereigniszusammenhang beziehen.

Eine Adressatenliste, ein Personenregister und ein Abkürzungsverzeichnis vervollständigen die Edition.

Dank

Wenn diese Auswahledition im Vergleich zu den regulären Editionsbanden der Reihe »Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung« auch einen wesentlich geringeren Umfang hat, war deren Herstellung dennoch ein aufwendiges Unterfangen, an dem viele Personen beteiligt sind. Für ihre Unterstützung danke ich ganz besonders Ronny Kietzmann und Frank Joestel. Für die kritische Durchsicht des Manuskriptes und wichtige Hinweise sei Roger Engelmann und Bernd Florath herzlich gedankt. Des Weiteren geht mein Dank an Petra Hein, Ina Herrmanowski und Kristina Steinmetz sowie an die Kollegen und Kolleginnen unseres Publikationssachgebietes Christian Adam, Christiane Neumicke und Christin Schwarz.

Berlin, im August 2014

Anhang: Adressaten der Berichte September bis November 1989

Tabelle 1: Adressaten der Berichte 1989 außerhalb des MfS

Name, Vorname	Funktion
Ahrendt, Lothar (Jg. 1936)	Stellvertretender Minister des Innern, SED, ab Nov. 1989 Innenminister
Axen, Hermann (Jg. 1916)	SED-Politbüro, ZK-Sekretär für Außenpolitik
Böhme, Hans-Joachim (Jg. 1929)	SED-Politbüro, 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle
Dickel, Friedrich (Jg. 1913)	Minister des Innern, SED-ZK
Dohlus, Horst (Jg. 1925)	SED-Politbüro, ZK-Sekretär für Parteiorgane
Eberlein, Werner (Jg. 1919)	SED-Politbüro, 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg
Fischer, Oskar (Jg. 1923)	Minister für Auswärtige Angelegenheiten, SED-ZK
Hager, Kurt (Jg. 1912)	SED-Politbüro, ZK-Sekretär für Wissenschaft, Bildung und Kultur
Herger, Wolfgang (Jg. 1935)	Leiter der Abteilung Sicherheit beim SED-ZK
Herrmann, Joachim (Jg. 1928)	SED-Politbüro, ZK-Sekretär für Medien
Honecker, Erich (Jg. 1912)	SED-Generalsekretär, Staatsratsvorsitzender, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates (bis 18.10.1989)
Jarowinsky, Werner (Jg. 1927)	SED-Politbüro, ZK-Sekretär für Kirchenfragen sowie Handel und Versorgung
Keßler, Heinz (Jg. 1920)	Minister für Nationale Verteidigung, SED

Name, Vorname	Funktion
Kleiber, Günther (Jg. 1931)	SED-Politbüro, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Krauß, Peter (Jg. 1941)	Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim SED-ZK
Krenz, Egon (Jg. 1937)	SED-Politbüro, ZK-Sekretär für Sicherheit, Staat/Recht und Jugend, SED-Generalsekretär ab 18.10.1989
Krolikowski, Herbert (Jg. 1924)	Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten, SED
Krolikowski, Werner (Jg. 1928)	SED-Politbüro, ZK-Sekretär für Landwirtschaft
Lange, Ingeburg (Jg. 1927)	SED-Politbüro, Leiterin der Abt. Frauen beim ZK
Löffler, Kurt (Jg. 1932)	Staatssekretär für Kirchenfragen, SED
Lorenz, Siegfried (Jg. 1930)	SED-Politbüro, 1. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt
Mittag, Günter (Jg. 1926)	SED-Politbüro, ZK-Sekretär für Wirtschaft
Mückenberger, Erich (Jg. 1910)	SED-Politbüro, Vorsitzender der Zentralen Partei-Kontroll-Kommission
Müller, Gerhard (Jg. 1928)	SED-Politbüro, 1. Sekretär der Bezirksleitung Erfurt
Müller, Margarete (Jg. 1931)	SED-Politbüro, Vorsitzende der Agrar-Industrie-Vereinigung Friedland
Neumann, Alfred (Jg. 1909)	SED-Politbüro, 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Rettner, Gunter (Jg. 1942)	Leiter der Abt. Internationale Politik und Wirtschaft im SED-ZK

Name, Vorname	Funktion
Schabowski, Günther (Jg. 1929)	SED-Politbüro, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin
Schürer, Gerhard (Jg. 1921)	SED-Politbüro, Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission im DDR-Ministerrat
Sindermann, Horst (Jg. 1915)	SED-Politbüro, Präsident der Volkskammer
Sorgenicht, Klaus (Jg. 1923)	Leiter der Abt. Staat und Recht beim SED-ZK
Stoph, Willi (Jg. 1914)	SED-Politbüro, Vorsitzender des DDR-Ministerrates
Tisch, Harry (Jg. 1927)	SED-Politbüro, Vorsitzender des FDGB
Walde, Werner (Jg. 1926)	SED-Politbüro, 1. Sekretär der Bezirksleitung Cottbus

Tabelle 2: Name und Funktion der Adressaten innerhalb des MfS 1989 (ohne ZAIG): alle in einem Generalsrang (von Generalmajor bis Armeegeneral)

Name, Vorname	Funktion
Carlsohn, Hans (Jg. 1928)	Leiter des Sekretariats Mielke
Felber, Horst (Jg. 1929)	Erster Sekretär der SED-Kreisleitung des MfS
Großmann, Werner (Jg. 1929)	Stellvertreter Mielkes und Leiter der Auslandsspionage (HV A)
Irmeler, Werner (Jg. 1930)	Leiter der ZAIG (Information, Instruktion, Organisation)
Kienberg, Paul (Jg. 1926)	Leiter der HA XX (»Untergrund«, Staat, Kirchen und Kultur)
Kleine, Alfred (Jg. 1930)	Leiter der HA XVIII (Wirtschaft)
Kratsch, Günther (Jg. 1930)	Leiter der HA II (Spionageabwehr)
Mielke, Erich (Jg. 1907)	Minister für Staatssicherheit
Mittig, Rudi (Jg. 1925)	Stellvertreter Mielkes für »Innere Abwehr« (Wirtschaft, »Untergrund«, Staatsapparat, Verkehr u.a.)
Neiber, Gerhard (Jg. 1929)	Stellvertreter Mielkes für »Äußere Abwehr« (ohne Spionageabwehr)
Schwanitz, Wolfgang (Jg. 1930)	Stellvertreter des Ministers für Technik und Wirtschaft, Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit

Bildteil



Demonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989

Robert-Havemann-Gesellschaft (RHG) Fo HAB 21002



Demonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989

RHG Fo HAB 21003



Demonstration in Leipzig am 9. Oktober 1989

RHG Fo HAB 21007



Demonstration in Ostberlin am 7. Oktober 1989

RHG Fo NiBe 001 46



Demonstration in Ostberlin am 7. Oktober 1989

RHG Fo NiBe 001 34



Demonstration in Ostberlin am 7. Oktober 1989

RHG Fo NiBe 001 58.



Demonstration in Ostberlin am 7. Oktober 1989

RHG Fo NiBe 009 71

Ausgewählte Dokumente

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000097

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 19 09 89

15 Blatt
12 " Anlagen
Exemplar

Nr. 416 / 89

INFORMATION
über

Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung
DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen

Inf. Nr. 416/89 - Verteiler:

1. Gen. Mittag durch Minister übergeben
2. Gen. Stoph
3. Gen. Axen
4. Gen. Dohlius
5. Gen. Hage
6. Gen. Herrmann
7. Gen. Jarowinsky
8. Gen. Krenz
9. Gen. Keßler
10. Gen. Sindermann
11. Gen. Tisch
12. Gen. Fischer
13. Gen. Herger
14. Gen. Retner
15. Gen. Sorgenicht
16. Gen. Minister
17. Gen. Mittag
18. Gen. Großmann
19. Gen. Neiber
20. Gen. Schwinitz
21. HA II, Leiter
22. HA VII, Leiter
23. HA IX, Leiter
24. HA XX, Leiter
25. Rechtsstelle, Leiter
26. HA XX/4
27. Gen. Carlsohn
28. HA XX/ANG
29. Gen. Immler
30. Gen. Rebohle
31. Gen. Schabowski
32. Gen. Dickel/Ahrendt
33. Gen. Tannhäuser
34. Gen. Bausch *verm. 7.11.89*
35. Gen. Kötter
36. Gen. Krolikowski *aka W.*
37. Gen. Neumann
38. Gen. Lenge
39. Gen. ~~M. Scherger~~
40. Gen. Schürer
41. Gen. Böhme/Hle
42. Gen. Eberlein
43. Gen. Lorenz
44. Gen. Müller, G.
45. Gen. Müller, M.
46. Gen. Walde
47. HVA/VII, Gen. Strauß
48. *Hr. b. Fischer verm.*

BStU
000095

*Kul. 2 am 13.10.89
die. Vorr. Min. mit
VMR/461189 am Gen. Henedy*

06/89 vom 4. September 1989
fortgesetzter negativer
KEL/Magdeburg im Rahmen
nschenrechtsseminars"
ldung einer sogenannten
tischen Partei in der
den Hinweisen für den
führungen MECKELS stre-
rhabens - ausschließlich
soneller Zusammenhänge
zw. Manfred BÜHME/"Ini-
in der DDR eine "öko-
llschaft" an. Ihren
einen "Demokratisierungs-
bedingungen geschaffen
aldemokratischen Partei.

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT
Der Minister

Berlin, den 19. 9. 1989
Tgb.-Nr. VMA/

BStU
000096

Mitglied des Politbüros
und Sekretär des ZK der SED
Genossen Egon Krenz

B e r l i n

Werter Genosse Krenz!

Als Anlage übersende ich Ihnen Austauschseiten zu der bereits persönlich übergebenen Information Nr. 416/89 zu Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen. Die inhaltliche Ergänzung ist aus der Seite 6 und der Anlage 5 ersichtlich; die anderen Veränderungen ergeben sich nur aus schreibtechnischen Gründen.

Mit sozialistischem Gruß

Hilke
Armeegeneral

Anlage

19. September 1989

Information Nr. 416/89 über Bestrebungen feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Schaffung DDR-weiter Sammlungsbewegungen/Vereinigungen

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 3756, Bl. 97–123 (ZAIG-Ablage-Exemplar).

Serie: Informationen.

Verteiler (Vorblatt und Postbuch): Honecker (nur Anlage 2, am 13.10. – siehe Vermerk), Mittag (durch Mielke übergeben), Stoph, Axen, Dohlus, Hager, Herrmann, Jarowsky, Krenz (durch Mielke übergeben – Veränderungen siehe Vermerke), Keßler, Sindermann, Tisch, Fischer, Herger, Rettner, Sorgenicht, Schabowski, Dickel (weiter an Ahrendt), Kleiber, Werner Krolikowski, Neumann, Lange, Mückenberger, Schürer, Hans-Joachim Böhme (Halle), Eberlein, Lorenz, Gerhard Müller, Margarete Müller, Walde – MfS: Mielke, Mittag, Großmann, Neiber, Schwanitz, HA II, HA VII, HA IX, HA XX, Rechtsstelle, HVA/VII (Strauß), HA XX/4, HA XX/AKG, Carlsohn, Irmeler, Rebohle (ZAIG), Tannhäuser (ZAIG), Bausch (ZAIG), Fischer (ZAIG/6).

Vermerke: Unter dem Verteiler (Vorblatt, Bl. 95): »Anl. 2 am 13.10.1989 durch Vorzimmer Minister mit VMA/461/89 an Gen. Honecker« – Auf Blatt 96: Anschreiben Mielkes an Krenz vom 19.9.1989: Mielke übersendet Krenz die endgültige Fassung in Form von Austauschseiten. Sie unterscheidet sich neben schreibtechnischen Veränderungen durch die Präzisierung der Informationen über die Resolution von Musikern und Sängern (Angabe im Postbuch: BArch, MfS, ZAIG 6085d, Bl. 123–126).

Bemerkung: Dokument auch in: Mitter, Armin; Wollé, Stefan: Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 153–171.

Anlage 1: Aufruf der Initiativgruppe »Sozialdemokratische Partei in der DDR« (Kopie).

Anlage 2: Aufbruch 89 – Neues Forum (Kopie).

Anlage 3: Demokratische Initiative – Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft – DI (Abschrift).

Anlage 4: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache (Gründungsaufruf »Demokratie Jetzt« – Kopie).

Anlage 5: Resolution von Künstlern aus der Musikszene (Kopie).

Wie bereits in der Information des MfS Nr. 386/89¹ vom 4. September 1989 umfassend dargestellt, propagierte der wegen fortgesetzter negativer Aktivi-

1 Die Information 386/89 beschäftigt sich mit Aktivitäten von Teilen der bundesdeutschen SPD-Führung im Hinblick auf die DDR-Opposition. Besonders im Blick der Stasi: Gespräche mit Oppositionellen aus allen Bereichen, die bei Besuchen von einzelnen SPD-Spitzenpolitikern in der DDR geführt wurden. Darüber hinaus stellt das MfS fest, dass es Bestrebungen seitens der SPD gebe, die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR zu befördern; vgl. Information 386/89 v. 4.9.1989; BArch, MfS, ZAIG 3756.

täten hinlänglich bekannte Pfarrer *Meckel*, Magdeburg, im Rahmen eines am 26. August 1989 stattgefundenen »Menschenrechtsseminars« in der Golgathakirchengemeinde Berlin die Bildung einer sogenannten Initiative zur Schaffung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR.³ Deren Konstituierung ist nach vorliegenden Hinweisen für den 7. Oktober 1989 vorgesehen.⁴ Entsprechend Ausführungen Meckels streben die Inspiratoren/Organisatoren dieses Vorhabens – ausschließlich reaktionäre Kirchenkräfte und Mitglieder personeller Zusammenschlüsse wie Pfarrer *Gutzeit*⁵, Sprachenkonvikt Berlin, bzw. Manfred *Böhme*,⁶ »Initiative Frieden und Menschenrechte«⁷ Berlin – in der DDR eine »ökologisch orientierte sozialdemokratische Gesellschaft« an. Ihren Auffassungen zufolge müssten in der DDR für einen »Demokratisie-

- 2 Markus Meckel, Jg. 1952, evangelischer Pfarrer, 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), Februar–September 1990 stellvertretender Vorsitzender der Ost-SPD, April–Juni 1990 Vorsitzender der Ost-SPD, Mai bis August 1990 DDR-Vertreter bei den 2+4-Verhandlungen, März–Oktober 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 12.4.–20.8.1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten, 1990–2008 MdB (SPD).
- 3 Vgl. Anlage 1 zu dieser Information. Pläne zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR gab es bereits seit Anfang 1989 (vgl. Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR vom 24. Juli 1989. In: Meckel, Markus; Gutzeit, Martin (Hg.): *Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte.* Köln 1994, S. 364–368). Auf der Abschlussveranstaltung des Menschenrechtsseminars in der Berliner Golgathagemeinde wurde am 26.8.1989 der Termin für die Gründungsversammlung am 7.10.1989 vereinbart.
- 4 Am 7.10.1989, dem 40. Jahrestag der DDR, wurde in einem Pfarrhaus in Schwante (Brandenburg) die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Der Gründungsauftrag wurde von 38 Personen unterschrieben. Auf dem Berliner Parteitag am 26.9.1990 vereinigte sich die Partei mit der westdeutschen SPD. Vgl. dazu u. a. Meckel, Markus; Reiche, Stefan (Hg.): *»Nichts muss bleiben, wie es ist.« Gedanken zur Gründung der Ost-SPD.* Berlin 2010; Gohle, Peter: *Von der SDP-Gründung zur Gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90.* Bonn 2014.
- 5 Martin Gutzeit, Jg. 1952, evangelischer Pfarrer, 1986–90 Repetent (Lehrbeauftragter) am evangelischen Sprachenkonvikt Berlin, 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), Vorstandsmitglied und stellvertretender Geschäftsführer der SDP, ab 7.12.1989 SDP-Vertreter am Zentralen Runden Tisch, März–Oktober 1990 Abgeordneter der Volkskammer (parlamentarischer Geschäftsführer, Mitglied des Präsidiums), Oktober–Dezember 1990 MdB (SPD), seit 1993 Landesbeauftragter für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Berlin.
- 6 Manfred Otto »Ibrahim« Böhme, Jg. 1944, Maurer, Bibliothekar, Dramaturg, als IM des MfS (seit 1969) aktiv in verschiedenen Oppositionsgruppen tätig, so u. a. ab 1986 in der IFM. Bei Gründung der SDP der DDR am 7.10.1989 wurde er zu deren Geschäftsführer, auf dem 1. Parteitag der dann in SPD umbenannten Partei zu deren Vorsitzendem gewählt. Trat nach Enttarnung als IM im März 1990 von allen Ämtern zurück. 1992 aus der SPD ausgeschlossen.
- 7 Die 1986 gegründete Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) war eine der wichtigsten Oppositionsgruppen in der DDR. Begründet von Bärbel Bohley, Martin Böttger, Werner Fischer, Peter Grimm, Ralf Hirsch, Gerd und Ulrike Poppe, Lotte und Wolfgang Templin, Reinhard Weißhuhn. Ihre Kernthese, dass Frieden in den internationalen Beziehungen nicht möglich ist, wenn er die Gewährleistung der Menschenrechte im Innern nicht einschließt, stellte einen Frontalangriff auf das Friedensverständnis der SED dar. Für das Erreichen ihrer Ziele setzte die kirchenunabhängige Gruppe auf das Herstellen einer kritischen Gegenöffentlichkeit über westliche Medien, über die eigene Samisdat-Publikation »Grenzfall« und über Protestresolutionen. Vgl. Templin, Wolfgang; Weißhuhn, Reinhard: *Die IFM.* In: Kuhnert, Eberhard (Hg.): *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft.* Opladen 1999, S. 171–187.

rungsprozess« entsprechende Voraussetzungen und Bedingungen geschaffen werden. Dazu diene die Schaffung einer sozialdemokratischen Partei.

Ihr müsst – gemeinsam mit weiter zu bildenden »demokratischen Organisationsformen« – solche Prinzipien zugrunde liegen wie »Entmonopolisierung und Demokratisierung der Macht in Staat und Gesellschaft« sowie »demokratische Kontrolle« des Staates durch den einzelnen Bürger.

Der Wortlaut der konzeptionellen Vorstellungen zur »Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen« (der vorgenannten Information des MfS als Anlage beigelegt), wurde ab dem 31. August 1989 in BRD-Medien z. T. im Wortlaut bzw. kommentierend veröffentlicht und diente als Ausgangspunkt einer anhaltenden Medienkampagne gegen die DDR unter dem Schlagwort »Formierung der inneren Opposition der DDR«. ⁸ Nach vorliegenden Hinweisen wird dieser sogenannte Gründungsaufruf in kirchlichen Basisgruppen und personellen Zusammenschlüssen verbreitet und dort diskutiert.

Streng vertraulichen Hinweisen zufolge fand in jüngster Zeit eine Zusammenkunft der Kräfte um *Meckel* statt, während der ein »Aufruf der Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR« verfasst wurde, der vervielfältigt und verbreitet werden soll (Text als Anlage 1). Damit erhoffen sich die Inspiratoren/Organisatoren eine höhere Wirksamkeit hinsichtlich der Sammlung von Gleichgesinnten/Sympathisanten.

Über die vorgenannten Aktivitäten zur Bildung einer sozialdemokratischen Partei hinausgehend wurden dem MfS streng intern Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Kräfte bekannt, sogenannte Sammlungsbewegungen und Vereinigungen mit dem Ziel zu bilden, Gleichgesinnte und Sympathisanten zusammenzuführen und eine organisierte innere Opposition zu formieren:

1. Anfang September 1989 »konstituierte« sich im Rahmen einer langfristig vorbereiteten Zusammenkunft von ca. 30 Führungskräften personeller Zusammenschlüsse und weiteren feindlich-negativen Personen aus der Hauptstadt Berlin sowie den Bezirken Leipzig, Halle, Dresden, Magdeburg, Frankfurt/O., Potsdam und Schwerin eine sogenannte Vereinigung »Neues Forum«. ⁹ Erstunterzeichner eines während dieser Zusammenkunft beratenen und beschlossenen Gründungsaufrufes »Aufruf 89 – *Neues Forum*« (Text als Anlage 2) sind u. a. die hinlänglich bekannten Führungskräfte personeller

8 »Im Wortlaut: SPD in der DDR. Alternative für unser Land«. In: Frankfurter Rundschau v. 31.8.1989; »Opposition in der DDR formiert sich«. In: Die Welt v. 13.9.1989; »Oppositionelle DDR-Gruppen planen für Oktober Treffen in Ost-Berlin«. In: Der Tagesspiegel v. 15.9.1989.

9 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

Zusammenschlüsse aus Berlin, Bärbel *Bohley*¹⁰ und Dr. Martin *Böttger*,¹¹ beide »Initiative Frieden und Menschenrechte« (*Böttger* ist seit Kurzem im Kreis Zwickau wohnhaft), Annedore *Havemann*,¹² »Frauen für den Frieden«,¹³ die Medizinerhepaare Eberhard¹⁴ und Jutta *Seidel*¹⁵ sowie Sebastian¹⁶ und Christine *Pflugbeil*,¹⁷ »Ärzte für den Frieden«,¹⁸ Reinhard *Schult*,¹⁹ »Friedenskreis« Berlin-Friedrichsfelde,²⁰ und Reinhardt *Pumb*,²¹ Arbeitsgruppe »Menschenrechte« des

- 10 Bärbel Bohley, Jg. 1945, Malerin, u. a. Mitbegründerin der Initiative Frieden und Menschenrechte, 1988 Verhaftung nach Protestaktionen bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und zwangsweise Exilierung aus der DDR, August 1988 Rückkehr aus englischem Exil, Mitbegründerin des Neuen Forums, vertrat 1990 das Neue Forum in der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung, 1991 Mitarbeiterin der Fraktion Neues Forum/Bürgerbewegung im Berliner Abgeordnetenhaus.
- 11 Martin Böttger, Jg. 1947, Physiker, Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte, war an Herausgabe und Verbreitung von Samisdat-Literatur beteiligt, Gründungsmitglied des Neuen Forums und Koordinator der Bewegung in Karl-Marx-Stadt, 1990–94 Mitglied des Sächsischen Landtags.
- 12 Katja (Annedore) Havemann, Jg. 1947, Erzieherin, 1974 Heirat mit Robert Havemann, 1982 Mitbegründerin von »Frauen für den Frieden«, seit 1986 Mitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte, Mitbegründerin des Neuen Forums.
- 13 Die Gruppe »Frauen für den Frieden« wurde 1982 auf Initiative von Bärbel Bohley in Ostberlin gegründet, andere Städte folgten. Die Initiative knüpfte an die gleichnamige Bewegung in der Bundesrepublik an, mit der sie im lebhaften Austausch stand. Der äußere Anlass war die Verabschiedung des Wehrdienstgesetzes der DDR vom März 1982, das auch die Einbeziehung von Frauen in den Pflichtwehrdienst ermöglichte. Die Frauen wandten sich grundsätzlich gegen die Militarisierung der Gesellschaft sowie die atomare Aufrüstung in Ost und West.
- 14 Eberhard Seidel, Jg. 1949, Arzt, 1983 Gründungsmitglied des Arbeitskreises »Ärzte für den Frieden«, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 15 Jutta Seidel, Jg. 1950, Zahnärztin, Mitarbeit bei »Frauen für den Frieden«, 1983 Mitbegründerin des Arbeitskreises »Ärzte für den Frieden«, Mitbegründerin des Neuen Forums.
- 16 Sebastian Pflugbeil, Jg. 1947, Physiker, 1988/89 Berater der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR, Mitbegründer des Neuen Forums, Neues-Forum-Sprecher am Zentralen Runden Tisch, 1990–94 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.
- 17 Christine Pflugbeil, Jg. 1949, Ärztin, Mitbegründerin des Neuen Forums, 1990 Ministerin ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow.
- 18 Die Gruppe »Ärzte für den Frieden« wurde 1983 in Ostberlin gegründet. Die Mitglieder wollten auf Grundlage ihres Berufsethos und ihres christlichen Bekenntnisses einen eigenen Beitrag zur Friedenssicherung leisten. Die Gruppen agierten vor allem im kirchlichen Raum.
- 19 Reinhard Schult, Jg. 1951, Maurer, ab 1978 Mitarbeit in verschiedenen oppositionellen Gruppen, u. a. »Friedenskreis der ESG Berlin«, der »Gruppe Gegenstimmen« und »Kirche von Unten« (KvU), 1979/80 Haft wegen Verbreitung illegaler Literatur, Mitbegründer des Neuen Forums. Berliner Sprecher und Vertreter des Neuen Forums am Zentralen Runden Tisch, März-Oktober 1990 Abteilungsleiter im »Staatlichen Komitee zur Auflösung des MfS«.
- 20 Der Friedenskreis in der Berliner Kirchengemeinde Friedrichsfelde hat sich 1984 gebildet. Der Friedenskreis hatte enge Verbindungen zur »Kirche von Unten« und der »Umwelt-Bibliothek« Berlin. Seit 1987 veröffentlichte der Friedenskreis eine eigene Samisdat-Zeitschrift, den »Friedrichsfelder Feuermelder«.
- 21 Im Original: »Reinhard«. Reinhardt Pumb, Jg. 1953, Krankenpfleger, Mitbegründer des Neuen Forums, berichtete dem MfS als IM über das Gründungstreffen des Neuen Forums.

»Friedenskreises« der Erlöserkirche.²² Ferner unterzeichneten Erika Drees,²³ »Friedenskreis« Stendal und »Koordinierungsgruppe Kernkraft«, Frank²⁴ und Katrin Eigenfeld,²⁵ »Vorbereitungskreis Nachtgebete«²⁶ bzw. »Christliche Frauen für den Frieden«,²⁷ Halle, sowie Michael Arnold,²⁸ »Interessengemeinschaft Leben«,²⁹ Leipzig. Erstunterzeichner sind darüber hinaus aktive Mitglieder des »Friedenskreises Wolfspelz«³⁰ und des sogenannten Aktionskreises »Frieden und Gerechtigkeit« des Landeskirchenamtes Sachsen,³¹ Dresden. Dem Aufruf schlossen sich durch Unterschrift an: die Teilnehmer der Zusammenkunft Prof. Dr. Reich,³² wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Mikro-

- 22 Der Friedenskreis wurde von Pfarrer Martin Kwaschik Ende der 1980er Jahre in der Gemeinde der Erlöserkirche in Potsdam gegründet. Oppositionelle hatten hier die Möglichkeit sich zu organisieren, etwa Pläne für Demonstrationen zu schmieden. Nach dem Mauerfall fand in der Erlöserkirche die erste Vollversammlung des Neuen Forums statt.
- 23 Erika Drees, Jg. 1935, Ärztin, Mitwirkung in verschiedenen Umwelt- und Friedensgruppen, Mitbegründerin des Neuen Forums.
- 24 Frank Eigenfeld, Jg. 1943, Geologe, Mitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 25 Katrin Eigenfeld, Jg. 1946, Bibliothekarin, war für verschiedene Samisdat-Zeitschriften tätig, Mitbegründerin des Neuen Forums, gründete das Neue Forum in Halle.
- 26 Der »Vorbereitungskreis Nachtgebete« setzte sich aus Mitgliedern verschiedener kirchlicher Gruppierungen der Stadt Halle sowie aus Ausreiseartragstellern zusammen. Die Mitglieder des Kreises trafen sich zu monatlichen Nachtgebeten. Zudem wurden auf Treffen des »Vorbereitungskreises« Eingaben, Forderungskataloge und Unterschriftensammlungen erarbeitet und durchgeführt.
- 27 Gemeint ist hier die Hallenser Gruppe der Initiative »Frauen für den Frieden«.
- 28 Michael Arnold, Jg. 1964, Sprecher der »Initiativgruppe Leben« in Leipzig, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 29 Gemeint ist die »Initiativgruppe Leben«, die 1987 aus der legalen »Arbeitsgruppe Umweltschutz« (AGU) des Leipziger Jugendpfarramtes hervorging. Für die etwa 30 Mitglieder standen ökologische Verbesserungen und politische Reformen als Ziele im Mittelpunkt. Ein weiteres zentrales Anliegen der Gruppe war die Wahrung der Menschenrechte. Sie standen zu anderen Menschenrechtsgruppen in Kontakt.
- 30 Die politisch sehr aktive Gruppe »Wolfspelz« war eine Friedensgruppe um Johanna und Roman Kalex in Dresden. Sie ist aus einem Protest am 13.2.1982, dem Gedenktag der Bombardierung Dresdens, hervorgegangen. Die Gruppe verweigerte sich der Unterordnung unter staatlichen Druck und kirchliche Vereinnahmung. Bis 1985 war sie zwar im kirchlichen Umfeld in Dresden beheimatet, fügte sich jedoch nur schwer in die kirchliche Friedensarbeit ein. In ihrem Selbstverständnis war die Gruppe unabhängig, de facto war sie indes auf den Schutzraum Kirche angewiesen. In eigenen Workshops propagierten die Mitglieder seit 1984 pazifistische Ideen und bezogen Stellung gegen die Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Weitere Themen waren die Menschenrechtsfrage und der Anarchismus. Durch vielfältige Protestaktionen geriet die Gruppe in das Visier des MfS, das Zersetzungsmaßnahmen einleitete. Sie war bis 1989 in Dresden aktiv.
- 31 Gemeint ist vermutlich die »Arbeitsgemeinschaft Frieden« der Dresdner Kirchenbezirke. Dieser wichtigste Zusammenschluss der Dresdner Friedensgruppen wurde nach dem Friedensforum in der Kreuzkirche am 26.5.1982 gegründet. Die Basisgruppen koordinierten unter dem Dach der »AG Frieden« ihre Aktivitäten und hatten die Möglichkeit zum Austausch. Die Arbeitsgruppe blieb bis 1990 ein lockerer Bund eigenständig agierender Gruppen, der als wichtiger Impulsgeber für die Friedensarbeit in Dresden fungierte.
- 32 Jens Georg Reich, Jg. 1939, Mediziner und Molekularbiologe, seit 1980 Professor für Biomathematik und Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie, nach seiner Weigerung, Westkontakte abubrechen und mit dem MfS zusammenzuarbeiten, verlor er die Funk-

biologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Hans-Jochen *Tschiche*,³³ Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, und der ehemalige Rechtsanwalt *Henrich*.³⁴ Letztere integrierten sich wiederholt in unterschiedlichste Aktivitäten personeller Zusammenschlüsse und treten darüber hinaus mit relativ eigenständigen feindlich-negativen Handlungen in Erscheinung.

Nach dem MfS vorliegenden zuverlässigen Hinweisen unterhält die Mehrzahl der Vorgenannten stabile und intensive Verbindungen zu führenden Vertretern politischer Parteien in der BRD und Westberlin, insbesondere der SPD, FDP, der Grünen und der Alternativen Liste³⁵, zu als Schaltstellen subversiver Aktivitäten gegen die DDR agierenden Kräften im westlichen Ausland wie den ehemaligen DDR-Bürgern *Jahn*³⁶ und *Hirsch*,³⁷ zu antikomunistischen Führungskräften der westeuropäischen Friedensbewegung und nicht zuletzt zu in der DDR akkreditierten Korrespondenten westlicher Medien sowie zu antisozialistischen Kräften in anderen sozialistischen Staaten. Erkennbar sind in diesem Zusammenhang zunehmende Bestrebungen dieser feindlichen, oppositionellen DDR-Bürger, ihr strategisches und taktisches sowie inhaltliches und methodisches Vorgehen mit ihren Kontaktpartnern zu beraten und abzustimmen.

Erklärtes Ziel der »Gründungsmitglieder« der Vereinigung »Neues Forum« ist es, ausgehend von der Behauptung, wonach die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört und die Lösung anstehender lokaler und globaler Aufgaben behindert seien, mit der Vereinigung »Neues Forum«

tion als Abteilungsleiter 1984. Er war einer der Autoren des Gründungsaufrufs zum Neuen Forum.

- 33 Hans-Jochen Tschiche, Jg. 1929, evangelischer Pfarrer, 1982 Unterstützer des »Berliner Apells« für die Entmilitarisierung und Demokratisierung, »Frieden konkret« und der Initiative »Teilhaben statt Ausgrenzung«, seit 1978 Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg, Mitbegründer des Neuen Forums, 1990–98 Fraktionsvorsitzender der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, 1994–98 Alterspräsident des Sächsischen Landtags und Mitglied des Ältestenrates.
- 34 Rolf Henrich, Jg. 1944, Rechtsanwalt, nach der Veröffentlichung seines Buches »Der vor-mundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus« in der Bundesrepublik verlor er im April 1989 seine Funktion als SED-Parteisekretär des Kollegiums der Rechtsanwälte und wurde hieraus ausgeschlossen. Henrich war Mitbegründer des Neuen Forums und vertrat dieses am Zentralen Runden Tisch.
- 35 Die Partei Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) war am 5.10.1978 in Westberlin gegründet worden und ist der Vorläufer des Landesverbandes Berlin Bündnis 90/Die Grünen.
- 36 Roland Jahn, Jg. 1953, Journalist, Aktivist der oppositionellen Szene in Jena, war 1983 gegen seinen Willen in den Westen abgeschoben worden, unterstützte die DDR-Opposition von Westberlin aus, produzierte als freier Journalist für das ARD-Magazin »Kontraste« Beiträge zu Menschenrechtsverletzungen, Opposition und Alltag in der DDR und schrieb über den gleichen Themenkreis auch für die »Tageszeitung«, 1987 Mitinitiator von »Radio Glasnost«, 2011 Wahl zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.
- 37 Ralf Hirsch, Jg. 1960, Schlosser, Mitorganisator der sogenannten Bluesmessen, Mitgründer und Sprecher der Initiative Frieden und Menschenrechte, Mitherausgeber der Samisdat-Zeitschrift »Grenzfall«, Ausbürgerung 1988 nach Festnahme bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, 1989 Mittelsmann zwischen der DDR-Opposition und bundesdeutschen Medien.

eine politische Plattform für die ganze DDR zu bilden, die es »Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen« möglich machen soll, sich an der »Diskussion und Beratung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme«, am »demokratischen Dialog über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft, der Kultur« und anderer gesellschaftlicher Probleme zu beteiligen. Ihrer Auffassung nach käme es in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, dass mehr Bürger der DDR als bisher am »gesellschaftlichen Reformprozess« mitwirken und die vorhandenen »vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln« führen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion zu diesem Gründungsaufruf wurden als mögliche Inhalte des künftigen Wirkens der Vereinigung u. a. herausgestellt:

- Einschränkung des politischen Einflusses der Partei, u. a. auf die Wirtschaft (Auswahl der Leiter nach dem Sachverstand und nicht nach der Parteizugehörigkeit; Schaffung der Möglichkeit der Übernahme von Betrieben durch Arbeiterverwaltungen);
- Reduzierung des Staatsapparates;
- Neuordnung der Volkswirtschaft;
- Schaffung eines demokratischen Wahlrechtes auf der Grundlage der in Vorbereitung der Volkswahlen im Mai 1989 von »Friedenskreisen« herausgegebenen Forderungskataloge;
- Auflösung des Medienmonopols der Partei;
- Überarbeitung des Strafgesetzbuches und Einführung einer gesellschaftlichen Kontrolle der Tätigkeit des MfS;
- Schaffung einer neuen Struktur der Jugendorganisation, einer unabhängigen Umweltschutzbehörde sowie einer kulturellen Selbstverwaltung (»Abschaffung der ideologischen Vorbereitung des Geisteswesens durch die Monopolstellung der Partei«);
- Einbeziehung von »Verbündeten aus der SED und aus anderen Bereichen der Gesellschaft«.

Zum weiteren Vorgehen beschlossen die Teilnehmer der Zusammenkunft, auf der Grundlage des Gründungsaufrufes in Kürze beim MdI und bei den zuständigen Dienststellen der Bezirksbehörden der DVP Anträge auf Bildung der genannten Vereinigung zu stellen. Zu diesem Zweck sollen weitere Unterschriften potenzieller Mitglieder gesammelt und diesen Anträgen beigelegt werden.

Eine Veröffentlichung des Wortlautes des Gründungsaufrufes – ohne Namen der Erstunterzeichner – erfolgte bereits am 13. September 1989 in der »Frankfurter Rundschau«. ³⁸ Korrespondierend damit führten der RIAS am

38 »Im Wortlaut: »Neues Forum« in der DDR: Wir wollen Spielraum«: In: Frankfurter Rundschau v. 13.9.1989.

12. September 1989 mit dem Prof. *Reich*³⁹ und der Fernsehsender RIAS-TV am 13. September 1989 mit der *Bobley* Telefoninterviews,⁴⁰ in denen beide Personen Angaben zu den Zielen und Vorhaben der zu bildenden Vereinigung machten. In der Sendung »Kennzeichen D« des ZDF am 13. September 1989 wurde ein in der DDR aufgenommenes Video-Band mit Äußerungen der *Bobley* und des *Henrich* zur »Notwendigkeit« der Schaffung einer inneren Opposition in der DDR abgespielt.⁴¹ In einem Interview mit der BRD-Zeitung »Die Welt« (14. September 1989) wies Pfarrer *Tschiche* u. a. darauf hin, dass man ungeachtet einer möglichen Nichtzulassung des Neuen Forums als Vereinigung durch den Staat in den Aktivitäten fortfahren wolle. Man müsse, so *Tschiche*, »nichts legalisieren, was legitim und Recht eines jeden erwachsenen Menschen ist«.⁴²

Nach weiter vorliegenden internen Hinweisen sollen die organisatorischen Voraussetzungen für die Bildung notwendiger Strukturen der Vereinigung bis zum 1. Dezember 1989 (»1. Phase«) abgeschlossen sein. Bis zur angestrebten staatlichen Genehmigung wolle man in sogenannten Friedenskreisen⁴³ tätig werden.

Darüber hinaus wurde intern bekannt, dass sich am 18. September 1989 im »Maxim-Gorki-Klub« in Berlin-Weißensee ca. 50 Unterhaltungskünstler verschiedener Genres zusammenfanden, um einen Meinungsaustausch zur aktuellen innenpolitischen Situation in der DDR zu führen und sich mit den Erstunterzeichnern des Neuen Forums zu solidarisieren.⁴⁴ Diese Zusammenkunft war zwischen dem Vorsitzenden der Sektion Rockmusik beim Komitee für Unterhaltungskunst der DDR, Toni *Krahl*⁴⁵ (Gruppe »City«), und der *Bobley* abgestimmt worden. Im Ergebnis der Beratung – eine weitere ist für den 25. September 1989 am gleichen Ort vorgesehen – wurde eine »Resolution« verfasst (Text als Anlage 5), in der sich die Teilnehmer durch Unterschrift zum Aufruf des Neuen Forums bekennen und gesellschaftliche Veränderungen verlangen. Erstunterzeichner sind u. a. Frank *Schöbel*,⁴⁶ die Sängerinnen

39 Eine Abschrift des Interviews ist zu finden unter: BArch, MfS, HA II, 45596, Bl. 1–3.

40 Eine Abschrift des Interviews ist zu finden unter: BArch, MfS, HA XVIII, 134, Bl. 2–5.

41 »Kennzeichen D« v. 13.9.1989; BArch, MfS, ZAIG, VI, 476, 0:45–1:30.

42 »Es muss endlich etwas geschehen«. In: Die Welt v. 14.9.1989.

43 Im Original: »Freundeskreisen«.

44 Auf diesem Treffen von Mitgliedern der Sektion Rockmusik des Komitees für Unterhaltungskunst solidarisierten sich die Künstler mit den Erstunterzeichnern des Aufrufs zum Neuen Forum. Ferner erarbeiteten die Musiker auf dem Treffen eine eigene Resolution, die breiten Anklang fand und nachfolgend von ca. 3 000 Künstlern unterschrieben wurde.

45 Toni Krahl, Jg. 1949, Musiker, 1968 wegen Protestes gegen die Besetzung der ČSSR inhaftiert, seit 1975 Sänger der Band »City«, seit 1988 Vorsitzender der Sektion Rockmusik beim Komitee für Unterhaltungskunst der DDR.

46 Frank Schöbel, Jg. 1942, Schlagersänger.

Tamara Danz⁴⁷ und Angelika Weiz⁴⁸ sowie die Liedermacher Gerhard Schöne,⁴⁹ Kurt Demmler⁵⁰ und Norbert Bischoff.⁵¹

2. Eine Gruppe reaktionärer kirchlicher Amtsträger, in der Mehrzahl langjährige Inspiratoren/Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit, darunter die hinlänglich bekannten Pfarrer Eppelmann,⁵² Berlin, Schorlemmer,⁵³ Wittenberg, Richter,⁵⁴ Erfurt, Pahnke,⁵⁵ Borgsdorf, und Wagner,⁵⁶ Leipzig, sowie weitere feindliche, oppositionelle Kräfte unternahmen intensive Bemühungen, um bis Anfang Oktober 1989 eine Sammlungsbewegung »Demokratischer Aufbruch«⁵⁷ zu bilden. Konzeptionelle Überlegungen zu einem in diesem Zu-

- 47 Tamara Danz, Jg. 1952, Sängerin der Rockgruppe »Silly«.
- 48 Im Original: »Welz«. Gemeint ist Angelika Weiz, Jg. 1954, Sängerin.
- 49 Gerhard Schöne, Jg. 1952, Liedermacher, 1989 Nationalpreis der DDR.
- 50 Kurt Demmler, Jg. 1943, Liedermacher.
- 51 Norbert Bischoff, Jg. 1959, Liedermacher.
- 52 Rainer Eppelmann, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, 1966 Verweigerung des Eides als Bausoldat, Verurteilung zu acht Monaten Haft. Organisierte von 1979 bis 1986 im Rahmen seiner kirchlichen Jugendarbeit »Bluesmessen« (Gottesdienst mit Konzert), die einen Ausgangspunkt oppositioneller Aktivitäten bildeten. Verfasste 1982 mit Robert Havemann den »Berliner Appell« zur Entmilitarisierung. Erstattete 1989 Strafanzeige wegen der Fälschung der Kommunalwahlen. Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA) in Ostberlin, im Februar 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in Regierung Modrow, April–Oktober 1990 Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, 1990–2005 MdB (CDU).
- 53 Friedrich Schorlemmer, Jg. 1944, evangelischer Pfarrer, Mitglied der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung, 1978–92 Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Prediger an der Schlosskirche in Wittenberg, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).
- 54 Edelbert Richter, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, Studentenpfarrer in Naumburg, Dozent für Systematische Theologie und Philosophie am Katechetischen Oberseminar der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Naumburg, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).
- 55 Rudi-Karl Pahnke, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells«, Sprecher der Berliner Friedenswerkstatt, ab 1988 Sekretär für Jugendfragen des Bundes der Evangelischen Kirchen, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).
- 56 Harald Wagner, Jg. 1950, evangelischer Pfarrer, Dozent an dem Theologischen Seminar der Kirchlichen Hochschule in Leipzig.
- 57 Vorläufer des Demokratischen Aufbruchs (DA) bildeten sich im Frühsommer 1989 in Ostberlin. Durch die Veröffentlichung des Aufrufs des Neuen Forums vom 10.9.1989 unter Zugzwang geraten, kündigte Edelbert Richter am 14.9.1989 in Bonn an, dass es Anfang Oktober ein Treffen geben werde, auf dem der Demokratische Aufbruch gegründet würde. Der Gründungsauftritt stammt vom 1.10.1989. Am 16./17.12.1989 konstituierte sich der DA in Leipzig als Partei. Der DA verstand sich zuerst als Sammlungsbewegung für Angehörige der Kirchen und der Umweltgruppen. Ziel war zunächst ein dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Nach der Parteigründung zogen sich sowohl einige führende evangelische Geistliche sowie einige prominente Angehörige des linken Flügels, wie Friedrich Schorlemmer, aus dem DA zurück. Nun definierte sich der DA als »Volkspartei der Mitte«. Zu den Volkskammerwahlen im März 1990 trat der DA im Wahlbündnis »Allianz für Deutschland« zusammen mit der Deutschen Sozialen Union und der CDU an, im August 1990 ging der DA schließlich in der CDU der DDR auf; vgl. Hoffmann, Jürgen: Demokratischer Aufbruch. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98 f.; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f., sowie ausführlich aus der Sicht eines Beteiligten Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

sammenhang zu erarbeitenden und veröffentlichenden Programmentwurf beinhalten u. a. nachfolgende Aspekte:

- die vorhandene Parteistruktur ist nicht mehr reformierbar;
- die SED hat durch Machtausübung andere Bewegungen unterdrückt;
- es ist an der Zeit, politische Alternativen zu schaffen, um auch die Kirche nicht mehr als politische Plattform zu benötigen;
- es sind Verbündete aus den Reihen der SED und aus anderen Bereichen der Gesellschaft einzubeziehen;
- die Geschichte ist aufzuarbeiten;
- zum KSZE-Prozess sind Bezugspunkte herzustellen;
- Fehlentwicklungen in der DDR sind aufzuzeigen und Alternativen zu finden (auch unter Beachtung der materiellen »Konsumgüterbefriedigung« der Bevölkerung).

Neben dem Programmentwurf – verantwortlich für dessen Erarbeitung zeichnet Pfarrer *Richter* – soll eine »Proklamation zur Bildung der politischen Bewegung Demokratischer Aufbruch« durch Pfarrer *Eppelmann* erarbeitet werden.

Ausgehend vom bisherigen Verhalten *Eppelmanns* ist begründet davon auszugehen, dass er die ihm genehmigte private Reise vom 5. bis 14. September 1989 in die BRD dazu missbraucht hat, das genannte Vorhaben seinen hochrangigen Kontaktpartnern in politischen Parteien der BRD bekannt zu machen, sich mit diesen zu beraten und abzustimmen.

Nach vorliegenden streng internen Informationen steht Eppelmann im Zusammenhang mit der Bildung des »Demokratischen Aufbruchs« mit in der DDR akkreditierten Korrespondenten des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« und des ZDF sowie mit dem bereits genannten *Hirsch*, Westberlin, in Verbindung.

Auf der Grundlage gezielter Äußerungen des Pfarrers *Richter* während einer ihm gestatteten kirchlichen Dienstreise in die BRD berichten Medien der BRD seit dem 14. September 1989 über die Sammlungsbewegung »Demokratischer Aufbruch«. ⁵⁸ *Richter*, der sich als Sprecher dieser Bewegung ausgibt, gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich die gegenwärtig in der Formierung befindlichen unterschiedlichsten oppositionellen Bewegungen in der DDR auf eine gemeinsame Strategie verständigen könnten mit dem Ziel, zu den kommenden Volkskammerwahlen als »oppositionelle Liste« anzutreten.

Die Konstituierung des »Demokratischen Aufbruchs« ist für den 1. Oktober 1989 in der Samariterkirche Berlin-Friedrichshain vorgesehen. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass dieses Vorhaben kirchenleitenden Personen der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg bekannt ist und von diesen z. T.

58 »Oppositionelle DDR-Gruppen planen für Oktober Treffen in Ost-Berlin«. In: Der Tagespiegel v. 15.9.1989; »DDR-Reise einer SPD-Gruppe löst Widerspruch aus«. In: Frankfurter Rundschau v. 15.9.1989.

unterstützt wird. Nach Meinung von Bischof *Forck*,⁵⁹ der sich unter Vorbehalt dieser »politischen Bewegung« anzuschließen gedenkt, dürfen sich oppositionelle Gruppen vom Staat nicht in die Knie zwingen lassen.

3. Unter Leitung des Medizinstudenten Michael *Arnold*, Mitglied des personellen Zusammenschlusses »Interessengemeinschaft Leben«, Leipzig, Mitorganisator provokatorisch-demonstrativer Aktionen im Territorium von Leipzig und Gründungsmitglied der vorgenannten Vereinigung »Neues Forum«, soll nach intern vorliegenden Hinweisen am 24. September 1989 in Leipzig ein auf Einladungsbasis organisiertes Seminar mit ca. 50 feindlichen, oppositionellen Personen aus verschiedenen Bezirken der DDR durchgeführt werden. Es soll sich mit »Fragen der Gründung von Vereinigungen und Organisationen mit oppositionellem Charakter« in der DDR beschäftigen und ebenfalls zur Bildung einer DDR-weiten Sammlungsbewegung genutzt werden.

Der Gründungsaufwurf zu dieser »Demokratischen Initiative – Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft (DI)«⁶⁰ (Text als Anlage 3) macht Zielvorstellungen und politische Grundsätze der dahinterstehenden Kräfte deutlich, indem u. a. formuliert wird, dass man im »Rahmen des gesellschaftlichen Dialogs Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger« erweitern wolle, in der »Beziehung zwischen Partei und Staat vom Prinzip der exakten Trennung der Funktion« auszugehen sei und »demokratische Kontrollorgane« für jede Institution gefordert werden. Als mögliche Vorhaben (»Projekte«) der »DI« werden Unterschriftensammlungen für einen »gesetzlich garantierten Volksentscheid«, die Publikation und Kommentierung von »Behördenverkehr« usw. vorgeschlagen.

4. Dem MfS liegen darüber hinaus Hinweise über weitere Absichten feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Bildung von Sammlungsbewegungen/Vereinigungen vor. So wurden am Rande der vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach tagenden Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ein vom 12. September 1989 datierter »Aufruf zur Einmischung in eigener Sache« sowie damit im Zusammenhang stehende »Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR« (Texte als Anlage 4) verbreitet.

In den genannten Papieren rufen insgesamt 12 Unterzeichner, vorwiegend Mitglieder des eng dem »Friedenskreis« der Bartholomäus Kirchengemeinde Berlin-Friedrichshain angeschlossenen hinlänglich bekannten personellen Zusammenschlusses »Initiativgruppe Absage an Praxis und Prinzip

59 Gottfried Forck, Jg. 1923, evangelischer Pfarrer, 1981–91 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg – Bereich Ost.

60 Dies war der Titel eines von Michael Arnold in Leipzig verfassten und im Juni 1989 an einen ausgewählten Adressatenkreis verschickten Aufrufes zur Neuorganisation der Opposition; vgl. dazu Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 355.

der Abgrenzung«⁶¹, wie die kirchlichen Amtsträger und Mitarbeiter *Lampe*,⁶² *Bickhardt*,⁶³ Dr. *Ullmann*⁶⁴ und *Mehlhorn*⁶⁵ sowie die an der Akademie der Wissenschaften der DDR tätigen Wissenschaftler Dr. *Fischbeck*⁶⁶ und Dr. *Bartoszek*,⁶⁷ zur Bildung einer »Bürgerbewegung Demokratie Jetzt«⁶⁸ auf.

Ausgehend von der Behauptung, wonach die »Ära des Staatssozialismus« in der DDR zu Ende gehe und »viele Menschen durch die Nationale Front nicht mehr vertreten« würden, rufen die Vorgenannten »alle Initiativgruppen mit ähnlichen Anliegen zum Zusammengehen« auf.

Ziel sei es, zu Beginn des Jahres 1990 ein »Vertretertreffen« solcher oppositionellen Kräfte zu organisieren, ein »Grundsatzprogramm« zu beschließen und perspektivisch eine eigene Liste von Kandidaten für die kommenden

- 61 Die »Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« war ein 1986 gegründeter Arbeitskreis innerhalb der evangelischen Kirche der DDR, ab 1987 versuchte er auch verstärkt außerhalb der Kirche zu wirken. Inhaltlich setzte sich die Initiativgruppe vor allem mit menschenrechtlichen, politischen und kulturellen Folgen der Abgrenzungspolitik der DDR auseinander und für deren Überwindung, insbesondere durch Abbau der Reisebeschränkungen, ein. Im September 1989 rief die Initiative zur Gründung von Demokratie Jetzt auf; vgl. dazu ausführlich Mehlhorn, Ludwig: Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 183 ff.
- 62 Reinhard Lampe, Jg. 1955, evangelischer Pfarrer, 1989 Mitbegründer von Demokratie Jetzt (DJ).
- 63 Stephan Bickhardt, Jg. 1959, Vikar, 1986 Mitbegründer des Arbeitskreises »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung«, Organisator und Autor von Untergrundliteratur (Samisdat), 1989 Mitbegründer von Demokratie Jetzt (DJ).
- 64 Wolfgang Ullmann, Jg. 1929, Theologe und Kirchenhistoriker, seit 1978 Dozent für Kirchengeschichte im Sprachenkonvikt Berlin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, 1989 Mitbegründer von Demokratie Jetzt (DJ), Februar–April 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung unter Hans Modrow, 1990–1994 MdB (Bündnis 90/Die Grünen).
- 65 Ludwig Mehlhorn, Jg. 1950, Mathematiker, Mitbegründer von Demokratie Jetzt (DJ), arbeitete aufgrund eines Berufsverbots wegen oppositioneller Aktivitäten bis 1989 als Hilfspfleger, Beteiligung an der Herausgabe der Samisdat-Publikation »radix-blätter«, Mitglied des Arbeitskreises »Solidarische Kirche«, Mitbegründer der »Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung«, gründete 1990 die Stiftung für europäische Verständigung, 1989 Mitbegründer von Demokratie Jetzt (DJ).
- 66 Hans-Jürgen Fischbeck, Jg. 1938, Physiker, seit 1977 Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, 1988/89 Delegierter der Ökumenischen Versammlung Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR, 1989 Mitbegründer von Demokratie Jetzt (DJ).
- 67 Michael Bartoszek, Jg. 1949, Chemiker, 1989 Mitbegründer von Demokratie Jetzt (DJ).
- 68 Demokratie Jetzt (DJ) war 1989 eine der zentralen Bürgerbewegungen neben dem Neuen Forum, dem Demokratischen Aufbruch und der Vereinigten Linken, die im Wesentlichen aus der Gruppe »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« entstanden war. Offiziell wurde Demokratie Jetzt am 12.9.1989 gegründet (der Gründungsaufruf ist als Anlage 4 zu der Information 416/89 hier abgedruckt). Ziel war die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die Verbindung von basisdemokratischen mit parlamentarischen Elementen. Die formale Gründung der DJ als politische Vereinigung wurde im Januar 1990 in Berlin vollzogen. 1991 ging die DJ zusammen mit Teilen des Neuen Forums und der Initiative Frieden und Menschenrechte in der Partei Bündnis 90 auf; vgl. dazu u. a. Hoffmann, Jürgen: Demokratie Jetzt. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98.

Volkskammerwahlen aufzustellen. Die vorliegenden Thesen sollen DDR-weit verbreitet und diskutiert werden.

Weitere Absichten zur Bildung von Sammlungsbewegungen/Vereinigungen liegen vor aus dem Umfeld des personellen Zusammenschlusses »Grün-ökologisches Netzwerk – Arche«⁶⁹ mit der Bildung einer ökologisch orientierten »Grünen Liste«⁷⁰ und des hinlänglich bekannten Heiko Lietz,⁷¹ Güstrow, mit der Bildung einer sogenannten KSZE-Gruppe.⁷²

5. Zu Meldungen in westlichen Medien über die Existenz einer oppositionellen Sammlungsbewegung »Liste 2« konnten bisher keine Hinweise erarbeitet werden.

Es wird vorgeschlagen:

1. Unter Führung der Partei sollten durch die zuständigen Sicherheitsorgane, anderen staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen bei Gewährleistung ihres einheitlichen, abgestimmten Vorgehens alle erforderlichen Maßnahmen zur Unterbindung der Formierung feindlicher, oppositioneller Kräfte in DDR-weiten Sammlungsbewegungen bzw. Vereinigungen, einschließlich von Versuchen, diese zu legalisieren, eingeleitet und durchgesetzt werden.

69 Das »Grün-ökologische Netzwerk Arche in der Evangelischen Kirche« (Arche) wurde Anfang 1988 als Koordinierungsorgan für die zahlreichen Umweltgruppen und Umweltbibliotheken, die häufig unter dem Dach der evangelischen Kirchen über die ganze DDR verteilt existierten, ins Leben gerufen.

70 Die »Grüne Liste« war der Versuch, aus dem Grün-ökologischen Netzwerk Arche heraus zu den Wahlen mit einer eigenen Liste anzutreten. Vergeblich versuchte die »Grüne Liste« bei den Kommunalwahlen vom 7.5.1989 ihre Kandidaten auf der Liste der Nationalen Front aufstellen zu lassen. Ende April 1989 wurde daraufhin auf einem Sprechertreffen der »Grünen Liste« in Halle beschlossen, bei der nächsten Volkskammerwahl, die turnusmäßig 1991 stattfinden sollte, mit einer eigenen Liste anzutreten. Nach den Kommunalwahlen in der DDR, bei denen erstmals der Wahlbetrug auf breiter Basis öffentlich aufgedeckt wurde, forderte am 3.6.1989 ein Arche-Vertreter auf dem ersten Berliner Umwelttag Neuwahlen und die Zulassung der »Grünen Liste«.

71 Heiko Lietz, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, Sozialarbeiter, 1967 Wehrdienstverweigerer, 1988 Vorsitzender der »Arbeitsgemeinschaft Frieden«, seit 1984 Koordination des DDR-weiten Treffens »Frieden konkret«, Mitglied des Neuen Forums, vertrat das Neue Forum am Zentralen Runden Tisch.

72 Hiermit sind Menschenrechtsgruppen in der DDR gemeint, die sich auf die Beschlüsse der KSZE-Schlussakte von Helsinki beriefen. Mit der Unterschrift unter dieses Dokument, das das Ergebnis der ersten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) darstellt, verpflichtete die DDR sich 1975 unter anderem zur Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit. Ein 1978 in der Schweiz gegründeter »Internationaler Helsinki-Verein« mit nationalen Ablegern (Helsinki-Gruppen) machte sich zur Aufgabe dies in den Ostblockstaaten zu beobachten und Verstöße zu beanstanden. Die geplante Gruppe von Heiko Lietz sollte nach seiner Aussage nicht dazu gehören. Lietz wollte zunächst intern ein Instrument installieren, um öffentlich gegen die Verletzungen der Menschenrechte in der DDR vorzugehen.

2. Allen Grundorganisationen der SED sollte eine zentral zu erarbeitende Parteiinformation über die mit den genannten Bestrebungen verfolgten antisozialistischen Ziele, die notwendigen grundsätzlichen Maßnahmen zur Unterbindung derartiger Bestrebungen sowie die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Grundorganisationen der SED zur offensiven politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit feindlichen, oppositionellen und anderen negativen Kräften, ihren Konzeptionen, Plattformen und Argumenten sowie geplanten und praktizierten Vorgehensweisen übergeben werden.
3. Mit dem Ziel der breiten und wirksamen Nutzung der gesellschaftlichen Potenzen sollten Entscheidungen über Aufgaben und Verantwortlichkeiten von staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen bezüglich der in geeigneten Formen zu führenden politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit Zielsetzungen, entsprechenden Konzeptionen, Plattformen und Argumenten der Inspiratoren und Organisatoren der genannten Bestrebungen getroffen und durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird es für zweckmäßig erachtet,
 - unter Führung der zuständigen Abteilungen des ZK der SED kurzfristig eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Sicherheitsorgane, entsprechender staatlicher Organe und wissenschaftlicher Einrichtungen mit dem Ziel zu bilden, Vorschläge für die Festlegung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten für die Erarbeitung von Gutachten zum Inhalt von Konzeptionen, Plattformen u. a. derartigen Schriftstücken, von rechtspolitischen Begründungen für erforderliche Entscheidungen sowie von anderen Grundlagen für offensive politische, einschließlich außenpolitische, Maßnahmen zu unterbreiten,
 - unter Verantwortung der zuständigen Abteilung des ZK der SED Vorschläge für wirksame medienpolitische Aktivitäten zur offensiven Entlarvung und Zurückweisung der vom Gegner und von feindlichen, oppositionellen Kräften verfolgten Zielsetzungen und ihrer auf deren Realisierung gerichteten Aktivitäten zu unterbreiten.
4. Zur Unterstützung der Führungstätigkeit der 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED werden die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS deren ständige aktuelle Informierung über von personellen Zusammenschlüssen, Gruppierungen, Gruppen und Personen ihres Verantwortungsbereiches ausgehende Bestrebungen zur Formierung von Sammlungsbewegungen und Vereinigungen sowie über darauf gerichtete Aktivitäten gewährleisten.
5. Unter Führung der Bezirks- und Kreisleitungen der SED sollten erforderliche weitergehende Festlegungen über Verantwortlichkeiten und Maßnahmen im Territorium zur Verhinderung der Formierung und Legalisierung sogenannter oppositioneller Sammlungsbewegungen/Vereinigungen

erfolgen. Diesen Festlegungen sollten die im Ergebnis der Umsetzung von Vorschlägen in der Information des MfS Nr. 150/89⁷³ vom 23. Mai 1989 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen getroffenen Vereinbarungen zugrunde gelegt werden. Schwerpunkt sollten dabei konkrete Festlegungen hinsichtlich des personenbezogenen Vorgehens gegen entsprechende Inspiratoren und Organisatoren, Unterzeichner von Gründungserklärungen, Aufrufen u. a. offiziellen Materialien bzw. anderweitig in diesem Sinne auftretende Kräfte bilden.

Mit diesen Personen sollte permanent politisch gearbeitet werden mit dem Ziel, ihnen deutlich zu machen, dass ihre Aktivitäten den Interessen der sozialistischen Entwicklung zuwiderlaufen, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR den Bürgern alle Voraussetzungen zur Wahrnehmung berechtigter Interessen bietet, diese Voraussetzungen, im Rahmen vorhandener gesellschaftlicher Organisationen und Einrichtungen der sozialistischen Entwicklung dienende berechnete Interessen zu verfolgen, auch für sie bestehen und demzufolge ihre Vorhaben keine gesellschaftliche Berechtigung haben.

Personenbezogene Maßnahmen und Verantwortlichkeiten sollten geprüft und festgelegt werden hinsichtlich

- der sich aus der beruflichen Tätigkeit solcher Kräfte ergebenden Einwirkungsmöglichkeiten und individueller Betreuungstätigkeit,
- der Organisierung von gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten im Rahmen vorhandener gesellschaftlicher Organisationen und Einrichtungen zur Kanalisierung der Aktivitäten solcher Kräfte in gesellschaftsgemäße Bahnen,
- der gezielten Einbeziehung gesellschaftlicher Organisationen und Einrichtungen sowie progressiver kirchlicher Kräfte und innerkirchlicher Zusammenschlüsse in den Prozess der politischen Auseinandersetzung.

73 Die Information 150/89 beinhaltet einen Überblick und eine Einschätzung zur Entwicklung der Oppositionsbewegung in der DDR durch das MfS seit Beginn der 1980er Jahre. Am Ende des Textes werden in sechs Punkten Maßnahmen zur Bekämpfung der Opposition aufgelistet. Das MfS schlug der Partei- und Staatsführung u. a. vor: »Unter Führung der Partei sollte durch ein einheitlicheres und konzeptionell gesichertes politisch-ideologisches und operatives Zusammenwirken und Vorgehen aller zuständigen staatlichen Organe und einzubeziehenden gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte der weiteren Profilierung bestehender und der Bildung neuer derartiger personeller Zusammenschlüsse, Gruppierungen und Gruppen konsequent entgegengewirkt und Maßnahmen der Sicherheitsorgane zur Zersetzung und Auflösung derselben und zur Paralyse von diesen ausgehender antisozialistischer Aktivitäten differenziert wirkungsvoll unterstützt werden.« Konkret forderte das MfS eine Diskreditierung von Personen und Gruppen sowie ihrer Ziele in den Medien, eine strafrechtliche Verfolgung, Einreiseverbote von Personen aus Westdeutschland, die die DDR-Opposition unterstützten; vgl. Information 150/89 v. 30.5.1989; BArch, MfS, ZAIG 3756.

6. Bei Aktivitäten von Inspiratoren und Organisatoren, die Handlungen im Sinne der Gründung bzw. Förderung der Gründung von Vereinigungen entgegen den Bestimmungen der Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen vom 6. November 1975⁷⁴ darstellen, sollten unverzüglich differenziert die in § 16⁷⁵ der genannten Verordnung vorgesehenen Ordnungsstrafmaßnahmen angewendet werden. Wurden durch derartige Aktivitäten weitere Ordnungswidrigkeiten begangen, sollte auch die Anwendung entsprechender Ordnungsstrafmaßnahmen aus der Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 30. Juni 1980⁷⁶ und der Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 22. März 1984⁷⁷ geprüft werden.
7. Wird entsprechend den Absichtserklärungen der Organisatoren die Gründung einer Vereinigung unter Berufung auf die Verordnung über die

74 »Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen« vom 6.11.1975. In: GBl. der DDR, 1975, I, S. 723. Entscheidend war dabei, dass die anzumeldenden und staatlich zu genehmigenden Vereinigungen den »Grundsätzen der sozialistischen Gesellschaftsordnung entsprechen, ein geistig-kulturelles oder ein anderes gesellschaftliches Bedürfnis für ihre Tätigkeit besteht und diese den Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften nicht zuwiderläuft«.

75 § 16 der Verordnung lautete: »§ 16. (1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen den Bestimmungen dieser Verordnung a) eine Vereinigung gründet oder ihre Gründung fördert, die Tätigkeit einer Vereinigung organisiert bzw. unterstützt, eine Vereinigung nicht unverzüglich auflöst oder ihre Tätigkeit fortsetzt, b) Änderungen und Ergänzungen des Statuts nicht oder nicht fristgemäß bestätigen lässt oder personelle Veränderungen der Leitung nicht fristgemäß mitteilt, c) den Sitz einer internationalen nichtstaatlichen Vereinigung in der Deutschen Demokratischen Republik begründet oder einer internationalen Vereinigung bzw. einer Vereinigung, die außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik ihren Sitz hat, als Mitglied angehört oder Beziehungen mit diesen herstellt oder Bürger bzw. Vereinigungen anderer Staaten und Berlin (West) als Mitglied aufnimmt oder führt, kann mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 bis 500 M belegt werden. (2) Ist eine vorsätzliche Handlung nach Abs. 1 aus Vorteilsstreben oder ähnlichen, die gesellschaftlichen Interessen missachtenden Beweggründen oder wiederholt innerhalb von 2 Jahren begangen und mit Ordnungsstrafe geahndet worden, kann eine Ordnungsstrafe bis zu 1 000 M ausgesprochen werden. (3) Gegenstände, die zur Begehung einer Ordnungswidrigkeit benutzt werden oder auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht, können neben anderen Ordnungsstrafmaßnahmen oder selbstständig eingezogen werden. (4) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt den Vorsitzenden der Räte der Stadt- oder Landkreise bzw. Bezirke, deren zuständigen Stellvertreter, den Leitern der zuständigen zentralen staatlichen Organe, dem Leiter der Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Ministeriums des Innern und den Leitern der Dienststellen der Deutschen Volkspolizei. (5) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten – OWG – (GBl. I, Nr. 3, S.101) in der Fassung der Ziff. 29 der Anlage zum Gesetz vom 19. Dezember 1974 zur Änderung des Strafgesetzbuches, des Anpassungsgesetzes und des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten (GBl. I, Nr. 64, S. 591).«

76 »Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen« vom 30.6.1980. In: GBl. der DDR, 1980, I, S. 232. Die Verordnung regelte die Voraussetzungen und Meldeverfahren für Veranstaltungen sowie die Sanktionsmaßnahmen bei Verstößen. Letztere sahen u. a. Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 1 000 M vor.

77 »Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten« vom 22.3.1984. In: GBl. der DDR, 1984, I, S. 173. Auch hier wurden zum Teil hohe Geldstrafen bei Verstößen festgelegt. Die Verordnung ermöglichte es, schon bei kleinsten »Regelwidrigkeiten« polizeilich einzuschreiten.

Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen angestrebt und zu diesem Zweck bei den zuständigen staatlichen Organen die Anmeldung der beabsichtigten Gründung einer Vereinigung beantragt, sollte wie folgt vorgegangen werden:

- Derartige Anmeldungen werden durch die zuständigen Organe entgegengenommen und nach zentraler Abstimmung über das weitere Vorgehen entschieden. Soweit sich die Tätigkeit dieser Vereinigungen über mehrere Bezirke erstrecken soll, erfolgt die weitere Bearbeitung ausschließlich durch die Hauptabteilung Innere Angelegenheiten des Mdl.
 - Den Antragstellern ist im Rahmen der gesetzlichen Bearbeitungsfrist in einem persönlichen Gespräch mitzuteilen, dass ihrem Antrag nicht entsprochen wird, da für die beabsichtigte Gründung der Vereinigung kein gesellschaftliches Bedürfnis besteht. Sie sind darauf hinzuweisen, dass zur Wahrnehmung politischer und gesellschaftlicher Interessen in der DDR bereits umfassende Organisationsformen bestehen. In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen sind die Antragsteller auf den Beschwerdeweg und auf die Möglichkeit einer gerichtlichen Nachprüfung dieser Entscheidung hinzuweisen. Sie sind über die Ungesetzlichkeit und Rechtsfolgen weiterer Gründungshandlungen und anderer mit der Organisation einer Vereinigung im Zusammenhang stehender Aktivitäten zu belehren. (Sofern Entscheidungen der zuständigen staatlichen Organe auf der Grundlage der geltenden Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen vom 6. November 1975 getroffen werden, ist zu beachten, dass gegen die Versagung der Bestätigung der Anmeldung eine gerichtliche Nachprüfung ausgeschlossen ist.)
 - Bei Verstößen der Antragsteller oder weiterer Mitwirkender an der Gründung dieser Vereinigungen gegen die Rechtsordnung der DDR sind konsequent Ordnungsstrafmaßnahmen, bei Vorliegen individueller strafrechtlicher Verantwortlichkeit Strafverfahren durchzuführen.
8. Die Ausarbeitung der Entwürfe der neuen Vereinigungs- und Veranstaltungsverordnungen sollte im Interesse der besseren Ausschöpfung rechtlicher Möglichkeiten beschleunigt abgeschlossen und die Verordnungen kurzfristig in Kraft gesetzt werden.⁷⁸

78 Dies ist nicht mehr realisiert worden, die Verordnungen sind durch das Vereinigungsgesetz vom 21.2.1990 aufgehoben worden.

Anlage 1 zur Information Nr. 416/89

Zum Aufruf der Initiativegruppe »Sozialdemokratische Partei in der DDR«

So kann es nicht weitergehen! | Viele warten darauf, dass sich etwas ändert. | Das aber reicht nicht aus! | Wir wollen das Unsere tun.

Die notwendige Demokratisierung der DDR hat die grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei zur Voraussetzung. Wir brauchen eine offene geistige Auseinandersetzung über den Zustand unseres Landes und seines künftigen Weges. Das bedarf programmatischer Bemühungen und solcher Bürger, die die dafür notwendige Kompetenz mitbringen bzw. gewinnen wollen.

Wir, die Unterzeichnenden, halten für den künftigen Weg unserer Gesellschaft die Bildung einer *sozialdemokratischen Partei* für wichtig.

Unser Ziel: | *eine ökologisch orientierte soziale Demokratie*

Das erfordert die klare Trennung von Staat und Gesellschaft und

- die sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
- den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.

Wir fordern alle, die den nachfolgenden unverzichtbaren programmatischen Orientierungen zustimmen, auf, sich vor Ort zusammenzuschließen.

- Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung,
- parlamentarische Demokratie und Parteienpluralismus,
- relative Selbstständigkeit der Regionen (Länder), Kreise, Städte und Kommunen (finanziell, wirtschaftlich, kulturell),
- soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentrationen ökonomischer Macht,
- Demokratisierung der Strukturen des Wirtschaftslebens,
- Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht.

Wir suchen mit allen, die sich zu diesen Grundprinzipien zusammenfinden, solidarische und verbindliche Organisationsformen. Wer sich mit uns nicht in Übereinstimmung sieht, erkläre sich und bestimme seine eigene demokratische Perspektive. Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen.

Martin Gutzeit | [Straße, Nr.] | Marwitz 1421

Markus Meckel | [Straße, Nr.] | Niederndodeleben 3107

Arndt Noack⁷⁹ | [Straße, Nr.] | Greifswald 2200
 Ibrahim Böhme | [Straße, Nr.] | Berlin 1058

12. September 1989

Anlage 2 zur Information Nr. 416/89

Aufbruch 89 – Neues Forum

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weit verbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden, aber niemand soll auf Kosten anderer krankfeiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

79 Im Original: »Arndt«. Arndt Noack, Jg. 1951, evangelischer Pfarrer, 1989 evangelischer Studentenpfarrer in Greifswald, Mitbegründer der SDP.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines *demokratischen Dialogs* über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, *gemeinsam und im ganzen Land*, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

- dass eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozess mitwirkt,
- dass die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine *politische Plattform* für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen *Neues Forum*.

Die Tätigkeit des *Neuen Forums* werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der VO vom 6.11.1975 über die »Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen« (GBl. I, Nr. 44, S. 723) anmelden.

Allen Bestrebungen, denen das *Neue Forum* Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen.

Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des *Neuen Forums* zu werden. Die Zeit ist reif.

Die Erstunterzeichner:

Michael Arnold, Student, Leipzig; Bärbel Bohley, Malerin, Berlin; Katrin Bohley,⁸⁰ Studentin, Berlin; Dr. Martin Böttger, Physiker, Cainsdorf; Dr. Erika Drees, Ärztin, Stendal; Katrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle; Dr. Frank Eigenfeld, Geologe, Halle; Hagen Erkrath,⁸¹ Student, Berlin; Olaf Freund,⁸²

80 Katrin Bohley, Jg. 1963, Studentin, Nichte von Bärbel Bohley, Mitbegründerin des Neuen Forums.

81 Hagen Erkrath, Jg. 1964, Student, Mitbegründer des Neuen Forums.

82 Olaf Freund, Jg. 1963, Fotolaborant, 1988 Mitbegründer der »Initiative demokratische Erneuerung« (IDEE) in Dresden, Mitbegründer des Neuen Forums.

Fotolaborant, Dresden; Katja Havemann, Heimerzieherin, Grünheide; Alfred Hempel,⁸³ Pfarrer, Großschönau; Rolf Henrich, Jurist, Eisenhüttenstadt; Jan Hermann,⁸⁴ Krankenpfleger, Brandenburg; Martin Klähn,⁸⁵ Bauingenieur, Schwerin; Kathrin Menge,⁸⁶ Hochbauingenieurin, Berlin; Dr. Reinhard Meinel,⁸⁷ Physiker, Potsdam; Otmar Nickel,⁸⁸ Drechsler, Dresden; Dr. Christine Pflugbeil, Ärztin, Berlin; Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin; Reinhard Pumb, Krankenpfleger, Berlin; Dr. Eva Reich,⁸⁹ Ärztin, Berlin; Prof. Dr. Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, Berlin; Hanno Schmidt,⁹⁰ Pfarrer, Coswig; Reinhard Schult, Betonfacharbeiter, Berlin; Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin; Dr. Eberhard Seidel, Arzt, Berlin; Lutz Stropahl,⁹¹ Musikerzieher, Berlin; Dr. Rudolf Tschäpe,⁹² Physiker, Potsdam; Hans-Jochen Tschiche, Pfarrer, Samswegen; Catrin Ulbricht,⁹³ Dresden

Anlage 3 zur Information Nr. 416/89 (Abschrift)

Demokratische Initiative – Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft (DI)

»Die Ideale einer besseren Welt und die Träume davon sind nämlich eine nicht wegzudenkende Dimension jedes wirklichen Menschseins, ohne sie und ohne die Transzendenz des ›Gegebenen‹, die sie vorstellen, verliert das menschliche Leben Sinn, Würde und seine Menschlichkeit selbst.«⁹⁴

Václav Havel⁹⁵ 1989

- 83 Alfred Hempel, Jg. 1926, evangelischer Pfarrer, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 84 Jan Hermann, Jg. 1962, Krankenpfleger, Mitbegründer des Neues Forum, 1990–92 Mitglied des Bundeskoordinierungsrates des Neuen Forums.
- 85 Martin Klähn, Jg. 1959, Bauingenieur, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 86 Kathrin Menge, Jg. 1958, Bauingenieurin, ab 1988 Mitarbeit in verschiedenen Friedensgruppen, u. a. bei der Initiative Frieden und Menschenrechte, 1989 Gruppe zur Aufklärung der Wahlfälschung der Wahlen vom 7.5.1989, Mitbegründerin des Neuen Forums.
- 87 Reinhard Meinel, Jg. 1958, Physiker, seit 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Astrophysik in Potsdam, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 88 Otmar Nickel, Geburtsjahrgang konnte nicht ermittelt werden, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 89 Eva Reich, Jg. 1943, Ärztin, Mitbegründerin des Neuen Forums.
- 90 Hanno Schmidt, Jg. 1936, evangelischer Pfarrer, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 91 Lutz Dieterich Stropahl, Jg. 1945, Musikerzieher, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 92 Rudolf Tschäpe, Jg. 1943, Astrophysiker, Mitglied des Friedenskreises des Potsdamer Kirchenkreises, Mitbegründer des Neuen Forums.
- 93 Catrin Ulbricht, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.
- 94 Dieses Zitat Havels ist dem Aufsatz »Anatomie einer Zurückhaltung« von 1985 entnommen. Havel, Václav: Am Anfang war das Wort. Hamburg 1990, S. 115–159, Zitat S. 131.
- 95 Václav Havel, Jg. 1936, tschechischer Dramaturg/Essayist, erhielt nach der Niederschlagung des Prager Frühlings Aufführungs- und Veröffentlichungsverbot in der Tschechoslowakei, führender Vertreter des während der »samtenen Revolution« 1989 gegründeten Bürgerforums »Občanské fórum« (OF) in der Tschechoslowakei, Wahl zum Regierungspräsidenten der Tschechoslowakei am 29.12.1989, führte das Land zu freien Wahlen im Juli 1990, Bestätigung

Das Aufdiktieren von Meinungen und Handlungsweisen, das Ausgeliefertsein an eine bis ins Detail vom Staat kontrollierte gesellschaftliche Öffentlichkeit sowie der Absolutismus einer privilegierten Minderheit sind wesentliche Ursachen für die heutige Stagnation in Politik und Wirtschaft. Erscheinungen wie z. B. Lethargie im gesellschaftlichen Zusammenleben und fehlende Arbeitsmotivation, Erstarrung des geistig-kulturellen Lebens, Hoffnungslosigkeit bis hin zu erschreckend massiven Ausreisewellen, Neofaschismus und Gewaltzunahme, Alkohol- und Medikamentenmissbrauch sind logische Folge eines Systems der Bevormundung in unserem Land. Mit der Demokratischen Initiative wollen wir den Rahmen des gesellschaftlichen Dialogs Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten der Bürger erweitern, indem eine selbstverantwortete [sic!] und ein allgemeines Rechtsbewusstsein entwickelt und erweitert wird. Für die Demokratische Initiative steht die Alternative »Für oder Gegen den Staat« nicht.

Zielvorstellungen und Grundsätze:

- A) Der Anspruch auf Wahrheit, gleichgültig, ob individuell oder institutionell, ist im Prozess der Wahrheitsfindung hinterfragbar. Die Wahrheit hat niemand gepachtet.
- B) In der Beziehung zwischen Partei und Staat ist vom Prinzip der exakten Trennung der Funktionen auszugehen.
- C) Verwaltung, Gesetz und Justiz sind streng zu trennen.
- D) Jede Institution braucht ein demokratisches Kontrollorgan.
- E) Verhandlungen, Gespräche und Schriftverkehr mit staatlichen Behörden können von Bürgern veröffentlicht werden.
- F) Wenn in betroffenen machenden Konflikten die Möglichkeit der legalen Einflussnahme nicht zu einer allgemein akzeptablen Lösung führt, ist auch der Weg der gewaltlosen, symbolischen bzw. begrenzten Gesetzesverletzung möglich (Demonstration, Streik).

Projekte: Von jedem Befürworter der Ziele und Grundsätze der Demokratischen Initiative unter dem Namen der DI initiiert.

1. Netzwerk der Befürworter der Grundsätze und Ziele der DI durch Rundbriefe mit den Adressen der Unterzeichner an alle Unterzeichner;

als Präsident durch das Parlament, 1993 Präsident der Tschechischen Republik nach friedlicher Trennung von Tschechien und der Slowakei, 1998 Wiederwahl, 2003 Ende der zweiten Amtszeit.

2. Publikation und Kommentierung von »Behördenverkehr«;
3. Ein gesetzlich garantierter Volksentscheid durch »Volksbegehren« (Unterschriftensammlung);
4. Einrichtung eines Archivs zur Öffentlichkeitsarbeit und zu zivilem Ungehorsam (vor allem in der DDR), jährliche Berichte und Analysen zum Zeitgeschehen und zur Geschichte.

Bewegungen haben kein Gründungsdatum und keine Sprecher.

Anlage 4 zur Information Nr. 416/89

Berlin, den 12. Sept. 1989

Aufruf zur Einmischung in eigener Sache

Liebe Freunde, Mitbürgerinnen, Mitbürger und Mitbetroffene!

Unser Land lebt in innerem Unfrieden. Menschen reiben sich wund an den Verhältnissen, andere resignieren. Ein großer Verlust an Zustimmung zu dem, was in der DDR geschichtlich gewachsen ist, geht durch das Land. Viele vermögen ihr Hiersein kaum noch zu bejahen. Viele verlassen das Land, weil Anpassung ihre Grenzen hat.

Vor wenigen Jahren noch galt der »real existierende« Staatssozialismus als der einzig mögliche. Seine Kennzeichen sind das Machtmonopol einer zentralistischen Staatspartei, die staatliche Verfügung über die Produktionsmittel, die staatliche Durchdringung und Uniformisierung der Gesellschaft und die Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger. Trotz seiner unbestreitbaren Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ist es heute offenkundig, dass die Ära des Staatssozialismus zu Ende geht. Er bedarf einer friedlichen, demokratischen Erneuerung.

Eingeleitet und gefördert durch die Initiative Gorbatschows wird in der Sowjetunion, Ungarn und Polen der Weg der demokratischen Umgestaltung beschritten. Enorme ökonomische, soziale, ökologische und auch ethnische Probleme stellen sich in den Weg und können die Umgestaltung zum Scheitern bringen mit unheilvollen Konsequenzen für die ganze Welt. Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muss nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.

Entgegen aller Schönfärberei sind die politischen, ökonomischen und ökologischen Krisenzeichen des Staatssozialismus auch »in den Farben der DDR« unübersehbar. Nichts aber deutet darauf hin, dass die SED-Führung zum Umdenken bereit ist. Es scheint, als spekuliere sie auf ein Scheitern der Reformen in der Sowjetunion. Es kommt aber darauf an, die demokratische Umgestaltung mit zu vollziehen.

Die politische Krise des staatssozialistischen Systems der DDR wurde besonders deutlich durch die Kommunalwahlen am 7.5.89. Die Doktrin von der »moralisch-politischen Einheit von Partei, Staat und Volk«, die das von Wahlen unabhängige Machtmonopol rechtfertigen soll, konnte nur noch durch eine Wahlfälschung vor dem Gegenbeweis geschützt werden. 10 bis 20 % der Bevölkerung der großen Städte haben den Kandidaten der Nationalen Front offen ihre Zustimmung verweigert. Zweifellos wäre diese Zahl bei geheimen Wahlen noch erheblich höher ausgefallen.

So viele Menschen werden durch die Nationale Front nicht mehr vertreten. Sie haben keine politische Vertretung in der Gesellschaft. Der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Demokratisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kann in der DDR noch immer nicht öffentlich zur Sprache gebracht werden. Deshalb rufen wir auf zu einer *Bürgerbewegung* »Demokratie Jetzt«.

Wir wenden uns an alle, die von der Not unseres Landes betroffen sind. Wir laden alle Initiativgruppen mit ähnlichen Anliegen zum Zusammengehen ein. Insbesondere hoffen wir auf ein Bündnis von Christen und kritischen Marxisten. Lasst uns gemeinsam nachdenken über unsere Zukunft, über eine solidarische Gesellschaft, in der

- soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde für alle gewahrt sind,
- der gesellschaftliche Konsens im öffentlichen Dialog gesucht und durch den gerechten Ausgleich verschiedener Interessen verwirklicht wird,
- die verantwortliche und schöpferische Arbeit der Bürgerinnen und Bürger einen lebendigen Pluralismus unseres Gemeinwesens schafft,
- Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit den inneren Frieden sichern,
- Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht werden,
- Wohlstand nicht mehr auf Kosten der armen Länder gemehrt wird,
- Lebenserfüllung in Gemeinschaftlichkeit und schöpferischem Tun für das Gemeinwohl mehr als bisher gesucht und gefunden werden kann.

Alle, die sich beteiligen wollen, laden wir ein zu einem Dialog über Grundsätze und Konzepte einer demokratischen Umgestaltung unseres Landes. Im Januar oder Februar 1990 wollen wir zu einem Vertretertreffen derer, die sich beteiligen, einladen. Es sollte ein Grundsatzprogramm beschließen sowie Sprecherinnen und Sprecher wählen, die dieses Programm in den dringend erforderlichen Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte einbringen können.

Wir hoffen auch auf die Möglichkeit, eine eigene Liste von Kandidaten für die bevorstehenden Volkskammerwahlen aufstellen zu können.

Als einen ersten unfertigen, unvollständigen und verbesserungsbedürftigen Gesprächsbeitrag fügen wir »Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR« bei. Schreiben Sie uns Ihre Meinung und Ihre Kritik. Wir bitten Sie um Vorschläge zur Veränderung, Erweiterung und Vertiefung. Schreiben Sie uns auch, wenn Sie diesen Aufruf unterstützen wollen und lassen Sie uns bitte wissen, wenn Sie uns organisatorisch unterstützen wollen. Schreiben Sie bitte an eine der folgenden Adressen.

Lassen Sie uns zusammengehen und gemeinsam die Hoffnung wieder aufrichten in unserem Land!

Wolfgang Apfeld,⁹⁶ 1035 Berlin, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]
 Dr. Michael Bartoszek, 1034 Berlin, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]
 Stephan Bickhardt, 1055 Berlin, [Straße, Nr.]
 Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, 1055 Berlin, [Straße, Nr.]
 Reiner Flüge,⁹⁷ 1054 Berlin, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]
 Martin König, 1321 Briest, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]
 Reinhard Lampe, 1951 Dorf Zechlin, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]
 Ludwig Mehlhorn, 1058 Berlin, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]
 Ulrike Poppe,⁹⁸ 1055 Berlin, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]
 Dr. Wolfgang Ullmann, 1040 Berlin, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]
 Dr. Gerhard Weigt,⁹⁹ 1185 Berlin, [Straße, Nr.]
 Konrad Weiß,¹⁰⁰ 1100 Berlin, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.]

Bitte abschreiben und weitergeben.

Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR

Das Ziel unserer Vorschläge ist es, den inneren Frieden unseres Landes zu gewinnen und damit auch dem äußeren Frieden zu dienen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft mitgestalten und alle Lebensbereiche demokratisieren. Zugleich müssen wir ein neues, partnerschaftliches Verhältnis zu unserer natürlichen Mitwelt finden.

96 Wolfgang Apfeld, Jg. 1940, Sicherheitsinspektor im VEB Baumechanisierung, Mitbegründer von Demokratie Jetzt.

97 Reiner Flüge, Jg. 1946, Autor, Mitbegründer von Demokratie Jetzt.

98 Ulrike Poppe, Jg. 1953, Angestellte, seit 1982 Mitglied in der Gruppe »Frauen für den Frieden, seit 1986 Mitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte, seit 1987 Arbeitskreis »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung«, Mitbegründerin von Demokratie Jetzt (DJ), Dezember 1989–März 1990 DJ-Vertreterin am Zentralen Runden Tisch, 1990 Mitarbeiterin der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Die Grünen, seit 2009 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.

99 Gerhard Weigt, Jg. 1938, Physiker, Gründungsmitglied Demokratie Jetzt.

100 Konrad Weiß, Jg. 1942, Regisseur und Autor, 1969–90 Regisseur im DEFA-Studio für Dokumentarfilme, 1988–90 Vorstandsmitglied von »Aktion Sühnezeichen«, Mitbegründer von Demokratie Jetzt, nahm am Zentralen Runden Tisch teil, 1990–94 MdB (Bündnis90/Die Grünen).

Wir wollen, dass die sozialistische Revolution, die in der Verstaatlichung stehengeblieben ist, weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird. Statt eines vormundschaftlichen, von der Partei beherrschten Staates, der sich ohne gesellschaftlichen Auftrag zum Direktor und Lehrmeister des Volkes überhoben hat, wollen wir einen Staat, der sich auf den Grundkonsens der Gesellschaft gründet, der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist und so zur öffentlichen Angelegenheit (*res publica*) mündiger Bürgerinnen und Bürger wird. Soziale Errungenschaften, die sich als solche bewährt haben, dürfen durch ein Reformprogramm nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Als Deutsche haben wir eine besondere Verantwortung. Sie gebietet, dass das Verhältnis der deutschen Staaten beiderseits von ideologischen Vorurteilen befreit und in Geist und Praxis ehrlicher und gleichberechtigter Nachbarschaft gestaltet wird. Wir laden die Deutschen in der Bundesrepublik ein, auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken, die eine neue Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen könnte. Beide deutsche Staaten sollten um der Einheit willen aufeinander zu reformieren.

Die Geschichte auferlegt uns Deutschen eine besondere Friedenspflicht. Wir sollten ihr entsprechen durch eine Reduzierung der Verteidigungspotenziale der Nationalen Volksarmee und die Einführung eines sozialen Friedensdienstes als Alternative zum Wehrdienst.

1. Vom Obrigkeitsstaat zur Republik

Die Unterordnung des Staates unter die Politbürokratie der Partei und deren institutionalisierte Ämterpatronage müssen ein Ende haben.

Die strikte Trennung von Legislative (Volksvertretungen) und Exekutive (Räte) ist notwendig, damit eine wirksame Kontrolle der Räte durch die Volksvertretungen erfolgen kann.

Das Wahlrecht muss so reformiert werden, dass Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis gewährleistet sind. Es muss möglich sein, über verschiedene politische Programme und zwischen den Vertretern zu entscheiden. Wir schlagen vor, UNO-Beobachter zu den nächsten Volkskammerwahlen einzuladen.

- Der Staat sollte sich aus Funktionen zurückziehen, die Sache der Gesellschaft sind.
- Die Medien gehören in die Hände von nichtkommerziellen Körperschaften öffentlichen Rechts, damit sie zu Instrumenten freier und öffentlicher Meinungsäußerung werden können. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen Zugang zu Presse, Funk und Fernsehen haben.
- Die Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen dürfen nicht länger Instrument ideologischer Ausrichtung und der Indoktrination im Sinne einer Partei bleiben, auch wenn sie die Regierung stellt. Die Schule und die bisherige Kinder- und Jugendorganisation sollten entflochten werden. Neue Kinder- und Jugendorganisationen müssen möglich sein.

Eltern sollten das Recht erhalten, über Lehrpläne und -Methoden mitzubestimmen.

- Parteien und Organisationen sollten von staatlicher Ausrichtung und Aufsicht gelöst werden. Die volle Freiheit zur Bildung gesellschaftlicher Vereinigungen muss gewährleistet sein.
- Die Gewerkschaften müssen unabhängige Interessenvertreterinnen der Werk tätigen werden und das Streikrecht erhalten.
- Wissenschaft, Kunst und Kultur müssen bei Selbstverwaltung ihrer Institutionen gemäß der Verfassung die Möglichkeit erhalten, sich frei und ohne ideologische Gängelung zu entfalten. Rechtsvorschriften und Richtlinien, die entsprechende verfassungsmäßige Rechte einschränken, müssen außer Kraft gesetzt werden.

Eine Rechtsreform sollte willkürlich auslegbare Straftatbestände beseitigen und die Unabhängigkeit von Richtern und Verteidigern gewährleisten. Der Strafvollzug sollte so reformiert werden, dass eine öffentliche Kontrolle und ein wirksames Beschwerderecht gewährleistet werden.

Eine Verfassungsgerichtsbarkeit sollte eingeführt und die Verwaltungsgerichtsbarkeit voll verwirklicht werden.

Die Reisefreiheit und das Auswanderungsrecht sollten gemäß der Wiener KSZE-Beschlüsse verwirklicht werden.

2. Von der Verstaatlichung zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel

Wir befürworten ein Ende der politbürokratischen Kommandowirtschaft. Der bestehende Staatsplandirigismus sollte durch eine staatliche Rahmenplanung abgelöst werden. Nur solche staatlichen Aufsichts- und Lenkungs kompetenten sollten bestehen bleiben, die für die Bindung jeglicher Wirtschaftstätigkeit an das Gemeinwohl erforderlich sind (Umwelt- und Sozialverträglichkeit).

Betriebe und Vereinigungen von Betrieben sollten ökonomisch selbstständig werden und ihr Angebot und ihre Preise am Markt orientieren, damit aus dem bestehenden Nachfrage- ein Angebotswettbewerb wird.

Wir befürworten eine gewerkschaftliche Mitbestimmung in den Betrieben, die Wählbarkeit von Leitungskräften, eine echte Rechenschaftspflicht der Leitung gegenüber der Belegschaft und eine Gewinnbeteiligung der Belegschaft.

Wir befürworten eine Stärkung und Unabhängigkeit der bestehenden landwirtschaftlichen, handwerklichen und Handelsgenossenschaften sowie die Neubildung von Produktions- und Handelsgenossenschaften.

Wir befürworten die Zulassung privater Kooperativen sowie die Ermöglichung privater Wirtschafts- und Eigentumsformen, sofern eine angemessene Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleistet ist.

3. Von der Ausbeutung und Verschmutzung der Umwelt zu einem dauerhaften Zusammenleben mit der Natur

Grundvoraussetzung ist die Offenlegung der relevanten Umweltdaten und der Verschmutzungs- und Ressourcenprobleme unseres Landes.

Wir brauchen eine lückenlose und landesweite Überwachung der Schadstoffkonzentrationen in Wasser, Luft und Boden.

Die Praxis einer »kostenlosen« Entsorgung durch Verdünnung von Schadstoffen muss so schnell wie möglich beendet werden. Die Entsorgung muss in vollem Umfang in die Kostenrechnung der Betriebe eingehen.

Es sollte eine Umwelthaftpflicht eingeführt werden. Die Beweislast für die Schadlosigkeit der Produktion sollte bei den Betrieben liegen.

Ein rigoroses Energiesparprogramm muss Vorrang haben. Eine effektive Beteiligung aller Verbraucher sollte durch eine entsprechende Preis- und Steuerpolitik herbeigeführt werden.

Eine strenge staatliche Umweltverträglichkeitsprüfung und Kontrolle von Produktion und Produkten ist erforderlich.

Die Nutzung, Erschließung und Erforschung erneuerbarer Energiequellen sollte in jeder Hinsicht gefördert werden.

Eine öffentliche Diskussion der Umweltprobleme, besonders des Energieproblems, der Risiken der Kernenergie, des Treibhauseffektes und des Wachstums ist notwendig.

Ein Wandel der gesellschaftlichen Zielbestimmung und der leitenden Werke ist nötig, damit wir auch zu einem Wandel des Lebensstiles, zu mehr Gemeinschaftlichkeit und Lebensqualität kommen.

Anlage 5 zur Information Nr. 416/89

Resolution

Wir, die Unterzeichner dieses Schreibens sind besorgt über den augenblicklichen Zustand unseres Landes, über den massenhaften Exodus vieler Altersgenossen, über die Sinnkrise dieser gesellschaftlichen Alternative und über die unerträgliche Ignoranz der Staats- und Parteiführung, die vorhandene Widersprüche bagatellisiert und an einem starren Kurs festhält. Es geht nicht um »Reformen, die den Sozialismus abschaffen«, sondern um Reformen, die ihn weiterhin in diesem Land möglich machen. Denn jene momentane Haltung den existierenden Widersprüchen gegenüber gefährdet ihn. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Bürger sich in basisdemokratisch orientierten Gruppen finden, um die Lösung der anstehenden Probleme in die eigene Hand zu nehmen; dieses Land braucht die millionenfache Aktivierung von Individualität; die alten Strukturen sind offenbar kaum in der Lage dazu. So haben wir den Aufruf des Neuen Forums zur Kenntnis genommen und finden in dem Text

vieles, was wir selber denken, und noch mehr, was der Diskussion und des Austauschs wert ist. Wir halten es für überfällig, alte Feindschaften und Vorbehalte abzubauen und zu überwinden. Es ist nun wichtig, dass der politische Wille großer Teile der interessierten Bevölkerung eine positive Entsprechung »von oben« findet. D. h. auch Anerkennung dieser Gruppen, ihre Tolerierung und Einbeziehung in das Gespräch und in die Gestaltung dieser Gesellschaft, wie es die Verfassung der DDR mit ihren Bestimmungen gebietet. Dieses unser Land muss endlich lernen, mit andersdenkenden Minderheiten umzugehen, vor allem dann, wenn sie vielleicht gar keine Minderheiten sind.

Das Anwachsen rechtsextremer und konservativ-nationaler Elemente auch bei uns, das Beliefern gesamtdeutscher Anschauungen ist ein Ergebnis fehlenden Reagierens auf angestaute Widersprüche und historisch unverarbeitete Tatsachen. Linke Kräfte fallen dieser Politik des Festhaltens erneut zum Opfer. Wir wollen in diesem Land leben, und es macht uns krank, tatenlos mitanzusehen zu müssen, wie Versuche einer Demokratisierung, Versuche der gesellschaftlichen Analyse kriminalisiert bzw. ignoriert werden. Wir fordern jetzt und hier sofort den öffentlichen Dialog mit allen Kräften. Wir fordern eine Öffnung der Medien für diese Probleme. Wir fordern Änderung der unaushaltbaren Zustände. Wir wollen uns den vorhandenen Widersprüchen stellen, weil nur durch ihre Lösung und nicht durch ihre Bagatellisierung ein Ausweg aus dieser Krise möglich sein wird. Feiges Abwarten liefert gesamtdeutschen Denkern Argumente und Voraussetzungen. Die Zeit ist reif. Wenn wir nichts unternehmen, arbeitet sie gegen uns!

18.9.1989/Unterzeichner: Gerhard Schöne, André Herzberg,¹⁰¹ H. E. Wenzel,¹⁰² Jörn Brumme,¹⁰³ Joachim Gersdorff,¹⁰⁴ Charly Eitner,¹⁰⁵ Ernst Lemke,¹⁰⁶ Rainer Nawrath,¹⁰⁷ Ingo Griese,¹⁰⁸ Jürgen Ehle,¹⁰⁹ Gerhard Laartz,¹¹⁰ Carsten Muttschall,¹¹¹ Toni Krahl, Martin Schreier,¹¹² Tamara Danz,

101 André Herzberg, Jg. 1955, Musiker und Schauspieler, Sänger der Band »Pankow«.

102 Hans-Eckardt Wenzel, Jg. 1955, Liedermacher.

103 Jörn Brumme, Jg. 1956, Musiker.

104 Joachim Gersdorff, Jg. 1955, Musiker.

105 Charly Eitner, Jg. 1952, Jazz-Gitarrist.

106 Im Original: »Lembke«. Gemeint ist Ernst Lemke, Jg. 1950, Musiker, Gründungsmitglied der Gruppe »Express«.

107 Rainer Nawrath, Jg. 1949, Musiker, Sänger der Band »Express«.

108 Ingo Griese, Jg. 1961, Musiker, seit 1987 bei der Gruppe »Pankow«.

109 Jürgen Ehle, Jg. 1956, Musiker, spielte u. a. in der Gruppe »Pankow«.

110 Gerhard Laartz, Jg. 1940, Musiker, 1970–90 Organist und Leiter der »Modern Soul Band«.

111 Carsten Muttschall, Jg. 1958, Musiker, Bassist in der »Modern Soul Band«.

112 Martin Schreier, Jg. 1948, Musiker, Gründungsmitglied der Rockgruppe »Stern-Combo Meißen«.

Frank Schöbel, Marcus Lönning,¹¹³ Rüdiger Barton,¹¹⁴ H. H. Junck,¹¹⁵ Gerd Sonntag,¹¹⁶ H. J. Reznicek,¹¹⁷ Uwe Hassbecker,¹¹⁸ Jürgen Abel,¹¹⁹ Lutz Kerschowski,¹²⁰ Jürgen Eger,¹²¹ R. Kirchmann,¹²² Angelika Weiz, Conny Bauer,¹²³ Thomas Hergert,¹²⁴ Tina Powileit,¹²⁵ Wolfgang Fiedler,¹²⁶ Kurt Demmler, Beate Bienert,¹²⁷ Jens Schultz,¹²⁸ Lothar Kramer,¹²⁹ Christian Liebig,¹³⁰ Matthias Lauschus,¹³¹ Bernd Römer,¹³² Tine Römer,¹³³ D. Halbhuber,¹³⁴ Norbert Bischoff, Ralf Zimmermann,¹³⁵ Heiko Lehmann,¹³⁶ Ines Krautwurst¹³⁷ u. w. – siehe Liste!¹³⁸

Verteiler: ADN, ND, JW, FDGB, Ferns[ehen] der DDR, Rundf[unk] der DDR, ZK der SED, MfK, Staatsrat, GD b[eim] Kom[itee] f[ür] UK [Unterhaltungskunst], Volkskammer, Schriftstellerverband, VBK, FDJ, Theaterverband, VdJ, MfS, MdI, Kulturbund, Freidenkerverband

- 113 Im Original: »Lönning«. Gemeint ist Marcus Lönning, Geburtsjahrgang konnte nicht ermittelt werden, Sänger der Band »Mixed Pickles«.
- 114 Rüdiger Barton, Jg. 1954, Keyboarder und Komponist der Rockband »Silly«.
- 115 Vermutlich Herbert Junck, Jg. 1949, Musiker, ab 1984 Schlagzeuger der Band »Silly«.
- 116 Vermutlich Gerd Sonntag, Jg. 1954, Künstler.
- 117 Hans-Jürgen »Jäcki« Reznicek, Jg. 1953, Musiker, Bassist der Band »Silly«.
- 118 Im Original: »Hafßbecker«. Uwe Hassbecker, Jg. 1960, Musiker, seit 1986 Gitarrist und Komponist der Band »Silly«.
- 119 Jürgen Abel, Geburtsjahrgang konnte nicht ermittelt werden, Musiker.
- 120 Lutz Kerschowski, Jg. 1953, Musiker.
- 121 Jürgen Eger, Jg. 1954, Liedermacher.
- 122 Rainer Kirchmann, Jg. 1952, Musiker, Komponist und Texter der Gruppe »Pankow«.
- 123 Conny Bauer, Jg. 1943, Jazz-Musiker, 1987–90 Vorsitzender der Sektion Jazz des »Komitees für Unterhaltungskunst«.
- 124 Thomas Hergert, Jg. 1959, Musiker, Bassist bei der Band »Gundermann & Seilschaft«.
- 125 Christina »Tina« Powileit, Jg. 1959, Musikerin, spielte Schlagzeug in der Band »Mona Lise«.
- 126 Wolfgang Fiedler, Jg. 1953, Pianist.
- 127 Beate Bienert, Jg. 1957, Musikerin.
- 128 Jens Schultz, Jg. 1964, Musiker, Gitarrist bei der »Modern Soul Band«.
- 129 Lothar Kramer, Jg. 1953, Musiker, 1975–80 Keyboarder bei der »Stern-Combo Meißen«.
- 130 Christian Liebig, Jg. 1954, Musiker, 1984–86 Mitglied der Bluesgruppe »Engerling«, seit 1986 Bassist bei »Karat«.
- 131 Matthias Lauschus, Jg. 1960, Musiker, spielte von 1987–97 bei »Die Zöllner«.
- 132 Bernd Römer, Jg. 1952, Musiker, seit 1976 Gitarrist der Gruppe »Karat«.
- 133 Tine Römer, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.
- 134 Im Original: »Halhuber«. Gemeint ist Dietmar Halbhuber, Jg. 1947, Journalist.
- 135 Ralf Zimmermann, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.
- 136 Heiko Lehmann, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.
- 137 Ines Agnes Krautwurst, Geburtsjahrgang konnte nicht ermittelt werden, Sängerin.
- 138 Eine solche Liste ist bei diesem Dokument nicht überliefert.

Inf. geht so nicht raus!

BSU
000002

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den _____

6 Blatt

Nr. 441 / 89

Exemplar

INFORMATION
über

die Realisierung von Maßnahmen zur Ausweisung der Personen, die sich widerrechtlich in der Botschaft der BRD in Prag aufhielten am 4./5. Oktober 1989

Entsprechend den zentralen Festlegungen wurden im engen Zusammenwirken mit den Sicherheitsorganen der CSSR am 4./5. Oktober 1989 die komplexen Maßnahmen zur Beendigung des widerrechtlichen Aufenthaltes von Bürgern der DDR in der Botschaft der BRD realisiert.

Bis zum 5. Oktober 1989, 1.00 Uhr verließen

8 270 Personen

das Gelände der Botschaft der BRD in Prag. In diesem Zusammenhang war festzustellen, daß die ursprünglich, insbesondere durch westliche Medien, verbreiteten Größenordnungen von bis zu 12 000 Personen nicht zutreffend waren.

Bei den 8 270 Personen handelt es sich ausschließlich um solche, die sich unmittelbar auf dem Gelände der BRD-Botschaft in Prag befunden hatten.

5. Oktober 1989

Information Nr. 441/89 über die Realisierung von Maßnahmen zur Ausweisung der Personen, die sich widerrechtlich in der Botschaft der BRD in Prag aufhielten am 4./5. Oktober 1989

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 3806, Bl. 1–7 (ZAIG-Ablage-Exemplar).

Serie: Informationen.

Verteiler: Kein Nachweis für externe Verteilung (nicht realisierter Verteilervorschlag vom Vorblatt: Honecker, Stoph, Axen, Dohls, Hager, Herrmann, Keßler, Kleiber, Krenz, Mittag, Schabowski, Tisch, Dickel, Herbert Krolikowski, Herger, Sorgenicht) – MfS: vom Vorschlag realisiert (ZAIG-Liste, Verteilervorschlag): Mielke, Carlsohn, Neiber, Mittag, Poppitz (ZAIG) – nicht realisiert: Großmann, Schwanitz, HA II, HA VI, HA VII, HA IX, HA XIX, HA XX, Abt. X, ZKG.

Datierung: Datum nur auf dem Verteilervorschlag (nicht auf dem Dokument): 5. Oktober 1989.

Vermerk: Maschinenschriftlich im Dokumentenkopf: »Inf. geht so nicht raus!«.

Entsprechend den zentralen Festlegungen wurden im engen Zusammenwirken mit den Sicherheitsorganen der ČSSR am 4./5. Oktober 1989 die komplexen Maßnahmen zur Beendigung des widerrechtlichen Aufenthaltes von Bürgern der DDR in der Botschaft der BRD realisiert.¹

Bis zum 5. Oktober 1989, 1.00 Uhr, verließen 8 270 Personen das Gelände der Botschaft der BRD in Prag. In diesem Zusammenhang war festzustellen, dass die ursprünglich, insbesondere durch westliche Medien verbreiteten Größenordnungen von bis zu 12 000 Personen nicht zutreffend waren.²

Bei den 8 270 Personen handelt es sich ausschließlich um solche, die sich unmittelbar auf dem Gelände der BRD-Botschaft in Prag befunden hatten.

Nach dem Verlassen des Botschaftsgeländes wurden die Personen mit KOM des MfS unmittelbar zum Bahnhof Prag-Liben transportiert, von wo aus sie mit acht bereitgestellten Sonderzügen der Deutschen Reichsbahn durch die DDR über die Grenzübergangsstelle Gutenfürst nach der BRD abgeschoben wurden.

1 Im Laufe des Sommers 1989 hatten in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag mehrere Tausend DDR-Bürger Zuflucht gesucht, um so ihre Ausreise in die Bundesrepublik realisieren zu können. Die Zustände waren katastrophal. Um die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7.10.1989 nicht auch noch mit negativen Schlagzeilen aus Prag zu belasten, lenkte Erich Honecker schließlich widerwillig ein und stimmte einer Ausreise der Flüchtlinge zu. Eine Bedingung war jedoch, dass die Züge über das Gebiet der DDR fahren, damit die Ausreisewilligen formell aus der DDR ausgebürgert werden konnten. Am 30.9.1989 verkündete der bundesdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher vom Balkon der Prager Botschaft den DDR-Flüchtlingen, dass sie in den Westen ausreisen durften. Am 3.10.1989 wurde von der DDR-Führung dann die Grenze zur ČSSR geschlossen; vgl. dazu ausführlich Süß, Walter: Staatsicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 242 ff.

2 »Massenausreise aus Prag begann mit Verspätung«. In: Der Tagesspiegel v. 5.10.1989.

Die Abreise der acht Sonderzüge ab Prag-Liben erfolgte in der Zeit vom 4. Oktober 1989, 18.24 Uhr, bis 5. Oktober 1989, 1.35 Uhr.

Die acht Sonderzüge wurden durch Mitarbeiter der BRD-Botschaft in Prag bzw. Beamte des Bonner Auswärtigen Amtes, die eigens zu diesem Zweck eingeflogen worden waren, begleitet.

Insgesamt 90 DDR-Bürger (Stand: 5.10.1989, 13.30 Uhr) verblieben zunächst noch in der BRD-Botschaft; sie werden im Ergebnis von Aktivitäten durch den Rechtsanwalt Prof. Dr. *Vogel*³ auf ihren Wunsch hin am 5. Oktober 1989 in ihre Heimatorte zurückkehren und mit ihren Anliegen bei den zuständigen Organen für Inneres vorsprechen.

Im Zusammenhang mit der Realisierung der komplexen Maßnahmen war durchgängig ein enges kameradschaftliches Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen und den Sicherheitsorganen der ČSSR gewährleistet. In allen Handlungsräumen wurde durch die Sicherheitsorgane der DDR ein hohes Maß öffentlicher Ordnung durchgesetzt.

Entgegen den getroffenen Festlegungen, wonach alle acht Sonderzüge über die Strecke Bad Schandau–Dresden–Reichenbach–Gutenfürst nach der BRD fahren sollten, mussten aufgrund der entstandenen kritischen Situation auf dem Bahnhof Dresden-Hauptbahnhof fünf Sonderzüge kurzfristig auf dem Territorium der ČSSR umgeleitet werden und fuhren über die Strecke Vojtanov–Bad Brambach–Plauen–Gutenfürst nach der BRD.

Für die drei über Bad Schandau geleiteten Sonderzüge wurden dadurch bedingte außerplanmäßige Halte (für den ersten Zug in Bad Schandau in der Zeit von 21.02 bis 1.30 Uhr) erforderlich.

Der letzte Zug verließ am 5. Oktober 1989, 9.56 Uhr, Gutenfürst in Richtung BRD.

Im Zusammenhang mit der Fahrt der Sonderzüge der Deutschen Reichsbahn über das Staatsgebiet der DDR kam es nach den über die westlichen Medien verbreiteten Zeiten der Abfahrt der Sonderzüge der Deutschen Reichsbahn und beabsichtigten Streckenführung auf dem Dresdener Hauptbahnhof sowie dem Vorplatz bis in die Tiefe der Prager Straße nach Ansammlungen von bis zu ca. 20 000 Personen zu tumultartigen Ausschreitungen, die zur Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie zu erheblichen Sachbeschädigungen an Anlagen und Einrichtungen der Deutschen Reichsbahn führten.⁴

3 Wolfgang Heinrich Vogel, Jg. 1925, Rechtsanwalt, Unterhändler der DDR beim Häftlingsfreikauf.

4 Einige Hundert Personen versuchten den Bahnhof zu stürmen, es kam auch zu Gewaltanwendung durch Ausreisewillige und Demonstranten. Die Staatsmacht reagierte mit äußerster Härte; vgl. dazu ausführlich Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 252 ff.; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f.

Dazu im Einzelnen:

Am 4. Oktober 1989, gegen 19.15 Uhr rotteten sich auf dem Gelände des Hauptbahnhofes in Dresden Gruppen von 200 bis 300 Ausreisewilligen aus allen Bezirken der DDR (außer Rostock und Suhl), die mit der Reichsbahn bzw. Pkw angereist waren, zusammen und begannen mit ersten Sprechchören. Unverzüglich durchgeführte Räumungseinsätze der Sicherungskräfte hatten nur kurzfristig Erfolg. Obwohl die Eingänge zum Bahnhof abgesperrt waren und nur Personen mit gültigen Fahrkarten das Gebäude betreten durften, wuchs die Anzahl der Störer zunehmend an.

Gegen 20.00 Uhr waren ca. 2 500 Menschen im Bahnhof, von denen mindestens 1 000 durch Sprechchöre, Pfliffe u. Ä. versuchten, ihre sofortige Ausreise in die BRD zu erzwingen.

Der Einsatz von Lautsprechern, mit vorbereiteten Texten, sich in die Heimatorte zu begeben und ihr Anliegen bei den staatlichen Organen vorzutragen, dem dann stattgegeben würde, blieb weitgehend wirkungslos. Mithilfe zwischenzeitlich zugeführter weiterer Sicherheitskräfte war es möglich, die Bahnsteige zu sichern und das Mittelschiff des Bahnhofes zu räumen. Die nach draußen gedrängten Personen versammelten sich zu beiden Seiten des Bahnhofes und erhielten außergewöhnlich starken Zustrom durch diejenigen, denen bereits vorher das Betreten des Bahnhofes verwehrt worden war.

Zwischen 21.00 Uhr und 22.00 Uhr hielten sich zu beiden Seiten und im nichtgeräumten Teil des Bahnhofes bis zu 20 000 Personen auf.

Diese versuchten gewaltsam die Absperrung zu durchbrechen, zerschlugen die Bahnhofstüren, sodass eine ernste Gefahr einer vollständigen Besetzung des gesamten Bahnhofsgeländes entstand.

Weitere Schäden wurden verursacht durch Demolierung der Intershop-Einrichtung im Bahnhofsgelände, durch das Zerstören von Bahnhofsuhren, Schalteinrichtungen sowie einer Vielzahl von Fensterscheiben und Türen.

Vor dem Haupteingang des Bahnhofes wurde das Kopfsteinpflaster aufgerissen. Die Sicherungskräfte wurden mit großen Steinen und Flaschen beworfen sowie mit Holzstöcken geschlagen. Ein Funkstreifenwagen wurde umgekippt und geriet in Brand. (Insgesamt wurden zusätzlich 1 750 Angehörige der Bereitschaftspolizei, der NVA, der Kampfgruppen und des MfS zum Einsatz gebracht.)

Unter Einsatz von Wasserwerfern und von Sonderausrüstung (Schilde, Schlagstöcke, Schutzhelme, Reizkörper) sowie durch Lautsprechereinsatz gelang es gegen 24.00 Uhr die Beräumung des Bahnhofes abzuschließen sowie in der Folge die sich zu diesem Zeitpunkt vor dem Bahnhof noch befindlichen ca. 10 000 Personen ständig zu verringern und bis gegen 1.00 Uhr des 5. Oktober 1989 auf ca. 2 000 bis 3 000 Personen zu reduzieren. Nach dem Eintreffen weiterer Einsatzkräfte gelang es gegen 3.00 Uhr die bestehende Ansammlung aufzulösen.

Durch die Sicherungskräfte wurden bisher 224 Personen zugeführt. Gegen sie werden in Abhängigkeit von ihnen begangener Rechtsverletzungen differenzierte strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet.

Während des Einsatzes wurden 45 VP-Angehörige verletzt, davon einer mittelschwer.

Auf anderen Bahnhöfen der ursprünglich vorgesehenen Fahrstrecke hatten sich Gruppen von bis zu 1 000 Personen (Karl-Marx-Stadt) bzw. von 500 Personen (Plauen, Reichenbach, Freiberg) offenkundig mit dem Ziel zusammengerottet, ihre ständige Ausreise nach der BRD auf rechtswidrige Art und Weise zu realisieren.

Zu weiteren Personenansammlungen (jeweils bis zu 150) kam es in Bereichen von allgemein bekannten Langsamfahrstellen (u. a. Hetzdorfer Brücke, Gleisdreieck Werdau und Göltzschtalbrücke).

Die Auflösung der Zusammenrottungen erfolgte durch Einsatzkräfte der Deutschen Volkspolizei. Insgesamt erfolgten weitere 82 Zuführungen.

Am 4. Oktober 1989, gegen 23.30 Uhr, wurde auf der Moritzburger Landstraße in Dresden ein Pkw brennend festgestellt. Erste Untersuchungen ergaben, dass der Fahrer des Pkw gezwungen worden war, zwei bisher unbekannte männliche Personen mit seinem Pkw von Berlin nach Dresden zu befördern. Als sich der Fahrer auf der Moritzburger Landstraße weigerte weiterzufahren, wurde er mit Benzin angegossen. In der weiteren Folge konnte er sich in Sicherheit bringen. Der Pkw wurde angezündet. Die unbekannt männlichen Personen sind flüchtig. Der Pkw-Fahrer steht unter Schockeinwirkung.

Aufgrund der verursachten erheblichen Schäden an Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen der Deutschen Reichsbahn auf dem Dresdner Hauptbahnhof und seiner näheren Umgebung kam es zu Verspätungen im internationalen Reiseverkehr sowie zu einem Rückstau im Güterverkehr.

Unter Einsatz zusätzlicher Kräfte der Deutschen Reichsbahn und mit Unterstützung von Angehörigen der Kampfgruppen und Absolventen der Bezirksparteischule wurden bisher die dringendsten Säuberungs- und Aufräumarbeiten realisiert.

Der Frühberufsverkehr konnte ohne Verzögerung realisiert werden.

Die an der Realisierung der zentralen Entscheidung beteiligten Kräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Eisenbahnpersonale der Deutschen Reichsbahn und der ČSSR-Staatsbahn haben die gestellten Aufgaben mit hoher Disziplin und Einsatzbereitschaft sowie einem aufopferungsvollen Verhalten durchgeführt.

Vorliegenden letzten Meldungen zufolge sind mit Stand vom 5. Oktober 1989, 10.00 Uhr, erneut bereits wieder 40 DDR-Bürger in die BRD-Botschaft in Prag eingedrungen und versuchen ihre ständige Ausreise zu erpressen.

9. Oktober 1989

Information Nr. 451/89 über die weitere Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 3756, Bl. 128–142 (ZAIG-Ablage-Exemplar).

Serie: Informationen.

Verteiler (Vorblatt und Postbuch): Honecker, Stoph, Axen, Hans-Joachim Böhme (Halle), Dohlus, Eberlein, Hager, Herrmann, Jarowinsky, Kefßler, Kleiber, Krenz, Werner Krolikowski, Lorenz, Mittag, Mückenberger, Neumann, Schabowski, Sindermann, Tisch, Margarete Müller, Gerhard Müller, Ingeburg Lange, Schürer, Walde, Dickel, Herger, Sorgenicht – MfS: Mielke, Carlsohn, Mittag, Großmann, Neiber, Schwanitz, HA II, HA IX, HA XX, BV Berlin, HA XX/4, HA XX/AKG, Rebohle (ZAIG), Rechtsstelle, alle Bezirksverwaltungen (BV).

Vermerke: Auf dem Vorblatt beim Verteiler: »15 neutrale Ex. [d. h. als interne Information ohne das für externe Adressaten gebräuchliche Formblatt] f. BV am 11.10.89 an Gen. Kienberg« – »Anl. 2 am 13.10.89 durch Genn. Drasdo mit VMA/461/89 an Gen. Honecker« (Anlage 2 wird Honecker wenige Tage später noch einmal gesondert zugesandt).

Bemerkung: Dokument auch in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 208–213.

Anlage 1: Gründungsurkunde und Statut der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR (ohne Datum, Kopie).

Anlage 2: Gemeinsame Erklärung von Oppositionsgruppen vom 4. Oktober 1989 (Kopie).

Verweis: Information 416/89 in diesem Band.

Bei den andauernden intensiven Aktivitäten feindlicher, oppositioneller Kräfte zur Formierung DDR-weiter oppositioneller Sammlungsbewegungen sind folgende Entwicklungstendenzen/Handlungen beachtenswert:

1. Die Propagierung und Profilierung des »Neuen Forums«¹ wird DDR-weit forciert.

Unterstützend und begünstigend wirken dabei

- die massierte Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners (beruht vor allem auf ein sich weiter eskalierendes abgestimmtes Zusammenwirken von Vertretern westlicher bürgerlicher Medien mit feindlichen, oppositio-

1 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

nellen Elementen und der durchgängigen Präsenz solcher Medienvertreter an den Ausgangspunkten feindlicher bzw. provokatorisch-demonstrativer Aktivitäten);

- die auf das Interesse bestimmter Teile der Bevölkerung stoßenden Ziele und Inhalte des »Neuen Forums«;
- die breite, demonstrative Bekundung insbesondere reaktionärer Amtsträger der evangelischen Kirchen für diese oppositionelle Bewegung.

Der sogenannte Gründungsaufruf wird weiter in allen Bezirken der DDR und allen gesellschaftlichen Bereichen bekannt gemacht, verbreitet und diskutiert.² Er findet unter einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung Resonanz und Zustimmung, z. T. bekundet durch Unterschriftenleistung.

Kirchliche Veranstaltungen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Es ist festzustellen, dass bei öffentlicher Ankündigung von Veranstaltungen in kirchlichen Räumen zur Thematik »Neues Forum« (auch bezogen auf andere oppositionelle Sammlungsbewegungen) eine überdurchschnittliche Besucherresonanz erreicht wird und Teilnehmerzahlen zwischen 1 000 und 2 000 Personen nicht selten sind. So musste z. B. eine am 4. Oktober 1989 in einer Kirche in Potsdam-Babelsberg vorgesehene Veranstaltung, zu der erfahrungsgemäß 100 bis 150 Personen erwartet wurden, wegen des Erscheinens von fast 3 000 Interessenten zweimal wiederholt werden. In einigen Fällen, so u. a. in Leipzig und Magdeburg, waren derartige themenbezogene Veranstaltungen in kirchlichen Räumen – ungeachtet wiederholter Erklärungen und Appelle von Inspiratoren/Organisatoren des »Neuen Forums«, so der *Bohley*,³ zur Besonnenheit und Vermeidung von Gewalt – Ausgangspunkte für anschließende öffentlichkeitswirksame provokatorisch-demonstrative Aktivitäten.

(Vorliegenden Hinweisen zufolge ist einzuschätzen, dass die Inspiratoren/Organisatoren des »Neuen Forums« die sich aus einer gewissen Eigendynamik der Entwicklung der Sammlungsbewegung ergebenden organisatorischen und führungsmäßigen Probleme gegenwärtig nicht beherrschen.)

Immer wieder treten kirchliche Amtsträger als Initiatoren der Sammlung von Unterschriften für das »Neue Forum« in Erscheinung. Nach intern vorliegenden Hinweisen habe der bekannte Pfarrer *Tschiche*,⁴ Magdeburg, in seinem Wirkungskreis ca. 1 000 Unterschriften gesammelt. Nach Äußerungen von

2 Der Gründungsaufruf des Neuen Forums ist als Anlage 2 zu der Information 416/89 hier abgedruckt.

3 Bärbel Bohley, Jg. 1945, Malerin, u. a. Mitbegründerin der Initiative Frieden und Menschenrechte, 1988 Verhaftung nach Protestaktionen bei Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und zwangsweise Exilierung aus der DDR, August 1988 Rückkehr aus englischem Exil, Mitbegründerin des Neues Forum, vertrat 1990 das Neue Forum in der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung, 1991 Mitarbeiterin der Fraktion Neues Forum/Bürgerbewegung im Berliner Abgeordnetenhaus.

4 Hans-Jochen Tschiche, Jg. 1929, evangelischer Pfarrer, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells« für die Entmilitarisierung und Demokratisierung, »Frieden konkret« und der Initiative »Teilhabe statt Ausgrenzung«, seit 1978 Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg, Mitbegründer des Neuen Forums, 1990–98 Fraktionsvorsitzender der Partei Bündnis 90/Die Grünen

Führungskräften des »Neuen Forums« solle der Personenkreis, der als Mitglied/Sympathisant der »Bewegung« angesehen werde, eine Stärke von ca. 8 000 Personen ausmachen, davon etwa die Hälfte aus der Hauptstadt der DDR, Berlin.

Diese Personen repräsentieren fast alle Schichten der Bevölkerung, jedoch nur in geringem Umfang Werktätige aus produktiven Bereichen. Weiter zunehmendes Interesse findet das »Neue Forum« unter der wissenschaftlich-technischen, medizinischen und pädagogischen Intelligenz, allgemein unter Jugendlichen und zunehmend unter Studenten fast aller Studieneinrichtungen. Vorliegende Hinweise lassen die Einschätzung zu, dass das Interesse dabei oftmals mehr den propagierten Inhalten/Forderungen des »Neuen Forums« gilt als der Sammlungsbewegung an sich und deren Organisation/Profilierung.

Im kulturell-künstlerischen Bereich wirkt das »Neue Forum« besonders über die bekannte Resolution von Unterhaltungskünstlern vom 18. September 1989,⁵ die ebenfalls nach wie vor popularisiert wird und die Ausgangspunkt weitergehender Erklärungen, Appelle, Stellungnahmen und dergleichen ist. Die in diesem Bereich ablaufenden Prozesse des Auseinandersetzens mit aktuellen Problemen der Innenpolitik weisen jedoch deutliche Tendenzen einer relativen Eigenständigkeit auf und sind nicht mit der Profilierung des »Neuen Forums« gleichzusetzen.

Nach vorliegenden Hinweisen setzen die Führungskräfte des »Neuen Forums« ihre intensiven Bestrebungen fort, sich nach Ablehnung ihres Antrages zur Bildung einer Vereinigung als »politische Bürgerinitiative« zu formieren.⁶ (Die Versuche der Einbeziehung von Rechtsanwalt *Gysi*⁷ in die Durchsetzung ihrer Legalisierungsbestrebungen bekräftigen die Absicht hinsichtlich des Festhaltens an den gegen den Staat gerichteten Zielen.)

In allen Bezirken der DDR bestehen zumeist mit Kontaktadressen benannte sogenannte Bezirksorganisationen des »Neuen Forums«, in der Hauptstadt

im Sächsischen Landtag, 1994–98 Alterspräsident des Sächsischen Landtags und Mitglied des Ältestenrates.

- 5 Am 18.9.1989 hatten sich, organisiert von Bärbel Bohley und dem Sänger der Band »City«, Toni Krahl, 50 prominente DDR-Rockmusiker, -Liedermacher und -Unterhaltungskünstler getroffen und in Anlehnung an den Aufruf des Neuen Forums eine Resolution verfasst, die einen öffentlichen Dialog, Demokratisierung und Reformen in der DDR forderte. Zahlreiche weitere Künstlerkollegen unterschrieben die Resolution in den folgenden Wochen. Der Aufruf ist als Anlage 5 zur Information 416/89 in dieser Edition abgedruckt.
- 6 Am 19.9.1989 hatte das Neue Forum beim DDR-Innenministerium und in elf Bezirken einen Antrag auf Zulassung eingereicht, der am 25.9.1989 offiziell abgelehnt worden war.
- 7 Gregor Gysi, Jg. 1948, Rechtsanwalt, verteidigte u. a. Systemkritiker und Ausreisewillige, 1988/89 Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte Berlin und des Rats der Vorsitzenden der Kollegien in der DDR, 3.12.1990 verantwortlich für die Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption im Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitags der SED, Dezember 1989–März 1990 SED-PDS-Vertreter am Zentralen Runden Tisch, März–Oktober 1990 Abgeordneter der Volkskammer, Dezember 1989–Januar 1993 Vorsitzender der SED-PDS bzw. PDS, seit Oktober 1990 Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Vorwürfen, als IM für das MfS tätig gewesen zu sein, widersprach Gysi stets.

Berlin nehmen in den Stadtbezirken sogenannte Arbeitsgruppen diese Funktion wahr; aus drei Bezirken liegen Hinweise über beantragte Zulassungen von Kreisorganisationen vor, z. T. mit anderen Bezeichnungen (u. a. Gadebusch/Schwerin – »Medium Nordwest«).

Am 14. Oktober 1989 ist, nach streng intern vorliegenden Hinweisen, in Räumen der Sophienkirchengemeinde in der Hauptstadt Berlin eine zentrale Zusammenkunft von Erstunterzeichnern des sogenannten Gründungsaufrufes des »Neuen Forums«, von »Kontaktadressen« sowie Sympathisanten vorgesehen. Auf diesem Treffen sollen Fragen beraten und Festlegungen getroffen werden u. a. zur Beseitigung des noch bestehenden »programmatischen Defizits« (u. a. durch Erarbeitung bzw. Bestätigung weiterer Papiere konzeptionellen Charakters), zur Formierung des Führungszentrums (um die *Bohley*) sowie der territorialen »Organisationen« (u. a. Fortsetzung der Versuche der Anmeldung von Kreisorganisationen), zum künftigen Wirksamwerden in der Öffentlichkeit sowie der Erfassung der Sympathisanten (zentrale computer-gestützte Erfassung, u. a. nach berufsspezifischen Gesichtspunkten).

Als Inspiratoren/Organisatoren des »Neuen Forums« agierende Kräfte, darunter die *Bohley*, *Pflugbeil*,⁸ Prof. *Reich*,⁹ stehen in fast ununterbrochenem Kontakt mit bekannten Schaltstellen subversiven Vorgehens gegen die DDR in Westberlin (u. a. *Hirsch*¹⁰), mit anderen ehemaligen DDR-Bürgern, mit Führungskräften der »Alternativen Liste« (AL),¹¹ Westberlin, sowie mit der Mehrzahl in der DDR akkreditierter Korrespondenten bürgerlicher Medien (besonders der BRD) und zum Teil mit akkreditierten Diplomaten des westlichen Auslands.

Diese Personen werden über alle Schritte des Vorgehens des »Neuen Forums« und dabei erzielter »Ergebnisse«/Wirkungen informiert; es erfolgt eine Abstimmung zum weiteren Vorgehen, zu »Unterstützungshandlungen« der Medien für das »Neue Forum« usw. Ausdruck und ein Ergebnis dieses Zusammenwirkens ist auch die auf Initiative führender Mitglieder des Bereiches »Berlin-Politik« der »AL« am 6. Oktober 1989 in Westberlin vollzogene Kon-

8 Sebastian Pflugbeil, Jg. 1947, Physiker, 1988/89 Berater der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR, Mitbegründer des Neuen Forums, Neues-Forum-Sprecher am Zentralen Runden Tisch, 1990–94 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.

9 Jens Georg Reich, Jg. 1939, Mediziner und Molekularbiologe, seit 1980 Professor für Biomathematik und Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie, nach seiner Weigerung Westkontakte abzubauen und mit dem MfS zusammenzuarbeiten verlor er die Funktion als Abteilungsleiter 1984. Er war einer der Autoren des Gründungsaufrufs zum Neuen Forum.

10 Ralf Hirsch, Jg. 1960, Schlosser, Mitorganisator der sogenannten Bluesmessen, Mitgründer und Sprecher der Initiative Frieden und Menschenrechte, Mitherausgeber der Samisdat-Zeitschrift »Grenzfall«, Ausbürgerung 1988 nach Festnahme bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration, 1989 Mittelsmann zwischen der DDR-Opposition und bundesdeutschen Medien.

11 Die Partei Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) war am 5.10.1978 in Westberlin gegründet worden und ist der Vorläufer des Landesverbandes Berlin Bündnis 90/Die Grünen.

stituierung eines »Neuen Forums/West«.¹² Mit diesem Zusammenschluss wolle man seitens der dahinter stehenden Kräfte (u. a. der ehemalige DDR-Bürger *Herzberg*¹³) durch »abgestimmtes Vorgehen eine aktive Unterstützung« des »Neuen Forums« in der DDR erreichen.

Streng intern vorliegenden Hinweisen zufolge bemühen sich Kräfte von »Solidarność«¹⁴ um Kontakte zum Führungskreis des »Neuen Forums«.

2. In Umsetzung der von der sogenannten Initiative zur Schaffung einer sozialdemokratischen Partei verfolgten Ziele und Absichten (siehe Informationen des MfS Nr. 386/89¹⁵ vom 4. September 1989 und Nr. 416/89 vom 19. September 1989¹⁶) erfolgte am 7. Oktober 1989 illegal die Gründung einer »Sozialdemokratischen Partei in der DDR – SDP«¹⁷. Dazu liegen folgende Hinweise vor:

Am 7. Oktober 1989 fand in der Zeit von 10.30 Uhr bis gegen 20.00 Uhr im evangelischen Gemeindehaus Schwante, Kreis Oranienburg, eine Zusammenkunft von über 40 Personen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin (Mehrzahl), sowie den Bezirken Dresden, Gera, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam und Rostock statt. Unter diesen befand sich eine Reihe kirchlicher Amtsträger, im kirchlichen Dienst stehender und aus religiösen Elternhäusern kommender Personen, die bekannten Unterzeichner des sogenannten Aufrufes der »Initiativgruppe« vom 12. September 1989,¹⁸ die Pfarrer *Gutzeit*,¹⁹

12 Vgl. »Neues Forum West. Gründungsaufruf für West-Berlin«. In: Tageszeitung v. 10.10.1989.

13 Guntolf Herzberg, Jg. 1940, Philosoph, Mitbegründer des Freitagskreises, 1973 SED-Ausschluss und Entlassung aus der Akademie der Wissenschaften, reiste 1985 nach Westberlin aus, 1987–92 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der FU Berlin.

14 Die am 17.9.1980 gegründete erste freie Gewerkschaft im Ostblock, die polnische »Solidarność«, hatte mit ihrer politischen Organisation, dem Bürgerkomitee Solidarność, die »halbfreien« Wahlen im Juni 1989 in Polen gewonnen, was am 24. August zur Wahl Tadeusz Mazowieckis zum polnischen Premierminister und am 13. September zur Bildung einer nicht-kommunistischen polnischen Regierung geführt hatte.

15 Die Information 386/89 beschäftigt sich mit Aktivitäten von Teilen der bundesdeutschen SPD-Führung im Hinblick auf die DDR-Opposition. Besonders im Blick der Stasi: Gespräche mit Oppositionellen aus allen Bereichen, die bei Besuchen von einzelnen SPD-Spitzenpolitikern in der DDR geführt wurden. Darüber hinaus stellt das MfS fest, dass es Bestrebungen seitens der SPD gebe, die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR zu befördern; vgl. Information 386/89 v. 4.9.1989; BArch, MfS, ZAIG.

16 Information 416/89, hier abgedruckt.

17 Am 7.10.1989, dem 40. Jahrestag der DDR, wurde in einem Pfarrhaus in Schwante (Brandenburg) die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Der Gründungsaufruf wurde von 38 Personen unterschrieben. Auf dem Berliner Parteitag am 26.9.1990 vereinigte sich die Partei mit der westdeutschen SPD; vgl. dazu u. a. Meckel, Markus; Reiche, Stefan (Hg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist«. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD. Berlin 2010; Gohle, Peter: Von der SDP-Gründung zur Gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90. Bonn 2014.

18 Der »Aufruf der Initiativgruppe« ist als Anlage 1 zu der Information 416/89 hier abgedruckt.

19 Martin Gutzeit, Jg. 1952, evangelischer Pfarrer, 1986–90 Repetent (Lehrbeauftragter) am evangelischen Sprachenkonvikt Berlin, 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), Vorstandsmitglied und stellvertretender Geschäftsführer der SDP, ab 7.12.1989 SDP-Verehrter am Zentralen Runden Tisch, März–Oktober 1990 Abgeordneter der Volkskammer (parlamentarischer Geschäftsführer, Mitglied des Präsidiums), Oktober–

Potsdam, *Meckel*,²⁰ Magdeburg, *Noack*,²¹ Rostock, sowie das Mitglied des personellen Zusammenschlusses »Initiative Frieden und Menschenrechte« Berlin,²² Manfred *Böhme*.²³

Pfarrer *Meckel* hielt eine »programmatische« Rede und versuchte die Notwendigkeit der Bildung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR u. a. damit zu begründen, dass der Begriff »Sozialismus« für die Massen wertlos geworden sei und die SED keine Reformfähigkeit zeige, sodass eine sozialdemokratische Orientierung in Staat und Gesellschaft erforderlich wäre. Im Ergebnis der geführten Diskussionen – Grundlage bildete der genannte Aufruf der »Initiativgruppe« – wurden als konzeptionelle Dokumente der »SDP« fertiggestellt eine sogenannte Gründungsurkunde, ein Statut und ein Anhang zum Statut, in welchem »Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogrammes« dargelegt sind (Papiere als Anlage 1 der Information beigefügt). Aufgestellt wurde ferner eine 31 Anschriften von Personen aus fast allen Bezirken der DDR umfassende Liste mit »Kontaktadressen zur Gründung von Ortsverbänden der SDP«.

Mit dem Verlesen der »Gründungsurkunde« durch Pfarrer *Meckel* betrachteten die Anwesenden die Gründung der »SDP« als vollzogen, was in einem Schreiben an das Mdi offiziell mitgeteilt werden soll. Bei allen Personen bestand Klarheit über die Rechtslage (nichtgenehmigte Bildung einer Vereinigung) und möglichen, daraus resultierenden persönlichen Konsequenzen.

Dezember 1990 MdB (SPD), seit 1993 Landesbeauftragter für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Berlin.

- 20 Markus Meckel, Jg. 1952, evangelischer Pfarrer, 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), Februar–September 1990 stellvertretender Vorsitzender der Ost-SPD, April–Juni 1990 Vorsitzender der Ost-SPD, Mai bis August 1990 DDR-Vertreter bei den 2+4-Verhandlungen, März–Oktober 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 12.4.–20.8.1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten, 1990–2008 MdB (SPD).
- 21 Gemeint ist Arndt Noack, Jg. 1951, evangelischer Pfarrer, 1989 evangelischer Studentenpfarrer in Greifswald, Mitbegründer der SDP.
- 22 Die 1986 gegründete Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) war eine der wichtigsten Oppositionsgruppen in der DDR. Begründet von Bärbel Bohley, Martin Böttger, Werner Fischer, Peter Grimm, Ralf Hirsch, Gerd und Ulrike Poppe, Lotte und Wolfgang Templin, Reinhard Weißhuhn. Ihre Kernthese, dass Frieden in den internationalen Beziehungen nicht möglich ist, wenn er die Gewährleistung der Menschenrechte im Innern nicht einschließt, stellte einen Frontalangriff auf das Friedensverständnis der SED dar. Für das Erreichen ihrer Ziele setzte die kirchenunabhängige Gruppe auf das Herstellen einer kritischen Gegenöffentlichkeit über westliche Medien, über die eigene Samisdat-Publikation »Grenzfall« und über Protestresolutionen. Vgl. Templin, Wolfgang; Weißhuhn, Reinhard: Die IFM. In: Kuhr, Eberhard (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 171–187.
- 23 Manfred Otto »Ibrahim« Böhme, Jg. 1944, Maurer, Bibliothekar, Dramaturg, als IM des MfS (seit 1969) aktiv in verschiedenen Oppositionsgruppen tätig, so u. a. ab 1986 in der IFM. Bei Gründung der SDP der DDR am 7.10.1989 wurde er zu deren Geschäftsführer, auf dem 1. Parteitag der dann in SPD umbenannten Partei zu deren Vorsitzendem gewählt. Trat nach Enttarnung als IM im März 1990 von allen Ämtern zurück. 1992 aus der SPD ausgeschlossen.

Im Anschluss daran wurden die »Leitungsgremien« gewählt wie

- Vorstand (insgesamt 15 Personen, davon 7 Pfarrer; Vorstandsmitglieder sind u. a. *Gutzeit, Meckel, Noack, Böhme*),
 - Geschäftsführung (*Böhme*),
 - Geschäftsführender Ausschuss (3 Sprecher),
 - Schatzmeister,
 - zwei Vertreter in der »Sozialistischen Internationale« (u. a. die Katechetin Ursula *Kaden*,²⁴ Stralsund)
- und Festlegungen zur Finanzierung getroffen.

Zum Gesamtverlauf der Zusammenkunft wurde ein Tonbandmitschnitt gefertigt, zeitweise erfolgten Videoaufzeichnungen (Vertreter westlicher Medien waren nicht anwesend).

Ende des Monats Oktober 1989 beabsichtigt der »Parteivorstand«, zu einer Schulung zusammenzukommen.

3. Beachtenswert für die weitere Formierung unterschiedlichster oppositioneller Sammlungsbewegungen in der DDR ist eine sogenannte Gemeinsame Erklärung (Anlage 2), in der unterschriftlich Inspiratoren/Organisatoren des »Neuen Forums« (u. a. *Pflugbeil*), des »Demokratischen Aufbruchs« (u. a. *Eppelmann*²⁵), der »SDP« (u. a. *Gutzeit* und *Böhme*), der »Bürgerbewegung Demokratie Jetzt«²⁶ sowie verschiedenster bekannter personeller Zusammenschlüsse wie der »Initiative Frieden und Menschenrechte« (u. a. Gerd

24 Ursula Kaden, Jg. 1945, Architektin, Mitglied im »Stralsunder Friedenskreis«, Mitinitiatorin der ersten Friedensgebete in der Nikolaikirche Stralsund.

25 Rainer Eppelmann, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, 1966 Verweigerung des Eides als Bausoldat, Verurteilung zu acht Monaten Haft. Organisierte von 1979 bis 1986 im Rahmen seiner kirchlichen Jugendarbeit »Bluesmessen« (Gottesdienst mit Konzert), die einen Ausgangspunkt oppositioneller Aktivitäten bildeten. Verfasste 1982 mit Robert Havemann den »Berliner Appell« zur Entmilitarisierung. Erstattete 1989 Strafanzeige wegen der Fälschung der Kommunalwahlen. Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA) in Ostberlin, im Februar 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in Regierung Modrow, April–Oktober 1990 Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, 1990–2005 MdB (CDU).

26 Demokratie Jetzt (DJ) war 1989 eine der zentralen Bürgerbewegungen neben dem Neuen Forum, dem Demokratischen Aufbruch und der Vereinigten Linken, die im Wesentlichen aus der Gruppe »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« entstanden war. Offiziell wurde Demokratie Jetzt am 12.9.1989 gegründet (der Gründungsaufruf ist als Anlage 4 zu der Information 416/89 hier abgedruckt). Ziel war die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die Verbindung von basisdemokratischen mit parlamentarischen Elementen. Die formale Gründung der DJ als politische Vereinigung wurde im Januar 1990 in Berlin vollzogen. 1991 ging die DJ zusammen mit Teilen des Neuen Forums und der Initiative Frieden und Menschenrechte in der Partei Bündnis 90 auf; vgl. dazu u. a. Hoffmann, Jürgen: Demokratie Jetzt. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98.

Poppe²⁷⁾ und des »Friedenskreises« Pankow²⁸⁾ ihre Bereitschaft zu gemeinsamem politischem Handeln mit dem Ziel der »demokratischen Erneuerung« der DDR bekunden. Zu diesem Zweck wird ein Zusammengehen der »Vielfalt der Initiativen« in Aussicht gestellt, das sich vor allem auf die Durchführung demokratischer Wahlen in der DDR unter UNO-Kontrolle und dem »Wahlbündnis mit eigenen Kandidaten« orientieren soll.

Nach vorliegenden internen Hinweisen wurde diese »Gemeinsame Erklärung« am 4. Oktober 1989 im Rahmen eines wesentlich von *Eppelmann* mitorganisierten Treffens verfasst. Das Papier entspricht der Absicht *Eppelmanns* und weiterer feindlicher, oppositioneller Kräfte, eine »einheitliche Wahlplattform aller oppositionellen Gruppen und Initiativen« zu schaffen. Es wurde – nach vorliegenden Hinweisen – erstmalig am 6. Oktober 1989 im Rahmen einer sogenannten Zukunftswerkstatt »Wie nun weiter, DDR?« in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg vor ca. 2 000 Personen im vollen Wortlaut verlesen.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

Anlage 1 zur Information Nr. 451/89

Gründungsurkunde der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR (Kopie)

Mit dem heutigen Tag gründeten die Unterzeichner die Sozialdemokratische Partei in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie erklären sich in voller Übereinstimmung mit dem von der Initiativgruppe zur Bildung einer SDP in

27 Gerd Poppe, Jg. 1941, Ingenieur, 1985/86 Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte, Mitherausgeber der Samisdat-Publikationen »Grenzfall«, »Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR« und »Ostkreuz«, 1989–90 Sprecher der IFM am Zentralen Runden Tisch, Februar–April 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der DDR, März–Oktober 1990 stellvertretender parlamentarischer Fraktionsführer der Volkskammerfraktion Bündnis 90, 1990–98 Bundestagsmitglied, 1998–2003 Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe.

28 Der »Pankower Friedenskreis« war eine, innerhalb der Altpankower Kirchengemeinde, eigenständig agierende Gruppe. 1981 von der Pastorin Ruth Misselwitz initiiert, entstand unter Mitwirkung ihres Mannes Hans Misselwitz, Vera Wollenbergers und anderen ein Arbeitskreis von etwa 30 Mitgliedern, der »Große Friedenskreis«. Dieser unterteilte sich in kleine Gruppen, die spezielle Themen bearbeiteten. Ein »Bibelarbeitskreis« und ein großer »Ökologiekreis« kamen hinzu. Die Gruppe bestand zur Hälfte aus Nichtchristen. Unterwanderung und Schikanen seitens des MfS standen auf 1982 an der Tagesordnung. Der »Pankower Friedenskreis« war eine der führenden Friedensgruppen. Die Beteiligung an Aktionen und Werkstätten und die Erarbeitung von Informationsmaterial zu verschiedenen Themen standen bei der Arbeit im Mittelpunkt. Vgl. Subklew, Marianne; Hoffmann, Martin (Hg.): Ich wurde mutiger. Der Pankower Friedenskreis – politische Selbstbehauptung und öffentlicher Widerspruch. Interviews und Dokumente aus 20 Jahren. Berlin 2003.

der DDR erklärten Grundsatz, auf eine ökologisch orientierte soziale Demokratie einzuwirken.

Die Mitglieder der SDP in der DDR suchen die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Initiativen, ungeachtet ihrer Strukturen, ihrer weltanschaulichen und sozialen Bildung.

Angesichts der außen- und innenpolitischen Situation der DDR halten es die Mitglieder der SDP jetzt für erforderlich, sich mit einer Partei mit demokratischer Zielstellung in einer inhaltlichen und strukturellen Verbindlichkeit für eine konsequente Demokratisierung von Staat und Gesellschaft einzusetzen.

Der Gründung der SDP ging seit dem 26. August 1989 eine Verbreitung der Zielstellung strategischer Überlegungen der Erstunterzeichner der Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei voraus. Die Diskussionen über die erklärten Grundsätze verdeutlichen die Notwendigkeit, mit inhaltlichen und strukturellen Verbindlichkeiten sich jetzt gegen die zunehmende Destabilisierung des Landes zu verhalten und in dieser Weise an einer demokratischen Entwicklung mitzuwirken.

Statut der SDP – Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP

§ 1 Die Partei führt den Namen Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

Grundsätze:

§ 2 Die Sozialdemokratische Partei in der DDR versteht sich als »Volkspartei«, lehnt den Demokratischen Zentralismus ab, vereint Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen, die sich den Traditionen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie der Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Umwelt verpflichtet fühlen. Die SDP steht den Traditionen des demokratischen Sozialismus der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten nahe.

§ 3 Der Einsatz für die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den beiden Menschenrechtskonventionen (1966) niedergelegt sind, gehört zu den vornehmsten Aufgaben und unaufgebbaren Prinzipien jedes Mitgliedes und der Partei als Ganzes.

§ 4 Die SDP versteht sich als demokratische Volkspartei, die für alle Schichten der Bevölkerung offen ist. Die gleichberechtigte repräsentative Beteiligung von Männern und Frauen auf allen Ebenen ist zu gewährleisten. Die

Parteiarbeit beruht auf der von der Basis ausgehenden und alle Ebenen von dort her bestimmenden innerparteilichen Demokratie.

§ 5 In entschiedener Ablehnung allen totalitären politischen Denkens und Handelns bemüht sich die SDP in Zusammenarbeit und gleichberechtigtem Wettstreit mit anderen demokratischen Kräften um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie. Eine solche Demokratie erfordert die möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, das heißt u. a. eine Trennung von Staat und Parteien sowie Staat und Kirchen.

Daher versteht sich die SDP bewusst als ein Teil der Gesellschaft und beansprucht nur insofern Gesellschaft und Staat nach ihren politischen Vorstellungen und Prinzipien gestalten zu können, als sie im demokratischen Wettstreit die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnt bzw. in freien Koalitionen mit anderen diese Vorstellungen zum Zuge bringen kann. Aus diesem Selbstverständnis heraus tritt sie ein für eine parlamentarische Demokratie mit Parteienpluralität. Die SDP bekennt sich zur Gewaltlosigkeit.

§ 6 Die Achtung der Würde, Eigenverantwortlichkeit und Freiheit des Menschen sowie seine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe in Staat und Gesellschaft sind die Grundbestimmungen der von uns angestrebten sozialen Demokratie.

§ 7 Der demokratische Rechtsstaat mit strikter Gewaltenteilung beruht auf den gleichen Rechten und Pflichten seiner Bürgerinnen und Bürger. Auf dieser Grundlage ist es Aufgabe des Staates,

- a) die persönlichen, sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
- b) den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten;
- c) sich mit allen Kräften für ein friedliches und gerechtes Miteinander der Völker, zur Entmilitarisierung staatlichen Verhaltens nach innen und außen, Entmilitarisierung und den Aufbau einer europäischen- und Weltfriedensordnung einzusetzen;
- d) Institutionen der gewaltfreien Konfliktregulierung in der Gesellschaft zu schaffen (Rechtslage).

§ 8 Aller Monopolisierung und Zentralisierung in Staat und Gesellschaft ist entgegenzutreten, wenn sie die sozialen und politischen Rechte der Bürger beeinträchtigt. Für die Wirtschaft besonders auch im Hinblick auf den staatlichen Sektor bedeutet dies, bei unvermeidbaren Monopolen eine demokrati-

sche Kontrolle sowie Überprüfung der ökonomischen Effizienz und Umweltverträglichkeit zu sichern.

§ 9 Es wird eine ökologisch orientierte, soziale Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen angestrebt. Zielbestimmungen sind:

- a) undemokratische und unsoziale Auswirkungen und Konzentration wirtschaftlicher Macht zu verhindern,
- b) Bewahrung der natürlichen Umwelt durch das Einbeziehen der ökologischen Kosten in das Marktgeschehen,
- c) diejenigen, welche die Werte schaffen, sind an den Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen (Mitbestimmung), dem Produktivvermögen (Miteigentum) und den Gewinnen zu beteiligen,
- d) die Rechte der Konsumenten sind zu stärken.

§ 10 Der Einsatz für unabhängige demokratische Gewerkschaften, Vereine und andere Organisationen (Behinderte,- Frauen,- Kinderschutz-, Jugend-, Ausländer-, Rentner-, Umwelt- u. a.) sowie deren Rechte ist der SDP ein grundlegendes Anliegen.

§ 11 *Strukturaufbau*

1. Vollversammlungen auf Ortsebene, Parteitage ab Kreisebene.
2. Bei größeren Orten wird empfohlen, sich zur konkreten Arbeit in verbindliche wohnsitzorientierte Gruppen zu untergliedern, deren Mitgliederzahl Gesprächsfähigkeit ermöglicht.
3. Delegierungsprinzip von der Basis stufenweise zu den höheren Gremien.
4. Repräsentative Delegation von Männern und Frauen.
5. Ein mögliches, noch zu erprobendes Modell:
 - a) verbindliche wohnsitzorientierte Basisgruppen mit etwa 15 Mitgliedern
 - b) Delegation zweier Vertreter, möglichst einer Frau und eines Mannes zur nächsthöheren Gruppe, die dann etwa 14 Personen umfasst, diese Gruppe delegiert wiederum 2 Vertreter zur nächsten Leitungsebene und so fort.
 - c) Daraus ergeben sich die Kreis-, Bezirks- und je nach Mitgliederzahl notwendigen Zwischenebenen.
 - d) Auf DDR-Ebene entsteht dann der Landesparteierrat mit 30 Mitgliedern.

Diese Leitungsgremien werden auf den Parteitag der jeweiligen Ebene durch weitere Kandidaten entsprechend der Mitgliederproportionalität ergänzt und gemeinsam zur Wahl gestellt (vgl. § 16).

Mitgliedschaft

§ 12 Mitglied kann jeder werden, der sich den Grundsätzen dieses Statuts verpflichtet fühlt, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Staatsbürgerschaft etc., sofern er 18 Jahre alt ist (später 16 Jahre) und sich sein Wohnsitz in der DDR befindet.

§ 13 Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt durch die Basisgruppe. Die Schiedskommission entscheidet auf Antrag in einem Parteiausschlussverfahren, ob ein Mitglied dem Statut in zentralen Punkten vorsätzlich widerspricht oder erheblich gegen die Grundsätze verstößt. Gegen das Urteil kann der Betroffene binnen vier Wochen Einspruch beim Parteirat erheben, der endgültig entscheidet.

Wahlen

§ 14 Jede Basisgruppe wählt aus ihrer Mitte als ihre Leitung den 1. und 2. Sprecher sowie den Kassenwart. Sie wählt außerdem Personen für weitere Ämter, Protokollant etc., sowie zwei Delegierte für die nächsthöhere Ebene.

§ 15 Die Wahl der beiden Delegierten geschieht auf jeder Ebene in geheimer Abstimmung. Jedes Mitglied besitzt aktives und passives Wahlrecht. Es entscheidet die einfache Mehrheit. Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei nochmaliger Gleichheit der Stimmen entscheidet das Los. Zur vorzeitigen Abwahl eines Delegierten ist eine Dreiviertel-Mehrheit notwendig.

§ 16 Die aus diesen Delegierten sich zusammensetzenden Leitungsgremien werden auf den jeweiligen Parteitag durch weitere Kandidaten entsprechend der Mitgliederproportionalität ergänzt und gemeinsam zur Wahl gestellt. Dabei muss im neu gewählten Rat aus jeder delegierenden Gruppe wenigstens ein Delegierter vertreten sein. Gewählt ist dann also der Kandidat der delegierenden Gruppe, der die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte sowie unabhängig von der Gruppenzugehörigkeit die Kandidaten mit den meisten Stimmen bis zur vom Parteitag bestimmten Vollzähligkeit der Leitungsgruppe.

§ 17 Hat jemand ein Parteiamt acht Jahre inne, kann er nur noch mit Zweidrittel-Mehrheit für dieses Amt wiedergewählt werden.

§ 18 Bei Übernahme eines Mandates oder Staatsamtes sind alle Parteifunktionen niederzulegen und ruht das passive Wahlrecht.

Parteitage

§ 19 Ab Kreisebenen finden jährlich Parteitage statt. Organisiert und einberufen werden sie vom Parteitagspräsidium. Teilnehmer sind alle Mitglieder bzw. Delegierten der darunterliegenden Ebene sowie weitere Delegierte des Parteitages bzw. der Vollversammlung der darunterliegenden Ebene.

§ 20 Der Parteitag gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 21 Die Parteitage nehmen die Rechenschaftsberichte zur Diskussion und Beschlussfassung entgegen. Sie erarbeiten und beschließen Leitlinien zur Parteiarbeit, welche in Kommissionen unter Hinzuziehung von Experten vorbereitet werden. Diese Leitlinien müssen vorher in allen vorangehenden Ebenen vorgestellt und diskutiert worden sein, werden mit einfacher Mehrheit beschlossen und sind für alle beteiligten Ebenen verbindlich. Muss in dringenden Fällen ein Parteitag sofortige Entscheidungen in zentralen Fragen fällen, ist eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig.

§ 22 Die Parteitage wählen eine Finanz-, Schieds- und Kontrollkommission. In den beiden letzteren dürfen nur Delegierte sein, die kein anderes Parteiamt innehaben.

§ 23 Ein Sonderparteitag ist einzuberufen, wenn ein Drittel der dazugehörigen Räte bzw. Gruppen dies wünschen, das Präsidium es für nötig erachtet oder der Parteirat jeder Ebene es beschließt.

Finanzen

§ 24 Die SDP finanziert ihre Aktivitäten aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, über die Beitragshöhe entscheidet der Landesparteitag. Die Herkunft aller Spenden ist offenzulegen.

§ 25 Die Gelder werden in den Basisgruppen gesammelt, verwaltet und zur Finanzierung der eigenen sowie der überregionalen Arbeit entsprechend den Parteitagsbeschlüssen eingesetzt.

§ 26 Auf den Parteitagen werden Haushaltspläne erstellt, Umlagenbeschlüsse verabschiedet und Kassensführer entlastet. Das Vermögen der Partei ist Gesamteigentum, vgl. § 42 ZGB.

§ 27 Für hilfsbedürftige Personen wird ein Sonderfonds eingerichtet.

Durchschaubarkeit

§ 28 Alle Delegiertensitzungen und Parteitage sind so aufzuzeichnen, dass jedes Parteimitglied den Verlauf der Diskussion verfolgen kann. Es ist ein Protokoll anzufertigen und von zwei Personen zu unterschreiben. Jeder Delegierte ist jederzeit, wenn es die ihn delegierende Gruppe wünscht, zur Rechenschaft verpflichtet.

Dieses Statut tritt mit Beschluss vom 7.10.1989 in Kraft und gilt bis zum ersten Parteitag.

Anhang zum Statut

Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogramms

A) Zur Ordnung von Staat und Gesellschaft:

1. Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung.
2. Parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität.
3. Eine den UN-Menschenrechten entsprechende nationale Gesetzgebung.
4. Soziale Gerechtigkeit und Sicherung einer Mindestexistenz.
5. Trennung von Staat und Gesellschaft, insbesondere von Staat und Partei sowie Staat und Kirche.
6. Gewissens-, Religions-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit mit Verhinderung von Pressekonzentration.
7. Freie Medien öffentlichen Rechts.
8. Relative Selbstständigkeit der Regionen (Länder), Städte und Gemeinden.
9. Dezentralisierung und Demokratisierung des Wirtschaftslebens.
10. Ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle ökonomischer Macht.
11. Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften sowie gleichberechtigte Privatwirtschaft.
12. Recht auf freie Gewerkschaften und Streikrecht.
13. Betriebliche Mitbestimmung.
14. Gleichberechtigung und geschlechtsspezifische Förderung von Frau und Mann.
15. Die Verbesserung der Lage der Kinder (Kindeswohl) muss zu einem übergeordneten Entscheidungsfaktor auf allen Ebenen werden.
16. Schutz der Privatsphäre, Datenschutz.
17. Entmilitarisierung der Gesellschaft und radikale Schritte zur Abrüstung.
18. Reisefreiheit und Auswanderungsrecht für alle Bürger inklusiv das Recht auf Rückkehr.
19. Asylrecht für politische Flüchtlinge.
20. Aktiver Widerstand gegen undemokratische, nationalistische, rassistische und neofaschistische Tendenzen.

B) Zur Außenpolitik:

1. Stärkung internationaler Institutionen und Rechtsordnungen.
2. Mitarbeit an einer europäischen und Weltfriedensordnung, in der die Militärbündnisse überflüssig werden.
3. Anerkennung der derzeitigen Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit. Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein.
4. Besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung, insbesondere für den Frieden in Europa.
5. Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern sowie nationalen Minderheiten.
6. Mithilfe bei der Schaffung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung.

Anlage 2 zur Information Nr. 451/89

**Gemeinsame Erklärung von Oppositionsgruppen vom 4. Oktober 1989
(Kopie)**

Am 4. Oktober 1989 haben sich Vertreter

- der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt,
 - des Demokratischen Aufbruchs,
 - der Gruppe Demokratischer SozialistInnen,
 - der Initiative Frieden und Menschenrechte,
 - der Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR, des Neuen Forums
 - sowie Vertreter von Friedenskreisen
- zusammengefunden, um Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns zu besprechen.²⁹

Wir begrüßen die sich entwickelnde Vielfalt der Initiativen als Zeichen des Aufbruchs und des wachsenden Mutes, eigene politische Positionen öffentlich zu vertreten.

Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten. Es kommt darauf an, einen Zustand zu beenden, in dem Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft nicht die Möglichkeit haben, ihre politischen Rechte so auszuüben, wie es die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und die KSZE-Dokumente verlangen.

29 Dies war das erste übergreifende Treffen der Oppositionsgruppen in der DDR. Die sogenannte »Kontaktgruppe der Opposition« versuchte in den nächsten Monaten – soweit möglich – die Arbeit der Oppositionsgruppen zu koordinieren; vgl. dazu u. a. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 387.

Wir erklären uns solidarisch mit allen, die wegen ihres Einsatzes für diese Ziele verfolgt werden. Wir setzen uns ein für die Freilassung der Inhaftierten, die Aufhebung ergangener Urteile und die Einstellung laufender Ermittlungsverfahren.

Wir halten es für vorrangig, in unserem Lande eine Diskussion darüber zu eröffnen, welche Mindestbedingungen für eine demokratische Wahl eingehalten werden müssen:

- Sie muss unterschiedliche politische Entscheidungen ermöglichen.
- Sie muss geheim sein, d. h. die Wähler sind verpflichtet, eine Wahlkabine zu benutzen. Sie muss frei sein, d. h. niemand darf durch Druck zu einem bestimmten Wahlverhalten genötigt werden.

Die nächsten Wahlen sollten unter UNO-Kontrolle stattfinden.

Wir wollen zusammenarbeiten und prüfen, in welchem Umfang wir ein Wahlbündnis mit gemeinsamen eigenen Kandidaten verwirklichen können.

Um unser Land politisch zu verändern, bedarf es der Beteiligung und der Kritik aller. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger der DDR auf, an der demokratischen Erneuerung mitzuwirken.

Angelika Barbe³⁰ (Initiativgruppe SDP)
Marianne BIRTHLER³¹ (Initiative Frieden und Menschenrechte)
Ibrahim M. Böhme (Initiativgruppe SDP)
Rainer Eppelmann (Demokratischer Aufbruch)
Martin Gutzeit (Initiativgruppe SDP)
Barbara Hähnen³² (Friedenskreis Pankow)
Heinz KÜCHLER³³ (Demokratie Jetzt)
Kathrin Menge³⁴ (Neues Forum)
Rudi Pahnke³⁵ (Demokratischer Aufbruch)

30 Angelika Barbe, Jg. 1951, Biologin, Mitarbeit im Friedensarbeitskreis um Ulrike Poppe, Jens Georg Reich und Marianne BIRTHLER, Mitbegründerin der SDP, 1990–94 MdB (SPD), 1996 Übertritt zur CDU.

31 Marianne BIRTHLER, Jg. 1948, seit 1987 Jugendreferentin im Stadtjugendpfarramt in Ostberlin, u. a. aktiv in dem Arbeitskreis »Solidarische Kirche« und der Initiative Frieden und Menschenrechte, März–Oktober 1990 Mitglied der DDR-Volkskammer (Bündnis 90), Oktober–Dezember 1990 Mitglied des Deutschen Bundestags, Oktober 1990 Wahl in den Brandenburgischen Landtag, dort von November 1990 bis 1992 Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, 1993 Bundesvorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, 2000–11 Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

32 Barbara Hähnen, Jg. 1932, Ökonomin, Mitwirkung im »Pankower Friedenskreis«, Mitarbeit im Neuen Forum.

33 Heinz KÜCHLER, Jg. 1947, evangelischer Pfarrer, Mitglied Demokratie Jetzt und der Kontaktgruppe zur Bildung des »Zentralen Runden Tisches« in Berlin, 1990 Mitglied Bündnis 90, seit 1992 Mitglied Bündnis 90/Die Grünen.

34 Kathrin Menge, Jg. 1958, Bauingenieurin, ab 1988 Mitarbeit in verschiedenen Friedensgruppen, u. a. bei der Initiative Frieden und Menschenrechte, 1989 Gruppe zur Aufklärung der Wahlfälschung der Wahlen vom 7.5.1989.

35 Rudi-Karl Pahnke, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells«, Sprecher der Berliner Friedenswerkstatt, ab 1988 Sekretär für Jugendfragen des Bundes der

Sebastian Pflugbeil (Neues Forum)
Gerd Poppe (Initiative Frieden und Menschenrechte)
Ulrike Poppe³⁶ (Demokratie Jetzt)
Werner Schulz³⁷ (Friedenskreis Pankow)
Dr. Wolfgang Ullmann³⁸ (Demokratie Jetzt)
Reinhard Weidauer³⁹ (Demokratischer Aufbruch)
und ein Vertreter der Gruppe Demokratischer SozialistInnen

- Evangelischen Kirchen, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).
- 36 Ulrike Poppe, Jg. 1953, Angestellte, seit 1982 Mitglied in der Gruppe »Frauen für den Frieden«, seit 1986 Mitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte, seit 1987 Arbeitskreis »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung«, Mitbegründerin von Demokratie Jetzt (DJ), Dezember 1989–März 1990 DJ-Vertreterin am Zentralen Runden Tisch, 1990 Mitarbeiterin der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Die Grünen, seit 2009 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.
- 37 Werner Schulz, Jg. 1950, Diplomingenieur, seit 1982 Mitglied des »Pankower Friedenskreises«, 1988–90 Leiter des Bereiches Umwelthygiene in der Kreishygieneinspektion Berlin-Lichtenberg, Mitbegründer des Neuen Forums, dessen Sprecher am Zentralen Runden Tisch, März–Oktober 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, 1990–2005 MdB (Bündnis90/Die Grünen).
- 38 Wolfgang Ullmann, Jg. 1929, Theologe und Kirchenhistoriker, seit 1978 Dozent für Kirchengeschichte im Sprachenkonvikt Berlin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, 1989 Mitbegründer von Demokratie Jetzt (DJ), Februar–April 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung unter Hans Modrow, 1990–94 MdB (Bündnis 90/Die Grünen).
- 39 Reinhard Weidauer, Jg. 1953, Zimmermann, in den 1980er-Jahren Ausstellungstechniker beim Kunstdienst der Evangelischen Kirche, engagiert im Friedenskreis der Samariter-Gemeinde, ab Oktober 1989 Mitglied des »Demokratischen Aufbruchs«.

Inf. nur an Innenverteiler lt. Gen. Irmler

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000016

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den _____

4 Blatt
3 " Anlage
Exemplar

Nr. 452 / 89

INFORMATION

über

eine Demonstration und Zusammenkünfte oppositioneller Kräfte

Verteilervorschlag zur Infomation

Nr. 452/89 von 10. Okt. 1989

BStU
000015

- 1. Gen. Honecker
- 2. Gen. Stoph
- 3. Gen. Dohlius
- 4. Gen. Hager
- 5. Gen. Hermagn
- 6. Gen. Jarowinsky
- 7. Gen. Krenz
- 8. Gen. Mittag
- 9. Gen. Dickel
- 10. Gen. herger
- 11. Gen. Sorgenicht
- 12. Gen. Löffler
- 13. Gen. Kraußner
- ✓ 13. Gen. Mittag 10.10.
- ✓ 14. Gen. Großmann
- ✓ 15. Gen. Weiber } 11.10.
- ✓ 16. Gen. Schwanitz
- ✓ 17. Gen. Minister } 10.10.
- ✓ 18. Gen. Carlsohn
- ✓ 19. HA I, Leiter
- ✓ 20. HA VII, Leiter
- ✓ 21. HA IX, Leiter
- ✓ 22. HA XX, Leiter } 11.10.
- ✓ 23. HA XX/4, Leiter
- ✓ 24. HA XX/AKG, Leiter

Uhr bis gegen
einer nichtge-
darunter eine
onstration ver-
er die bekannte
ständig auflöste.
Maßnahmen zur Ver-
entwicklung nicht

tzung der sogenannten
i-, Thomas-,
edtzentrum) durch-
ersonen teilnahmen.
r ihr Umfeld der

5

10. Oktober 1989

Information Nr. 452/89 über eine Demonstration und Zusammenkünfte oppositioneller Kräfte in Leipzig, Dresden und Magdeburg

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 3748, Bl. 16–22 (ZAIG-Ablage-Exemplar).

Serie: Informationen.

Verteiler: Kein Nachweis für externe Verteilung – nicht realisierter Verteilervorschlag (auf Vorblatt): Honecker, Stoph, Dohlus, Hager, Herrmann, Jarowinsky, Krenz, Mittag, Dickel, Herger, Sorgenicht, Löffler, Kraußer (alle Namen durchgestrichen) – MfS: Mittag (11.10.1989), Großmann, Neiber, Schwanitz (alle 11.10.1989), Mielke, Carslohn (beide 10.10.1989), Leiter HA II, Leiter HA VII, Leiter HA IX, Leiter HA XX, Leiter HA XX/4, Leiter HA XX/AKG (alle 11.10.1989).

Datum: Nur auf Vorblatt (Dokument ohne Datierung): 10. Oktober 1989.

Vermerk: Im Dokumentenkopf: »Inf. nur an Innenverteiler lt. Gen. Irmeler«.

Bemerkung: Dokument auch in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 216–219.

Anlage 1: Aufruf des Neuen Forums vom 9.10.1989.

Anlage 2: Appell Leipziger Arbeitskreise für gewaltfreie Aktionen vom 9.10.1989.

1. Am 9. Oktober 1989 kam es im Zeitraum von 18.35 Uhr bis gegen 20.30 Uhr im Stadtzentrum von Leipzig erneut zu einer nichtgenehmigten Demonstration von ca. 70 000 Personen, darunter eine erhebliche Anzahl aus anderen Bezirken. Die Demonstration verlief von der Nikolaikirche (Sammelpunkt) aus über die bekannte Strecke bis zum Hauptbahnhof, wo sie sich selbstständig auflöste. Es kam zu keinen Gewalthandlungen; vorbereitete Maßnahmen zur Verhinderung/Auflösung kamen entsprechend der Lageentwicklung nicht zur Anwendung.¹

Ausgangspunkt der Demonstration waren in Fortsetzung der sogenannten Montagsgebete zeitlich parallel in der Nikolai-, Thomas-, Michaelis- und der Reformierten Kirche (alle Stadtzentrum) durchgeführte »Friedensgebete«², an denen über 5 000 Personen teilnahmen. Während dieser Veranstaltungen versammelten sich im Umfeld der genannten Kirchen weitere Personen, die sich nach Veranstaltungsende gemeinsam mit Teilnehmern der »Friedensgebete« zum Demonstrationzug formierten. Dabei wurden Parolen gerufen wie »Wir sind das Volk – wir sind keine Rowdys«, »Keine Gewalt«, »Freiheit, freie Wahlen«, »Pressefreiheit«, »Lasst die Gefangenen frei«, »Wir bleiben hier«, »Wir

1 Zu den Ereignissen in Leipzig, Dresden und Magdeburg vgl. ausführlich Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 377 ff.; Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 301 ff.; Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch und Demokratie in Sachsen 1989/90. Göttingen 2009, S. 258 ff.

2 Vgl. dazu ausführlich Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008, S. 155 ff.

wollen Reformen«, »Neues Forum zulassen«, »Gorbi, Gorbi«. Auf vereinzelt festgestellten Transparenten wurde zur Gewaltlosigkeit aufgefordert. Mehrfach wurde die »Internationale« gegrölt. Vor der Demonstration waren in und vor den Kirchen ein »Appell« der hinlänglich bekannten personellen Zusammenschlüsse »Arbeitskreis Gerechtigkeit«, »Arbeitsgruppe Menschenrechte« und »Arbeitsgruppe Umweltschutz« sowie ein »Aufruf von Mitgliedern und Befürwortern des Neuen Forums« (Text als Anlage) bekannt gegeben und verbreitet worden, in denen zur Gewaltlosigkeit aufgefordert, jedoch Partei und Regierung für die entstandene Situation verantwortlich gemacht wurden. Es wurde zur »Demokratisierung« aufgerufen und das »Neue Forum«³ als »Plattform für den Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte« propagiert.

Einfluss auf die Lageentwicklung und die Verhinderung von Gewalt hatten u. a. der im Rundfunk (Radio DDR, Sender Leipzig) verlesene sowie mehrfach über den Stadtfunk gesendete Aufruf zur Besonnenheit von Prof. Masur⁴, Pfarrer Dr. Zimmermann,⁵ dem Kabarettisten Lange⁶ und den Sekretären der Bezirksleitung Leipzig der SED, Genossen Meyer,⁷ Pommert⁸ und Wötzel.⁹ Unter Bezugnahme auf diesen Aufruf hat Landesbischof Hempel¹⁰ in allen vier genannten Kirchen auf die Dialogbereitschaft des Staates verwiesen und ebenfalls zur Gewaltlosigkeit aufgerufen. (Auf Wunsch von Landesbischof Hempel kam am 9. Oktober 1989 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leipzig für Inneres zustande, in welchem Hempel Mitteilung hinsichtlich seiner Teilnahme an den Friedensgebeten machte, um dort u. a. zur »Besonnenheit und Gewaltlosigkeit in der gegenwärtigen brisanten Lage« aufzufordern. Er betonte in diesem Gespräch die gemeinsame Verant-

- 3 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.
- 4 Kurt Masur, Jg. 1927, Dirigent, ab 1970 Gewandhauskapellmeister in Leipzig, war als Mitglied der »Leipziger Sechs« mitverantwortlich für den friedlichen Verlauf der Leipziger Demonstrationen.
- 5 Peter Zimmermann, Jg. 1944, Theologe, Pfarrer, appellierte als Mitglied der »Leipziger Sechs« für den friedlichen Verlauf der Leipziger Demonstrationen, unterrichtete bis zum Bekanntwerden seiner IM-Tätigkeit Ökumenik an der Sektion Theologie der Karl-Marx-Universität Leipzig.
- 6 Bernd-Lutz Lange, Jg. 1944, Autor und Kabarettist, setzte sich als Mitglied der »Leipziger Sechs« für den friedlichen Verlauf der Leipziger Demonstrationen ein.
- 7 Kurt Meyer, Jg. 1934, Lehrer, ab 1986 Kultursekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig.
- 8 Jochen Pommert, Jg. 1929, Sekretär für Agitation und Propaganda der Bezirksleitung Leipzig.
- 9 Roland Wötzel, Jg. 1938, ab 1984 Sekretär für Wissenschaft und Erziehung der SED Bezirksleitung Leipzig, setzte sich als Mitglied der »Leipziger Sechs« für den friedlichen Verlauf der Leipziger Demonstrationen ein.
- 10 Johannes Hempel, Jg. 1929, Theologe, seit 1972 Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens.

wortung von Staat und Kirche entsprechend ihrer Ebenen zur Beruhigung der Situation).

2. Am Abend des 9. Oktober 1989 fanden in der Kreuz-, Christus-, Versöhnungskirche und in der Kathedrale von Dresden sogenannte Informationsveranstaltungen statt, die wegen des Andrangs jeweils wiederholt werden mussten und an denen insgesamt ca. 22 000 Personen teilnahmen. Es kam zu keinen provokatorisch-demonstrativen Aktivitäten in der Öffentlichkeit.

In allen vier Kirchen wurde durch die die Veranstaltung leitenden Amtsträger (u. a. Superintendent Ziemer,¹¹ Kreuzkirche, und Bischof Reinelt,¹² Kathedrale) darauf verwiesen, dass die Kirche ihre Räumlichkeiten auf Bitten der staatlichen Organe zur Verfügung gestellt habe, da anderweitig keine entsprechend großen Räume zur Verfügung stehen würden.

Im Verlaufe der Veranstaltungen berichteten Mitglieder der sogenannten Vertretergruppe über ihr Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Dresden und über die von ihnen dabei erhobenen Forderungen (wurde durchgängig mit Beifall aufgenommen). Alle diese Personen äußerten sich dahingehend, künftig Gewalt zu vermeiden, sich von Randalierern und Rowdys zu distanzieren, jedoch energisch im Sinne ihrer Forderungen wirken zu wollen und Staat und Partei weiter zur Dialogbereitschaft zu zwingen.

Während einer Veranstaltung in der Christuskirche wurde einer Resolution zugestimmt, in der der »Vertretergruppe« für ihre »Arbeit« gedankt und der »Forderungskatalog« (Freie und gerechte Wahlen; Pressefreiheit; keine Ablehnung des »Neuen Forums«; Schulreform; Reisefreiheit; keine Gewalt gegen friedliche Demonstranten; größere Dialogbereitschaft des Staates; Wehrersatzdienst) akzeptiert wurde.

Darüber hinaus wurden die Freilassung von Inhaftierten sowie die Veröffentlichung der angenommenen »Resolution« in der Presse gefordert. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass die »Vertretergruppe« weiterarbeiten und über diesbezügliche Ergebnisse die Öffentlichkeit informieren solle. Als nächster Termin einer Zusammenkunft der »Vertretergruppe« mit dem Oberbürgermeister wurde der 16. Oktober 1989 propagiert.

3. Am geplanten »Montagsgebet« im Magdeburger Dom nahmen ca. 4 100 Personen, überwiegend Jugendliche, teil. Im Ergebnis vorbeugend eingeleiteter Maßnahmen kam es zu keinen Demonstrationen in der Öffentlichkeit. Die von kirchlichen Amtsträgern während der Veranstaltung bekannt gegebene Bereitschaft des Staates zu einem öffentlichen Dialog fand breite Resonanz. Gleichzeitig wurde betont, dass dies besonders den bisherigen Bemühungen

11 Christof Ziemer, Jg. 1941, evangelischer Pfarrer, 1988/89 Vorsitzender des Präsidiums der Ökumenischen »Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR«, ab 1980 Pfarrer an der Kreuzkirche und Superintendent des Kirchenbezirks Dresden-Mitte.

12 Joachim Friedrich Reinelt, Jg. 1936, katholischer Pfarrer, seit 1988 Bischof von Dresden-Meißen.

des »Neuen Forums« und der Organisatoren des »Montagsgebetes für gesellschaftliche Erneuerung« zu verdanken sei. Festzustellen war eine ausgeprägte Erwartungshaltung hinsichtlich des Dialogs, die Domprediger Quast¹³ wie folgt formulierte: »Nun will man aber auch bezüglich des Dialogs Ergebnisse sehen; die Geduld dürfe nicht überspannt werden«.

Es wurde darauf hingewiesen, dass sich Teilnehmer des »Montagsgebetes« bereits in 22 thematischen Arbeitsgruppen zusammengefunden hätten (u. a. »Die Notwendigkeit der führenden Rolle der Partei«, »Mehrparteiensystem mit getrennten parteigebundenen Wählerlisten«, »Leistungsprinzip«, »Sicherung des Warenangebotes entsprechend der Nachfrage«, »Ziviler Ersatzdienst«), um für im Rahmen dieses Dialogs zu erwartende Schwerpunktthemen entsprechende Materialien vorzubereiten.

Im Rahmen der Veranstaltung propagierte Pfarrer Meckel¹⁴ die Plattform der »Sozialdemokratischen Partei in der DDR – SDP«¹⁵.

Der hinlänglich bekannte Pfarrer Tschiche¹⁶ brachte zum Ausdruck, dass man mit dem Überlassen der Initiative an den Staat die weitere freie Entwicklung der geschaffenen »Bewegungen« aus der Hand gebe. Er forderte dazu auf, auch künftig in Betrieben und Einrichtungen Unterschriften für das »Neue Forum« zu sammeln und informierte über seine Funktion als »Kontaktadresse« dieser oppositionellen Sammlungsbewegung.

- 13 Giselher Quast, Jg. 1951, evangelischer Pfarrer, seit 1979 Domprediger im Magdeburger Dom.
- 14 Markus Meckel, Jg. 1952, evangelischer Pfarrer, 1989 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), Februar–September 1990 stellvertretender Vorsitzender der Ost-SPD, April–Juni 1990 Vorsitzender der Ost-SPD, Mai bis August 1990 DDR-Vertreter bei den 2+4-Verhandlungen, März–Oktober 1990 Abgeordneter der Volkskammer, 12.4.–20.8.1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten, 1990–2008 MdB (SPD).
- 15 Am 7.10.1989, dem 40. Jahrestag der DDR, wurde in einem Pfarrhaus in Schwante (Brandenburg) die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Der Gründungsauftrag wurde von 38 Personen unterschrieben. Auf dem Berliner Parteitag am 26.9.1990 vereinigte sie sich die Partei mit der westdeutschen SPD; vgl. dazu u. a. Meckel, Markus; Reiche, Stefan (Hg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist«. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD. Berlin 2010; Peter Gohle: Von der SDP-Gründung zur Gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90. Bonn 2014. Der »Auftrag der Initiativgruppe der SDP« ist als Anlage 1 zu der Information 416/89 und das Gründungsstatut als Anlage 1 zu der Information 451/89 hier abgedruckt.
- 16 Hans-Jochen Tschiche, Jg. 1929, evangelischer Pfarrer, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells« für die Entmilitarisierung und Demokratisierung, »Frieden konkret« und der Initiative »Teilhabe statt Ausgrenzung«, seit 1978 Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg, Mitbegründer des Neuen Forums, 1990–98 Fraktionsvorsitzender der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, 1994–98 Alterspräsident des Sächsischen Landtags und Mitglied des Ältestenrates.

Anlage 1 zur Information Nr. 452/89

Aufruf des Neuen Forums vom 9.10.1989

Nach der Demonstration am letzten Montag von etwa 20 000 Leipziger Bürgern und den Ereignissen des 7. Oktobers stehen alle demokratischen Kräfte vor einer Herausforderung. Deshalb rufen wir auf:

- Organisation statt Konfrontation,
- Dialog statt Gewalt,
- Einsatz für Demokratie mit demokratischen Mitteln;

und fordern:

- Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte,
- Aktives Handeln der Reformkräfte in der SED,
- Stellt alles Trennende zurück.

Das »Neue Forum« kann die Plattform dafür sein. Öffentlichkeit ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig. Seid Euch dieser Verantwortung bewusst, sorgt für einen friedlichen Verlauf der Demonstration:

- Provoziert nicht, lasst Euch nicht provozieren.
- Durchbrecht keine Absperrungen.
- Keine Konfrontation mit BePo und Kampfgruppen.
- Dialog.
- Schützt die Polizisten vor Übergriffen.
- Stoppt Betrunkene, Provokateure – Alle Gewalttätigen.
- Geht nach Ende der Demo friedlich nach Hause.
- Unterlasst Einzelaktionen.

Nur so werden Forderungen nach Offenheit, Dialog und Erneuerung durchzusetzen sein.

Die Demokratische Bewegung kann nur friedlich und gewaltfrei ihren Weg gehen. Zeigen wir uns gemeinsam solidarisch handelnd auf der Höhe der Zeit.

9.10.1989 Im Namen von Mitgliedern und Befürwortern des »Neuen Forums«

Für eine vereinigte Linke

Lesen Weitergeben Vervielfältigen.

Anlage 2 zur Information Nr. 452/89

Appell Leipziger Arbeitskreise für gewaltfreie Aktionen vom 9.10.1989

In den letzten Wochen ist es mehrfach und in verschiedenen Städten der DDR zu Demonstrationen gekommen, die in Gewalt mündeten: Pflastersteinwürfe, zerschlagene Scheiben, ausgebrannte Autos, Gummiknüppel- und Wasserwerfereinsatz.

Es gäbe eine unbekannte Zahl Verletzter, von Toten ist die Rede. Auch der letzte Montag in Leipzig endete mit Gewalt. Wir haben Angst. Angst um uns selbst, Angst um unsere Freunde, um den Menschen neben uns und Angst um den, der uns da in Uniform gegenübersteht. Wir haben Angst um die Zukunft unseres Landes. Gewalt schafft immer nur Gewalt. Gewalt löst keine Probleme. Gewalt ist unmenschlich. Gewalt kann nicht das Zeichen einer neuen, besseren Gesellschaft sein.

Wir bitten alle:

- Enthaltet Euch jeder Gewalt!
- Durchbrecht keine Polizeiketten, haltet Abstand zu Absperrungen!
- Greift keine Personen oder Fahrzeuge an!
- Entwendet keine Kleidungs- oder Ausrüstungsgegenstände der Einsatzkräfte!
- Werft keine Gegenstände und enthaltet Euch gewalttätiger Parolen!
- Seid solidarisch und unterbindet Provokationen!
- Greift zu friedlichen und phantasievollen Formen des Protestes!

An die Einsatzkräfte appellieren wir:

- Enthaltet Euch der Gewalt!
- Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!

Wir sind ein Volk. Gewalt unter uns hinterlässt ewig blutende Wunden.

Partei und Regierung müssen vor allem für die entstandene ernste Situation verantwortlich gemacht werden. Aber heute ist es an uns, eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern, davon hängt unsere Zukunft ab.

Leipzig, den 9. Oktober 1989 »Arbeitskreis Gerechtigkeit« | »Arbeitsgruppe Menschenrechte« | »Arbeitsgruppe Umweltschutz«

13. Oktober 1989

BSHJ
000002

HINWEISE

auf die Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der sogenannten Sammlungsbewegung "NEUES FORUM"

Vorliegenden Hinweisen aus allen Bezirken und der Hauptstadt der DDR. Bezüglich der Äußerungen in den verschiedenen Sammlungsbe-

01229
BSHJ
Verteiler: 000001

- 1. Gen. Minister
- 2. Gen. Mittag
- 3. Gen. Großmann
- 4. Gen. Neiber
- 5. Gen. Schwanitz
- 6. Gen. Felber
- 7. Gen. Kratsch
- 8. Gen. Kleine
- 9. Gen. Kienberg
- 10. Gen. Carlsohn

(Vorschlag, diese Hinweise auch einigen Mitgliedern des Politbüros zu geben)

- 11. Gen. Irmaler
- 12. Bereich 1
- 13. "
- 14. Gen. Fischer
- 15. Reserve

mit Min.-Anschreiben:

- Gen. Honecker
- Gen. Stoph
- Gen. Krenz
- Gen. Dohlus
- Gen. Hager
- Gen. Mittag
- Gen. Schnabowski
- Gen. Tisch

Sh.
Krel.
01228

ohne Min.-Anschreiben:

- Gen. Hergér

der jüngsten innenpolitischen

hörige der wissenschaftlich-zentraler und territorialer in Universitäten, Hoch- und Kunst und Kultur, kirchliche bewaffneter Organe in Er-

ich den Standpunkt, daß die von Aktivitäten zur Bildung Charakters gerechtfertigt nach die Auffassung, die Pro- innenpolitischen Situation erkläre in engem Zusammen- den gesellschaftlichen dürfe auch künftig nicht Kräfte die Unzufriedenheit sungen und die vorhande- er Probleme an Veränderungen tzen, um sich zu etablie- e Entwicklung in der DDR

äußerst kritisch angemerkt, des Innern der DDR über

13. Oktober 1989

Hinweise auf die Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der sogenannten Sammlungsbewegung »Neues Forum« [Bericht O/229]

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 4260, Bl. 2–5 (ZAIG-Ablage-Exemplar).

Serie: Ablage O (Reaktionen der Bevölkerung).

Verteiler (auf dem Vorblatt): Honecker, Stoph, Krenz, Dohlus, Hager, Mittag, Schabowski, Tisch (alle mit Anschreiben Mielkes), Herger (ohne Anschreiben Mielkes)
– MfS: Mielke, Mittag, Großmann, Neiber, Schwanitz, Felber, Kratsch, Kleine, Kienberg, Carlsohn, Irmler, ZAIG/1, Fischer (ZAIG/6), Reserve.

Vermerke: Beim externen Verteiler: »Siehe Abl. O/228« (handschriftlicher Hinweis auf den Kreis der Adressaten) – maschinenschriftlich auf dem Vorblatt: »Vorschlag, diese Hinweise auch einigen Mitgliedern des Politbüros zu geben«.

Bemerkungen: In die Verteilung der Stimmungsberichte, die in der Regel nur intern erfolgte, sind hier einige ausgewählte Politbüromitglieder einbezogen worden. Diesen Bericht erhielten die obengenannten Adressaten zusammen mit dem Bericht zur Reaktion der Bevölkerung auf die Erklärung des SED-Politbüros gleichen Datums (ZAIG-Ablage O/228; BArch, MfS, ZAIG 4259, Bl. 1–14 – gemeinsame Anschreiben für beide Dokumente vom 14. Oktober 1989).

Vorliegenden Hinweisen aus allen Bezirken und der Hauptstadt der DDR, Berlin, zufolge nehmen Meinungsäußerungen in den verschiedensten Bevölkerungskreisen zur sogenannten Sammlungsbewegung »*Neues Forum*«¹ vor allem unter dem Eindruck der jüngsten innenpolitischen Ereignisse breiten Raum ein.

In besonderem Maße treten damit Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Mitarbeiter zentraler und territorialer Staatsorgane, Studenten, Lehrkräfte an Universitäten, Hoch- und Fachschulen, Personen aus dem Bereich Kunst und Kultur, kirchliche Amtsträger, Jugendliche sowie Angehörige bewaffneter Organe in Erscheinung.

Progressive Kräfte vertreten mehrheitlich den Standpunkt, dass die Maßnahmen des Staates zur Unterbindung von Aktivitäten zur Bildung von Vereinigungen antisozialistischen Charakters gerechtfertigt und notwendig sind. Sie vertreten vielfach die Auffassung, die Probleme der entstandenen komplizierten innenpolitischen Situation könnten nur durch die Partei der Arbeiterklasse in engem Zusammenwirken mit den befreundeten Parteien und den gesellschaftlichen Organisationen gelöst werden. Die Partei dürfe auch künf-

1 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

tig nicht zulassen, dass feindliche, oppositionelle Kräfte die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung, das Suchen nach Lösungswegen und die vorhandene Bereitschaft, im Sinne einer Lösung der Probleme an Veränderungen mitzuwirken und sich zu engagieren, ausnutzen, um sich zu etablieren und Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR zu gewinnen.

Häufig wird jedoch von diesem Personenkreis äußerst kritisch angemerkt, die lakonische Mitteilung des Ministers des Innern der DDR über die Ablehnung des Antrages zur Bildung einer Vereinigung »*Neues Forum*« und die darin vorgenommene Bewertung des staats- und verfassungsfeindlichen Charakters der beantragten Vereinigung sei für sich genommen völlig unzureichend, um die Bevölkerung ausreichend zu informieren und von der Richtigkeit der Entscheidung zu überzeugen. Die Mitteilung habe unter den Werktätigen eine Reihe von Fragen zu den formulierten Zielen und den Initiatoren des »*Neuen Forums*« aufgeworfen, die insbesondere durch fortgesetzte Meldungen in westlichen Medien über das Wirksamwerden des »*Neuen Forums*« noch zwingender gestellt würden.

Mitglieder der SED u. a. progressive Kräfte äußern sich enttäuscht über das Ausbleiben überzeugender Argumentationen in den Medien der DDR, mit Ausnahme der Zeitung »*Junge Welt*«, die als beispielgebend genannt wird.²

Erwartet und gefordert werden aktuelle erläuternde Informationen und Kommentierungen im Sinne einer polemischen Auseinandersetzung mit den Inspiratoren und Organisatoren des »*Neuen Forums*« sowie mit deren erklärten Zielen.

Nur so sehen sie sich in die Lage versetzt, offensiv und überzeugend in den Diskussionen mit den Werktätigen, vor allem aber mit der Jugend, auftreten zu können.

Vorliegenden Hinweisen zufolge zeigt sich ein sehr differenziertes Meinungsspektrum zum Charakter des »*Neuen Forums*«. Auch progressive Kräfte zeigen Unsicherheit in der politischen Bewertung und Auseinandersetzung mit Anhängern und Sympathisanten des »*Neuen Forums*«.

Sie vertreten z. T. die Auffassung, die vom »*Neuen Forum*« aufgeworfenen Probleme seien auch von ihnen längst als solche erkannt worden. Der bisher fehlende öffentliche, unter Leitung der Partei stehende Meinungsstreit habe diesen Kräften die Möglichkeit gegeben, sich zu profilieren und auf Kosten der Partei Einfluss vor allem unter jungen Menschen zu gewinnen. In der DDR brauche man, so äußern sie sich weiter, keine Oppositionsbewegungen oder -parteien.

Dennoch vertreten zahlreiche Arbeiter und Angestellte aus Großbetrieben sowie Angehörige der Intelligenz die Auffassung, man müsse unter Anhängern und Sympathisanten des »*Neuen Forums*« differenzieren. Es gebe unter

2 Die »*Junge Welt*« war die erste Tageszeitung, die hier von der SED-Linie abwich; vgl. u. a. den Artikel von Kant, Hermann: »Ein offener Brief an die Junge Welt«. In: *Junge Welt* v. 9.10.1989. Vgl. dazu ausführlich Kowalczyk, Ilko-Sascha: *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*. München 2009, S. 414 f.

diesen nicht wenige, die sich zu ihrem Staat bekennen und mit ihrer Haltung zum »*Neuen Forum*« lediglich ihrem eigenen und dem Anliegen vieler Bürger Rechnung tragen, im Rahmen eines politischen Dialogs Lösungen für Mängel und Missstände in der DDR zu finden. Die Partei müsse den Mut zu diesem Dialog haben. Mit diesen Anhängern des »Neuen Forums« sollte sich die Partei auseinandersetzen und sie zielgerichtet in die Mitwirkung an gesellschaftlichen Veränderungen einbeziehen. Der Dialog sei aber auch erforderlich, um jene Personen zu erkennen, die gegen die Grundlagen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung vorgehen wollen, und sie zu entlarven.

Das »*Neue Forum*« und seine Anhänger generell als verfassungsfeindlich abzustempeln, führe nur zur Konfrontation und zu einer zahlenmäßigen Stärkung dieser Kräfte. Die Vorgänge in Leipzig u. a. Städten seien Beweis dafür.

In einem beachtlichen Umfang gibt es darüber hinaus in der Bevölkerung, vor allem unter Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Personen aus den Bereichen Gesundheitswesen sowie Kunst und Kultur, Studenten und kirchlichen Amtsträgern, aber auch direkt zustimmende, sich identifizierende und unterstützende Meinungen und Haltungen zum »*Neuen Forum*«.

Das findet seinen Niederschlag in zahlreichen Handlungen des Verbreitens, Verlesens und heftigen Diskutierens des Gründungsaufrufes des »*Neuen Forums*« sowie in entsprechenden Meinungsäußerungen, in denen sich zum großen Teil auch Argumentationsrichtungen westlicher Medien direkt widerspiegeln.

Es stelle sich generell die Frage, so äußern sich genannte Personenkreise, warum in der DDR kein Ventil für angestaute, nicht sanktionierte Meinungen in Form einer solchen Bewegung zugelassen wird. Nicht jede Meinung, die nicht zur »Parteilinie« passe, müsse mundtot gemacht werden.

Eine solche Reaktion wie das staatliche Verbot sei letztlich Ausdruck von Schwäche in der Argumentationsfähigkeit und Überzeugungskraft der Partei und ihrer Mitglieder.

In der DDR seien unter Führung der Partei keine gesellschaftlichen Veränderungen im erwarteten Sinne erkennbar, sodass die Existenz von oppositionellen Bewegungen begründet sei.

Die erfolgte Abweisung des Zulassungsantrages durch den Minister des Innern sei nach Meinung u. a. von kirchlichen Amtsträgern, Studenten und Angehörigen der Intelligenz nicht rechtskräftig und könne nicht hingenommen werden.³ Eine Verfassungsfeindlichkeit müsse gerichtlich festgestellt werden. Jetzt gelte es, den gesellschaftlichen Einfluss dieser Bewegung in Erwartung eines solchen gerichtlichen Verfahrens so zu stärken, dass die Aufrechterhaltung des staatlichen Verbotes unmöglich sei.

Zahlreiche religiös gebundene Bürger bewerten das »*Neue Forum*« als eine mögliche legale Opposition in der DDR, von deren Wirken sie sich

3 Am 19.9.1989 hatte das Neue Forum beim DDR-Innenministerium und in elf Bezirken einen Antrag auf Zulassung eingereicht, der am 25.9.1989 offiziell abgelehnt worden war.

eine schnellere Lösung von Widersprüchen in der Gesellschaft erhoffen. Sie sprechen sich jedoch für eine gewisse Abgrenzung zwischen den gesellschaftspolitischen Zielen der Kirchen und dem »*Neuen Forum*« aus, um nicht von solchen Kräften vereinnahmt zu werden.

Im Gegensatz dazu engagieren sich viele kirchliche Amtsträger im Rahmen des »*Neuen Forums*«. Vielfach propagieren sie selbst den sogenannten Gründungsaufruf bzw. stellen dafür kirchliche Räumlichkeiten oder kircheneigene Drucktechnik zur Verfügung.

Sie leiten die Berechtigung für solche Verhaltensweisen ab aus der von ihnen empfundenen Übereinstimmung zwischen Zielen und Inhalten des »*Neuen Forums*« und dem jüngsten Beschluss der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom September 1989, der das gesamte politische Forderungsprogramm der Kirchen enthält.

30. Oktober 1989

Information Nr. 485/89 über das Wirken antisozialistischer Sammlungsbewegungen und damit im Zusammenhang stehende beachtenswerte Probleme

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 3756, Bl. 154–180 (1. Expl. = zurückgegebenes Krenz-Exemplar).

Serie: Informationen.

Verteiler (Vorblatt und Postbuch): Krenz, Stoph, Axen, Hans-Joachim Böhme (Halle), Dohlus, Eberlein, Hager, Jarowinsky, Keßler, Kleiber, Werner Krolkowski, Lorenz, Mückenberger, Neumann, Schabowski, Sindermann, Tisch, Ingeburg Lange, Gerhard Müller, Margarete Müller, Walde, Dickel, Herger, Sorgenicht – MfS: Mielke, Carlsohn, Mittig, Großmann, Neiber, Schwanitz, HA II, HA IX, HA XX, HA XX/AKG, HA XX/4, Irmeler, alle Leiter der Bezirksverwaltungen (BV).

Vermerke: Im Dokumentenkopf: »Information erhalten auch alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie die Genossen Dickel, Herger und Sorgenicht« (Hinweis für Krenz, wer außer ihm noch informiert wird) – »Kre« (Krenz): Zuweisung dieses Exemplars für Krenz – »7.11. von Abt. S« (Vermerk des ZAIG-Sekretariats, dass das 1. Expl. an diesem Tage von der SED-ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen zurückgegeben wurde) – Vermerk auf dem Vorblatt: »Eilt!« (roter Stempel des ZAIG-Sekretariats).

Anlage 1[a]: Partei-Statut Demokratischer Aufbruch (Kopie).

Anlage 1[b]: Beschlussvorlage zur Gründung des DA (Kopie ohne Eintragungen).

Anlage 1[c]: Flugblatt der Jugend des DA (Kopie).

Anlage 1[d]: Positionsbestimmung zur Jugendpolitik des DA (Kopie).

Anlage 2: Bezirksinfoblatt »Neues Forum braucht das Land« (Kopie).

Anlage 3: Flugblatt Initiative Demokratisches Forum West (Kopie).

Nach dem MfS aus allen Bezirken vorliegenden Hinweisen setzte sich der Prozess der DDR-weiten Formierung der bekannten Sammlungsbewegungen im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 unvermindert fort und durchdringt zwischenzeitlich – vor allem das »Neue Forum«¹ betreffend – ausnahmslos alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft.

1. Das »Neue Forum« findet eine breite und weiter anhaltende Resonanz unter der Bevölkerung und wird vielerorts bereits als real existierende und

1 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

wirkende gesellschaftliche Kraft bewertet. Im Rahmen der anhaltenden Unterschriftensammlungen in Kirchen, zunehmend in volkseigenen Betrieben, im Gesundheits- und Hochschulwesen, in Forschungs- und kulturellen Einrichtungen bis hin in den Bereichen des genossenschaftlichen und privaten Handwerks bekunden Bürger ihre Zustimmung und Sympathie mit dem »Neuen Forum«, dessen Zielen und Inhalten und identifizieren sich damit. Im Namen des »Neuen Forums« auftretende Personen sind fest in den Prozess des begonnenen gesellschaftlichen Dialogs integriert, nehmen Führungspositionen und die Rolle von Sprechern in den der Partei und dem Staatsapparat gegenüberstehenden sogenannten Bürgergruppen/Delegationen ein. Vorliegenden Hinweisen zufolge wirken diese Kräfte vor allem auch in den gebildeten thematischen Arbeitsgruppen des »Neuen Forums« auf die konzeptionelle inhaltliche und organisatorische Ausrichtung des Dialogs.

Erkennbar ist die Tendenz, neben den öffentlichen Demonstrationen und den organisierten Dialogveranstaltungen in Belegschafts-, Gewerkschafts- und Studentenversammlungen, durch eine weiter anwachsende Eingabentätigkeit an zentrale und territoriale Partei- und Staatsorgane, durch sogenannte Offene Briefe und Erklärungen, durch Gestaltung von Wandzeitungen in Betrieben und Einrichtungen für die staatliche Zulassung des »Neuen Forums« zu votieren. Festgehalten wird an der Absicht, im Zusammenhang mit der weiteren Konstituierung auf unterer Ebene (Kreise, Städte) Zulassungsanträge zu stellen, z. T. unter Verwendung anderer Bezeichnungen (Neubrandenburg – »Bürgerbewegung sozialistische Erneuerung«). Über die Bildung territorialer Sprecherräte des »Neuen Forums« auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene soll auf die Herausbildung eines auf Delegationenbasis funktionierenden zentralen Leitungskreises hingewirkt werden.

Nach vorliegenden Hinweisen vertritt eine Reihe von Führungskräften des »Neuen Forums« realistische, jedoch durch Widersprüchlichkeit geprägte Positionen. So äußerte die *Bohley*,² grundsätzlich sei die führende Rolle der SED nicht abzulehnen; sie müsse lediglich so gestaltet werden, dass sie erkennbar und sichtbar erlebbar sei und allen diene. Zur Stellung des »Neuen Forums« vertrat sie den Standpunkt, dass es sich auflösen würde, wenn in der DDR eine Wende und Entwicklung eintrete, die den Auffassungen der Sympathisanten des »Neuen Forums« entsprächen. Möglichkeiten der aktiven Mitarbeit würden vorhandene Parteien und Organisationen bieten.

Im internen Kreis der Führungskräfte des »Neuen Forums« wird als politische Hauptfrage jedoch nach wie vor die Zulassung einer die Partei- und Staatsführung kontrollierenden politischen Opposition angesehen. Mit diesem

2 Bärbel Bohley, Jg. 1945, Malerin, u. a. Mitbegründerin der Initiative Frieden und Menschenrechte, 1988 Verhaftung nach Protestaktionen bei Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und zwangsweise Exilierung aus der DDR, August 1988 Rückkehr aus englischem Exil, Mitbegründerin des Neues Forum, vertrat 1990 das Neue Forum in der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung, 1991 Mitarbeiterin der Fraktion Neues Forum/Bürgerbewegung im Berliner Abgeordnetenhaus.

Ziel streben u. a. die *Bobley*, Prof. *Reich*³ und *Pflugbeil*⁴ eine Taktik der zwei Richtungen an: Zum einen sollen Veranstaltungen mit großer Öffentlichkeit (ohne Gewalt) organisiert bzw. mitgestaltet werden, zum anderen wolle man dazu übergehen, die inhaltliche Arbeit mit einem ausgewählten Kaderstamm konspirativ in kleinen Gruppen durchzuführen. Ergebnisse dieser Arbeit sollen dann in die öffentlichen Veranstaltungen einfließen.

Unverkennbar ist aber auch, dass eine Reihe maßgeblicher Kräfte des »Neuen Forums«, vor allem in den unteren Ebenen, als Verfechter extremer, aktionistischer Positionen auftritt.

Die undifferenzierte Unterbindung des Einflusses des »Neuen Forums« und von dieser Sammlungsbewegung ausgehender Aktivitäten würden mit erheblichen Auswirkungen des begonnenen gesellschaftlichen Dialogs verbunden sein und nicht zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage beitragen.

2. Am 29. Oktober 1989 fand im Evangelischen Diakoniewerk »Königin Elisabeth«, Berlin-Lichtenberg, die sog. Gründungsveranstaltung der antisozialistischen Sammlungsbewegung »Demokratischer Aufbruch«⁵ statt, an der

- 3 Jens Georg Reich, Jg. 1939, Mediziner und Molekularbiologe, seit 1980 Professor für Biomathematik und Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie, nach seiner Weigerung Westkontakte abzubrechen und mit dem MfS zusammenzuarbeiten verlor er die Funktion als Abteilungsleiter 1984. Er war einer der Autoren des Gründungsaufrufs zum Neuen Forum.
- 4 Sebastian Pflugbeil, Jg. 1947, Physiker, 1988/89 Berater der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR, Mitbegründer des Neuen Forums, Neues-Forum-Sprecher am Zentralen Runden Tisch, 1990–94 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.
- 5 Vorläufer des Demokratischen Aufbruchs (DA) bildeten sich im Frühsommer 1989 in Ostberlin. Durch die Veröffentlichung des Aufrufs des Neuen Forums vom 10.10.1989 unter Zugzwang geraten, kündigte Edelbert Richter am 14.9.1989 in Bonn an, dass es Anfang Oktober ein Treffen geben werde, auf dem der Demokratische Aufbruch gegründet würde. Der Gründungsaufruf stammt vom 1.10.1989. Am 16./17.12.1989 konstituierte sich der DA in Leipzig als Partei. Der DA verstand sich zuerst als Sammlungsbewegung für Angehörige der Kirchen und der Umweltgruppen. Ziel war zunächst ein dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Nach der Parteigründung zogen sich sowohl einige führende evangelische Geistliche sowie einige prominente Angehörigen des linken Flügels, wie Friedrich Schorlemmer, aus dem DA zurück. Nun definierte sich der DA als »Volkspartei der Mitte«. Zu den Volkskammerwahlen im März 1990 trat der DA im Wahlbündnis »Allianz für Deutschland« zusammen mit der Deutschen Sozialen Union und der CDU an, im August 1990 ging der DA schließlich in der CDU der DDR auf; vgl. Hoffmann, Jürgen: Demokratischer Aufbruch. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98 f.; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f., sowie ausführlich aus der Sicht eines Beteiligten Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

ca. 200 Personen, darunter die Pfarrer *Eppelmann*,⁶ Berlin, *Hülsemann*,⁷ Berlin, *Pahnke*,⁸ Borgsdorf, und *Richter*,⁹ Weimar, sowie Rechtsanwalt *Schnur*,¹⁰ Rostock, teilnahmen.

In einer Grundsatzrede erläuterte Pfarrer *Richter* die wesentlichsten Inhalte der sogenannten programmatischen Erklärung vom 2. Oktober 1989 (Trennung von Staat und Parteien, Entwicklung einer freien Öffentlichkeit und freier Willensbildung, Trennung von Staat und Gesellschaft sowie gesellschaftliche Kontrolle des Staates, Zusammenspiel von Plan und Markt, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft).

Er betonte, dass der »Demokratische Aufbruch« eine politische Vereinigung sei, die sich zur Partei entwickeln und im Rahmen demokratischer Verfassungsgrundsätze handeln wolle.

Als Ziel nannte er den »demokratischen Aufbruch in eine leistungsfähige Industriegesellschaft mit ökologischer und sozialer Grundrichtung«.

Im Anschluss daran wurden in einer teilweise kontrovers geführten Diskussion die Standpunkte zu den vorliegenden Materialien (siehe Anlage 1) ausgetauscht. Insbesondere die Pfarrer *Eppelmann* und *Richter* sowie der Soziologe *Neubert*¹¹ forderten die Aufhebung der führenden Rolle der SED in der Gesellschaft. Weitere Teilnehmer sprachen sich für die Entwicklung eines Gesellschaftskonzepts nach schwedischem Muster aus. Dagegen sprachen sich Pfarrer *Schorlemmer*,¹² Wittenberg, und Rechtsanwalt *Schnur* gegen einen Konflikt mit der SED und dem sozialistischen Staat aus. Ihren Auffassungen

- 6 Rainer Eppelmann, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, 1966 Verweigerung des Eides als Bausoldat, Verurteilung zu acht Monaten Haft. Organisierte von 1979 bis 1986 im Rahmen seiner kirchlichen Jugendarbeit »Bluesmessen« (Gottesdienst mit Konzert), die einen Ausgangspunkt oppositioneller Aktivitäten bildeten. Verfasste 1982 mit Robert Havemann den »Berliner Appell« zur Entmilitarisierung. Erstattete 1989 Strafanzeige wegen der Fälschung der Kommunalwahlen. Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA) in Ostberlin, im Februar 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in Regierung Modrow, April–Oktober 1990 Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, 1990–2005 MdB (CDU)
- 7 Wolfram Hülsemann, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, 1984–92 Stadtjugendpfarrer in Ostberlin, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).
- 8 Rudi-Karl Pahnke, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells«, Sprecher der Berliner Friedenswerkstatt, ab 1988 Sekretär für Jugendfragen des Bundes der Evangelischen Kirchen, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).
- 9 Edelbert Richter, Jg. 1943, evangelischer Pfarrer, Studentenpfarrer in Naumburg, Dozent für Systematische Theologie und Philosophie am Katechetischen Oberseminar der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Naumburg, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).
- 10 Wolfgang Schnur, Jg. 1944, Rechtsanwalt, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Mecklenburg, Gründungsmitglied und Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs (DA), 1990 Rücktritt vom Vorsitz und Ausschluss aus DA nach Bekanntwerden seiner Tätigkeit als IM von 1965–89.
- 11 Gemeint ist Ehrhart Neubert, Jg. 1940, evangelischer Pfarrer und Soziologe, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).
- 12 Friedrich Schorlemmer, Jg. 1944, evangelischer Pfarrer, Mitglied der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung, 1978–1992 Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Prediger an der Schlosskirche in Wittenberg, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).

zufolge sollten jetzt keine Debatten über politische Fehlentscheidungen der SED geführt werden.

Nach Abschluss der Diskussion wurde festgelegt, die vorliegenden Materialien bis zum 31. Dezember 1989 in den Bezirksorganisationen weiter zu diskutieren. Eine noch zu bildende Programmkommission soll die Überarbeitung vornehmen.

Von den 161 anwesenden stimmberechtigten Personen stimmten 140 Personen für die Bildung einer politischen Partei bis zum 1. Mai 1990. Dabei soll die gegenwärtige politische Entwicklung in der DDR, insbesondere die Führungsschwäche der SED, zielgerichtet ausgenutzt werden.

Die Mehrheit der Delegierten sprach sich mit Blick auf die beabsichtigte Parteigründung dafür aus, zum Vorsitzenden des »Demokratischen Aufbruchs« eine Person zu wählen, die in der Lage ist, »mit demokratischen Kräften in der DDR umzugehen«.

Im Ergebnis der Wahl entschieden sich 108 stimmberechtigte Personen für Rechtsanwalt *Schnur* zum Vorsitzenden des »Demokratischen Aufbruchs«. (Pfarrer *Eppelmann* erhielt 20 und Pfarrer *Richter* 16 Stimmen.)

Des Weiteren wurden in den Vorstand gewählt: *Kögler*, Brigitta,¹³ Jena (Rechtsanwältin), *Eppelmann*, Rainer, Berlin (Pfarrer), *Richter*, Edelbert,¹⁴ Weimar (Dozent), *Wirzewski*, Herbert,¹⁵ Milmersdorf (Schlosser), Dr. *Ebeling*, Fred,¹⁶ Hennigsdorf (Ingenieur), *Pahnke*, Rudi, Borgsdorf (Pfarrer), *Neubert*, Ehrhart,¹⁷ Berlin (Soziologe), *Ziller*, Christiane,¹⁸ Berlin (Musikdramaturgin), und *Nooke*, Günter,¹⁹ Forst (Physiker).

Entsprechende Festlegungen über die Funktionsverteilung sollen auf im November 1989 stattfindenden Vorstandssitzungen erfolgen.

Eine erste Delegiertenversammlung ist für den 16. Dezember 1989 in Leipzig vorgesehen. Bis zu diesem Zeitpunkt soll der Vorstand Gespräche mit weiteren Sammlungsbewegungen führen, um Vorstellungen für ein koordiniertes Vorgehen zu erörtern.

13 Brigitta Kögler, Jg. 1944, Juristin, 1988 Berufsverbot als Rechtsanwältin, der anschließenden Aufforderung die DDR zu verlassen kam sie nicht nach, Mitbegründerin des Demokratischen Aufbruchs (DA).

14 Im Original: »Edelberd«.

15 Herbert Wirzewski, Geburtsjahrgang konnte nicht ermittelt werden, Beauftragter für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik im Vorstand des Demokratischen Aufbruchs (DA).

16 Fred Ebeling, Jg. 1931, Ingenieurwissenschaftler, 1953 als Werkstudent im Stahlwerk Hennigsdorf Teilnehmer am Juni-Aufstand, damals kurzzeitig in Haft.

17 Im Original: »Ehrhardt«.

18 Christiane Ziller, Jg. 1963, Musikwissenschaftlerin, 1988/89 Musikdramaturgin am Stadttheater Freiberg.

19 Günter Nooke, Jg. 1959, Physiker, Mitbegründer und Vorstand des Demokratischen Aufbruchs (DA), vertrat den DA am »Zentralen Runden Tisch«, ab 1990 Mitglied der Bewegung Demokratie Jetzt (DJ), 1991–93 Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss des Bündnis 90-Landesverbandes Brandenburg, 1993 Mitbegründer der Vereinigung »Bürgerbündnis«, ab 1996 CDU-Mitglied, 2006–10 Beauftragter für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe der Bundesregierung, ab 2010 Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Darüber hinaus soll sich der Vorstand mit einem auf der Zusammenkunft mündlich unterbreiteten Vorschlag befassen, der Vorstellungen enthält, was in der DDR-Gesellschaft erhalten bleiben soll (u. a. keine Gefährdung der Existenz der DDR, keine Entmachtung der SED, keine Wiedervereinigung mit der BRD; Bewahrung dessen, was der Gesellschaft und den Menschen nutzt).

Dem Vorstand wurde außerdem ein Maßnahmenplan übergeben, der u. a. folgende Aufgaben beinhaltet:

- Schaffung eines legalen Informationsblattes,
- Beteiligung an der geplanten Demonstration am 4.11.1989 in Berlin und Stellen von Ordnungskräften,
- Erarbeitung eines Aufrufs, um profilierte Persönlichkeiten für den »Demokratischen Aufbruch« zur Mitarbeit zu gewinnen,
- Einrichtung eines Sekretariates,
- Schaffung eines Begegnungs- bzw. Kommunikationszentrums.

Die Gründungsveranstaltung wurde mittels Videotechnik aufgezeichnet. Diese Aufnahmen sollen dem ZDF-Korrespondenten *Schmitz*²⁰ durch Pfarrer *Eppelmann* übergeben werden.

Über die Zusammenkunft wurde eine Presseerklärung verfasst, die an zentrale Medien in der DDR und der UdSSR (TASS) sowie an in der DDR akkreditierte Korrespondenten westlicher Medien übergeben wird.²¹

Wie weiter intern bekannt wurde, plant die antisozialistische Sammlungsbewegung »Böhlener Plattform/Vereinigte Linke in der DDR«²² die Durchführung einer Konferenz im Zeitraum vom 24. bis 26. November 1989, auf der programmatische Dokumente erörtert werden sollen.

3. Erkennbar sind ernst zu nehmende Bestrebungen der bekannten Sammlungsbewegungen, eigene Informationsmaterialien mit Zeitungscharakter ohne Genehmigung herauszugeben. So plant das »Neue Forum« die Herausgabe einer in Abständen von 14 Tagen erscheinenden »Zeitung« (Format A4, ca. 10 Seiten, Auflagenhöhe um 5 000 Exemplare), deren erste Ausgabe am 11. November 1989 im Zusammenhang mit dem 2. zentralen Treffen von Führungskräften des »Neuen Forums« erscheinen soll. Bekannt wurde darüber hinaus die Verbreitung einer sogenannten Sonderausgabe Bezirks-

20 Michael Schmitz, Jg. 1954, Journalist 1988–90 für das ZDF als Korrespondent in der DDR. »Sozial und ökologisch orientiert. Gründung einer politischen Partei beschlossen«. In: Neue Zeit v. 7.11.1989; »Aufbruch« will Partei werden. DDR-Opportunistengruppe holte konstituierende Sitzung nach«. In: Frankfurter Rundschau v. 31.10.1989.

22 In der Vereinigten Linken (VL) trafen sich sowohl linke Christen als auch reformorientierte SED-Mitglieder. Sie wurde am 4.9.1989 durch die sogenannte »Böhlener Plattform« initiiert. In der Plattform wurden Forderungen nach einer auf freiheitlicher und demokratischer Grundlage fußenden Erneuerung des Sozialismus erhoben. Ebenso wurde die Beibehaltung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowie ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft gefordert; vgl. dazu u. a. Wölle, Stefan: Vereinigte Linke. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 362 f.

Informationsblatt Magdeburg des »Neuen Forums« vom 23. Oktober 1989 (vgl. Anlage 2), deren Original in Räumen der Evangelischen Akademie der Kirchenprovinz Sachsen hergestellt und dessen Vervielfältigung durch missbräuchliche Nutzung von betrieblicher und gesellschaftlicher Technik und Materialien erfolgte.

Durch Kräfte des »Initiativkreises« Berlin der antisozialistischen Sammlungsbewegung »Demokratie Jetzt«²³ wurden bereits zwei Ausgaben eines Informationsblattes (Format A4, 2 Seiten) mit der Bezeichnung »*Demokratie Jetzt* – Zeitung der Bürgerbewegung« gefertigt und verbreitet, in dem politische Positionen dargestellt, Formen der Mitarbeit propagiert und Termine von geplanten Aktivitäten bekannt gegeben werden.

4. Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen verstärken sich Versuche von Mitgliedern antisozialistischer Sammlungsbewegungen, sowohl im westlichen Ausland als auch in den östlichen Nachbarstaaten im Sinne der Propagierung ihrer Ziele aufzutreten und dafür die internationale Öffentlichkeit zu gewinnen. Ausdruck dafür sind z. B. das bekannte Auftreten des Pfarrers *Reiche*²⁴ (sogenannter Sprecher der »SDP«²⁵) in der BRD und insbesondere dessen Kontaktgespräche mit der SPD, aber auch die Teilnahme des Michael *Göbel*²⁶ (ehemaliger Philosophiestudent an der Humboldt-Universität zu Berlin) als Vertreter des »Neuen Forums« an der II. Landesversammlung des Ungarischen Demokratischen Forums²⁷. *Göbel* übermittelte dort ein Grußwort und wies gegenüber Journalisten darauf hin, dass am 11. November 1989 in der

23 Demokratie Jetzt (DJ) war 1989 eine der zentralen Bürgerbewegungen neben dem Neuen Forum, dem Demokratischen Aufbruch und der Vereinigten Linken, die im Wesentlichen aus der Gruppe »Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« entstanden war. Offiziell wurde Demokratie Jetzt am 12.9.1989 gegründet (der Gründungsaufruf ist als Anlage 4 zu der Information 416/89 hier abgedruckt). Ziel war die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die Verbindung von basisdemokratischen mit parlamentarischen Elementen. Die formale Gründung der DJ als politische Vereinigung wurde im Januar 1990 in Berlin vollzogen. 1991 ging die DJ zusammen mit Teilen des Neuen Forums und der Initiative Frieden und Menschenrechte in der Partei Bündnis 90 auf; vgl. dazu u. a. Hoffmann, Jürgen: Demokratie Jetzt. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98.

24 Steffen Reiche, Jg. 1960, evangelischer Pfarrer, Mitbegründer der SDP (Vorstandsmitglied), März–Oktober Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, 1994–99 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Brandenburg, 1999–2004 Minister für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg, 2005–09 MdB (SPD).

25 Am 7.10.1989, dem 40. Jahrestag der DDR, wurde in einem Pfarrhaus in Schwante (Brandenburg) die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Der Gründungsaufruf wurde von 38 Personen unterschrieben. Auf dem Berliner Parteitag am 26.9.1990 vereinigte sie sich die Partei mit der westdeutschen SPD; vgl. dazu u. a. Meckel, Markus; Reiche, Stefan (Hg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist«. Gedanken zur Gründung der Ost-SPD. Berlin 2010; Gohle, Peter: Von der SDP-Gründung zur Gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90. Bonn 2014.

26 Michael Göbel, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

27 Das »Ungarisch Demokratische Forum« (MDF) wurde von christlich-national gesinnten Intellektuellen getragen, am 27.9.1987 gegründet. Von 1990 bis 1994 führte die MDF die ungarische Regierung an.

Hauptstadt Berlin eine 2. Landesberatung des Koordinierungsrates »Neues Forum« stattfinden solle. Im Rahmen eines »Gesprächs mit Erstunterzeichnern des Neuen Forums« in der Christusgemeinde in Berlin-Köpenick am 26. Oktober 1989 wertete *Göbel* seine Teilnahme an der o. g. Veranstaltung in Budapest aus.

Auch die Möglichkeiten, mit in der DDR aufhältigen politischen Kräften des Auslandes Kontakt aufzunehmen, werden wie in der Vergangenheit genutzt. So fand am 29. Oktober 1989 in der Atelierwohnung der *Bobley* ein Treffen von Kräften u. a. des »Neuen Forums« (*Bobley, Reich*, Ehepaar *Seidel*²⁸) und der »SDP« (*Böhme*²⁹) mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin (West), *Momper*,³⁰ und Personen seiner Begleitung statt. Die *Bobley* äußerte gesprächsweise, dass die Opposition den begonnenen Prozess in der DDR auf dem Boden der Verfassung voranbringen und »nichts antasten« wolle, während *Böhme* unterstrich, dass der Machtanspruch der SED derzeit nicht infrage zu stellen sei. Weiter sprach man sich für freie und offene demokratische Strukturen aus, in die die neu gebildeten Gruppen ihre Wertvorstellungen einbringen könnten.

Momper äußerte, es gebe gegenwärtig keine Kraft, die die SED ablösen könnte. Demzufolge stehe der Artikel 1 der Verfassung der DDR³¹ nicht zur Disposition; wäre die SED bereit, die Macht zu teilen, würde sie sich als kommunistische Partei aufgeben. Auf das Problem der Wiedervereinigung eingehend erklärte *Momper*, dass die Belebung dieses Gedankens durch die BRD »eine der größten Heucheleien« darstelle. Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR bezeichnete er als komplizierte Frage: Es sei relativ einfach, das nur noch symbolischen Charakter aufweisende Grundgesetz zu ändern; unvertretbar wäre es aber, den in die BRD kommenden DDR-Bürgern den Status von Asylbewerbern zuzuweisen. Deshalb bezweifle er, bei einer mög-

28 Eberhard Seidel, Jg. 1949, Arzt, 1983 Gründungsmitglied des Arbeitskreises »Ärzte für den Frieden«, Mitbegründer des Neuen Forums. Jutta Seidel, Jg. 1950, Zahnärztin, Mitarbeit bei »Frauen für den Frieden«, 1983 Mitbegründerin des Arbeitskreises »Ärzte für den Frieden«, Mitbegründerin des Neuen Forums.

29 Manfred Otto »Ibrahim« Böhme, Jg. 1944, Maurer, Bibliothekar, Dramaturg, als IM des MfS (seit 1969) aktiv in verschiedenen Oppositionsgruppen tätig, so u. a. ab 1986 in der IFM. Bei Gründung der SDP der DDR am 7.10.1989 wurde er zu deren Geschäftsführer, auf dem 1. Parteitag der dann in SPD umbenannten Partei zu deren Vorsitzendem gewählt. Trat nach Enttarnung als IM im März 1990 von allen Ämtern zurück. 1992 aus der SPD ausgeschlossen.

30 Walter Momper, Jg. 1945, Politikwissenschaftler und Politiker, März 1989–Januar 1991 Regierender Bürgermeister von Westberlin bzw. Berlin, 1989–90 Bundesratspräsident.

31 Artikel 1 der Verfassung der DDR vom 6.4.1968 in der Fassung vom 7.10.1974: »Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen. Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ist Berlin. Die Staatsflagge der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus den Farben Schwarz-Rot-Gold und trägt auf beiden Seiten in der Mitte das Staatswappen der Deutschen Demokratischen Republik. Das Staatswappen der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus Hammer und Sichel, umgeben von einem Ährenkranz, der im unteren Teil von einem schwarz-rot-goldenen Band umschlungen ist.«

lichen Abstimmung im Bundestag der BRD eine Stimmenmehrheit für die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft zu erlangen. *Momper* wies ferner darauf hin, dass angesichts der hohen Zahl der Ausreisen von DDR-Bürgern über die ČSSR, Polen und Ungarn die »Mauer« ihre Funktion verloren hätte. Die Fortschritte in der Meinungs- und Medienpolitik in der DDR schätzte er als positiv ein. Wesentliche Gesprächsinhalte waren weiter notwendige Reformen in der Volkswirtschaft der DDR – plädiert wurde auf gemeinsame Wirtschaftsprojekte – und Spekulationen hinsichtlich der zu erwartenden Reisetätigkeit von DDR-Bürgern. Festlegungen über weiterführende Gespräche wurden nicht getroffen.

5. In Weiterführung von Aktivitäten gegnerischer Kräfte zur Unterstützung antisozialistischer Sammlungsbewegungen in der DDR wurde am 19. Oktober 1989 in Westberlin im Rahmen einer Zusammenkunft von ca. 70 Personen, darunter eine Reihe ehemaliger DDR-Bürger, eine sogenannte Initiative Demokratisches Forum West geschaffen.³² Als Ziel dieser Initiative werden [sic!] u. a. die Förderung eines die entstehenden Reformprozesse in der DDR unterstützenden geistig-politischen Klimas vorgegeben. Gleichzeitig werden Forderungen an die DDR nach »freien Transitstrecken«, ungehinderten Besuchsmöglichkeiten und Garantierung der ständigen Rückkehr für alle ehemaligen DDR-Bürger erhoben (Text des »Gründungsaufrufes« als Anlage 3). Organisatoren dieser »Initiative« sind u. a. die wegen ihrer politisch-negativen Haltung gegen die DDR bekannten ehemaligen DDR-Bürger Guntolf *Herzberg*³³ (zum früheren Kreis um *Herzberg* gehörten u. a. Professor *Reich*, »Neues Forum«), Freya *Klier*³⁴ (Ehefrau von *Krawczyk*³⁵) und die sich zeitweilig in der BRD aufhaltende Regina (Lotte) *Templin*³⁶ sowie Mitglieder der Alternativen Liste,³⁷ Westberlin. Nach vorliegenden Hinweisen wolle man die Arbeit in thematischen Gruppen unter der Bezeichnung »Praktische Solidarität«, »Forderungen ehemaliger DDR-Bürger« und »Neues Denken« organisieren. Durch den *Herzberg* wurde eine massive Unterstützung insbesondere des »Neuen Forums« und die Versorgung der »Bewegungen« in der DDR mit

32 Vgl. dazu Information 451/89 in diesem Band.

33 Guntolf Herzberg, Jg. 1940, Philosoph, Mitbegründer des Freitagskreises, 1973 SED-Ausschluss und Entlassung aus der Akademie der Wissenschaften, reiste 1985 nach Westberlin aus, 1987–92 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie der FU Berlin.

34 Freya Klier, Jg. 1950, Schauspielerin und Regisseurin, Mitglied im »Pankower Friedenskreis«, wurde 1988 nach Verhaftung und Beschlagnahme ihrer Manuskripte unfreiwillig aus der DDR ausgebürgert.

35 Stephan Krawczyk, Jg. 1955, Liedermacher und Schriftsteller, 1988 Abschiebung mit Ehefrau Freya Klier in die Bundesrepublik.

36 Regina »Lotte« Templin, Jg. 1953, Pädagogin, Mitbegründerin der Initiative Frieden und Menschenrechte, 1988 Verhaftung im Kontext der Luxemburg/Liebkecht-Demonstration mit anschließender Abschiebung in den Westen.

37 Die Partei Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) war am 5.10.1978 in Westberlin gegründet worden und ist der Vorläufer des Landesverbandes Berlin Bündnis 90/ Die Grünen.

Druck- und Vervielfältigungstechnik sowie politischer Literatur in Aussicht gestellt. Es wurde dafür ein Spendenkonto eingerichtet.

6. Im Ergebnis vor allem des Wirkens von Kräften aus antisozialistischen Sammlungsbewegungen und auch der Fortführung des DDR-weiten Dialogs durch die Partei kam es in der Woche vom 23. bis 29. Oktober 1989 zu einer weiteren Zunahme der Anzahl und des Umfanges von öffentlichen Demonstrationen in nahezu allen Bezirken der DDR und der Hauptstadt Berlin. Nach vorliegenden Hinweisen beteiligte sich an den über 130 Demonstrationen ca. eine halbe Million Menschen (Vorwoche: 24 Demonstrationen mit über 140 000 Personen).

Territoriale Schwerpunkte waren die Bezirksstädte Leipzig (150 000), Dresden (3 große Demonstrationen mit insgesamt 74 000 Teilnehmern), Rostock (2 mit je 10 000), Neubrandenburg (15 000) und Berlin (2 bedeutende Demonstrationen mit insgesamt 17 000 Teilnehmern) sowie die Kreisstädte Plauen (30 000) und Güstrow (12 000).

Zunehmend finden Demonstrationen auch in Kreis- und anderen Städten mit Teilnehmerzahlen zwischen 50 und mehreren Tausend statt (vor allem in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Gera, Erfurt).

In der Mehrzahl standen die Demonstrationen im Zusammenhang mit politischen Veranstaltungen in Kirchen (erstmalig auch katholischen), aber auch im Zusammenhang mit von gesellschaftlichen Kräften organisierten Dialog-Veranstaltungen. Sie wurden durch Flugblätter, Aushänge in Kirchen bzw. durch Flüsterpropaganda bekannt gemacht.

Zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen wurden verschiedentlich Gerüchte über das Auftreten der Genossen *Krenz*³⁸ (Leipzig) bzw. *Modrow*³⁹ (Dresden) verbreitet.

Die Demonstrationzüge führten in der Regel durch die Stadtzentren, vorbei an Einrichtungen des Partei- und Staatsapparates und der Schutz- und Sicherheitsorgane. Sie verursachten in mehreren Städten – von Organisatoren der Dresdener Demonstrationen z. B. als Druckmittel beabsichtigt – erhebliche Störungen im Berufs- und städtischen Nahverkehr sowie in der medizinischen u. a. Versorgung der Bevölkerung.

Die Anzahl mitgeführter Losungen und Plakate hat deutlich zugenommen. In ihrer Aussage richteten sie sich – ebenso wie die Sprechchöre und ver-

38 Egon Krenz, Jg. 1937, 1971–90 Abgeordneter der Volkskammer der DDR, 1983–89 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Sicherheitsfragen, Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen, 1984 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, 18.10.–3.12.1989 Generalsekretär des ZK der SED, 24.10.–6.12.1989 Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

39 Hans Modrow, Jg. 1928, Politiker, 1973–89 Erster Sekretär der Bezirksleitung der SED in Dresden, 8.11.1989: Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 13.11.1989: Wahl zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, bildet 1990 mit Vertretern des Zentralen Runden Tisches die »Regierung der nationalen Verantwortung«, 1990–94 Bundestagsabgeordneter, 1995 zehnmönatige Bewährungsstrafe wegen meinelidlicher Falschaussage vor dem Sonderausschuss zur »Untersuchung von Amts- und Machtmissbrauch« in der ehemaligen DDR.

breitete Flugblätter bzw. Handzettel – gegen nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche, besonders jedoch gegen die Partei- und Staatsführung. Immer neue Forderungsfelder werden erschlossen (sofortige Neuwahlen, Abbau der Privilegien), auf angekündigte staatliche Maßnahmen wird sofort reagiert (z. B. »Mit Reisepässen kauft ihr uns nicht«).

Am 23. und 24.10.1989 bildete die Wahl des Generalsekretärs zum Staatsratsvorsitzenden ein Hauptthema in den Demonstrationen.⁴⁰ In Leipzig wurden Unterschriften zur Wahl des LDPD-Vorsitzenden *Gerlach*⁴¹ gesammelt. In Berlin wurde ein Brief an die Volkskammer zur Aufstellung mehrerer Kandidaten übergeben. Am 24.10.1989 und danach kam es zu Protesten gegen die Wahl von Egon *Krenz*.

In den Demonstrationen wurden von Jugendlichen mehrfach Arbeiterfahnen mitgeführt, und es wurde wiederholt die Internationale angestimmt. Die Anzahl der in Demonstrationen mitgeführten brennenden Kerzen und Fackeln nahm zu. Sie wurden vor Rathäusern, Volkspolizeikreisämtern, Kreisleitungen der SED und Objekten der Sicherheitsorgane abgestellt; in mehreren Fällen, in deutlicher provokatorischer Absicht, unmittelbar vor objektsichernden Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane (Berlin, Rostock) bzw. der Kampfgruppen der Arbeiterklasse (Halle).

In Einzelfällen kam es im Zusammenhang mit Demonstrationen zu weiteren Provokationen gegenüber Objekten der Schutz- und Sicherheitsorgane (Werfen von Steinen u. a.).

Die Interessenlage innerhalb der Demonstrationen ist widerspruchsvoll. Beachtenswert sind zunehmende Versuche aggressiv auftretender, zum Teil unter Alkoholeinfluss stehender jugendlicher Personen, sich an die Spitze von Demonstrationen zu stellen, um deren Marschrichtung und Dauer zu beeinflussen und dort die Stimmung anzuheizen.

Wiederholt konnten als Teilnehmer von Demonstrationen Personen identifiziert werden, die sich bereits an anderen nichtgenehmigten Demonstrationen (auch überörtlich) beteiligten, darüber hinaus auch Vorbestrafte und solche Personen, insbesondere Jugendliche, die durch dekadente Verhaltensweisen in Erscheinung treten.

Es wurde offensichtlich, dass derartige Kräfte nicht den sachlichen Dialog suchen, sondern die Konfrontation mit dem Staat und den Schutz- und Sicherheitsorganen. Ausdruck dessen ist auch die Missachtung von Aufforderungen gesellschaftlicher Kräfte und kirchlicher Vertreter zum sachlichen Gespräch sowie in Einzelfällen die Ankündigung, sich in Erwartung von Polizeieinsätzen mit Schlagwaffen auszurüsten.

40 Am 18.10.1989 wurde Egon Krenz vom ZK der SED zum Nachfolger Erich Honeckers als Generalsekretär des ZK der SED gewählt.

41 Manfred Gerlach, Jg. 1928, 1967–90 LDPD-Vorsitzender, 1960–89 stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR, Dezember 1989–April 1990 letzter Staatsratsvorsitzender der DDR.

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Organisatoren nicht-genehmigter Demonstrationen – z. T. im Ergebnis staatlicher Einflussnahme – dazu übergehen, eigene Ordnungskräfte einzusetzen.

Im genannten Zeitraum (Woche vom 23. bis 29. Oktober 1989) fanden ca. 200 politisch geprägte Veranstaltungen in Kirchen bzw. kirchlichen Räumen, darunter auch der katholischen Kirche, mit über 200 000 Teilnehmern statt. Sie dienten erneut dazu, Ziele, Inhalte und Vorgehensweisen antisozialistischer Sammlungsbewegungen zu propagieren; z. T. waren sie profiliert als Gründungs- bzw. Vollversammlungen derartiger Bewegungen. Feststellbar ist ein zunehmend aggressiver werdender Ton in diesen Veranstaltungen und das massive Vortragen von Forderungen an Partei und Staat. Dazu tragen nach wie vor auch kirchliche Amtsträger bei. Zur Vergrößerung der Massenwirksamkeit werden häufig außerhalb der Kirchen Lautsprecheranlagen installiert, mit denen der Veranstaltungsverlauf original übertragen wird.

Mielke [Unterschrift]

Anlage 1[a] zur Information Nr. 485/89

Partei-Statut Demokratischer Aufbruch (Kopie)

Auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen der Artikel 29 und 86 der Verfassung der DDR wird eine politische Partei zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung der Bürger zur politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft der DDR gegründet:

§ 1 Name, Sitz und Struktur

1. Die Partei führt den Namen »Demokratischer Aufbruch« und hat ihren Sitz in Berlin. Die Tätigkeit der Partei erstreckt sich auf das Gebiet der DDR. Zur Gewährleistung einer arbeitsfähigen Struktur werden Orts-, Kreis-, Bezirks- und Jugendgruppen gebildet.
2. Die Partei ermöglicht allen Bürgern in zu bildenden Facharbeitskreisen mitzuarbeiten an [sic!], die die Grundsätze der Partei anerkennen, ohne Mitglied dieser zu werden. Die Facharbeitskreise werden von der Ortsebene bis zum Hauptausschuss wirksam.

§ 2 Aufgaben und Ziele

Die Partei »Demokratischer Aufbruch« – sozial, ökologisch vereint Menschen sozialistischer, sozialdemokratischer, religiöser, liberaler und ökologischer Prägung, die an einer demokratischen Umgestaltung in der DDR mitarbeiten möchten und für eine Reform des sozialen und politischen Systems eintreten. Die Partei fördert die Mitarbeit aller Bürger an der politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der DDR. Die Arbeitsgrundlage für

die Partei bildet die Grundsatzerklärung vom 29.10.1989 und ist für jedes Mitglied verbindlich. Die Partei wird sich an der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen auf allen Ebenen beteiligen. Die Organe und Funktionsträger der Partei werden auf der Grundlage demokratischer Mitbestimmung gewählt bzw. abgewählt.

§ 3 Organe

1. Organe der Partei sind:
 - a) Ortsvorstand/Mitgliederversammlung,
 - b) Kreisvorstand/Delegiertenversammlung,
 - c) Bezirksvorstand/Delegiertenversammlung,
 - d) Parteivorstand,
 - e) Hauptausschuss,
 - f) Delegiertenvollversammlung.
2. Mit Zustimmung der Mitgliederversammlung kann eine überregionale Zusammenarbeit erfolgen.

§ 4 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus der/m Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, dem Schatzmeister, dem Pressesprecher, dem Geschäftsführer und bis zu 10 weiteren Mitgliedern.
2. Die Vertretung im Rechtsverkehr erfolgt durch den Vorsitzenden und einem zu bestimmenden Stellvertreter. Für den Fall der Verhinderung vertreten der Schatzmeister und der Geschäftsführer.
3. Aufgaben des Vorstandes sind:
 - a) Leitung, Verwaltung und Organisation der Partei.
 - b) Ausführung von Beschlüssen der Delegiertenvollversammlung/Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses.
 - c) Einberufung der Delegiertenvollversammlung/Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses.
 - d) Entscheidung über Ausschluss von Mitgliedern.
4. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit muss erneut abgestimmt werden. Im Falle der erneuten Stimmengleichheit gilt der Beschluss als nicht gefasst. Die Beschlussfähigkeit des Vorstandes ist bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder gegeben.
5. Der Vorstand wird in der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Das Wahlverfahren wird in einer Wahl- und Geschäftsordnung festgelegt.
6. Der Vorstand kann finanzielle und vermögensrechtliche Verpflichtungen für die Vereinigung nur mit Beschränkung auf das Vermögen der Vereinigung eingehen. Seine Vollmacht ist insoweit ausdrücklich begrenzt.
7. Die Bestimmungen des § 4 Abs. 1–6 dieses Statutes gelten für die bestehenden Leitungsorgane der Orts-, Kreis- und Bezirksgruppe.

§ 5 Mitgliedschaft

1. Mitglied der Partei kann jede Person werden, die das 16. Lebensjahr vollendet hat. Jugendliche, die noch nicht volljährig sind, müssen eine Zustimmung der Erziehungsberechtigten vorlegen.
2. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Grundsätze und Beschlüsse der Partei sowie deren Statut anzuerkennen und [zu] fördern. Dies geschieht mit der Unterschrift der Bereitschaftserklärung.
3. Das Mitglied hat entsprechend einer von der Delegiertenvollversammlung genehmigten Finanz- und Beitragsordnung den festgesetzten Beitrag zu entrichten.
4. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt, Ausschluss oder Erlöschen der Rechtsfähigkeit der Partei. Bei Ausscheiden eines Mitgliedes entstehen keine vermögensrechtlichen Ansprüche an die Partei. Die Austrittserklärung muss dem Ortsvorstand schriftlich zugestellt werden und wird mit dem Tag des Zugangs rechtskräftig.

Der Ausschluss eines Mitgliedes darf nur erfolgen, wenn es schwerwiegend gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei sowie deren Statut verstoßen hat. Der Ortsvorstand darf das Mitglied nur nach erfolgter Anhörung ausschließen.

Das ausgeschlossene Mitglied kann innerhalb eines Monats nach dem Vorstandsbeschluss über den Ausschluss Einspruch beim Hauptausschuss einlegen. Der Hauptausschuss entscheidet innerhalb von zwei Monaten endgültig.

§ 6 Delegiertenvollversammlung/Mitgliederversammlung (DV/MV)

1. Eine ordentliche DV/MV wird vom Vorstand mindestens zweimal jährlich einberufen. Die Einberufung hat mindestens einen Monat vorher, unter Mitteilung der Tagesordnung, schriftlich durch den Vorstand zu erfolgen. Die DV/MV ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde.
2. Außerordentliche DV/MV können vom Hauptausschuss einberufen werden, wenn mindestens ein Drittel aller Mitglieder der Partei unter Angabe der Gründe dieses verlangt oder der Vorstand zur Sicherung der Rechte der Partei den Antrag stellt.

Der Hauptausschuss hat innerhalb von vier Wochen die außerordentliche DV/MV, unter Angabe der Gründe, einzuberufen.

3. Aufgaben der DV/MV
 - a) Verabschiedung der politischen Grundsätze und Aufgaben der Partei sowie Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit anderen politischen Parteien und Vereinigungen zu treffen.
 - b) Annahme, Ergänzung, Änderungen bzw. Aufhebung des Statuts, der Wahl- und Geschäftsordnung, der Finanz-, Vermögens- und Beitragsrichtlinie. Festlegung der Quoten von Jugendlichen, Frauen und Männern für Leitungs-, Funktions- und Wahlaufgaben.

- c) Annahme zur Teilnahme an der Wahl, Bestätigung des Wahlprogramms und der Kandidaten.
 - d) Wahl des Hauptausschusses und des Vorstandes.
 - e) Entgegennahme der Jahresarbeitsberichte des Vorstandes und des Hauptausschusses.
 - f) Entgegennahme des Finanz-, Vermögens- und Beitragsberichtes. Die Berichte bedürfen der Bestätigung der DV/MV.
 - g) Beschlussfassung über die Auflösung der Vereinigung.
 - h) Aufhebung von Beschlüssen des Hauptausschusses und des Vorstandes. Abwahl von Mitgliedern des Hauptausschusses und Vorstandes.
4. Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit außer bei Beschlüssen zu § 6 Abs. 3 Buchstaben a, b, c und g, hier ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.
 5. Anliegen von Minderheiten sind angemessen bei Entscheidungsfindungen zu berücksichtigen.
 6. Ergebnisse aus den Facharbeitskreisen werden in die Arbeit der einzelnen Gliederungen der Partei einfließen.
 7. Der Hauptausschuss und der Vorstand bilden nach Zustimmung der DV/MV ständige bzw. zeitweilige Ausschüsse.

§ 7 Hauptausschuss

1. Der Hauptausschuss wird auf der jährlichen DV/MV, bestehend aus 30 Mitgliedern, für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Mitglieder des Vorstandes gehören dem HA an.
2. Aufgaben des Hauptausschusses
 - a) Erarbeitung der politischen Leitlinie der Partei.
 - b) Erarbeitung der Wahlprogramme und Aufstellung der Kandidaten.
 - c) Vorbereitungen und Erarbeitungen von Leitlinien für die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Bewegungen und Parteien.
 - d) Wahrnehmung der politischen Aufgaben zwischen den stattfindenden DV/MV.
3. Der Hauptausschuss wird durch den Vorstand mindestens viermal jährlich mit einer vorher bekannt gegebenen Tagesordnung einberufen.
4. Beschlussfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit.

§ 8 Finanzen und Vermögen

1. Die Vereinigung finanziert sich aus den zu entrichtenden Beiträgen der Mitglieder, aus Sach- und Geldspenden sowie aus dem gebildeten Vermögen.
2. Das Vermögen der Vereinigung ist gemäß § 42 ZGB Gesamteigentum.
3. Für die Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen und Programmen/Projekten wird ein Sonderfonds eingerichtet.
4. Für den Fall der Auflösung der Partei wird das vorhandene Vermögen dem Rechtsnachfolger bzw. der Einrichtung übertragen, die auf der Grundlage der DV/MV festgelegt wurde.

5. Entstehende Wirtschaftseinheiten arbeiten auf der Grundlage der Gewinn- und Verlustrechnung.
6. Zur Kontrolle der Einhaltung der Finanz- und Vermögensbildung beruft der Hauptausschuss zwei Rechnungsprüfer.

§ 9 Protokollierung

Über den Verlauf der DV/MV, der jeweiligen Vorstands- und Hauptausschusssitzung ist ein Protokoll anzufertigen. Das angefertigte Protokoll ist vom Geschäftsführer und dem jeweiligen Leiter der Vollversammlung zu unterzeichnen und bei der nächsten Sitzung zur Einsichtnahme auszulegen. Abänderungen bzw. Ergänzungen müssen in der folgenden Sitzung vorgetragen und beschlossen werden.

§ 10 Auflösung der Partei

Die Auflösung der Partei ist durch Beschluss der DV mit Zweidrittelmehrheit herbeizuführen.

Vorstehendes Statut wurde am 29.10.1989 in Berlin von der Gründungsversammlung beschlossen.

Anlage 1[b] zur Information Nr. 485/89

Beschlussvorlage zur Gründung des DA (Kopie ohne Eintragungen)

Beschluss vom 29.10.1989

1. Die stimmberechtigten Teilnehmer gaben ihre Zustimmung zur vorgelegten Grundsatzerklärung vom 29.10.1989 und zum vorläufigen Statut.

In Wahrnehmung der Grundsatzerklärung aus Artikel 27 und 29 der Verfassung der DDR soll jeder Bürger, der der Grundsatzerklärung zustimmt, durch sachliche und konstruktive Meinungsäußerung an der Mitgestaltung der Gesellschaft der DDR mitwirken und sich frei entscheiden können, Mitglied dieser Partei zu werden, die ihre Aufgabe vorrangig darin sieht, die Mitwirkung der Bürger an der ökologischen, politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft in der DDR zu fördern.

2. Für die Dauer der Vorbereitungen bis zur endgültigen Gründung der Partei bis spätestens zum 1.5.1990 durch die stimmberechtigten Teilnehmer ein vorläufiger Vorstand, bestehend aus sieben Mitgliedern, gewählt:

Vorsitzender | Stellvertreter | Stellvertreter | Pressesprecher | Schatzmeister | Mitglied | Mitglied | Mitglied |⁴²

Die Arbeitsaufgaben des Vorstandes ergeben sich aus § 4 des vorläufigen Statuts für die zu gründende Vereinigung.

3. Der Vorstand wurde bis zum Zusammentritt einer weiteren Delegierten-vollversammlung/Mitgliederversammlung beauftragt, die Erarbeitung einer Wahl- und Geschäftsordnung und einer Finanz-, Vermögens- und Beitragsrichtlinie vorzunehmen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine Anmeldung und Gründung vorzubereiten.
4. Der Vorstand wird beauftragt, für folgende Sachbereiche verantwortliche Beauftragte zu benennen:
 - Beauftragter für Bürger- und Menschenrecht
 - Beauftragter für Umweltschutz
 - Beauftragter für Probleme der Zweiten und Dritten Welt⁴³
 - Beauftragter für Öffentlichkeits- und Medienarbeit sowie Herausgabe einer Zeitung
 - Beauftragter für Abrüstungs-, Friedens- und Wehrdienstfragen
 - Beauftragter für Rechts- und Gesetzgebungspolitik
 - Beauftragter für Frauen-, Familien-, Kinder- und Jugendpolitik
 - Beauftragter für Arbeits- und Gewerkschaftspolitik
 - Beauftragter für Sozial- und Gesundheitspolitik
 - Beauftragter für Finanz-, Preis- und Wirtschaftspolitik
 - Beauftragter für Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen anderer demokratisch-politischer Bewegungen und Parteien
 - Beauftragter für Kultur und Bildung
 - Beauftragter für Wissenschaft und Technik
 - Beauftragter für internationale Zusammenarbeit und Außenpolitik
 - Beauftragter für Organisation und Leitung der Partei

Anlage 1[c] zur Information Nr. 485/89

Flugblatt der Jugend des DA (Kopie)

Flugblatt der Jugend

Null Bock auf FDJ!?! Wir wollen keine Generation von Mitläufern mehr sein!

42 Hinter den untereinander aufgelisteten Funktionsbezeichnungen befinden sich Felder/Linien, um die Namen der gewählten Personen einzutragen – diese Felder sind in dieser Kopie des Typoskriptes leer.

43 Im Original: »2/3-Welt«.

Wir haben die Schnauze voll von Bevormundung und Gängelung und wollen nicht mehr Kampfesreserve und Handlanger einer Partei sein, deren Politik viele unserer Freunde fortgetrieben hat.

Auf wie viele sollen wir noch verzichten müssen?

Wir fordern:

1. Abschaffung des Organisationszwangs.
2. Die Möglichkeit der Bildung von neuen Jugendverbänden unterschiedlicher Prägung (aber keine Chance für Faschos und andere gewaltverherrlichenden und rassistischen Gruppen).
3. Neue Verteilung der staatlichen Gelder für Jugendarbeit.
4. Trennung von Bildung und einseitiger ideologischer Ausrichtung.
5. Politische Meinung darf nicht mehr zensiert werden.
6. Abschaffung des Wehrkundeunterrichts und der vormilitärischen Ausbildung.
7. Einrichtung des zivilen Ersatzdienstes und des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung.
8. Eigenverantwortlichkeit und Eigenfinanzierung der Jugendklubs.

Um unsere Forderungen durchzusetzen, müssen wir alle anfangen, unsere Angst zu überwinden und unseren Mund nicht mehr zu halten, sondern selbst aktiv zu werden.

DA | Berlin, den 29.10.1989

Liebe Kinder!

Wir leben in einer aufregenden Zeit. Auch Ihr merkt das jeden Tag.

In der Schule ist ein Platz neben Euch leer. Ihr habt Freundinnen oder Freunde verloren, weil sie die DDR verlassen haben. Das tut weh.

Auch deswegen sind viele Menschen in vielen Orten auf die Straße gegangen. Sie demonstrieren. Das ist gar nicht wie am 1. Mai. Und immer wieder rufen die Menschen nach »Demokratie«. Was ist Demokratie? Man kann das ganz einfach erklären: Wir alle, Kinder und Erwachsene, haben das Recht zu sagen, was wir denken. (Zu lange haben wir das versäumt.)

Ihr Kinder könnt eine große Hilfe sein. Fragt in der Schule, wenn Ihr etwas nicht versteht. Sprecht über die Ausreise. Fragt auch, warum es so wenig Bananen gibt, auch wenn sie nicht wichtig sind.

Aufrichtigkeit und Freundlichkeit brauchen wir dringender!

Verzeiht uns, den Erwachsenen, dass wir so lange gewartet und geschwiegen haben.

Jetzt wollen wir vieles verändern. Dazu gehört Mut. Diesen Mut braucht Ihr auch in Eurer Klasse, Eurer Kindergruppe.

Glaubt uns, dass wir alles tun wollen, damit unser Leben in unserem Land wieder Spaß macht.
Demokratischer Aufbruch

Anlage 1[d] zur Information Nr. 485/89

Positionsbestimmung zur Jugendpolitik des DA (Kopie)

Positionsbestimmung zur Jugendpolitik der DDR

1. Zur Situation

Die Jugendpolitik der DDR ist gescheitert. Die Ursachen liegen tief in den Fehlentscheidungen des DDR-Staates. Die FDJ mit ihrem Alleinvertretungsanspruch und ihren Inhalten hat die Jugendlichen nicht erreicht, weder mit ihren Wertvorstellungen noch mit ihren Strukturen. Sie profitiert bis heute von der diktatorischen Gleichschaltung und verfügt über alle staatlichen Mittel zur Ausgestaltung ihrer Arbeit. Sie hat eine Monopolstellung und muss sich nicht durch Leistung ausweisen oder in Konkurrenz bewähren.

2. Position des DA

Es ist jetzt notwendig, dass die FDJ in ihrem Anspruch begrenzt wird und ihre Monopolstellung aufgibt, wobei sie sich als Jugendorganisation der SED profilieren kann, als Kampfesreserve ihrer Partei. Notwendig sind die Entstehung und Bildung von Jugendverbänden der anderen Parteien und neuen politischen Vereinigungen, aber auch die Entstehung einer eigenständigen, mündigen Jugendkultur in großer Offenheit und mit vielfältigen Möglichkeiten des selbstständigen Zusammenschlusses (u. a. Schülervertretungen, Studentenvertretungen, Interessenvertretungen von Jugendlichen in Betrieben usw.).

Die Jugend braucht in dieser Gesellschaft unbedingt die Möglichkeit, sich selbst verwirklichen zu können. Der DA verpflichtet sich, dem Aufbau einer demokratischen Jugendarbeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen – von der Bereitstellung von Mitteln bis hin zur Eröffnung und Gestaltung einer demokratischen Jugendkultur.

3.

Der DA fordert alle Parteien und neu entstandenen politischen Organisationen auf, eigen demokratische Jugendarbeit aufzubauen.

4.

Wir streben in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Jugendgruppen, -organisationen, -vertretungen die Bildung einer rechtlich-autorisierten Interessenvertretung der Jugend gegenüber dem Staat an.

Demokratischer Aufbruch

Anlage 2 zur Information Nr. 485/89

Bezirksinfoblatt »Neues Forum braucht das Land«

»Neues Forum braucht das Land!!«

Sonderausgabe Bezirksinfoblatt Magdeburg – 23.10.1989

Egon Krenz – Wende oder »himmlischer Friede«

Seit gut vier Wochen gehen in der DDR Menschen auf die Straße, das »Neue Forum« bringt neue Töne in den Gleichklang des politischen DDR-Alltags und schon muss der 1. Mann des Staates ausgewechselt werden; denn niemand hätte Honecker⁴⁴ die »Reformen« geglaubt. Doch seinem Nachfolger geht es ähnlich. Jahrzehnte stand Krenz linientreu an der Seite seines Generalsekretärs. Er leitete die Wahlkommission der DDR und hat sich bis heute mit keiner Silbe zum Wahlbetrug vom 7.5.1989 geäußert. Demgegenüber fand er so viele lobende Worte zur »Niederschlagung der Konterrevolution« in Peking, dass nicht wenige eine Nachahmung im eigenen Land befürchten.

Vage Andeutungen über Veränderungen zwischen sonst zu oft gehörten Sätzen prägen seine Reden und Gespräche in den letzten Tagen. Wirklich Neues war da eher aus Arbeitermund zu hören. Oder aus den Blockparteien, in denen viele, und nicht erst seit einer Woche, um ein eigenes Profil ihrer Parteien ringen.

Vielorts haben staatliche Stellen unter Namen wie »Forum« und »Bürgerinitiative« Dialogveranstaltungen angeboten, die leider wie Trostpflasterchen auf kommunale Wunden wirken. Es scheint der Versuch gemacht zu werden, jungen Wein in alte Schläuche zu füllen, der Dialog mit dem »Neuen Forum« jedenfalls hat noch nicht begonnen. Unser neuer höchster Repräsentant der Partei wird sich fragen lassen müssen:

- Wie stehst Du zum Wahlbetrug vom 7.5.1989?
- Wie stehst Du zur Zulassung demokratischer Vereinigungen?
- Wie stehst Du zu den Ereignissen in China?

und an den Antworten werden wir ihn messen. Um vielen weiteren Fragen, Irrtümern und Verleumdungen vorzubeugen, nehmen wir in ganz knapper und grundsätzlicher Form Stellung zu der Frage

Was will das »Neue Forum« (und was nicht)?

Das »Neue Forum« will den Dialog als gleichberechtigter Partner auf allen Ebenen. Das bedeutet:

44 Erich Honecker, Jg. 1912, vom 3.5.1971 bis zum 18.10.1989 Erster bzw. Generalsekretär des ZK der SED, ab 1971 Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR und ab 1976 Staatsratsvorsitzender. Auf einer mehrstündigen Sitzung des Politbüros am 18.10.1989 wurde einstimmig seine Absetzung beschlossen, Honecker votierte ebenfalls dafür. Sein Nachfolger als Generalsekretär des ZK der SED, später auch als Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, wurde Egon Krenz.

1. Zulassung des »Neuen Forums« und aller anderen Basisgruppen, Parteien und Initiativen, die sich für die Demokratisierung der Gesellschaft einsetzen.
2. Zugang zu den Medien.
3. Pressefreiheit und Abschaffung der Zensur.
4. Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit.

Ziel dieses Dialoges ist eine Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der Demokratie in der DDR.

Das »Neue Forum« will nicht:

1. die Aufhebung der Zweistaatlichkeit und die Wiedervereinigung Deutschlands.
2. die Wiedereinführung des kapitalistischen Gesellschaftssystems.

In eigener Sache

Das Blatt, das Sie gerade in der Hand halten, ist eine erste und gleichzeitig Sondernummer der ab sofort erscheinenden Zeitung »Neues Forum, Infoblatt des Bezirkes Magdeburg«. Das Infoblatt wird erstellt und verteilt durch eine Redaktionsgruppe im Kontaktbüro Magdeburg, 3010, Hegelstraße 18. Es wird im November zum ersten Mal in seiner richtigen Form erscheinen und dann acht bis zehn doppelseitig bedruckte A4-Seiten umfassen. Wir bitten alle aktiven Gruppen in den Städten und Kreisen des Bezirkes uns mit Infos, Beiträgen zum Zeitgeschehen und vor allem zu Aktivitäten auf allen Ebenen zuzuarbeiten. Der Rhythmus des Erscheinens wird bestimmt von der Leistungsfähigkeit der Redaktionsgruppe und den Grenzen unserer technischen Voraussetzungen.

Anmeldung des »Neuen Forums«

Wir bemühen uns erneut um die Legalisierung des »NF«. Am 26.10. werden die kommunalen Gruppen des »NF« in den jeweiligen Räten die Tätigkeit des »NF« anmelden. Text:

Hiermit teilen wir Ihnen mit, dass wir gemäß §[...]⁴⁵ der vom 6.11.75 die Tätigkeit des »Neuen Forums« anmelden, was den Charakter und die Zielstellungen des »Neuen Forums« anbelangt. Verweisen wir auf den in der Anlage beigefügten Text. Als Anlage werden die aktuellen Aufrufe der »NF« beigefügt!

Zum Thema: Struktur des »Neuen Forums«!

Um als »Neues Forum« republikweit und regional einheitlich und demokratisch handlungsfähig zu werden, bedarf es einer bestimmten Organisation und Struktur. Dies war ein Tagesordnungspunkt auf dem Treffen von Vertretern des »Neuen Forums« der einzelnen Bezirke am 14.10. in Berlin.

45 Auslassung im Original.

Der von Rolf Henrich⁴⁶ dargelegte Strukturvorschlag sieht vor, einen Sprecherrat der Republik zu bilden. Für unseren Bezirk würde das bedeuten:

- die einzelnen Kreise und der Sprecherrat der Stadt Magdeburg wählen Vertreter für den Bezirkssprecherrat;
- der Bezirkssprecherrat entsendet drei bis sechs Sprecher in den Sprecherrat der Republik;
- parallel dazu werden die bestehenden bzw. sich bildenden Fachgruppen Vertreter in die Sprecherräte des Bezirkes und der Republik wählen – das gilt ebenso für Finanz- und Redaktionsgruppen.

Deshalb ist es wichtig!!!

- Belebt vorhandene Organisationen, unabhängig von Zentralräten und Bundesvorständen.

Entsendet vorläufige Sprecher zur Sprecherratsversammlung des Bezirkes am 8.11. um 20.00 Uhr in die Hegelstraße 18 (bitte vorherige Anmeldung!!!!!!!)

Hier werden dann vorläufige Sprecher für den Republikssprecherrat bestimmt. Dieser trifft sich am 11.11. in Berlin:

Die vorläufigen Sprecherräte werden dann spätestens in einem halben Jahr durch demokratische Wahlen verändert bzw. bestätigt.

Verändert sich die Medienpolitik???

- zum Artikel: »Als die Schüler im Lehrerhaus auspackten....«

Väterlich souverän setzte der Korrespondent der Volksstimme, Helmut Büttner,⁴⁷ die Zweifel der Schüler über die Publizierung jener Gespräche mit seinem Artikel außer Kraft. Nicht ohne Überheblichkeit wird die Frage eines Schülers nach der Präsenz von Panzern montags in unserem Stadtzentrum mit dem Hinweis abgetan, »Ob der junge Freund denn nicht Panzer von anderen Fahrzeugen, wie Wasserwerfer, unterscheiden könne?«. Tatsache ist, dass Schützenpanzerwagen in der Stadt postiert waren, diese Frage also durchaus ihre Berechtigung hatte.

Der »Volksstimme«-Korrespondent kommentiert die Bedenken der Schüler »Wir haben Angst, in der Schule offen unsere Meinung zu sagen; denn angesichts unserer kritischen Fragen sind schlechte Noten und Beurteilungen zu befürchten« mit dem Satz: »Worte, über die vor allem unsere Pädagogen einmal nachdenken sollten.« Darüber, wie dieses »einmal nachdenken« in der Praxis aussieht, liegen die Erfahrungen von 40 Jahren vor.

46 Rolf Henrich, Jg. 1944, Rechtsanwalt, nach der Veröffentlichung seines Buches »Der vor-mundschafliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus« in der Bundesrepublik im April 1989 verlor er seine Funktion als SED-Parteisekretär des Kollegiums der Rechtsanwälte und wurde hieraus ausgeschlossen. Henrich war Mitbegründer des Neuen Forums und vertrat dieses am Zentralen Runden Tisch.

47 Helmut Büttner, Jg. 1929, Lokalredakteur der Magdeburger Volksstimme, dem Organ der SED-Bezirksleitung Magdeburg.

Über den weiteren Inhalt verweisen wir auf die Volksstimme vom 20.10.89. Worüber der »offene« Herr Büttner nicht schrieb, waren die Fragen der Schüler zur Differenz zwischen tatsächlichen und veröffentlichten Wahlergebnissen der letzten Kommunalwahl, die OB Herzig⁴⁸ mit dem »sich verzählen« der Wahlverantwortlichen erklärte. Diesem unangenehmen Thema entwich der OB, indem er unmotiviert plötzlich über Kommunalwahlen in einem Bundesland der BRD sprach.

Gefragt, ob ihm Inhalts- und Konsenspapiere des »Neuen Forums« bekannt seien, verneinte der OB. Eine Schülerin überreichte ihm erwähnte Papiere. Wie aber kann er dann behaupten, die Mitglieder des »Neuen Forums« seien Konterrevolutionäre und der Erstunterzeichner H.-J. Tschiche⁴⁹ habe zum Sturz der sozialistischen Ordnung aufgerufen?? Noch dazu, wo doch jedes Gespräch mit Vertretern des »Neuen Forums« vonseiten der Stadt abgelehnt wird. Es ist ersichtlich, wie sich die Medienpolitik verändert. Das Gummi wird gezogen und gedehnt.

Wir fordern deshalb erneut umfassende Pressefreiheit, also auch freien Zugang der demokratischen Initiativen zu den Medien.

Zuschriften

Es ist sehr viel Post in unserer Koordinationsstelle in Magdeburg, Hegelstraße 18, eingetroffen. Die Briefe können nicht mehr beantwortet werden, suchen Sie gesprächsbereite Mitdenker in der eigenen Region und nutzen Sie die Kontaktadressen des »Neuen Forums«.

Versammlungen

Mitgliederversammlungen sind in Magdeburg geplant. Dafür sollen kirchliche Räume gemietet werden. Vereinzelt Zusagen liegen vor, Anfang November ist mit weiteren Bescheiden zu rechnen.

Gesprächsangebote

Zaghafte Zeichen zur Gesprächsbereitschaft gegenüber dem »Neuen Forum« sind von Magdeburger Parteifreunden der sogenannten Blockparteien zu vernehmen. Das konkrete Angebot kommt von der LDPD Stadtbezirk Südost.

48 Im Original: »ob-herzig«. Werner Herzig, Jg. 1928, Oberbürgermeister in Magdeburg von 1965–89.

49 Hans-Jochen Tschiche, Jg. 1929, Theologe, 1982 Unterstützer des »Berliner Appells« für die Entmilitarisierung und Demokratisierung, »Frieden konkret« und der Initiative »Teilhaben statt Ausgrenzung«, seit 1978 Leiter der Evangelischen Akademie in Magdeburg, Gründungsmitglied des Neuen Forums, 1990–98 Fraktionsvorsitzender der Partei Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, 1994–98 Alterspräsident des Sächsischen Landtags und Mitglied des Ältestenrates.

Repressalientelefon

Falls Personen im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten für das »Neue Forum« oder andere Demokratiebewegungen misshandelt werden, sollen Meldungen an unser Kontaktbüro Hegelstraße 18, Tel. 3 01 65, erfolgen.

Wir werden, falls erforderlich, juristisch bzw. materiell helfen und schwerwiegende Fälle veröffentlichen.

Sammelt weiter Unterschriften für das »Neue Forum«!

Anlage 3 zur Information Nr. 485/89

Flugblatt Initiative Demokratisches Forum West (Kopie)

Initiative Demokratisches Forum West

Die Ereignisse der letzten Wochen haben die DDR in Bewegung gebracht.

Wir – unter uns viele ehemalige DDR-Bürger – verfolgen mit großer Anteilnahme eine Dynamik gesellschaftspolitischen Handelns, die in der DDR-Geschichte ohne Beispiel ist.

Wir erklären uns solidarisch mit den Reformbewegungen und neuen basisdemokratischen Foren, die wir für unersetzbar in einem offenen gesellschaftlichen Dialog halten. Nur ein wirklich demokratischer Dialog, frei von Ausgrenzungen Andersdenkender und frei von Tabuisierungen unbequemer Denkmodelle, kann die politische Stagnation der DDR-Gesellschaft und die Isolation ihrer Bürger beenden.

Wir wissen: Reformen in der DDR können nur die Sache derjenigen sein, die dort leben und arbeiten. Wir wissen aber auch, Reformen bleiben nicht an Grenzen stehen.

Der neue Generalsekretär der SED sollte ein für alle Seiten deutliches Zeichen setzen:

Wir fordern freie Transitstrecken und ungehinderte Besuchsmöglichkeiten für alle ehemaligen DDR-Bürger!

Wir fordern für alle, die es wollen, die Möglichkeit zur ständigen Rückkehr in ihre Heimat!

Wir schlagen vor, das »Demokratisches Forum West« zu gründen, das sich mit den neuen Denkansätzen in Ost und in West, wie z. B. mit Fragen des Nationalismus, des Sozialismus und des Friedens und der Solidarität mit allen demokratischen Reformbewegungen befasst. Wir wollen ein geistig-politisches Klima fördern, das die entstehenden Reformprozesse begleitet und unterstützt.

Dazu wollen und brauchen wir die Öffentlichkeit!

Dazu braucht es Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Politik!

Dazu braucht es das gemeinsame Handeln vieler engagierter Menschen!

Weitergehend schlagen wir vor, thematische Arbeitsgruppen zu bilden; dazu haben wir vorerst drei Schwerpunkte gesetzt.

1. Praktische Solidarität
2. Forderungen ehemaliger DDR-Bürger
3. Neues Denken

Bitte erklärt Euch durch Eure Unterschrift einverstanden mit diesem Aufruf.

Erstunterzeichner:

Guntolf Herzberg

Freya Klier

Jana Middendorf⁵⁰

Axel Rockstroh⁵¹

Lotte Templin

Spenden-Konto: Antikriegsmuseum e.V. | Postgiroamt Bln (W) | BLZ
10010010 | [Nr.] | Kennwort: Neues Denken

Ich unterstütze diese Initiative und bin bereit, mich zu engagieren.

Name, Adresse:

50 Jana Middendorf, Jg. 1958, 1987 Übersiedlung nach Westberlin.

51 Axel Rockstroh, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

Berlin, 6. November 1989

BStU
000002

Beachtenswerte Aspekte der Reaktion der Bevölkerung zu innenpolitischen Problemen

Die Reaktion der Bevölkerung ist maßgeblich geprägt von einem sehr differenzierten Meinungsspektrum sowie einer Vielzahl spontaner, oft kontrovers und stark emotional geführter Diskussionen in den Arbeitskollektiven, im Rahmen von Versammlungen/Veranstaltungen der SED und befreundeter Parteien sowie von gesellschaftlichen Organisationen zur aktuellen Lage in der DDR. Im Mittelpunkt stehen dabei Auffassungen zum gesellschaftlichen Dialog, zu den staatlichen Organisationen sowie Erwartungen an die 10. Tagung des

VERTEILER:

01232

1. Genossen Krenz
2. Genossen Minister
3. Genossen Mittag
4. Genossen Großmann
5. Genossen Neiber
6. Genossen Schwanitz
7. Genossen Felber

...asse der Werk-
...t. In breitem
...ng und Intensi-
...n Arbeitskollekt-
... mit derar-
...gefunden
...zu kommen
...unkte anhören
...Zusammenwirkens
...n in der

BStU
000001

6. November 1989

...en Bevölke-
...Betrieben,
...genz,
...r sowie
...Auffassungen
...ktiver
...n abzielen.

(
r
A
St
Fu
ve
ge)

6. November 1989

Beachtenswerte Aspekte der Reaktion der Bevölkerung zu innenpolitischen Problemen [Bericht O/232]

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 4263, Bl. 2–13.

Serie: Ablage O (Reaktionen der Bevölkerung).

Verteiler: Krenz – MfS: Mielke, Mittag, Großmann, Neiber, Schwanitz, Felber.

Die Reaktion der Bevölkerung ist maßgeblich geprägt von einem sehr differenzierten Meinungsspektrum sowie einer Vielzahl spontaner, oft kontrovers und stark emotional geführter Diskussionen in den Arbeitskollektiven, im Rahmen von Versammlungen/Veranstaltungen der SED und befreundeter Parteien sowie von gesellschaftlichen Organisationen zur aktuellen Lage in der DDR. Im Mittelpunkt stehen dabei Auffassungen zum gesellschaftlichen Dialog, zu den stattfindenden Demonstrationen sowie Erwartungshaltungen im Zusammenhang mit der 10. Tagung des ZK der SED.¹

Generell ist auf allen Ebenen ein großes Interesse der Werktätigen an einem konstruktiven Dialog erkennbar. In breitem Umfang wird von ihnen Zustimmung zu den an Umfang und Intensität gewachsenen Gesprächen mit Bürgern sowie den Arbeitskollektiven bekundet. Es wird die Auffassung vertreten, mit derartigen Gesprächen sei eine akzeptable Form wiedergefunden worden, mit den Werktätigen direkt ins Gespräch zu kommen und unverfälscht ihre Sorgen/Probleme und Standpunkte anhören und Antwort geben zu können. Mit dieser Form des Zusammenwirkens könne eine Ausgangsbasis für weitere Veränderungen in der Gesellschaft geschaffen werden.

Dennoch werden in beachtlichem Umfang von breitesten Bevölkerungskreisen, darunter vor allem Arbeiter aus Großbetrieben, Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Studenten, Personen aus dem Bereich Kunst und Kultur sowie Funktionäre und Mitglieder befreundeter Parteien, Auffassungen vertreten, der Dialog müsste auf allen Ebenen konstruktiver geführt werden und stärker auf konkrete Veränderungen abzielen.

Mit sog. Palaververanstaltungen müsse endlich Schluss gemacht werden. Die Ernsthaftigkeit des Willens der Partei und ihrer Führung zur Wende werde letztendlich danach beurteilt, welche Veränderungen und praktischen Schritte dazu eingeleitet worden sind.

Von einer Vielzahl von Werktätigen, darunter viele Arbeiter in Kombinat und Großbetrieben, werden auch weiterhin Unsicherheiten, Skepsis, Ratlosigkeit und zum Teil auch Angst über die weitere Entwicklung in der DDR zum Ausdruck gebracht.

Die Tätigkeit der Partei- und Staatsorgane in den Bezirken und Kreisen in der gegenwärtigen Situation wird dabei überwiegend als strategie- und

1 Die 10. Tagung des ZK der SED war für den 8. bis 10.11.1989 geplant. Es wurden weitere personelle Änderungen und Reformen erwartet.

konzeptionslos bewertet. Die von der Parteiführung angekündigte Wende sei bisher ohne nennenswerte praktische Wirkung an der Basis geblieben, werde von den mittleren und unteren Ebenen nicht mitvollzogen, sondern eher abgeblockt.

Insbesondere im Bereich der materiellen Produktion äußern Werktätige darüber zunehmend Unmut und Ungeduld. Häufig werden von ihnen scharf formulierte Fragen gestellt, wie es konkret weitergehen solle.

Aus allen Bezirken der DDR liegen umfangreiche Hinweise vor über massive Kritiken der Werktätigen, die auch von Mitgliedern der SED getragen werden, an einer Vielzahl von Funktionären der Bezirks- und vor allem der Kreisleitungen der SED, an wirtschaftsleitenden Kadern sowie leitenden Mitarbeitern der Räte der Bezirke und der Kreise, weil sie sich nicht den Fragen der Werktätigen stellen. Es sei völlig unverständlich, so wird geäußert, dass diese Funktionäre so weiterarbeiten wie bisher. Vielfach scheuen sie die Öffentlichkeit, lassen sich seit Wochen nicht in den Betrieben sehen.

Ausgehend davon ist die Stimmungslage der Werktätigen in einer Reihe von Betrieben und Einrichtungen äußerst angespannt.

In einer Vielzahl hitziger und emotional stark geprägter Meinungsäußerungen wird – z. T. unter Androhung bzw. Absichtserklärungen von Arbeitsniederlegungen (entsprechende Hinweise liegen aus den Bezirken Erfurt, Halle und Karl-Marx-Stadt vor) von den Funktionären gefordert, das Gespräch mit den Werktätigen zu beginnen.

Das Auftreten einer Reihe hauptamtlicher, z. T. langjähriger Funktionäre auf Parteiaktivtagungen bzw. vor Werktätigen findet vielfach keine positive Resonanz, weil sie entsprechende Erwartungen auf Konstruktivität nicht erfüllen. Nach wie vor werde dabei über die Köpfe der Menschen hinweggeredet, würden die von Betriebsparteiorganisationen sowie Gewerkschaftsgruppen aufgeworfenen Fragen nicht beantwortet.

Unter den verantwortlichen Funktionären herrsche eine »lähmende Ohnmacht« gegenüber der Situation, die in vielen Fällen bis zur Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit ginge.

Ursachen dafür werden nach Meinung progressiver Kräfte vor allem darin gesehen, dass diese Funktionäre nicht fähig und auch nicht willens seien, sich das Wesen der neuen Politik zu erschließen. Sie verharren in alten Denkschablonen und hätten es verlernt, offen auf Arbeiterart zu sprechen. Offensichtlich fühlten sie sich einem Streitgespräch mit den Arbeitern nicht gewachsen. Vor allem befürchteten sie wohl, so äußern sich viele Arbeiter, mit konkreten und für sie unangenehmen Fragen nach ihren bisher in Anspruch genommenen Privilegien sowie nach ihrer persönlichen Verantwortung konfrontiert zu werden und eigene Konsequenzen diesbezüglich offensichtlich ziehen zu müssen.

In diesem Zusammenhang spitzen sich Forderungen nach Kaderveränderungen in Führungsfunktionen der Bezirke und Kreise zu.

Werktätige aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen bringen offen zum Ausdruck, dass viele Funktionäre und verantwortliche Kader ihr

Vertrauen verloren hätten und fordern mit Nachdruck – oft auch unter dem Beifall der auf Versammlungen bzw. Foren Anwesenden, diese Funktionäre abzulösen und für ihre Fehler und den persönlichen Missbrauch ihrer Funktion zur Verantwortung zu ziehen.

Mehrfach wird in diesem Zusammenhang besonders von Arbeitern der Führungsanspruch der SED generell infrage gestellt und z. T. offen abgelehnt. Die weitere Praxis müsse beweisen, welche politische Kraft dem Führungsanspruch künftig gerecht werden könne.

Beachtenswert in diesem Zusammenhang erscheinen auch wiederholt zum Ausdruck gebrachte Standpunkte/Forderungen, wonach mit der bisherigen Praxis Schluss gemacht werden muss, dass die SED in die Leitung von Produktionsprozessen und -abläufen reglementierend eingreift. Für die Organisation der Produktions- und Reproduktionsprozesse seien ausschließlich die Leiter der Betriebe verantwortlich.

Zahlreiche Mitglieder der SED u. a. progressive Kräfte vertreten den Standpunkt, es müsse der SED gelingen, schneller und spürbarer aus der defensiven Position herauszukommen. Gegenwärtig werde der Kurs der Wende noch zu stark von den »Ereignissen auf der Straße« und in Kirchen sowie durch Forderungen von Personenkreisen, deren politische Einordnung schwerfällt, bestimmt.

Zu den in den Bezirken und der Hauptstadt der DDR anhaltend stattfindenden Demonstrationen und Bürgergesprächen gibt es unter der Bevölkerung ein differenziertes, z. T. auch widersprüchliches Meinungsspektrum. In Arbeitskollektiven werden dazu in wachsendem Maße, wenn auch nicht dominierend, Auffassungen vertreten, bisher habe sich die angestrebte Kultur im Meinungsstreit noch nicht durchgesetzt. Es überwiegen in Gesprächen deutlich verbale Angriffe auf Funktionäre sowie auf die Politik der SED, die zumeist sehr stark emotional geprägt vorgetragen werden und die Stimmung unter den Gesprächsteilnehmern anheizen.

Noch werde kein ergebnisorientierter Dialog geführt.

Vor allem progressive Kräfte bringen ihre Erwartung zum Ausdruck, dass es der Partei baldigst gelingt, die Leute von der Straße wegzubekommen. Von Demonstrationen und allgemeinen Bürgergesprächen seien ihrer Meinung nach keine konstruktiven Lösungen zu erwarten.

Demgegenüber vertreten nach wie vor insbesondere Angehörige der Intelligenz, Studenten, kirchliche Amtsträger, Personen aus dem Bereich Kunst und Kultur und in beachtlichem Umfang auch Werktätige aus Großbetrieben Auffassungen, wonach nur mit Demonstrationen weitere und konkrete Veränderungen erreicht werden können. Eine entsprechende Bereitschaft zur Teilnahme an solchen Demonstrationen ist unter breiten Bevölkerungskreisen vorhanden.

Vorliegenden Hinweisen zufolge nehmen vor allem unter klassenbewussten Arbeitern und Mitgliedern der SED Befürchtungen zu, dass die Demonstrationen sich ausweiten könnten und damit zunehmend die Gefahr

der Konfrontation wachse, die letztlich eine Eskalation der Unruhe unter der Bevölkerung bis hin zu Streiks auslösen könnte.

Unter großen Teilen der Bevölkerung kommt es immer wieder zu Sympathiebekundungen für das »Neue Forum«². So sehen u. a. Angehörige der medizinischen und wissenschaftlich-technischen Intelligenz, Studenten und Schüler/Lehrlinge, Genossenschaftsbauern, selbstständige Gewerbetreibende, Kunst- und Kulturschaffende sowie religiös gebundene Personen, aber zunehmend auch Arbeiter, im »Neuen Forum« die einzige gesellschaftliche Kraft, die wirkliche Reformen und Veränderungen anstrebt.

Eine antisozialistische Zielstellung des »Neuen Forums« wird in Abrede gestellt und nachdrücklich die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Ablehnung seiner Zulassung als Vereinigung aufgeworfen.

Dabei wird die Forderung an die zuständigen staatlichen Organe erhoben, dazu konkret Stellung zu nehmen.

Es mehren sich Auffassungen unter genannten Personenkreisen – vielfach auch unter Arbeitern –, wonach die Existenz einer »inneren Opposition« in der DDR ihre Berechtigung habe, als Garantie dafür, dass die SED nicht wieder in »ihren alten Trott« der Bevormundung und Selbstverherrlichung zurückfalle.

Progressive Kräfte zeigen sich stark verunsichert bei der Bewertung des »Neuen Forums« und von ihm ausgehender Aktivitäten. Es wird Unverständnis geäußert über den offiziellen Umgang mit Vertretern des »Neuen Forums«, ihrer offensichtlichen Tolerierung und Einbeziehung in Bürgergespräche sowie über das Auftreten von Führungskräften des »Neuen Forums« in den Medien der DDR. Das stehe ihrer Meinung nach in direktem Widerspruch zu dem erklärten verfassungsfeindlichen Charakter und – darauf wird von ihnen nachdrücklich verwiesen – zu den von der Partei intern dazu gegebenen Informationen, Einschätzungen und Argumentationen.

Aufgrund der weiter ansteigenden Resonanz unter breitesten Kreisen der Bevölkerung und deren Identifizierung mit dem »Neuen Forum« sowie im Hinblick auf die mehrfache und öffentliche Positionierung von Führungskräften und Sympathisanten des »Neuen Forums« zu ihrem verfassungsgemäßen Wirksamwerden sei deshalb eine Zulassung des »Neuen Forums« umgehend erforderlich.

Die umfassenden, in Reaktion auf die entstandenen neuen gesellschaftlichen Erfordernisse erfolgten Veränderungen in der Medien-/Informationspolitik finden in allen Teilen der Bevölkerung starke Beachtung und Zustimmung. Es sei festzustellen, so wird argumentiert, dass mit der jetzigen

2 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

lebensnahen Berichterstattung und mit der realen Darstellung der vielfältigen Entwicklungsprobleme in der DDR das Interesse an unseren Massenmedien bedeutend angewachsen sei und mit der zunehmenden Fülle der darin vermittelten aktuellen, innenpolitischen Probleme ein reger Meinungs- und Gedankenaustausch zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR gefördert werde.

Progressive Kräfte, insbesondere Mitglieder der SED, verweisen in diesem Zusammenhang allerdings auch auf negative Folgeerscheinungen. So wird u. a. darauf verwiesen, die Vielfalt der in Presse, Rundfunk und Fernsehen dargestellten Probleme, Hemmnisse, Widersprüche und Fehler überfordere breite Bevölkerungskreise, wecke ständig neue Emotionen, verstärke die Unruhe, da sich letztlich die Schlussfolgerung einer völlig verfehlten Politik der SED aufdränge. Damit würden alle jene in ihrer Auffassung bestärkt, die die führende Rolle der SED in der Gesellschaft völlig ablehnen. Darüber hinaus bestehe die reale Gefahr des Zugangs der DDR-Massenmedien für feindlich-negative Kräfte und der Propagierung ihrer staatsfeindlichen Positionen in den Medien.

Anhaltend heftig wird von Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane, Mitarbeitern des Staatsapparates sowie weiteren progressiven Kräften die nach wie vor einseitige Berichterstattung im Zusammenhang mit den eingeleiteten Untersuchungen über Befugnisüberschreitungen der Einsatzkräfte gegenüber Demonstranten diskutiert und mit zunehmender Schärfe kritisiert.

Die völlig unzureichende Positionierung unserer Medien zu diesen Vorfällen könne negative Wirkungen innerhalb dieser Organe zur Folge haben – starke Verunsicherung, fühlten sich von der Partei im Stich gelassen, Dienstquittierungen, keine Kaderneugewinnung – sowie darüber hinaus, und darin bestehe die eigentliche Gefährlichkeit, nicht nur für Randalierer und Rowdys einen Freibrief für eine weitere Forcierung ihrer Angriffe gegen unser Gesellschaftssystem darstellen.

Besondere Empörung lösten unter vorgenannten Personenkreisen die unwidersprochen gebliebenen Aussagen des Gründungsmitgliedes des »Neuen Forums«, B. Bohley,³ am 1. November 1989 im DDR-Jugendradio aus,⁴ wonach mit der Staatssicherheit keine Wende möglich sei.

Eine solche Entwicklung gehe, auch wenn in den Medien gegenwärtig jeder sagen könne was er denkt, entschieden zu weit. Es müsse vielmehr unverzüglich und mit aller Konsequenz gegen derartige Äußerungen vorgegangen

3 Bärbel Bohley, Jg. 1945, Malerin, u. a. Mitbegründerin der Initiative Frieden und Menschenrechte, 1988 Verhaftung nach Protestaktionen bei Liebknecht-Luxemburg-Demonstration und zwangsweise Exilierung aus der DDR, August 1988 Rückkehr aus englischem Exil nach Abschiebung, Mitbegründerin des Neuen Forums, vertrat 1990 das Neue Forum in der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung, 1991 Mitarbeiterin der Fraktion Neues Forum/Bürgerbewegung im Berliner Abgeordnetenhaus.

4 Interview mit Bärbel Bohley in der Sendung »Gaststube« des DDR-Jugendradios DT 64 v. 1.11.1989; BArch, MfS, ZAIG, Ka, 219.

werden, da diese einen Angriff auf die Grundlagen des sozialistischen Staates darstellen.

Immer häufiger wird in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, warum die Parteiführung nicht mehr unternehme, um in der Öffentlichkeit die verleumderischen Angriffe und Beschuldigungen gegenüber den Schutz- und Sicherheitsorganen zurückzuweisen.

Je mehr Zeit für eine Richtigstellung der Ereignisse verstreiche, desto mehr schwinde das ohnehin bereits gestörte Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zu den Schutz- und Sicherheitsorganen und mache es den progressiven Kräften immer schwerer, für sie Partei zu ergreifen.

Die Duldung der Hetz- und Verleumdungskampagne gegenüber den Schutz- und Sicherheitsorganen insbesondere durch die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei werten zahlreiche Mitarbeiter dieser Organe sowie Kommandeure von Kampfgruppen als Anzeichen dafür, dass das MfS in diesem Prozess der Auseinandersetzungen »geopfert« und für die entstandene Lage verantwortlich gemacht werden solle.

In vielen Diskussionen und Gesprächen der Werktätigen werden breitgefächerte Erwartungshaltungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden 10. Tagung des ZK der SED zum Ausdruck gebracht.

Fest gerechnet wird mit weiteren Kaderveränderungen sowie mit der Beschlussfassung über Maßnahmen zur Stabilisierung der Volkswirtschaft und der Versorgung.

Grundtenor der Meinungsäußerungen ist, die bisherige Parteiführung habe das Vertrauen des Volkes endgültig verloren. Ihr wird [sic!] die Fähigkeit und auch der ehrliche Wille zur Durchsetzung von Reformen und Veränderungen generell abgesprochen.

Immer stärker werden – mit Blick auf das 10. Plenum des ZK der SED – von progressiven Kräften, darunter leitende Kader und Mitarbeiter zentraler staats- und wirtschaftsleitender Organe sowie von Kombinat und Betrieben, Forderungen nach völliger Offenlegung der grundsätzlichen Probleme in Partei, Staat und Gesellschaft, insbesondere in der Volkswirtschaft, bis hin zur Finanz- und Kreditsituation der DDR gestellt.

Es sei ihrer Meinung nach ein eklatanter Fehler gewesen, dass Genosse Krenz⁵ nicht bereits in seiner Antrittsrede auf diese Probleme eingegangen ist, obwohl ihm entsprechend zugearbeitet worden sei. Es stelle sich die Frage, ob ihn da nicht noch die alten Berater, die eine Offenlegung der ökonomischen Lage seit Jahr und Tag verhindern, beeinflusst hätten.

Mit großer Sorge äußern sich leitende Kader zuständiger staatlicher Organe über die prekäre finanzielle Situation der DDR. Die unverzügliche unbeschönigte Darlegung dieser Situation sei ihrer Meinung nach zwingend

5 Egon Krenz, Jg. 1937, 1971–90 Abgeordneter der Volkskammer der DDR, 1983–89 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Sicherheitsfragen, Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen, 1984 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, 18.10.–3.12.1989 Generalsekretär des ZK der SED, 24.10.–6.12.1989 Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

erforderlich, damit sich Partei- und Staatsfunktionäre sowie die gesamte Bevölkerung des ganzen Ernstes der finanziellen Lage bewusst werden, um keine leeren Versprechungen zu machen und keine illusionären Erwartungen im Hinblick auf kurzfristig mögliche Veränderungen unter der Bevölkerung, z. B. im Zusammenhang mit dem Reiseverkehr und der Versorgung, aufkommen zu lassen.

Derzeitig bestünde immer noch die Gefahr, dass sich leitende Genossen Illusionen über eine anhaltende Verbesserung bzw. Beherrschung der Lage durch Importe machen und diese dann auch noch öffentlich vortragen.

Tatsächlich herrsche in einer Reihe zentraler Partei- und Staatsorgane ihrer Meinung nach immer noch der alte, unehrliche Arbeitsstil vor.

So sei der Eindruck entstanden, dass sich weder die Parteiführung noch der Ministerrat bisher ernsthaft mit der ökonomischen, vor allem der Finanz- und Kreditsituation der DDR, beschäftigt habe. Beweis dafür wäre, dass bisher keine Finanzexperten in die Arbeit der Arbeitsgruppen des ZK der SED einbezogen worden seien.

Auch gebe es keine verbindlichen Absprachen mit den zuständigen Finanz- und Bankorganen zur finanziellen Untersetzung der vorgesehenen Reiseregelungen für DDR-Bürger bzw. zur Durchführung der NSW-Importe für die Weihnachtsversorgung. Beide Maßnahmen gingen jedoch eindeutig zu Lasten der NSW-Zahlungsbilanz.

Mitarbeiter zentraler Planungsorgane verweisen mit Besorgnis darauf, dass sich in ihrer Einrichtung noch kein neuer Arbeitsstil durchgesetzt habe. Sie stellen die Frage, wann endlich die reale Einschätzung der Lage auf ökonomischem Gebiet zur Basis für die Planungsarbeit gemacht werde.

Vorliegenden Hinweisen zufolge entwickelten Leitungskader und Mitarbeiter staatlicher Organe konkrete Vorschläge zur künftigen Arbeitsweise der Zentralverwaltung für Statistik und ihren nachgeordneten Organen.

Als notwendig wird von ihnen angesehen:

- Eine radikale Überprüfung des gegenwärtig praktizierten staatlichen Berichtswesens mit dem Ziel, alle wirkungslosen Berichte, Abrechnungen und Analysen einzustellen, um dadurch einen wirksamen Beitrag zur erforderlichen Entlastung der Betriebe und Institutionen von überflüssiger Verwaltungsarbeit zu leisten (nach Experteneinschätzung könnte das bisherige Berichtswesen auf mindestens die Hälfte reduziert werden).
- Die völlige Neuabstimmung des Informationsbedarfs an echten ökonomischen Führungskennziffern der zentralen und örtlichen Partei- und Staatsorgane; Neukonzipierung der Arbeit der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und ihrer »Zuarbeiter« in allen gesellschaftlichen Bereichen auf dieser Grundlage; Vermeidung jeglicher Überspitzung bezüglich der von den Betrieben und Einrichtungen zu meldenden Kennziffern und Festlegung vernünftiger Periodizitäten für deren Bereitstellung.
- Eine uneingeschränkte Gewährleistung einer wahrheitsgetreuen Bereitstellung zahlenmäßiger und analytischer statistischer Informationen mit

konsequent konkreter Ursachenforschung und der Möglichkeit einer schonungslosen Aufdeckung von Fehlern und deren Ursachen (auch Verursacher) in der Leitung des Reproduktions- und Versorgungsprozesses auf allen Ebenen für die Führungs- und Leitungstätigkeit der Partei und des Staates; die Statistik dürfe nicht und von niemandem an der Darstellung der Wirklichkeit gehindert werden.

- Die konsequente Aufdeckung von Verstößen gegen den Grundsatz der Berichtswahrheit im Berichtswesen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und anderer Institutionen; strikte Einhaltung der auf diesem Gebiet vorhandenen Gesetze und Richtlinien sowie Bestrafung der für Gesetzesverstöße auf den Gebieten Rechnungsführung und Statistik Verantwortlichen nach einheitlichen Maßstäben und ohne Ansehen der Person.
- Die uneingeschränkte Versachlichung jeglicher Öffentlichkeitsarbeit über Ergebnisse des Volkswirtschaftsplanes im Rundfunk, Fernsehen und Pressewesen der DDR; Darstellung der positiven und negativen Hauptergebnisse; offene Darlegung zugelassener Versäumnisse und entstandener Mängel in der Führungs- und Leitungstätigkeit, die zu den negativen Tendenzen und Ergebnissen führten; offene Darlegung der objektiven Erfordernisse, um aufgetretene Disproportionen und Mängel schnell und wirkungsvoll beseitigen zu können.
- Die Beseitigung des »Deckmantels« angeblicher »Staats- und Dienstgeheimnisse« zur Bagatellisierung oder Vertuschung aufgetretener Unzulänglichkeiten in der Wirtschaftsführung der proportionalen Reproduktion und Entwicklung sowie vor allem der Versorgung der Bevölkerung mit Waren, Dienst- und Reparaturleistungen. Die Bevölkerung sollte, abgesehen von wirklich notwendigen Staatsgeheimnissen, über alles, was ihr Leben im weitesten Sinne betrifft, schnell, wahrheitsgemäß und umfassend informiert werden.

Darüber hinaus wird die Auffassung vertreten, durch den Aufbau einer eigenen Informationsstrecke im Parteiapparat sei der Grundsatz durchbrochen worden, die Zentralstelle für Statistik sei auf allen Ebenen für die objektive Bewertung ökonomischer Ergebnisse verantwortlich. Daraus wird die Notwendigkeit abgeleitet, diese alten Verfahrensweisen wieder rückgängig zu machen.

In weiteren Meinungsäußerungen wird auf die Notwendigkeit der Neubestimmung von Staatsgeheimnissen aufmerksam gemacht, da heute eine Reihe von Angaben in den Medien veröffentlicht und diskutiert werden, die bisher dem Geheimnisschutz unterlagen.

BStU
000016

Handwritten mark

Hinweise auf erste beachtenswerte Reaktionen zur Neuwahl des Politbüros auf der 10. Tagung des ZK der SED

In ersten bekanntgewordenen Diskussionen insbesondere von Mitgliedern und Funktionären der SED wurde der Rücktritt der Parteiführung und die erfolgte Neuwahl des Politbüros des ZK der SED als längst überfällig und als dringendes Erfordernis bewertet.

Besonders heftige Reaktionen löste die Mitteilung über die Wiederwahl des Gen. Böhme in das Politbüro des ZK der SED im Bezirk Halle aus.

Zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SED in Kombinat, Betrieben und staatlichen Organen, in wissenschaftlichen Einrichtungen, an der Martin-Luther-Universität und an Hochschulen sowie parteilose Werkträger lehnen nahezu übereinstimmend seine Wiederwahl ab und äußern Empörung über diese Entscheidung des ZK der SED.

Ständig wiederkehrend werden derartige Haltungen begründet mit

- der Handlungsunfähigkeit und politisch falschen Entscheidungen der SED-Bezirksleitung Halle

01233
BStU
000015

Verteiler:

Gen. Mittag
Gen. Neiber
Gen. Schwanitz
Gen. Felber
HA XVIII, Leiter
HA XX, Leiter
Gen. Carlsohn

9. 11. 1989

ogführung,
begonnenen Politik der
bzuleiten und durchzusetzen.

der ZK-Sitzung an den
chreiben von Grundor-
worden sei, eine Wieder-
tiert, daß der Partei-
anden gekommen sei. Damit
an Vertrauen.

alreiche Parteimitglie-
e, Kombinat Chemische
ichen Organen (Rat des

9. November 1989

Hinweise auf erste beachtenswerte Reaktionen zur Neuwahl des Politbüros auf der 10. Tagung des ZK der SED [Bericht O/233]

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 4263, Bl. 16–17 (ZAIG-Ablage-Exemplar).

Serie: Ablage O (Reaktionen der Bevölkerung).

Verteiler: Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS (auf Vorblatt): Mittig, Neiber, Schwanitz, Felber, HA XVIII, HA XX, Carlsohn, Ablage.

Vermerke: Im Dokumentenkopf: »H« (Paraphe von Günter Hackenberg – Stellvertretender Leiter des ZAIG-Bereichs für Information: ZAIG/1 – »6/«: wahrscheinlich gekürztes Datum, gleiche Schrift wie »H«.

In ersten bekannt gewordenen Diskussionen insbesondere von Mitgliedern und Funktionären der SED wurden der Rücktritt der Parteiführung und die erfolgte Neuwahl des Politbüros des ZK der SED als längst überfällig und als dringendes Erfordernis bewertet.¹

Besonders heftige Reaktionen löste die Mitteilung über die Wiederwahl des Genossen Böhme² in das Politbüro des ZK der SED im Bezirk Halle aus.

Zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SED in Kombinat, Betrieben und staatlichen Organen, in wissenschaftlichen Einrichtungen, an der Martin-Luther-Universität und an Hochschulen sowie parteilose Werktätige lehnen nahezu übereinstimmend seine Wiederwahl ab und äußern Empörung über diese Entscheidung des ZK der SED.

Ständig wiederkehrend werden derartige Haltungen begründet mit

- der Handlungsunfähigkeit und politisch falschen Entscheidungen der SED-Bezirksleitung Halle,
- dem Unvermögen des Genossen Böhme zur Dialogführung,
- seiner fehlenden Bereitschaft, aus der begonnenen Politik der Wende die richtigen Schlussfolgerungen abzuleiten und durchzusetzen.

1 Auf der 10. Tagung des ZK der SED fand vom 8. bis 10.11.1989 statt. Dort trat zunächst das gesamte Politbüro zurück. Große Teile wurden aber erneut gewählt und Egon Krenz nochmals als Generalsekretär bestätigt. Wenige personelle Neuerungen waren u. a. die Wahl von Hans Modrow ins ZK. Zur Sitzung und deren Folgen vgl. u. a. ausführlich Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 454 ff.

2 Hans-Joachim Böhme, Jg. 1929, Politiker, ab Mai 1981 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, 1981–89 Mitglied des ZK der SED und der Volkskammer, 1986–89 als Vertreter des Chemie-Bezirks Halle Mitglied des Politbüros der SED, am 9.11.1989 tritt Böhme – nur einen Tag nach seiner Wiederwahl – wegen starker Proteste als Mitglied des Politbüros zurück. Gleichzeitig wird er seines Amtes als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle enthoben, ein eingeleitetes Verfahren wegen »untreuer Handlungen auf Kosten des soz. und Parteigentums« musste wegen Mangel an Beweisen eingestellt werden, ein Verfahren im Jahr 2000 wegen »Beihilfe zum Mord durch Unterlassen« wegen des Schießbefehls endete zunächst mit Freispruch, nach Aufhebung dieses Urteils durch den Bundesgerichtshof 2004 Verurteilung zu 15 Monaten auf Bewährung.

Wiederholt wurde unter Bezugnahme auf vor der ZK-Sitzung an den Generalsekretär des ZK der SED gerichtete Schreiben von Grundorganisationen, in denen dieser aufgefordert worden sei, eine Wiederwahl des Genossen Böhme zu verhindern, argumentiert, dass der Parteiführung jeglicher politischer Weitblick abhandengekommen sei. Damit verliere die SED bei den Werktätigen weiter an Vertrauen.

Vorliegenden Hinweisen zufolge kündigten zahlreiche Parteimitglieder aus Betrieben (u. a. Kombinat Leuna-Werke, Kombinat Chemische Werke Buna, VEB Pumpenwerk Halle) und staatlichen Organen (Rat des Bezirkes) spontan ihren Austritt aus der SED an bzw. vollzogen bereits diesen Schritt.

SED-Grundorganisationen des Kombinates Leuna-Werke wollen am 9. November in einem an das ZK der SED gerichteten Schreiben mit Nachdruck die Ablösung des Genossen Böhme von seinen Parteifunktionen fordern.³

Eine Vielzahl von APO-Sekretären vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, der Druck an der Basis werde so stark, dass nachgegeben werden müsse. Parteimitglieder dieses Kombinates äußerten außerdem die Absicht, am 13. November 1989 öffentlich in Halle gegen die Wiederwahl zu protestieren und dabei demonstrativ ihre Parteidokumente abzulegen.

Im Kombinat Chemische Werke Buna wird von Arbeitern die Durchführung von Streiks in Erwägung gezogen, um den Rücktritt des Genossen Böhme zu erzwingen. Im Bereich Medizin der Martin-Luther-Universität wurden bereits ein Streik sowie eine Protestveranstaltung auf dem Universitätsplatz für den 10. November 1989 angekündigt. SED-Mitglieder dieser Universität, Pädagogen und Angehörige der bewaffneten Organe befürchten eine weitere Verschärfung der Lage im Bezirk Halle und schließen die Möglichkeit von Gewalthandlungen gegen das Objekt der SED-Bezirksleitung nicht aus.

3 Zum lokalen Kontext vgl. Stude, Sebastian: Halle/Saale 1989. In: Utopie kreativ, H. 201/202 (2007), S. 764–782.

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

Berlin, 9. Oktober 1989

BS:U
000039

WOCHENÜBERSICHT Nr. 41/89

INHALTSÜBERSICHT:

Seite:

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR	3
Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen	6
Verhinderte Fahnenfluchten von Angehörigen der NVA	8
Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin	10
Ausgewählte ... chen	11
V...	12
	16

A

Anlage:

H: <i>Beitrag</i>	1
ZU: <i>L, I, VI, IX, XVII, XX, ZKG, XIV</i>	
Sc	
Ei	
HI: <i>AG 2, 3/6</i>	2
Üb:	
vei	
zit	

WU Nr 41/89

Gen. ...

BS:U
000038

Witzke
Neim
Schwarz
Colloane

KS-

Anlage 4 Sperr

9.10.89

9. Oktober 1989

Wochenübersicht Nr. 41/89

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 4599, Bl. 38–56.

Serie: Wochenübersichten.

Verteiler: Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Mittig, Neiber, Schwantz, Carlsohn – Auszüge: Leiter HA I, VI, IX, XVIII, ZKG und XIX, ZAIG/1 (AG 2, 3 und 6): siehe Fußnoten zu den Randbemerkungen.

Vermerke: Auf dem Vorblatt unter dem Verteiler: »Anlage 4 Sperre« (Antragsteller und Ausreiser), »H 9.10.89« (Paraphe und Datum von Günter Hackenberg – Stellvertretender Leiter des ZAIG-Bereichs für Information: ZAIG/1).

Bemerkungen: Anlagen hier nicht dokumentiert.

Anlage 1: Hinweis zur hydrologischen Situation im Thomas-Müntzer-Schacht Sangerhausen.

Anlage 2: Hinweis über ein Treffen zwischen einer Delegation des Bezirksverbandes Unterfranken der FDP und Vertretern des Bezirksvorstandes der LDPPD Suhl.

Anlage 3: Hinweis über im Zeitraum vom 9. Oktober bis 15. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR.

Anlage 4: Hinweise zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin (ohne Alters- und Invalidenrentner).

Anlage 5: Hinweis zur vorbeugenden Verhinderung des Missbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische VR zum ungesetzlichen Verlassen der DDR.

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR¹

Die Tendenz der Vorwochen hinsichtlich eines erheblichen Anstiegs von operativ bedeutsamen Vorkommnissen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der DDR setzte sich im Ergebnis der permanenten massiven Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners und des verstärkten Wirksamwerdens feindlich-negativer Kräfte im Innern der DDR auch in der Woche vom 3. Oktober bis 9. Oktober 1989 fort.

Der ZAIG wurden allein im Berichtszeitraum 232 Vorkommnisse der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze bekannt (in der Woche vom 25. September bis 2. Oktober 1989 waren es 59 derartige Vorkommnisse). Die größtenteils öffentlichkeitswirksamen Vorkommnisse des Anbringens von Hetzlosungen (151 Vorkommnisse) und der Herstellung und Verbreitung von Hetzblät-

1 Randvermerke: »IX, XX, 6«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA IX, HA XX und ZAIG/1/6, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

tern (81 Vorkommnisse), die zunehmend aggressiv und ultimatив formuliert sind, enthielten

- offene Sympathiebekundungen für das »Neue Forum«², oftmals verbunden mit Forderungen nach »mehr Demokratie« und »Freiheit für DDR-Bürger« sowie »innenpolitischen Reformen« in der DDR, nach Beseitigung der Grenzsicherungsanlagen und mit Angriffen gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane sowie Aufforderungen, sich dem »Neuen Forum« anzuschließen (122 Vorkommnisse);
- ohne Bezug zur o. g. Sammlungsbewegung Forderungen nach »mehr Informations- und Meinungsfreiheit« sowie »Reisefreiheit« für alle DDR-Bürger, nach »freien demokratischen Wahlen« und »Dialog statt Gewalt« in der DDR (45 Vorkommnisse);
- hetzerische Äußerungen im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR (32 Vorkommnisse);
- massive Angriffe gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft sowie die Person des Generalsekretärs des ZK der SED (24 Vorkommnisse);
- herabwürdigende Äußerungen gegen die Tätigkeit des MfS (6 Vorkommnisse);
- Aufforderungen zur Teilnahme an von feindlichen, oppositionellen Kräften geplanten feindlich-negativen Aktivitäten (3 Vorkommnisse).

Von den genannten 232 Vorkommnissen des Anbringens von Hetzlosungen/der Herstellung und Verbreitung von Hetzblättern wurden bisher lediglich 16 Vorkommnisse mit der Ermittlung von insgesamt 24 Tätern (Schüler, Lehrlinge sowie Fach- und ungelernete Arbeiter, Letztere im Alter von 21 bis 33 Jahren, darunter einige Antragsteller auf ständige Ausreise) geklärt, gegen die differenzierte strafprozessuale, operative und erzieherische Maßnahmen eingeleitet wurden. Die Täter motivieren ihre Handlungsweisen mit Sympathien für das »Neue Forum« und ablehnenden politischen Grundeinstellungen zur DDR.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum der ZAIG 51 Vorkommnisse des Führens anonymer/pseudonymer Telefonanrufe (vereinzelt auch des Versendens anonymer Briefe) bekannt, in denen besonders Einrichtungen der Partei unterschiedlichster Ebenen, Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und des MfS, staatlichen Organen sowie wirtschaftsleitenden und gesellschaftlichen Einrichtungen Gewaltakte in Form von Bomben-, Sprengstoff-

2 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

und Brandanschlägen sowie einzelnen Parteifunktionären persönlich Angriffe auf Leben und Gesundheit angedroht wurden.

Von diesen Vorkommnissen wurde bisher noch *kein* Vorkommnis geklärt.

Territoriale Schwerpunkte des Vorkommnisgeschehens (Hetzlosungen/-blätter, Telefonanrufe) bildeten die Bezirke Karl-Marx-Stadt mit 69, Erfurt mit 25 und Halle mit 22 sowie die Hauptstadt mit 28 Vorkommnissen.

In diesem Zusammenhang ist beachtenswert, dass es im Berichtszeitraum generell zu einer Zunahme von auf Gewaltandrohung/-anwendung, auf direkte Konfrontation mit der Staatsmacht abzielenden Vorkommnissen kam. Neben den bekannten großen Zusammenrottungen in Dresden, Berlin, Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Plauen/Karl-Marx-Stadt, sowie den bekannten an Umfang kleineren in Arnstadt/Erfurt (ca. 300 Personen), Potsdam (200 Personen), Ilmenau/Suhl (200 bzw. 15 Personen), Magdeburg (150 Personen), Dippoldiswalde/Dresden, und Markneukirchen/Karl-Marx-Stadt (jeweils 50 Personen), Prenzlau/Neubrandenburg, und Rostock (jeweils 30 Personen), wurden weitere gewaltorientierte Handlungen bekannt aus den Bezirken.

Halle (3 Vorkommnisse):

- 7. Oktober 1989, *Rufen* von Hetzparolen (u. a. »Setzt die roten Schweine ab«, »Schlagt die Roten tot«) durch zwei Personen (22, 23, Arbeiter) in einer Gaststätte in *Großwülknitz/Köthen*;
- 7. Oktober 1989, *Marsch* einer 20 Personen umfassenden Gruppe mit einer BRD-Fahne in Richtung Markt in *Aschersleben*;
- 7. Oktober 1989, *Zusammenrottung* von ca. 100 Personen nach einer Veranstaltung in der Marktkirche von *Halle*, wobei lautstarke Äußerungen gegen den sozialistischen Staat und die Sicherheitsorgane (»Stasi raus«, »Wir wollen raus«) erfolgten.

Karl-Marx-Stadt (3 Vorkommnisse):

- 7. Oktober 1989, *Zusammenrottung* von ca. 200 Personen vor dem Kreis Kulturhaus von *Hainichen*, aus der Sprechchöre (»Stasi raus«, »Polizei – Knüppel frei«, »Dreckstaat«) erfolgten;
- 8. Oktober 1989, »*Schweigemarsch*« von ca. 40, vorwiegend jugendlichen Personen durch das Stadtgebiet von *Meerane* (Entzünden von Kerzen);
- 8. Oktober 1989, *rowdyhafte Ausschreitungen* (Einschlagen von Schaukästen, Abreißen von Fahnen) durch ca. 20 Jugendliche in *Treuen/Auerbach* (Rufe: »Gorbi«, »Forum«).

Cottbus (ein Vorkommnis):

- 8. Oktober 1989, *Zusammenrottung* von ca. 30 Personen (mit brennenden Kerzen) vor dem Wilhelm-Pieck-Monument in Wilhelm-Pieck-Stadt *Guben* (bei Aufforderung, den Platz zu räumen, aggressives Brüllen: »Bullenknechte«, »Stasi-Schweine«).

Dresden (ein Vorkommnis):

- 8. Oktober 1989, *Zusammenrottung* von ca. 20 Personen vor der Gaststätte in *Großröhrsdorf/Bischofswerda* nach einer Tanzveranstaltung (Absingen der Internationale, Rufe: »Gorbi, Gorbi«).

In allen Fällen mussten zur Beendigung der jeweiligen Aktivität Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden.

Außerdem wird auf folgende von Westberliner Gebiet ausgegangene Aktivität verwiesen:

Am 7. Oktober 1989 wurden in den Stadtbezirken Berlin-Mitte, Berlin-Friedrichshain und Berlin-Treptow Hetzblätter (bisher 55 Exemplare) aufgefunden, die an Luftballons befestigt waren. Sie stehen zweifelsfrei im Zusammenhang mit einer von Westberlin aus erfolgten Ballonaktion. Bisher wurde der Einflug von ca. 3 000 derartiger Ballons in den Luftraum über der Hauptstadt der DDR festgestellt. Die Hetzblätter (A6) tragen die Überschrift »Neues Deutschland News 7. Oktober 1989 – 40 Jahre DDR – Die SED hat versagt«. Im auf Vorder- und Rückseite enthaltenen Text werden Bezüge zu den Ereignissen der Botschaftsbesetzungen in Prag und des 17. Juni 1953 hergestellt und die Politik der SED diffamiert.

Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen³

Fahnenfluchten

Im Zeitraum vom 2. bis 8. Oktober 1989 wurden insgesamt 10 Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR unter Ausnutzung von Reisen nach der Ungarischen VR, SR Rumänien, VR Bulgarien bzw. der ČSSR, über die Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. auf unbekannte Art und Weise nach der BRD fahnenflüchtig.

Im Einzelnen:

- Ein *Fähnrich der NVA* (22, *Hauptfeldwebel*, Pionier-Baubataillon-42 Mukran, MfNV) über die Ungarische VR nach der BRD. Trotz Ablehnung einer Touristenreise durch seine Diensteinheit erhielt er durch das VPKA Bergen, Rügen, eine Reiseanlage. Am 3. Oktober 1989 informierte der Vater, dass er sich in Hamburg aufhält.
- Ein *Oberfeldwebel* der NVA (24, *Panzer-Elektromeister*, Komplexlager-23 Hirschfeld, 7. PD, MB III) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er wurde am 29. September 1989 letztmalig gesehen, als er mit drei weiteren Personen gemeinsam in einem Pkw »Trabant« fuhr. Eine dieser Personen hatte sich bei ihren Eltern nach der ČSSR abgemeldet.

3 Randvermerke: »I, IX, ZKG, 6«, d. h., dass die zentralen Diensteinheiten HA I, HA IX, ZKG und ZAIG/1/6, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

- Ein *Oberfeldwebel* der NVA (24, *Hubschrauber-Techniker*, Hubschrauber-Ausbildungsgeschwader-35, LSK/LV), gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinem Sohn, während eines Aufenthaltes in der VR Bulgarien über die Ungarische VR nach der BRD. Er hatte für diese Reise keine Genehmigung seiner Diensteinheit eingeholt. Am 28. September 1989 hatte er seinen Vater davon in Kenntnis gesetzt, dass er sich mit seiner Familie in München aufhält.
- Ein *Feldwebel der Grenztruppen der DDR* (21, Leiter der Küche, Grenzzregiment-42 Blankenfelde, GK-Mitte) auf unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er hatte am 29. September 1989 die Wohnung verlassen, um einen Wochenendeinkauf zu tätigen. Am 2. Oktober 1989 informierte die Ehefrau seine Diensteinheit, dass sie ein Telegramm ihres Ehemannes erhalten habe, wo dieser seinen Aufenthalt in der BRD mitteilt.
- Ein *Unteroffizier* der NVA (20, Truppführer/Kraftfahrer, Funktechnisches Bataillon-31, 2. LVD, LSK/LV) über die ČSSR nach der BRD. Eine Verwandte aus der BRD setzte seinen Stiefvater telefonisch davon in Kenntnis, dass er sich in Paderborn, BRD, aufhält.
- Ein *Unteroffiziersschüler* der NVA (19, Med.-Kompanie-14, Ausbildungszentrum-17, 11. MSD, MB III) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er hatte während desurlaubes am 1. Oktober 1989 die elterliche Wohnung verlassen und informierte am 3. Oktober 1989 seine Eltern telefonisch von seinem Aufenthalt in der BRD.
- Ein *Gefreiter der Reserve* der NVA (28, 5. Batterie, Artillerieregiment-1 Lehnitz, 1. MSD, MB V) gemeinsam mit seiner Ehefrau und zwei Kindern, während eines Aufenthaltes in der Ungarischen VR nach der BRD.
- Ein *Soldat* der NVA (28, Panzerregiment-11 Sondershausen, 11. MSD, MB III; zzt. Arbeitskommando im VEB Chemische Werke Buna) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er war am 16. September 1989 nicht aus dem Urlaub zurückgekehrt. Am 27. September 1989 erhielt ein mit ihm befreundeter Soldat eine Postkarte, in der er mitteilte, dass er sich in Bayern aufhält.
- Ein *Soldat* der NVA (23, Kanonier, Mot.-Schützenregiment-17 Halle, 11. MSD, MB III) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er war am 21. September 1989 nicht aus dem Urlaub zurückgekehrt und informierte am 3. Oktober 1989 eine Bekannte seines Vaters telefonisch über seinen Aufenthalt in Bayreuth, BRD.
- Ein *Soldat der Grenztruppen der DDR* (24, *Posten*, 5. Grenzkompanie Utecht, GKK-101 Grevesmühlen, GBK-1), während des Grenzdienstes, vermutlich mit einer MPi und Munition, nach Überwinden des Grenzzaunes 1, nach der BRD. Zuvor hatte er seinen Postenführer niedergeschlagen.

(Seit dem 1. Januar bis 8. Oktober 1989 wurden insgesamt 55 (15)* Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR nach dem nicht-sozialistischen

Ausland fahnenflüchtig, davon 37 (67,3 %) seit August 1989 über die Ungarische VR, andere sozialistische Staaten bzw. auf unbekannte Art und Weise.
* Zahlenangaben [in Klammern] betreffen Vorjahreszeitraum 1. Januar bis 8. Oktober 1988. [Original-Fußnote]

Insgesamt befanden sich unter den 37 Fahnenflüchtigen

- 7 Offiziere (darunter ein Diplommediziner, 2 Zahnärzte, ein Trainer), ein Offiziersschüler
- ein Fähnrich
- 19 Unteroffiziere
- ein Unteroffiziersschüler
- 8 Soldaten.

Verbinderte Fahnenfluchten von Angehörigen der NVA

Im Berichtszeitraum konnten insgesamt zwölf beabsichtigte Fahnenfluchten durch Festnahmen der Täter verhindert werden.

Bei den Tätern handelt es sich um

- einen *Major* (40, Zugführer, Eisenbahnpionier-Ausbildungsregiment, MfNV) beim Versuch, im Raum Benneckenstein die Grenzsicherungsanlagen nach der BRD zu überwinden;
- einen *Leutnant* (24, Leiter Medizinischer Dienst, Pionierbataillon-9 Karpin, 9. PD, MB V) durch Festnahme an der Grenzübergangsstelle Bad Schandau, beim Versuch, gemeinsam mit seiner Ehefrau, seinem Kind und seinem Schwager in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen;
- einen *Unterfeldwebel* (22, Hauptfeldwebel, Straßenbauregiment Neuseddin, MfNV), der gemeinsam mit drei weiteren Personen versuchte, im Raum Olbernhau die Staatsgrenze zur ČSSR ungesetzlich zu überschreiten, um in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen;
- einen *Unteroffizier* (20, Gruppenführer, MSR-9 Drögeheide, 9. PD, MB V; zzt. Arbeitskommando Reifenwerk Fürstenwalde), der gemeinsam mit seiner Freundin in einem Pkw eines polnischen Bürgers bis zum Autobahnzubringer mitgefahren war und beabsichtigte, mit der Deutschen Reichsbahn von Berlin aus über Prag und Budapest nach der BRD zu gelangen;
- einen *Unteroffizier* (20, Kampfhubschraubergeschwader-3, MB III), der gemeinsam mit einer weiteren Person beabsichtigte, die Staatsgrenze nach der ČSSR ungesetzlich zu überschreiten, um nach der BRD fahnenflüchtig zu werden;
- einen *Unteroffizier* (Gruppenführer, Panzerregiment-11, 11. MSD, MB III) beim Versuch, in das Objekt der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR einzudringen und seine Ausreise nach der BRD zu erzwingen;
- einen *Stabsgefreiten* (26, Sendewart, WBK Potsdam) beim Versuch, die Staatsgrenze ČSSR–Ungarische VR rechtswidrig zu passieren;

- einen *Gefreiten* (18, Schützenpanzerfahrer, MSR-7 Marienberg, 7. PD, MB III), der bei seiner Festnahme im Gelände des Flughafens Schönefeld seinen Urlaubsschein zerriss und die Absicht äußerte, nicht zur Einheit zurückkehren zu wollen;
- *zwei Soldaten* (26, 25, Straßenbaupioniere, Straßenbauregiment Neuseddin, MfNV), die nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze zur ČSSR durch Sicherheitsorgane der ČSSR festgenommen wurden;
- einen *Soldaten* (24, RPG-Schütze, MSR-23 Bad Salzungen, 4. MSD, MB III«) durch Festnahme in Nähe der Grenzübergangsstelle Oberwiesenthal beim Versuch, ohne im Besitz gültiger Dokumente zu sein, nach der ČSSR auszureisen und in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen;
- einen *Soldaten* (22, Richtlenkschütze, Ausbildungsbataillon-9 Drögeheide, 9. PD, MB V), der nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze der ČSSR durch Sicherheitsorgane der ČSSR festgenommen wurde. Er beabsichtigte, die Botschaft der BRD in Prag aufzusuchen.

Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen.

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin⁴

Gesamtübersicht

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 2. bis 8. Oktober 1989 insgesamt *ca. 24 700 Bürger der DDR* mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland bzw. ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten.

Davon haben

- 12 352 Personen ihre ständige Ausreise realisiert, darunter 8 655 auf der Grundlage zentraler Entscheidung im Zusammenhang mit ihrem rechtswidrigen Aufenthalt in den Botschaften der BRD in der ČSSR (8 012) bzw. VR Polen (643) am 5./6. Oktober 1989 nach der BRD ausgewiesenen Personen. (Mit Stand vom 9. Oktober 1989 sollen westlichen Medien zufolge sich bisher erneut insgesamt 330 Bürger der DDR zur Erzwingung ihrer Ausreise in den Botschaften der BRD in Warschau (300) und Prag (30) aufhalten.);
- 4 580 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt;
- *ca. 6 700 Personen* einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter *ca. 5 700 Personen* über die UVR (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der UVR am 11. September 1989 nach Österreich

4 Randvermerke: »IX, ZKG, 3, 6«, d. h., dass die zentralen Dienststellen HA IX, ZKG und ZAIG/1/3 und ZAIG/1/6, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

ausgeschleusten Personen auf ca. 30 000 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde), 213 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;

- 1 027 Personen versucht bzw. beabsichtigt, die DDR ungesetzlich zu verlassen; darunter 392 Festnahmen durch die Sicherheitsorgane der ČSSR und 341 Festnahmen durch die Sicherheitsorgane der VR Polen.

Ausgewählte Beispiele des verhinderten ungesetzlichen Verlassens der DDR

- Am 4. Oktober 1989, gegen 21.45 Uhr erfolgte durch Angehörige der Grenztruppen der DDR im Sicherungsabschnitt ca. 400 Meter südlich der Ortschaft Melpers, Kreis Meiningen, Bezirk Suhl, die Festnahme eines Ehepaares (28, *Kraftfahrer*, Kreisbaubetrieb Zella-Mehlis; 29, *Köchin*, VEB BMK Erfurt, Kombinarsbetrieb Industriebau Zella-Mehlis), nachdem sie gewaltsam mit einem Nkw, Typ KRAS, des genannten Baubetriebes in das Grenzgebiet eingedrungen waren, Grenzsicherungsanlagen beschädigt und den Nkw im Kfz-Sperrgraben festgefahren hatten. Im Nkw befanden sich die Kinder des Ehepaares (6 und 8 Jahre). Des Weiteren wurde ein *Kraftfahrer* (35, VEB BMK Erfurt, Kombinarsbetrieb Industriebau), der in Kenntnis des Vorhabens Beihilfe leistete und die Ehefrau mit deren beiden Kindern mit seinem Privat-Pkw zum verabredeten Treffort brachte, festgenommen.
- Am 5. Oktober 1989, gegen 15.15 Uhr erfolgte im Sicherungsabschnitt ca. 2,5 km südlich Sonneberg, Bezirk Suhl, die Festnahme von zwei Bürgern aus Sonneberg (29, *Kraftfahrer*, VEB LBK Sonneberg; 26, *Reinigungskraft*, Evangelischer Kindergarten Sonneberg), nachdem sie mit einem Nkw, Typ KRAS, gewaltsam ein Tor des GSSZ-II durchbrochen hatten und versuchten, zu Fuß nach der BRD zu gelangen. Die Bürgerin der DDR hatte ihren Sohn bei sich. Die Untersuchungen werden fortgeführt.

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 2. bis 8. Oktober 1989 konnten bisher 2 353 (Vorwoche 2 507) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

- 2 055 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 2 041 über die UVR;
- 191 Personen unter Missbrauch von Privatreisen nach der BRD (152) bzw. Westberlin (33) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (6);
- 78 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;
- 16 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen, darunter 7 Jugendentouristenreisen nach der BRD (4), Österreich, Großbritannien und Dänemark (je eine);

- 7 Personen durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD;
- 6 Personen unter Missbrauch von Dienstreisen nach der BRD (3), Mexiko (2) und Österreich (eine).

Unter den Tätern befinden sich nach *vorläufigen* Erkenntnissen:

- 29 Ärzte, darunter 11 Zahnärzte;
- 3 Direktoren;
- 49 Diplomingenieure/Ingenieure;
- 22 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer;
- 4 Diplomphysiker;
- 4 Diplomökonomen;
- 6 Bauleiter/Projektanten;
- 6 Technologen/Konstrukteure;
- 2 wissenschaftliche Mitarbeiter;
- 78 Krankenschwestern/medizinisch-technische Assistentinnen/Krippenerzieherinnen;
- 33 Studenten

sowie je ein(e) Diplommathematiker, Diplomkristallograf, Diplomtheologe, Schauspielerin, Betriebsleiter und Oberleutnant der Kriminalpolizei.

Unter diesen Bürgern befinden sich 22 promovierte Personen und 17 Mitglieder der SED.

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 17 Ärzte, darunter 7 Zahnärzte, u. a.:
 - ein Arztehepaar (47, *Oberarzt*; 37, *Fachärztin für Kinderchirurgie*; beide Klinikum Berlin-Buch, Klinik für Kinderchirurgie),
 - ein *Arztehepaar* (46, *Gynäkologe*; 46, *Kinderärztin*; beide Kreiskrankenhaus Schönebeck, Poliklinik).
- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:
 - ein *Doktor der Physik* (40, Inbetriebsetzungsingenieur, VEB Bergmann-Borsig, Einsatzort Großbaustelle des DSF, KKW-Nord),
 - ein *Fachschullehrer* (41, Dr., Hochschule für Maschinenbau und Elektronik Berlin),
 - ein *Ehepaar* (39, *Diplomsportlehrer, Trainer*; Deutscher Radsportverband der DDR, SED; 37, *Verwaltungsangestellte*, Feierabendheim Berlin-Marzahn) mit drei Kindern (14, 15, 18),
 - ein *Assistent* (35, Dr., Hochschule für Ökonomie, Sektion Marxismus-Leninismus, SED),

- ein *Oberleutnant der K* (46, VPI Berlin-Marzahn, SED) mit Ehefrau (45, *Betreuerin*, Zentrale Feierabendverwaltung Berlin-Friedrichshain) und Sohn (19, *Kellner*),
- ein *Ingenieur* (45, VEB Elektroapparatebau Bannewitz, Betrieb der speziellen Produktion – LVO).

Missbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland:

- 7 Ärzte, darunter 2 Zahnärzte, u. a.:
 - ein *Ärztlicher Direktor* (48, Bezirksnervenklinik Uchtsprunge/Magdeburg, SED).
- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:
 - ein *Diplomphysiker* (36, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz, Institut für Kernanlagenüberwachung),
 - ein *Diplomtheologe* (33, *Pfarrer*, Pfarramt Mattstedt/Apolda).

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 8. Oktober 1989 haben bisher 8 712 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR missbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 052 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 179 Ärzte, 70 Zahnärzte, 204 Lehrer und 121 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie 1 363 Personen mit Fachschulausbildung, darunter 483 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 158 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Missbrauch von Touristenreisen, u. a.:

Nach der SFR Jugoslawien:

- ein *Ehepaar* (41, *Zahnärztin*, Fachkrankenhaus Berlin, Herzbergstraße; 42, *Diplomingenieur*; Bauakademie der DDR, Institut für Technologie und Mechanisierung);
- ein *Ehepaar* (47, *Facharzt für Gynäkologie*, Rat des Bezirkes Leipzig; 45, *medizinisch-technische Assistentin*, KMU Leipzig, Hautklinik);
- ein *Sprechredakteur* (32, Staatliches Komitee für Rundfunk, Sender Dresden) unter Ausnutzung einer Jugendtouristenreise.

Missbrauch von Dienstreisen, u. a.:

- eine *Institutsdirektorin* (54, *Prof. Dr.*, Med. Akademie Dresden, Institut für allgemeine Hygiene, SED) nach Österreich.

Auf bisher unbekannte Art und Weise haben die DDR ungesetzlich verlassen, u. a.:

- ein *Ehepaar* (35, *Ärztin*, Bergarbeitersanatorium Warmbad/Gehringstal; 43, *Betriebsleiter*, VEB Schraubenfabrik Karl-Marx-Stadt, Betriebsteil Schönbrunn) mit zwei Kindern (5 und 9) nach der BRD.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Ursachen, Motive und begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Rückgewinnungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft⁵

In der Zeit vom 2. bis 8. Oktober 1989 ereigneten sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft der DDR und des Verkehrswesens insgesamt *sechs* bedeutsame Vorkommnisse (davon vier geklärt). Aus zurückliegenden Berichtszeiträumen wurden zwei Vorkommnisse geklärt.

Im Einzelnen:

- Am 2. Oktober 1989, gegen 14.05 Uhr, gerieten in der *LPG (P) Zernitz/Kyritz/Potsdam*, fünf Kartoffelmieten in Brand, wodurch insgesamt 1 400 t Saat-, Futter- bzw. Speisekartoffeln vernichtet wurden. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 315 000 Mark (nach Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR). Wie die Untersuchungen ergaben, wurde mit einem Traktor (Typ »RS 09«) mit Hänger Stroh zum Abdecken der Mieten angefahren. Während des Abladevorganges entzündete sich das Stroh an der defekten Abgasanlage des Traktors (Riss am rechten Zyklon). Begünstigt durch starke Windeinwirkung konnte sich der Brand auf weitere vier Kartoffelmieten ausdehnen. Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.
- Die Aufklärung der Ursache des Brandes einer Gerstenstrohmiete der *LPG (T) Brietzig/Pasewalk/Neubrandenburg*, am 5. Oktober 1989 (Totalschaden; Schaden ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR ca. 100 TM) ergab, dass ein Defekt an der Abgasanlage eines Kranes T 157, wodurch bei Beladearbeiten Funkenflug entstand, zur Brandentstehung führte. Die weitere Bearbeitung erfolgt – insbesondere zur Klärung möglicher Pflichtverletzungen – durch die DVP.
- Am 7. Oktober 1989, gegen 10.35 Uhr, kam es zum Brand einer Scheune der *LPG (T) Bornum in Straguth, OT Badewitz/Zerbst/Magdeburg*, wodurch das Gebäude sowie eingelagertes Erntegut und Baumaterialien vernichtet wurden. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 200 000 Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR). Im Ergebnis der Untersuchungen wurde festgestellt, dass sich ein Genossenschaftsbauer (19, Abschluss Sonderschule) in die Scheune begeben hatte, um Stroh für seine individuelle Tierhaltung zu entwenden. Dabei hatte er geraucht und den noch glimmenden Zigarettenrest unachtsam auf den Boden der Scheune geworfen, wodurch es in der Folge zum Brandausbruch kam. Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei im Rahmen

5 Randvermerke: »XVIII, XIX, 2«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA XVIII, HA XIX sowie die ZAIG/1/2, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

eines Ermittlungsverfahrens gemäß §§ 158 und 188 StGB – Diebstahl sozialistischen Eigentums und Fahrlässige Verursachung eines Brandes. Es erging Haftbefehl.

- Am 7. Oktober 1989, gegen 19.40 Uhr, geriet ein Bergeraum der *LPG (T) Neubukow/Malpendorf/Bad Doberan/Rostock*, in Brand. Das Gebäude sowie eingelagertes Erntegut wurden vollständig vernichtet. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 95 000 Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR). Wie die Untersuchungen ergaben, hatte ein Schüler (12) eine selbstgefertigte Fackel angezündet und diese durch ein Loch des verschlossenen Tores in den Bergeraum gesteckt. Dabei brach die Spitze der Fackel ab und entzündete das eingelagerte Stroh. Die abschließende Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Vorkommnis, an dessen Klärung intensiv gearbeitet wird

Am 7. Oktober 1989, gegen 12.10 Uhr, löste sich im klimatisierten Hochregallager des *VEB Kombinat Waren täglicher Bedarf Leipzig, Großhandelsbetrieb Nahrungs- und Genussmittel in Döbeln/Leipzig*, die für die Brandbekämpfung installierte Hochverschäumungsanlage selbsttätig aus. Das Lager, in dem sich Fleischkonserven, Kindernahrung, Spirituosen und Kakaoverzeugnisse in einem Gesamtwert von ca. 6 Mio. Mark befanden, wurde vollständig verschäumt. Über die Ursachen des Vorkommnisses sowie über die Höhe des eingetretenen Sachschadens liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine konkreten Hinweise vor. Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Vorkommnis auf dem Gebiet des Verkehrswesens

Am 7. Oktober 1989, 9.59 Uhr, fanden Mitarbeiter der Deutschen Reichsbahn in einem *S-Bahnzug der Strecke Ahrensfelde–Alexanderplatz* unter einer Sitzbank einen selbstgefertigten Brandsatz. Dieser befand sich in einer mit Sand gefüllten Plastiktüte und bestand aus zwei mit einem Benzingemisch gefüllten Babysaftflaschen. Wie die geführten Untersuchungen ergaben, hätte sich der Brandsatz nicht von selbst entzünden können. Die weiteren Untersuchungen erfolgen im Zusammenwirken mit der Transportpolizei.

Klärung von Vorkommnissen aus zurückliegenden Berichtszeiträumen

Im Verlauf der weiteren Aufklärung der Ursachen des Brandes von Spanplatten im Maschinensaal des *VEB Küchenmöbel Radeberg* am 24. September 1989 (siehe Wochenübersicht Nr. 39/89⁶ vom 25. September 1989, Seite 10) wurde festgestellt, dass es sich um Brandstiftung handelt. Ein in diesem

6 In der Wochenübersicht 39/89 wurde der Brand gemeldet und ein Sachschaden von ca. 50 000 Mark festgestellt; vgl. BArch, MFS, ZAIG 4598.

Betrieb beschäftigter Produktionsarbeiter (22, vorbestraft) hatte den Brand mittels Feuerzeug gelegt. Seinen eigenen Angaben zufolge will er aus persönlicher Verärgerung über Lohnabzüge, über erfolgte Pfändungen sowie in der Absicht, den Betrieb schädigen zu wollen, gehandelt haben. Die DVP leitete ein Ermittlungsverfahren gemäß § 185 StGB – Brandstiftung – ein. Auf dieser Rechtsgrundlage wurde Haftbefehl erlassen.

- Die Aufklärung des Brandes eines Lagergebäudes des *VEB Polstermöbel »Variant« Dresden* am 23. September 1989 (siehe Wochenübersicht Nr. 39/89 vom 25. September 1989, Seite 10)⁷ ergab, dass es sich um eine Brandstiftung handelt. Wie die Untersuchungen ergaben, verursachte ein Teilfacharbeiterlehrling (15, Hilfsschüler) den Brand durch das Entzünden auf der Laderampe abgelegter Papierreste. Seinen Angaben zufolge wollte er prüfen, ob feuchte Materialien brennbar seien. Die DVP leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Der Brandverursacher wird einer psychiatrischen Begutachtung zugeführt.

7 In der Wochenübersicht 39/89 wurde der Brand gemeldet und ein Sachschaden von ca. 1 Mio. Mark festgestellt; vgl. BArch, MfS, ZAIG 4598.

16. Oktober 1989

Wochenübersicht Nr. 42/89

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 4599, Bl. 70–83.

Serie: Wochenübersichten.

Verteiler: Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Mittig, Neiber, Schwantz, Carlsohn – Auszüge: Leiter HA I, VI, IX, XVIII, XIX, XX, ZKG, ZAIG/1 (AG 2, 3 und 6): siehe Fußnoten zu den Randbemerkungen.

Vermerke: Auf dem Vorblatt unter dem Verteiler: »Anlage 6 Sperre« (Stand Antragsteller und Ausreiser), »H 16.10.89« (Paraphe und Datum von Günter Hackenberg – Stellvertretender Leiter des ZAIG-Bereichs für Information: ZAIG/1).

Bemerkungen: Anlagen hier nicht dokumentiert.

Anlage 1: Hinweis auf Untersuchungsergebnisse im Zusammenhang mit Korruptionshandlungen gegenüber einem leitenden Mitarbeiter des VEB Deutrans.

Anlage 2: Hinweis zur Produktionssituation im VEB Deutsches Hydrierwerk Rodleben/Roßlau/Halle.

Anlage 3: Zur gegenwärtigen Lage im Zusammenhang mit dem Einsatz ausländischer Werkträger in der Volkswirtschaft der DDR.

Anlage 4: Hinweis auf im Zeitraum vom 16. bis 22. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR.

Anlage 5: Hinweis zum Stand der Durchsetzung der Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Missbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische VR zum ungesetzlichen Verlassen der DDR.

Anlage 6: Hinweise zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin.

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR¹

Die Tendenz der Vorwochen hinsichtlich einer hohen Anzahl von operativ bedeutsamen Vorkommnissen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der DDR setzte sich im Ergebnis der permanenten massiven Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners und des verstärkten Wirksamwerdens feindlicher, oppositioneller u. a. negativer Kräfte im Innern der DDR auch in der Woche vom 10. bis 16. Oktober 1989 fort.

Der ZAIG wurden allein im Berichtszeitraum 135 (232)* Vorkommnisse der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze bekannt. Die erneut größtenteils öffentlichkeitswirksamen Vorkommnisse des Anbringens von Hetzlosungen – 82 (151) Vorkommnisse und der Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern

1 Randvermerke: »IX, XX, 6«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA IX, HA XX und ZAIG/1/6, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

– 53 (81) Vorkommnisse, die abermals häufig aggressiv und ultimativ formuliert sind, enthielten

* Klammerzahl bezieht sich auf die Vorwoche vom 3. bis 9. Oktober 1989. [Original-Fußnote]

- wiederum offene Sympathiebekundungen für das »Neue Forum«, oftmals² verbunden mit vielfältigen Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR auf allen gesellschaftlichen Gebieten, mit Angriffen gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane, insbesondere das MfS, sowie Aufforderungen, sich dem »Neuen Forum« anzuschließen und dessen Ziele zu propagieren – 79 (122) Vorkommnisse;
- ohne Bezug zum »Neuen Forum«³ Forderungen nach unverzüglichen innenpolitischen Veränderungen in der DDR, insbesondere nach Verwirklichung »wahrer« Menschenrechte, mehr Gerechtigkeit, »freien und geheimen Wahlen«, »Reformen ohne Gewalt«, sowie Rede-, Versammlungs-, Presse- und Reisefreiheit – 44 (45) Vorkommnisse;
- massive Angriffe gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft, die Partei- und Staatsführung sowie die Person des Generalsekretärs des ZK der SED – 6 (24) Vorkommnisse;
- herabwürdigende Äußerungen gegen die Tätigkeit des MfS – 5 (6) Vorkommnisse;
- faschistisches Gedankengut – ein Vorkommnis.

Von den genannten 135 Vorkommnissen des Anbringens von Hetzlosungen/der Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern wurden bisher lediglich 5 (16) Vorkommnisse mit der Ermittlung von 6 (24) Tätern (Studenten, Facharbeiter, zwischen 25 und 31 Jahren) geklärt, gegen die differenzierte Maßnahmen eingeleitet wurden.

Die Täter motivieren ihre Handlungsweisen mit ablehnenden politischen Grundeinstellungen zur DDR.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum der ZAIG 19 (51) Vorkommnisse des Führens anonymer Telefonanrufe (vereinzelt auch des Versendens anonymer Briefe) bekannt, in denen besonders Einrichtungen der Partei unterschiedlichster Ebenen, Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und des MfS Bomben- u. a. Gewaltakte sowie einzelnen Parteifunktionären persönlich Angriffe auf Leben und Gesundheit angedroht wurden (in einem Fall – 15. Oktober beim VPKA Görlitz/Dresden, eingegangen – wurde für

2 Im Original: »ostmals«.

3 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

den 17. Oktober 1989 ein Mordanschlag auf den Generalsekretär des ZK der SED angedroht).

Von diesen Vorkommnissen wurde bisher ein Vorkommnis geklärt (46-jähriger Pförtner, feindliche Grundposition, EV mit Haft gemäß § 220 StGB)⁴.

Territoriale Schwerpunkte des Vorkommnisgeschehens (Hetzlosungen/-blätter, Telefonanrufe) bildeten erneut der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 55 (69) sowie die Bezirke Rostock mit 18, Erfurt und Dresden mit je 13 Vorkommnissen.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum im Zusammenhang mit dem »Neuen Forum« weitere Aktivitäten bekannt in Form von

- Unterschriftensammlungen in VEB (2 Fälle, Hauptstadt und Plauen/Karl-Marx-Stadt),
- Anbringen von Aufrufen, Appellen und Stellungnahmen in VEB (6 Fälle, Karl-Marx-Stadt, Gera und Potsdam).

Außerdem ist beachtenswert, dass es im Berichtszeitraum zu einzelnen auf Gewaltandrohung/-anwendung, auf direkte Konfrontation mit der Staatsmacht abzielenden Vorkommnissen kam (rückläufige Tendenz). An derartigen Handlungen wurden bekannt aus den Bezirken

Potsdam (ein Vorkommnis):

8. Oktober, *Lindow/Neuruppin, Zusammenrottung* von ca. 30 Personen, die durch das Stadtgebiet marschierten und in Sprechchören riefen: »Wir protestieren. Wir bleiben hier, Reformen wollen wir«; Auflösung durch Kräfte der DVP unter Anwendung polizeilicher Hilfsmittel;

Magdeburg (ein Vorkommnis):

10. Oktober 1989, *Wernigerode, Zusammenrottung* von ca. 60 Personen auf dem Marktplatz, die Sprechchöre riefen: »Freiheit«, »Weg mit den Gummiknüppeln«, »Wir wollen keine Gewalt«, »Die Mauer muss weg«, »Scheiß Bullen« (Absingen der Internationale, brennende Kerzen); Auflösung durch DVP.

4 § 220 StGB – ab 1977 Öffentliche Herabwürdigung: »(1) Wer in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Maßnahmen herabwürdigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft; (2) Ebenso wird bestraft, wer Schriften, Gegenstände oder Symbole, die geeignet sind, die staatliche oder öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen, das sozialistische Zusammenleben zu stören oder die staatliche oder die gesellschaftliche Ordnung verächtlich zu machen, verbreitet oder in sonstiger Weise anderen zugänglich macht; (3) Ebenso wird bestraft, wer in der Öffentlichkeit Äußerungen faschistischen, rassistischen, militaristischen oder revanchistischen Charakters kundtut oder Symbole dieses Charakters verwendet, verbreitet oder anbringt; (4) Wer als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik die Tat nach Absatz 1 oder 3 im Ausland begeht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft.« Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik – StGB – Textausgabe mit Sachregister. Hg. v. Ministerium der Justiz. Berlin 1988, S. 59.

Festzustellen ist, dass die im Berichtszeitraum erfolgten Personenansammlungen überwiegend den Charakter von Handlungen im Sinne des gewaltfreien Widerstandes trugen. Neben den bekannten großen Aktivitäten dieser Art in der Öffentlichkeit in Leipzig (9. Oktober, ca. 70 000 Personen), Dresden (9. Oktober, ca. 22 000 Personen) und Plauen/Karl-Marx-Stadt (14. Oktober, ca. 10 000 Personen) sowie den bekannten, an Umfang kleineren, insbesondere in verschiedenen kirchlichen Einrichtungen in der Hauptstadt (Gethsemane- bzw. Erlöserkirche), Magdeburg (9. Oktober, Magdeburger Dom, ca. 4 100 Personen), Halle (10. Oktober, Schlosskirche Wittenberg, ca. 1 100 Personen; 15. Oktober, Pauluskirche Halle, ca. 1 000 Personen), Jena, Gera (11. bzw. 15. Oktober, Stadtkirche, ca. 1 200 bzw. 2 200 Personen), Halberstadt/Magdeburg (11. Oktober, Martini-Kirche, ca. 1 000 Personen), Rostock (12. Oktober, Marienkirche, ca. 2 000 Personen), Karl-Marx-Stadt (13. Oktober, Johannis- und Lutherkirche, insgesamt ca. 5 000 Personen), Erfurt (13. Oktober, Augustinerkloster, ca. 850 Personen) sowie Suhl (15. Oktober, Evangelische Kirche, ca. 1 800 Personen), wurden weitere derartige Handlungen aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt sowie der Hauptstadt bekannt, die auf Massenwirksamkeit abzielten:

Karl-Marx-Stadt (3 Vorkommnisse):

- 11. Oktober 1989, *Markneukirchen/Klingenthal*, *Demonstration* für Reformen in der DDR; ca. 800 Teilnehmer, darunter Frauen mit Kindern, Schulklassen, Arbeiter des VEB Musima;
- 13. Oktober 1989, *Oelsnitz*, *Ansammlung* von ca. 150 Personen vor der Jakobikirche, Entzünden von Kerzen;
- 13. Oktober 1989, *Klingenthal/Karl-Marx-Stadt*, *Personenansammlung* von ca. 400 bis 500 Personen, die durch die Innenstadt zur Kirche marschierten, wo danach eine Veranstaltung feindlich-negativen Charakters stattfand.

Hauptstadt (2 Vorkommnisse):

- 11. Oktober 1989, *Humboldt-Universität*, beabsichtigter »*stummer Protest* gegen den brutalen Polizeieinsatz bei friedlichen Demonstrationen in der DDR« in der Mensa (200 bis 250 Teilnehmer, vorrangig Sektion Medizin); wurde durch aktives Handeln gesellschaftlicher Kräfte, Wirksamwerden SED-, FDJ-Kreisleitung, Rektor in Meeting umgewandelt; kontroverse Diskussionen.
- 12. Oktober 1989, *Humboldt-Universität*, von Studenten der Sektionen Kulturwissenschaften und Kunstwissenschaften initiierte *Veranstaltung* (ca. 500 Teilnehmer), bei der Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR, insbesondere nach einer neuen Medienpolitik, diskutiert sowie über die Bildung alternativer, von der FDJ unabhängiger Studentenvertretungen beraten wurde. Auf Initiative des 1. Sekretärs der FDJ-Kreisleitung wurde festgelegt, die Diskussion über diese Probleme am

17. Oktober 1989 in den Räumen der Universität fortzusetzen (erwartete Teilnehmerzahl – ca. 1 000 Personen).

Beachtenswertes Einzelvorkommnis:

Am 9. Oktober 1989 wurden dem Sohn eines Mitarbeiters der KD Reichenbach/Karl-Marx-Stadt, während des Staatsbürgerkundeunterrichts der 10. Klasse vier Zettel auf die Schulbank geworfen, in denen er als »Stasi-Schwein« und »Kommunistenschwein« bezeichnet wurde, das gehasst und fertiggemacht werde (Täter: 15-jährige Mitschülerin, zerrüttete Familienverhältnisse, negative politische Einstellung; Aussprachen im Klassen- und Schulkollektiv).

Vorkommnisse in den bewaffneten Organen der DDR⁵

Fahnenfluchten

- ein *Unteroffizier* (20, UaZ, Verpflegungsgruppenführer WBK Leipzig) unter Missbrauch einer genehmigten Touristenreise nach der VR Bulgarien über die Ungarische VR/Österreich nach der BRD.
- ein *Maat* (19, 4. Flottille Warnemünde, Kommando Volksmarine). Der von einem bis 2. Oktober 1989 gewährten Urlaub nicht zur Einheit zurückgekehrte Täter hatte offenkundig rechtswidrig die Staatsgrenze der DDR nach der ČSSR überschritten und war nach dem Aufsuchen der Botschaft der BRD in Prag am 5. Oktober 1989 nach der BRD abgeschoben worden.

Verhinderte Fahnenfluchten

- ein *Major der NVA* (40, Hochschul-Ingenieur, Fachlehrer/Zugführer Eisenbahnpionier-Ausbildungsregiment 2 Doberlug-Kirchhain, *SED*) beim Versuch, im Raum Benneckenstein/Wernigerode durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD fahnenflüchtig zu werden. Bei seiner Festnahme führte er von ihm unter Missbrauch seiner Dienstbefugnisse fotografierte GVS-Dokumente sowie einen Block gesiegelter Blanks-Formulare von Dienstaufträgen mit sich. Er beabsichtigte, sich durch Verrat militärischer Geheimnisse gegenüber NATO-Geheimdiensten einen »guten Start« in der BRD zu »sichern«. Des Weiteren führte er als Hilfsmittel einen Wurfanker und einen Beißarm mit sich. Seinen Pkw Trabant, mit dem er zum Festnahmeort gefahren war, hatte er mit kugelsicheren Metallplatten ausgestattet;
- ein *Feldwebel* (23, Instandsetzungsspezialist, Nachrichteneinheit MB III Leipzig), der – in Begleitung eines mit ihm befreundeten DDR-Bürgers – unter Missbrauch eines touristischen Aufenthaltes in der ČSSR beim Versuch des widerrechtlichen Überschreitens der Staatsgrenze ČSSR/UVR

5 Randvermerke: »I, IX, ZKG, 3«, d. h., dass die zentralen Dienststellen HA I, HA IX, ZKG und ZAIG/1/3, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

- mit dem Ziel, über die UVR/Österreich fahnenflüchtig zu werden – von den Sicherheitsorganen der ČSSR festgenommen wurde;
- ein *Unteroffizier* (21, Gruppenführer, Tanktechnische Kompanie des Funktechnischen Bataillons Basepohl/MB V), der versucht hatte, mit zwei weiteren DDR-Bürgern ohne Genehmigung nach der VR Polen zu reisen, um in die BRD-Botschaft in Warschau zu gelangen. Als Motiv gab er Unzufriedenheit über seine nicht erfolgte Versetzung nach Potsdam und die damit verbundene Trennung von seiner Freundin an.

Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen.

Weitere beachtenswerte Erscheinungen (Teilnahme an Zusammenrottungen/ Ausschreitungen in der Öffentlichkeit)

- Ein wegen wiederholter Disziplinarvergehen zur Versetzung in die Reserve vorgesehener *Fähnrich der NVA* (21, NB-40 Blankenfelde/Zossen), der sich zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung am Heimatort aufgehalten hatte, war durch die DVP als Teilnehmer der am 7. Oktober 1989 vor der Gaststätte »Löcknitzterrassen« Erkner erfolgten Ausschreitungen identifiziert und zugeführt worden. Er hatte mit elf weiteren Zivilpersonen u. a. das »Deutschlandlied« gegrölt, den Bürgermeister beleidigt und beschimpft, sich an Sachbeschädigungen am Grundstück des Bürgermeisters beteiligt sowie Kraftfahrzeuge, darunter eine Kolonne der Grenztruppen, zeitweilig an der Weiterfahrt gehindert. Die weiteren Untersuchungen führt der zuständige Militärstaatsanwalt.
- Während seines Jahresurlaubes beteiligte sich ein *Unteroffizier der NVA* (20, Panzerfahrer, PR-16 Großenhain, 7. PD, Mitglied der SED) am 7. Oktober 1989 in Karl-Marx-Stadt, in Nähe des Luxor-Palastes, an einer nicht genehmigten Demonstration. Er widersetzte sich Aufforderungen der DVP zur Auflösung der Zusammenrottung, bedrohte und beschimpfte VP-Angehörige. Das gegen ihn eingeleitete EV wurde im beschleunigten Verfahren durch das Militärgericht Dresden am 11.10.1989 abgeschlossen. Er wurde zu sechs Monaten Strafarrrest verurteilt. Bereits am 10.10.1989 war durch die zuständige Parteiorganisation sein Ausschluss aus der SED beschlossen worden.

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin⁶

Gesamtübersicht

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 9. bis 15. Oktober 1989 insgesamt ca. 15 500 Bürger der DDR mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten.

Davon haben

- 2 877 Personen ihre ständige Ausreise realisiert,
- 6 734 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt. (Seit Anfang August 1989 ist eine ständige Zunahme der Antragstellungen auf ständige Ausreise festzustellen. Während in der Woche vom 1. Juli bis 6. August 1989 2 087 Bürger mit derartigen Aktivitäten registriert wurden, ist in der Woche vom 9. bis 15. Oktober 1989 – 6 734 Personen – der bisher höchste Wochenzugang zu verzeichnen.);
- ca. 4 920 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter
 - ca. 4 200 Personen über die UVR (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der UVR am 11. September 1989 nach Österreich ausgeschleusten Personen auf ca. 34 200 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde),
 - 679 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;
- 933 Personen versucht bzw. beabsichtigt, die DDR ungesetzlich zu verlassen, darunter 310 Festnahmen durch Angehörige der Grenztruppen der DDR an der Staatsgrenze zur VR Polen.

Darüber hinaus befinden sich mit Stand vom 16. Oktober 1989 ca. 1 250 Bürger der DDR zur Erzwingung ihrer Ausreise in den Botschaften der BRD bzw. in »Obhut« der diplomatischen Einrichtung in Warschau (ca. 1 200) und Prag (53).

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 9. bis 15. Oktober 1989 konnten bisher 2 381 (Vorwoche 2 353) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

6 Randvermerke: »ZKG, 3«, d. h. dass die zentralen Dienstseinheiten ZKG und ZAIG/1/3, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

- 1 665 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 1 600 über die UVR;
- 656 Personen unter Missbrauch von Privatreisen nach der BRD (585) bzw. Westberlin (62) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (9);
- 34 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;
- 14 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen, darunter 11 Jugendtouristenreisen nach der BRD (5), Algerien (2);
- SFRJ (2), Großbritannien und Dänemark (je eine);
- 9 Personen unter Missbrauch von Dienstreisen nach den Niederlanden (2), der BRD, Frankreich, Österreich, Finnland, Dänemark, Japan bzw. Westberlin (je eine);
- 3 Personen durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD (3) bzw. Westberlin (eine).

Unter den Tätern befinden sich nach *vorläufigen* Erkenntnissen:

- 42 Ärzte, darunter 13 Zahnärzte;
- 65 Diplomingenieure/Ingenieure;
- 21 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer;
- 5 wissenschaftliche Mitarbeiter/Assistenten;
- 2 Diplomchemiker;
- 2 Diplomökonomen;
- 2 Diplomburisten;
- 2 Trainer;
- 2 Regisseure;
- 12 Technologen/Konstrukteure;
- 8 Bauleiter/Projektanten;
- 6 Zahntechniker;
- 84 Krankenschwestern, medizinisch-technische Assistentinnen/Krippenerzieherinnen;
- 2 mehrfache DDR-Meister im Turniertanz;
- 55 Studenten

sowie je ein(e) Produktionsdirektor, Diplombiologe, Diplompharmazeutin, Diplomgeologe, Diplomphilologe, Diplompsychologe, Diplomhydrologe und Filmdramaturg.

Unter diesen Bürgern befinden sich 23 promovierte Personen und 14 Mitglieder der SED.

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 25 Ärzte, darunter 9 Zahnärzte, u. a.:
 - ein *Arztehepaar* (38, *Facharzt für Chirurgie*, Kreispoliklinik Köthen; 38, *Ärztin/Hausfrau*) mit Tochter (5),
 - ein *Facharzt für Neurologie und Psychiatrie* (38, Poliklinik Nord Magdeburg, Kommandeur einer ZV-Abteilung für medizinische Hilfe),

- eine *Zahnärztin* (33, *Oberärztin*, Charité Berlin, SED) mit Sohn (8).
- *Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:*
 - eine *Diplombiologin* (38, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Molekularbiologie),
 - ein *Abteilungsleiter Konstruktion* (42, Dr.-Ing., KKW »Bruno Leuschner« Greifswald),
 - zwei *freischaffende Turniertänzer* (26, 24 *Jörgens⁷/Jörgens-Neubert⁸*, mehrfache DDR-Meister),
 - ein *Ingenieur für Elektronik im Fernmeldewesen* (46, Kombinat Fernmeldebauamt Karl-Marx-Stadt, Abt. I, SED, von 1972 bis 1984 Mitarbeiter des MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. N, letzter Dienstgrad: *Hauptmann*, Entlassung wegen Nichteignung). Der Täter hat u. a. MfS-interne Kenntnis auf nachrichtentechnischem Gebiet. Des Weiteren besitzt er Kenntnis über die technischen Nachrichtenverbindungen im genannten Bezirk sowie über die Chiffriertätigkeit der Deutschen Post,
 - zwei *ehemalige Angehörige der Wacheinheit »Fritz Schmenkel« der BV Karl-Marx-Stadt* (22, Facharbeiter für Nachrichtentechnik, VEB Kombinat Fernmeldebauamt Karl-Marx-Stadt, SED; 21, Student, Bergakademie Freiberg, SED; beide von September 1986 bis April 1989 Dienst in Wacheinheit, letzter Dienstgrad: Feldwebel).

Missbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland:

- *14 Ärzte, darunter 4 Zahnärzte, u. a.:*
 - ein *Facharzt für Neurologie und Psychiatrie* (56, Dr. sc. rer. nat., *Hochschuldozent*, KMU Leipzig, Bereich Medizin).
- *Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:*
 - ein *Hochschuldozent* (48, Dr.-Ing. Pädagogische Hochschule Halle-Kröllwitz, SED),
 - ein *wissenschaftlicher Mitarbeiter* (40, Dr., Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für physikalische Chemie),
 - ein *wissenschaftlicher Mitarbeiter* (52, Dr., Medizinische Akademie Magdeburg, *Gastdozent* an TU Ilmenau) mit Ehefrau (47, *medizinisch-technische Assistentin*, Medizinische Akademie Magdeburg, Augenklinik),
 - ein *Diplomökonom* (49, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Büro für Territorialplanung, Bezirksplankommission Potsdam) mit Ehefrau (49, *Apothekerin*, Apotheke [Ort]),
 - eine *Diplomjournalistin* (49, Dr., Redakteurin, Zeitung »Der Morgen«).

7 Jens Jörgens, Jg. 1963, Turniertänzer.

8 Kerstin Jörgens-Neubert, Jg. 1965, Turniertänzerin.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 15. Oktober 1989 haben bisher 9 368 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR missbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 110 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 189 Ärzte, 73 Zahnärzte, 218 Lehrer und 130 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung, sowie 1 438 Personen mit Fachschulausbildung, darunter 525 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 167 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Missbrauch von Dienstreisen, u. a.:

- ein *Facharzt für HNO* (31, MLU Halle-Wittenberg, Klinik und Poliklinik für HNO-Krankheiten) unter Ausnutzung der Teilnahme an einem medizinischen Kongress in Paris, Frankreich, nach der BRD;
- ein *Trainer* (47, Kohl, Peter,⁹ Deutscher Fußballverband der DDR, Trainer der DDR-Olympiamannschaft, SED) unter Ausnutzung der Teilnahme der Olympiamannschaft an einem Turnier in den Niederlanden;
- ein *Filmdramaturg* (33, Diplomspsychologe, DEFA-Studio für Dokumentarfilme, Gruppe Kinderfilm).

Missbrauch von Touristenreisen, u. a.:

- zwei Passagiere (Ehepaar) des MS »Arkona« (35, Dr., *Diplomingenieur*, wissenschaftlicher Assistent, Ingenieurhochschule Berlin; 35, *Programmiererin*, VEB KWO Berlin) durch Nichtrückkehr von einem Landgang in Helsinki, Finnland.

Auf bisher unbekannte Art und Weise haben die DDR ungesetzlich verlassen, u. a.:

- ein *Arztehepaar* (31, *Stationsarzt*, Medizinische Akademie Magdeburg; 31, *leitende Fachärztin für Radiologie*, Kreiskrankenhaus Bernburg) mit Tochter (8) nach der BRD.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Ursachen, Motive und begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Rückgewinnungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft¹⁰

In der Zeit vom 9. bis 15. Oktober 1989 ereigneten sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft der DDR und des Verkehrswesens *zwei* bedeutsame Vorkommnisse (ein Vorkommnis geklärt).

9 Peter Kohl, Jg. 1942, 1985–89 Trainer bei Stahl Brandenburg, 1989 Trainer der U-21 Fußball-Nationalmannschaft der DDR.

10 Randvermerke: »XVIII, XIX, 2«, d. h., dass die zentralen Dienststeinheiten HA XVIII, XIX und ZAIG/1/2, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

Im Einzelnen:

Vorkommnis, an dessen Klärung intensiv gearbeitet wird

Am 12. Oktober 1989, gegen 18.15 Uhr, geriet im *VEB Buntgarnwerke Leipzig* (Betrieb des VEB Kombinat Wolle und Seide Meerane) eine Produktionsmaschine zur Verarbeitung von Viskoseflocken in Brand und wurde erheblich beschädigt. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 65 000 Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR). Die weitere Bearbeitung erfolgt im Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei.

Vorkommnis auf dem Gebiet des Verkehrswesens

Am 11. Oktober 1989, gegen 22.30 Uhr, kam es auf dem Bahnhof Wittenberge/Perleberg/Schwerin, während Rangierarbeiten zum Zusammenprall zwischen zwei Triebfahrzeugen (Auffahrunfall). Ein Triebfahrzeugführer wurde leicht verletzt und musste ambulant behandelt werden. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 100 000 Mark. Wie die Untersuchungen ergaben, war es infolge unterlassener Fahrwegprüfung sowie aufgrund des Nichteinhaltens der Rangiergeschwindigkeit zum Auffahrunfall gekommen. Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Transportpolizei im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gemäß § 196 StGB – Herbeiführung eines schweren Verkehrsunfalles.

23. Oktober 1989

Wochenübersicht Nr. 43/89

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 4599, Bl. 103–115.

Serie: Wochenübersichten.

Verteiler: Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Mittig, Neiber, Schwantz, Carlsohn – Auszüge: Leiter HA I, VI, VII, IX, ZKG, ZAIG/1 (AG 3 und 6): siehe Fußnoten zu den Randbemerkungen.

Vermerke: Auf dem Vorblatt unter dem Verteiler: »Sperrvermerk Anlage 3« (Antragsteller und Ausreiser), »H 23.10.89« (Paraphe und Datum von Günter Hackenberg – Stellvertretender Leiter des ZAIG-Bereichs für Information: ZAIG/1).

Bemerkungen: Anlagen hier nicht dokumentiert.

Anlage 1: Hinweis zum Stand der Durchsetzung der Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Missbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische Republik zum ungesetzlichen Verlassen der DDR.

Anlage 2: Hinweis auf im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR.

Anlage 3: Hinweis zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin (ohne Alters- und Invalidenrentner).

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR¹

Obwohl im Vergleich zu den Vorwochen rückläufig, kam es auch in der Woche vom 17. bis 23. Oktober 1989 zu einer hohen Anzahl von operativ bedeutsamen Vorkommnissen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der DDR.

Der ZAIG wurden im Berichtszeitraum 87 (135)* Vorkommnisse der schriftlichen staatsfeindlichen Hetze bekannt. Die abermals häufig öffentlichkeitswirksamen Vorkommnisse des Anbringens von Hetzlosungen – 48 (82) Vorkommnisse – und der Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern – 39 (53) Vorkommnisse, die wiederum oftmals aggressiv und ultimativ formuliert sind, enthielten

* Klammerzahl bezieht sich auf die Vorwoche vom 10. bis 16. Oktober 1989. [Original-Fußnote]

1 Randvermerke: »IX, XX, 6«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA IX, HA XX und ZAIG/1/6, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungs- punkt als schriftlichen Auszug erhielten.

- Sympathiebekundungen für das »Neue Forum«² u. a. antisozialistische Sammlungsbewegungen, größtenteils verbunden mit Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR, insbesondere nach »Demokratie« und »Freiheit« sowie politischem Meinungspluralismus, und vielfachen hetzerischen Äußerungen gegen die SED – 42 (79) Vorkommnisse. Besonders beachtenswert ist in diesem Zusammenhang der Inhalt von Hetzblättern, die nach dem sogenannten Montagsgebet am 16. Oktober 1989 in Leipzig verbreitet wurden – Wortlaut: Siehe Anhang;
- ohne Bezug zu antisozialistischen Sammlungsbewegungen Forderungen nach Reformen in der DDR, nach »mehr Freiheit«, »Reisefreizügigkeit«, »sozialer Gerechtigkeit« und oftmals nach »freien und geheimen Wahlen«, nach »Zulassung politisch freier Vereinigungen und neuer Parteien«, nach einem »freien Demonstrations- und Versammlungsrecht – 22 (44) Vorkommnisse;
- massive Angriffe gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft und die Partei- und Staatsführung – 19 (6) Vorkommnisse, wobei allein in acht Fällen der neugewählte Generalsekretär des ZK der SED persönlich angegriffen wurde. (Beachtenswertes *Einzelbeispiel*: 23. Oktober 1989, Auffinden von bisher zehn Hetzblättern in Berlin-Weißensee – Text: »Dialüger – (6 mal nebeneinander) zu dumm zu addieren, aber ein ganzes Land regieren. Am Dienstag, den 24.10.1989 wird Egon Krenz³ – verantwortlich für Wahlbetrug; Befürworter des Massakers in China; verantwortlich für den brutalen Polizeieinsatz des letzten Monats – zum absoluten Machthaber unseres Landes gewählt. Bürger auf die Straße!!! Protestmarsch am 24.10.1989, 17.00 Uhr, vom Fernsehturm zum Palast der Republik ...«);
- herabwürdigende Äußerungen gegen die Tätigkeit des MfS – 3 (5) Vorkommnisse;
- faschistisches Gedankengut – ein (ein) Vorkommnis.

Von den 87 Vorkommnissen des Anbringens von Hetzlosungen/der Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern wurden bisher lediglich 5 (5) Vorkommnisse mit der Ermittlung von 8 (6) Tätern (18 bis 28 Jahre, Facharbeiter, darunter ein Antragsteller auf ständige Ausreise) geklärt, gegen die differenzierte

- 2 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.
- 3 Egon Krenz, Jg. 1937, 1971–90 Abgeordneter der Volkskammer der DDR, 1983–89 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Sicherheitsfragen, Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen, 1984 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, 18.10.–3.12.1989 Generalsekretär des ZK der SED, 24.10.–6.12.1989 Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates.

Maßnahmen eingeleitet wurden. Die Täter motivieren ihre Handlungsweisen mit ablehnenden politischen Grundeinstellungen zur DDR.

Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum der ZAIG 16 (19) Vorkommnisse anonymer Telefonanrufe bekannt, in denen erneut insbesondere Einrichtungen der Partei sowie Dienststellen der Deutschen Volkspolizei und des MfS – jeweils auf Kreisebene – Bomben- und Gewaltakte sowie den Angerufenen persönlich Angriffe auf Leben und Gesundheit angedroht wurden. Von diesen Vorkommnissen wurden bisher 3 (1) Vorkommnisse geklärt (43, Bahnpostbegleiter; 16, Lehrling; 80, Altersrentner, Einleitung differenzierter Maßnahmen).

Territoriale Schwerpunkte des Vorkommnisgeschehens (Hetzlosungen/-blätter, Telefonanrufe) bildeten wiederum der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 21 (55) sowie die Bezirke Rostock mit 12 (18) und Erfurt mit 11 (13) Vorkommnissen.

Außerdem ist beachtenswert, dass es im Berichtszeitraum erneut zu z. T. großen Personenansammlungen kam, die den Charakter von Handlungen im Sinne des gewaltfreien Widerstandes trugen. Neben den bekannten Aktivitäten dieser Art

- *auf öffentlichen Straßen und Plätzen* in Leipzig (16. Oktober, ca. 70 000 Personen), Halle (16. Oktober, Marktplatz, ca. 1 500 Personen), Markneukirchen/Klingenthal/Karl-Marx-Stadt (18. Oktober, ca. 2 000 Personen), Greifswald/Rostock (18. Oktober, ca. 600 Personen), Neubrandenburg (18. Oktober, ca. 3 000 Personen), Stendal/Magdeburg (19. Oktober, ca. 500 Personen), Rostock (19. Oktober, ca. 1 500 Personen), Zeulenroda/Gera (19. Oktober, ca. 1 500 bis 2 000 Personen), Karl-Marx-Stadt (20. Oktober, ca. 3 000 Personen, Rufe nach Legalisierung des »Neuen Forums«), Klingenthal/Karl-Marx-Stadt (20. Oktober, ca. 2 000 Personen), Olbernhau/Marienberg/Karl-Marx-Stadt (20. Oktober, ca. 400 Personen), Dresden (20. Oktober, ca. 20 000 Personen), Dessau/Halle (20. Oktober, 1 500 Personen, Rufe: »Neues Forum zulassen«), Mühlhausen/Erfurt (20. Oktober, ca. 600 Personen, Äußerungen gegen das MfS), Plauen/Karl-Marx-Stadt (21. Oktober, ca. 25 000 Personen, Mitführen von ca. 50 Transparenten, u. a. mit Forderungen nach Legalisierung des »Neuen Forums«), Rostock (21. Oktober, ca. 2 000 Personen), Berlin-Mitte (21. Oktober, ca. 800 Personen), Dresden (21. Oktober, ca. 600 Personen) und Mühlhausen/Erfurt (22. Oktober, ca. 1 000 Personen) sowie
- *in verschiedenen kirchlichen Einrichtungen* in der Hauptstadt (insbesondere Gethsemane- und Erlöserkirche), von Magdeburg (16. Oktober, Dom und Innenhof des Doms, ca. 6 700 Personen, Teilnahme von Bischof *Demke*⁴)

4 Christoph Demke, Jg. 1935, evangelischer Pfarrer, 1983–97 Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.

sowie der *Poppe*,⁵ des *Fischbeck*⁶ und des *Schorlemmer*⁷), Zwickau/Karl-Marx-Stadt (16. Oktober, Pauluskirche, ca. 260 Personen), Glauchau/Karl-Marx-Stadt (16. Oktober, Lutherkirche, ca. 400 Personen), Eisenach/Erfurt (16. Oktober, Gemeindezentrum ca. 250 Personen, Bildung von Arbeitsgruppen des »Neuen Forums«), Stralsund/Rostock (16. Oktober, Nikolaikirche, ca. 1 000 Personen), Bautzen/Dresden (16. Oktober, Maria-Martha-Kirche, ca. 2 400 Personen), Greiz/Gera (16. Oktober, Stadtkirche, ca. 890 Personen), Dresden (17. Oktober, 3 Kirchen, insgesamt ca. 12 000 Personen), Neuruppin/Potsdam (17. Oktober, Klosterkirche, ca. 1 000 Personen), Halle (17. Oktober, Schloss- und Stadtkirche, ca. 1 300 bzw. 900 Personen), Naumburg/Halle (17. Oktober, Wenzelskirche, ca. 350 Personen, Bildung von 11 Arbeitsgruppen des »Neuen Forums«), Halberstadt/Magdeburg (18. Oktober, Martinikirche, ca. 1 000 Personen), Potsdam (18. Oktober, Friedenskirche, ca. 4 000 Personen), Proschen/Wismar/Rostock (18. Oktober, Treffen Rostocker Gruppe des »Neuen Forums« mit ca. 1 500 Personen), Suhl (18. Oktober, Stadt- und Kreuzkirche, ca. 1 200 bzw. 1 000 Personen, Diskussion über Ziele/Aufgaben des »Neuen Forums«), Rostock (19. Oktober, Marienkirche, ca. 5 000 Personen), Zittau/Dresden (19. Oktober, 3 Kirchen, insgesamt ca. 6 000 Personen), Plauen/Karl-Marx-Stadt (19. Oktober, Johanneskirche, ca. 1 900 Personen), Naumburg/Halle (19. Oktober, Wenzelskirche, ca. 1 200 Personen), Rudolstadt/Gera (19. Oktober, Stadtkirche, ca. 2 300 Personen) Suhl (20. Oktober, Hempelkirche, ca. 350 Personen), Neunkirchen/Karl-Marx-Stadt (20. Oktober, ca. 700 Personen), Görlitz/Dresden (20. Oktober, 2 Kirchen, insgesamt bis 4 000 Personen, Informationsveranstaltungen des »Neuen Forums«), Bischofswerda/Dresden (20. Oktober, ca. 400 Personen, Diskussion über »Neues Forum«), Dessau/Halle (20. Oktober, Johanneskirche, ca. 1 200 Personen), Ilmenau/Suhl (Jakobskirche, ca. 1 300 Personen) sowie Brandenburg/Potsdam (22. Oktober, Dom, ca. 2 500 Teilnehmer, Diskussion über Ziele/Aufgaben des »Neuen Forums«) wurden weitere derartige Handlungen aus den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Gera und Erfurt sowie der Hauptstadt bekannt, die auf Massenwirksamkeit abzielten.

- 5 Gerd Poppe, Jg. 1941, Ingenieur, 1985/86 Mitbegründer der Initiative Frieden und Menschenrechte, Mitherausgeber der Samisdat-Publikationen »Grenzfall«, »Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR« und »Ostkreuz«, 1989–90 Sprecher der IFM am Zentralen Runden Tisch, Februar–April 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der DDR, März–Oktober 1990 stellvertretender parlamentarischer Fraktionsführer der Volkskammerfraktion Bündnis 90, 1990–98 Bundestagsmitglied, 1998–2003 Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe.
- 6 Hans-Jürgen Fischbeck, Jg. 1938, Physiker, seit 1977 Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, 1988/89 Delegierter der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR.
- 7 Friedrich Schorlemmer, Jg. 1944, evangelischer Pfarrer, Mitglied der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung, 1978–92 Dozent am Evangelischen Predigerseminar und Prediger an der Schlosskirche in Wittenberg, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs (DA).

Karl-Marx-Stadt (2 Vorkommnisse):

- 17. Oktober 1989, *Zwickau*, Gemeindehaus der evangelisch-lutherischen Versöhnungskirche, *Veranstaltung* über Ziele und Aufgaben des »Neuen Forums«, ca. 200 Teilnehmer;
- 21. Oktober 1989, *Beierfeld/Schwarzenberg*, *Veranstaltung* in der evangelischen Gemeinde, bei der vor ca. 350 Personen das »Neue Forum« bekannt gemacht wurde.

Potsdam (ein Vorkommnis):

- 21. Oktober, *Demonstration* von ca. 150 Personen durch das Stadtzentrum, wobei zwei Transparente mitgeführt wurden (Texte: »Abrüstung der Sicherheitsorgane, Dialog statt Gummiknüppel«; »Keine Repressalien gegen Andersdenkende«).

Gera (ein Vorkommnis):

- 22. Oktober 1989, *Demonstration* von ca. 300 Personen nach kirchlichen Veranstaltungen, bei denen Rufe nach »Freiheit« in der DDR erfolgten und die Internationale gesungen wurde.

Erfurt (4 Vorkommnisse):

- 20. Oktober 1989, »*Vollversammlung*« des »Neuen Forums« Erfurt in der Predigerkirche mit ca. 1 150 Teilnehmern, wobei neun Arbeitsgruppen des »Neuen Forums« vorgestellt und für den 6. November 1989 die nächste Vollversammlung festgelegt wurden.
- 20. Oktober 1989, *Gotha*, »*Freitagsgebet*« in der Augustinerkirche mit 1 100 Teilnehmern, bei dem sich die antisozialistische Sammlungsbewegung »Demokratischer Aufbruch« vorstellte und ein Informationsmaterial einer Gruppierung »Böhlener Plattform« auslag (befasst sich mit der Aufteilung des Territoriums der DDR in die Sektoren Sachsen, Thüringen, Berlin und Brandenburg).
- 20. Oktober 1989, *Nordhausen*, *Konstituierung* des »Neuen Forums« Nordhausen in der Frauenbergkirche in Anwesenheit von ca. 600 Teilnehmern; nächste Zusammenkünfte: 28. Oktober und 5. November 1989.
- 21. Oktober 1989, *Arnstadt*, *Zusammenkunft* von etwa 400 Personen auf dem Rathausvorplatz, bei der Forderungen nach Reise- und Pressefreiheit, nach »freien und demokratischen Wahlen« erhoben wurden.

Hauptstadt (ein Vorkommnis):

- 17. Oktober 1989, Humboldt-Universität, *Zusammenkunft* von ca. 6 000 Studenten in zehn Hörsälen mit kontroverser Meinungsstreit über die Notwendigkeit der Bildung von Studentenräten und die Schaffung neuer Strukturformen an der Universität. Durch das Wirksamwerden gesellschaftlicher Kräfte konnte die Gründung einer von der FDJ unabhängigen Studentenvereinigung verhindert werden.

Anhang [zu den Vorkommnissen in Leipzig]

Texte von in Leipzig am 16.10.1989 verteilten Hetzblättern

1. »Was nun? Mit der Erklärung des ZK der SED vom 11.10.1989 signalisierte der oberste Kreis der SED-Funktionäre Dialogbereitschaft. Tut er das wirklich? Der Kommentar des Dresdner Oberbürgermeisters – Berghofer⁸ – erklärt es:

Dialog ja, Forderungen nein. Damit ist wirklich alles gesagt.

Es geht nicht ernsthaft darum, in der DDR neue politische Wege zu suchen, es geht darum, dass eine bestimmte Schicht von Privilegierten ihre Macht nicht verliert. Sie haben nicht mehr übrig als ein paar warme Worte und das selbst in diesen Tagen. Ein netter Dialog, der lediglich als Ventil für angestauten Ärger über dieses hoffnungslos stagnierende Land dienen soll, wird Veränderung eher hinauszögern als wirklich einleiten.

Und genau das wollen diese Herren doch: Zeit gewinnen, um ihr altes Imperium wieder stabilisieren zu können. Besonders die Kirchen könnten in dieser Situation zum Hemmschuh für wirkliche Erneuerungen werden, wenn sie den Dialog begrüßen, ohne seinen Ventilcharakter zu erkennen. Für nette Plaudereien am Kamin ist jetzt nicht mehr die Zeit. Wenn Dialog, dann gleichberechtigten Dialog, das heißt, die Bedingungen des Dialoges dürfen nicht mehr wie immer »von oben«, sondern von uns mitbestimmt werden. Deshalb dürfen die Aktionen und gewaltfreien Demonstrationen nicht nachlassen.

Folgende Forderungen stehen auf der Tagesordnung:

- umfassende Meinungsfreiheit in den Medien sowie Zulassung unabhängiger Medien,
- Zulassung politisch freier Vereinigungen und neuer Parteien, sofern sie antifaschistisch-demokratische Ziele verfolgen,
- freies Demonstrations- und Versammlungsrecht,
- Streikrecht für alle Arbeiter und Angestellten,
- grundsätzliche Reformierung des Wahlrechts – weg mit der Einheitsliste,
- Reisefreiheit für jedermann/frau.

Die Zulassung des »Neuen Forums« ist die Grundvoraussetzung für die Glaubwürdigkeit der Dialogbereitschaft der Mächtigen.

Ein Mitunterzeichner des Aufrufes des NF.

8 Wolfgang Berghofer, Jg. 1943, Politiker, 1986–90 Oberbürgermeister von Dresden, Dezember 1989 stellvertretender Vorsitzender der SED/PDS, Januar 1990 Austritt aus Partei, gab als einziger prominenter SED-Spitzenpolitiker den Wahlbetrug bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 zu.

2. »Das geht alle an, Leipzig, den 16.10.1989.

Wir sind der Meinung, dass die am 11.10.1989 vom Politbüro verabschiedete Erklärung zur Dialogbereitschaft ungenügend ist. Wie wir feststellen mussten, spiegelt der in den letzten Tagen in den Massenmedien geführte »Dialog« nicht die grundlegenden Probleme unserer Gesellschaft wider.

Lasst Euch nicht einschläfern. | Wir schlagen vor: | Wir wollen Wahrheit – keine Taktik. | Freie Wahlen – jetzt. | Zulassung neuer politischer Gruppen und Parteien. | Wir brauchen Rechtssicherheit, keine Staatssicherheit. | Bürger, Soldaten, Polizisten – gemeinsam sind wir stark. | Zeitzeichen –«

[Ende des Anhangs]

Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen⁹

Verhinderte Fahnenfluchten:

- ein *Unteroffizier und ein Gefreiter der NVA* (20, Vermesser; 19, Kanonier; beide 2. Raketenstartbatterie, Raketenabteilung-11 Hermsdorf, 11. MSD, MB III) an der Grenzübergangsstelle Bad Schandau. Sie waren nicht im Besitz gültiger Ausreisedokumente und beabsichtigten, in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen, um ihre Ausreise nach der BRD zu erzwingen;
- ein *Unteroffizier* (19, Oberfunker, Nachrichtenregiment-14 Waldsiedersdorf, LSK/LV), der – in Begleitung seiner Freundin – nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze durch Sicherheitsorgane der ČSSR festgenommen wurde. Sie beabsichtigten, in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen, um ihre Ausreise nach der BRD zu erzwingen;
- ein *Gefreiter* (21, Flugzeugmechaniker, Jagdbomber-Geschwader-37 Drewitz, 1. LVD, LSK/LV, Kandidat der SED), der nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze durch Sicherheitsorgane der ČSSR festgenommen wurde. Als Motiv gab er an, mit seiner Freundin zusammenleben zu wollen, die im Juli 1989 mit ihren Eltern für ständig nach der BRD ausreiste;
- ein *Matrose* (18, Schiffsstammabteilung-18 Stralsund, VM), der nach ungesetzlichem Überschreiten der Staatsgrenze durch Sicherheitsorgane der ČSSR festgenommen wurde. Er beabsichtigte, in die Botschaft der BRD in Prag zu gelangen, um seine Ausreise nach der BRD zu erzwingen.

Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen.

9 Randvermerke: »I, IX, ZKG, 3«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA I, HA IX, ZKG und ZAIG/1/3, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

Selbsttötung eines Staboffiziers

Am 19. Oktober 1989, gegen 8.00 Uhr, wurde im Ergebnis von Sofortmaßnahmen (nach einer Vermisstenmeldung der Ehefrau) die Leiche eines *Oberleutnants* (45, *Leiter der* [Diensteinheit]) aufgefunden. Er hatte sich mit seiner Dienstpistole selbst getötet. Bisher geführte Untersuchungen ergaben, dass der homosexuell veranlagte Offizier versucht hatte, zu einem Unteroffizier gegen dessen Willen intime Kontakte herzustellen. Der Unteroffizier erstattete daraufhin Anzeige beim zuständigen Militärstaatsanwalt. Während einer ersten Aussprache hatte der Offizier den Sachverhalt gegenüber seinen militärischen Vorgesetzten geleugnet. Für den 26. Oktober 1989 war er zu einer endgültigen Stellungnahme aufgefordert worden. Die Untersuchungen werden fortgeführt.

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD bzw. Westberlin¹⁰

Gesamtübersicht

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 16. bis 22. Oktober 1989 insgesamt *ca. 20 700 Bürger der DDR* mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten.

Davon haben

- ca. 8 800 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter
 - ca. 8 400 Personen über die Ungarische Republik (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der Ungarischen Republik am 11. September 1989 nach Österreich ausgeschleusten Bürger auf über 42 600 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde,
 - 220 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin;
- 2 964 Personen ihre ständige Ausreise realisiert;
- 7 767 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt;
- 1 130 Personen versucht bzw. beabsichtigt, die DDR ungesetzlich zu verlassen, darunter 303 Festnahmen durch Angehörige der Grenztruppen der DDR an der Staatsgrenze zur VR Polen.

10 Randvermerke: »ZKG, 3«, d. h. dass die zentralen Diensteinheiten ZKG und ZAIG/1/3, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

Darüber hinaus befinden sich mit Stand vom 23. Oktober 1989 ca. 1 920 Bürger der DDR zur Erzwungung ihrer ständigen Ausreise in den Botschaften der BRD bzw. in »Obhut« der diplomatischen Einrichtung in Warschau (ca. 1 800) und Prag (ca. 120). Im Berichtszeitraum wurde durch die Botschaft der DDR in Warschau auf der Grundlage zentraler Entscheidung 418 Personen nach ihrer Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR die ständige Ausreise in das nichtsozialistische Ausland genehmigt. Ein Teil dieser Personen befindet sich bereits in der BRD.

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 16. bis 22. Oktober 1989 konnten bisher 2 008 (Vorwoche 2 381) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

- 1 696 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 1 607 über die Ungarische Republik;
- 198 Personen unter Missbrauch von Privatreisen nach der BRD (161) bzw. Westberlin (29) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (8);
- 89 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;
- 18 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen, darunter 14 Jugendtouristenreisen nach der BRD;
- 4 Personen unter Missbrauch von Dienstreisen nach der BRD (3) und Brasilien (eine);
- 3 Personen durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD.

Unter den Tätern befinden sich nach *vorläufigen* Erkenntnissen:

- 44 Ärzte, darunter 19 Zahnärzte und ein Tierarzt;
- 38 Diplomingenieure/Ingenieure;
- 10 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer;
- 6 wissenschaftliche Mitarbeiter/Assistenten;
- 3 Redakteure;
- 2 Diplombiologen;
- 3 Bauleiter/Projektanten;
- 2 Abteilungsleiter;
- 2 Optiker;
- 6 Zahntechniker;
- 61 Krankenschwestern, medizinisch-technische Assistentinnen, Krippenerzieherinnen;
- 3 Kindergärtnerinnen;
- 34 Studenten

sowie je ein(e) Fachdirektor, Fachgebietsleiter, Leiter für Marktforschung, Diplompharmazeutin, Diplomphysiker, Bürgermeister und Stadtbaudirektor.

Unter diesen Bürgern befinden sich 25 promovierte Personen und zehn Mitglieder der SED, darunter ein Mitglied einer APO-Leitung.

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 35 Ärzte, darunter 16 Zahnärzte, u. a.:
 - ein *Facharzt für Neurologie und Psychiatrie* (37, *Chefarzt*, Psychiatrische Klinik, Klinikum Berlin-Buch, CDU),
 - ein *Dozent* (42, Dr. sc. med., KMU Leipzig, Bereich Medizin),
 - ein *Oberarzt* (46, Charité Berlin),
 - ein *Arztehepaar* (36, *Leiter SMH* – Poliklinik Gadebusch; 33, Stationsärztin, Bezirksnervenlinik Schwerin) mit Tochter (8),
 - ein *Zahnarztehepaar* (34, 32, beide Kreiskrankenhaus Oranienburg), mit zwei Kindern (5, 6),
 - eine *Fachzahnärztin* (33, Med. Zentrum Nord, Warnemünde) mit Ehemann (36, *Fachdirektor*, Interhotel »Neptun« Warnemünde, SED).
- *Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:*
 - ein *Diplomingenieur* (45, Dr., *Bereichsleiter für Informationsverarbeitung*, Technische Hochschule Leipzig, SED, Angehöriger der Kampfgruppen der Arbeiterklasse) mit Ehefrau (39, Staatswissenschaftlerin, *selbstständige Gewerbetreibende* – Kunstgewerbe) und Sohn (16),
 - ein Ehepaar (30, *Dr. phil.*, KMU Leipzig; 25, *Krankenschwester*) mit Sohn (4),
 - ein *wissenschaftlicher Mitarbeiter* (30, Dr., Ingenieurschule für Landtechnik Wartenberg) mit Ehefrau (26, *Zahntechnikerin*, Poliklinik »F. Wolf« Berlin),
 - eine Familie (50, *Bürgermeister*, Rat des Kreises Heiligenstadt, SED; 47, *Lehrerin*; 23, *Lehrerin*, beide POS Ershausen),
 - ein *Diplomingenieur* (43, amtierender Direktor, Molkereigenossenschaft Kyritz, SED),
 - ein *Stadtbaudirektor* (43, Rat der Stadt Markkleeberg, SED, Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung),
 - ein *Diplombiologe* (35, Dr., Zentralinstitut für Medizintechnik Jena).

Missbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland, u. a.:

- eine *Fachärztin für Allgemeinmedizin* (43, Medizinisches Betreuungsgebiet Ebersbach, Dresden);
- ein *Diplomingenieur für Bauwesen* (28, Oberbauleiter, VEB Bau Grabow, FDJ-Initiative Berlin, SED).

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 22. Oktober 1989 haben bisher 9 566 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR missbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 129 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 193 Ärzte, 76 Zahnärzte, 220 Lehrer und 133 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie 1 453 Personen mit Fachschulausbildung, darunter 535

aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 167 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Missbrauch von Dienstreisen, u. a.:

- ein *Chefarzt* (47, Bezirkskrankenhaus Cottbus, Poliklinik, Stomatologische Abteilung, SED, Mitglied der APO-Leitung) unter Ausnutzung seiner Teilnahme an einem Ärztekongress in Aachen/BRD.

Auf bisher unbekannte Art und Weise haben die DDR ungesetzlich verlassen, u. a.:

- ein *Arzt* (47, Leiter Betriebsambulatorium des VEB Robotron Zella-Mehlis) mit Ehefrau (41, *Krankenschwester* im genannten Betrieb) und Tochter (20, *Krankenschwester*, Bezirkskrankenhaus Suhl) nach der BRD.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Motive, begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Maßnahmen zur Rückgewinnung wurden eingeleitet.

30. Oktober 1989

Wochenübersicht Nr. 44/89

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 4599, Bl. 129–136.

Serie: Wochenübersichten.

Verteiler: Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Mittig, Neiber, Schwannitz, Carlsohn – Auszüge: Leiter HA I, IX, XVIII, XX, XXII, ZKG, ZAIG/1 (AG 2, 3 und 6): siehe Fußnoten zu den Randbemerkungen.

Vermerke: Auf dem Vorblatt unter dem Verteiler): »Anlage 4 – Sperre« (Rückkehrwünsche), »H« (Paraphe von Günter Hackenberg – Stellvertretender Leiter des ZAIG-Bereichs für Information: ZAIG/1).

Bemerkungen: Anlagen hier nicht dokumentiert.

Anlage 1: Hinweis über politisch motivierte anonyme/pseudonyme Gewaltandrohungen.

Anlage 2: Hinweis auf den Suizidversuch einer Künstlerin.

Anlage 3: Hinweise zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin.

Anlage 4: Übersicht zum Stand der Bearbeitung von Rückkehrwünschen ehemaliger DDR-Bürger (Zeitraum: 1.1. bis 30.10.1989).

Vorkommnisse des Anbringens von Losungen und Verbreitens von Zetteln in der Hauptstadt sowie allen Bezirken der DDR¹

Im Vergleich zu den Vorwochen ist die Tendenz des Anfalls an derartigen Vorkommnissen stark rückläufig. Der ZAIG wurden im Berichtszeitraum (24. bis 30. Oktober 1989) insgesamt 45 (87)* solche Vorkommnisse bekannt, davon Anbringen von Losungen – 23 (48) sowie Verbreiten von Zetteln – 22 (39), die wiederum enthielten

* Klammerzahl bezieht sich auf die Vorwoche vom 17. bis 23. Oktober 1989. [Original-Fußnote]

- offene Sympathiebekundungen für das »Neue Forum«, häufig verbunden mit Forderungen nach dessen Zulassung durch die zuständigen staatlichen Organe bzw. mit Forderungen nach Reformen in der DDR, mehr Menschenrechten, Reisefreiheit und Fortführung des »Dialogs mit Andersdenkenden« – 23 (42) Vorkommnisse;
- ohne Bezug zum »Neuen Forum«² Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR, insbesondere bezogen auf mehr Freiheit,

1 Randvermerke: »IX, XX, 6«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA IX, HA XX und ZAIG/1/6, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

2 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates,

Demokratie und Gerechtigkeit für DDR-Bürger und nach »freien und geheimen Wahlen« – 9 (22) Vorkommnisse;

- hetzerische Äußerungen gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft – 5 (19) Vorkommnisse, wobei in drei Fällen der neugewählte Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR persönlich angegriffen wurde (Beispiel: »Wahlbetrüger – Staatsoberhaupt«);
- massive Angriffe gegen das MfS, verbunden mit Forderungen nach dessen Abschaffung – 3 (3) Vorkommnisse;
- Aufrufe zur Teilnahme an gewaltfreien Demonstrationen in der Hauptstadt am 4. und 19. November 1989, Frankfurt/O. am 27. Oktober 1989, Neuhaus am Rennweg, Suhl, am 31. Oktober 1989 und Guben, Cottbus, am 2. November 1989 – 5 (-) Vorkommnisse.

Von den insgesamt 45 Vorkommnissen wurden lediglich zwei Vorkommnisse mit der Ermittlung von zwei Tätern (43, Technologe, Antragsteller; 29, Kraftfahrer – beide Sympathisanten des »Neuen Forums«) geklärt.

Territoriale Schwerpunkte des Vorkommnisgeschehens waren der Bezirk Suhl mit neun und die Bezirke Gera und Karl-Marx-Stadt mit je sieben Vorkommnissen.

Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen³

Fahnenflucht

Am 26. Oktober 1989 kehrte ein *Soldat der NVA* (24, *Zahntechniker*, Medizinischer Dienst Jagdgeschwader-2 Trollenhagen, 3. LVD, LSK/LV) vom Urlaub nicht in seine Einheit zurück. Am 23. Oktober 1989 hatte er gemeinsam mit seiner Freundin und deren Bruder die elterliche Wohnung verlassen, um einige Tage Urlaub in Oberhof zu verbringen. Am 28. Oktober 1989 wurde bekannt, dass er sich in der Botschaft der BRD in Warschau aufhält, um seine ständige Ausreise nach der BRD zu erreichen.

Verhinderte Fahnenflucht

Am 23. Oktober 1989 erfolgte durch Angehörige der Grenztruppen der DDR in einem Waldgebiet bei Schmilka, Kreis Pirna, die *Festnahme eines Gefreiten in der Ausbildung* (22, *Koch*, Berufsunteroffizier, Führungsorgan der Front- und Militärtransportfliegerkräfte, Jagdbomber-Geschwader-77 Laage, LSK/LV) beim Versuch, die Staatsgrenze der DDR zur ČSSR ungesetzlich zu überschreiten. Er beabsichtigte, in die Botschaft der BRD in Prag zu gelan-

die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

3 Randvermerke: »I, IX, ZKG, 3«, d. h., dass die zentralen Dienststellen HA I, HA IX, ZKG und ZAIG/1/3, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

gen, um seine ständige Ausreise nach der BRD zu erzwingen. Die weiteren Untersuchungen führt der zuständige Militärstaatsanwalt der NVA.

Provokatorisch-demonstrative Handlungen

Am 28. Oktober 1989, gegen 6.00 Uhr, betrat ein *Soldat der NVA* (22, Ausbildungszentrum-6 Heide, MB III) die evangelisch-lutherische Kirche in Lichtentanne, Kreis Zwickau, Bezirk Karl-Marx-Stadt, und erklärte demonstrativ, die Kirche nicht eher verlassen zu wollen, bis ihm zugesichert sei, seine eingegangene Verpflichtung für eine dreijährige Dienstzeit in der NVA auf den Grundwehrdienst zu reduzieren. Durch das Wehrkreiskommando Zwickau wurde in Abstimmung mit dem zuständigen Truppenteil dieser Forderung entsprochen und die Entscheidung dem Soldaten übermittelt. Daraufhin verließ der Soldat gegen 12.00 Uhr die o. g. Kirche.

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD bzw. Westberlin⁴

Gesamtübersicht

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 insgesamt *ca. 15 600 Bürger der DDR* mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten. Davon haben

- ca. 5 900 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter

- ca. 5 600 Personen über die Ungarische Republik (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der Ungarischen Republik am 11. September 1989 nach Österreich ausgeschleusten Bürger auf ca. 48 200 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde,
 - 200 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin;
- 2 465 Personen ihre ständige Ausreise realisiert;
 - 6 637 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt;
 - 613 Personen versucht bzw. beabsichtigt, die DDR ungesetzlich zu verlassen.

Gegenwärtig halten sich 1 888 Bürger der DDR zur Erzwingung ihrer Ausreise in Botschaften der BRD in Warschau (1 825), Prag (60) und Sofia (3) auf.

4 Randvermerke: »ZKG, 3«, d. h. dass die zentralen Dienstseinheiten ZKG sowie ZAIG/1/3, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

Auf der Grundlage zentraler Entscheidungen wurden seit 16. Oktober 1989 1 404 Personen durch die DDR-Botschaft in Warschau und seit 26. Oktober 1989 184 Personen durch die DDR-Botschaft in Prag, nach Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, die ständige Ausreise in das nichtsozialistische Ausland genehmigt. Der überwiegende Teil dieser Personen ist bereits nach der BRD ausgereist.

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 23. bis 29. Oktober 1989 konnten bisher 2 410 (Vorwoche 2 008) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

- 2 163 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 2 118 über die Ungarische Republik;
- 187 Personen unter Missbrauch von Privatreisen nach der BRD (147) bzw. Westberlin (29) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (11);
- 45 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;
- 8 Personen unter Missbrauch von Dienstreisen;
- 5 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen;
- 2 Personen durch Überwindung der Grenzsicherungsanlagen nach der BRD.

Unter den Tätern befinden sich nach *vorläufigen* Erkenntnissen

- 42 Ärzte, darunter 9 Zahnärzte und ein Tierarzt;
- 40 Diplomingenieure/Ingenieure;
- 13 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer;
- 6 Diplomökonom/Ingenieur-Ökonomen;
- 5 wissenschaftliche Mitarbeiter/Assistenten;
- 4 Konstrukteure;
- 4 Projektanten/Technologen;
- 67 Krankenschwestern, medizinisch-technische Assistentinnen;
- 9 Krippenerzieherinnen/Kindergärtnerinnen;
- 4 Pionierleiter/Mitarbeiter FDJ-Kreisleitung/FDJ-Sekretär;
- 2 Abteilungsleiter;
- 2 Offiziere des VEB DSR Rostock bzw. VEB Fischfang;
- 29 Studenten

sowie je ein Hauptabteilungsleiter, Bauleiter, Diplom-Agraringenieur sowie stellv. Kreissekretär der NDPD.

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung von Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 28 Ärzte, darunter 8 Zahnärzte, u. a.:
 - ein Oberarzt (44, Dr., Frauenklinik Gera, Antrag auf ständige Ausreise am 6. Oktober 1989 abgelehnt),

- ein *Arztehepaar* (35, Dr., *Oberarzt*, Urologische Klinik; 33, Ärztin, Kinderklinik, beide Kreiskrankenhaus Bautzen) und zwei Kinder (9, 7).
- *Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:*
 - ein *Hauptabteilungsleiter Forschung/Neue Technik* (39, Dr., VEB Baumechanisierung Lengenfeld/Betrieb des Kombinats Baumechanisierung Dresden) mit Ehefrau (37, Abteilungsleiter im gleichen Betrieb) und Sohn (14).

Missbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland, u. a.:

- 10 *Ärzte, u. a.:*
 - ein *Oberarzt* (49, Dr., Bezirkskrankenhaus Cottbus).
- *Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:*
 - ein *Abteilungsleiter* (50, Dr., Institut »Manfred von Ardenne« Dresden) mit Ehefrau (47, Montiererin, VEB Pentacon Dresden),
 - ein *Diplomingenieur* (47, Betriebsleiter, VEB Schraubenwerk Karl-Marx-Stadt, Betriebsteil Freiberg, SED).

Missbrauch von Dienstreisen, u. a.:

- ein *Diplomchemiker* (36, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Charité Berlin, Institut für pathologische und klinische Biochemie) unter Ausnutzung einer Dienstreise nach Westberlin;
- ein *Funkoffizier* (37, VEB DSR Rostock, MS »Cunewalde«, SED) durch Verlassen des Schiffes im Bereich der Schleuse Brunsbüttel, BRD).

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 29. Oktober 1989 haben bisher 9 753 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR missbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 143 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 202 Ärzte, 76 Zahnärzte, 221 Lehrer und 135 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie 1 464 mit Fachschulausbildung, darunter 541 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 170 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Motive, begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Maßnahmen zur Rückgewinnung wurden eingeleitet.

Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft⁵

In der Zeit vom 23. bis 29. Oktober 1989 ereigneten sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft der DDR insgesamt zwei bedeutsame Vorkommnisse.

5 Randvermerke: »XVIII, 2«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA XVIII und ZAIG/1/2, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

Im Einzelnen:

- Am 25. Oktober 1989, gegen 3.50 Uhr, geriet die Reparaturwerkstatt des *VEB Meliorationskombinat Neubrandenburg, Betriebsteil Dargun/Malchin/Neubrandenburg*, in Brand. Das Gebäude (Massivbauweise mit Wellasbesteindeckung) sowie die Werkstatteinrichtung wurden fast vollständig vernichtet. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 572 000 Mark (nach Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR). Wie die Untersuchungen ergaben, war im unmittelbar angrenzenden Kohlelager feucht eingelagerte Mischkohle (hoher Abriebanteil) infolge Selbstentzündung in Brand geraten. Die Brandübertragung in die Reparaturwerkstatt erfolgte über die beide Gebäude verbindende hölzerne Dachkonstruktion. Die weitere Bearbeitung, insbesondere zur Feststellung subjektiver Verantwortlichkeit, erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Am 26. Oktober 1989, gegen 5.00 Uhr, kam es zum Brand einer Produktionshalle im *VEB Lausitzer Holzindustrie in Ringenhain/Bischofswerda/Dresden*, wodurch das Objekt einschließlich Maschinen und Anlagen vollständig vernichtet wurde. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 100 000 Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR). In unmittelbarer Nähe eines Dampfheizkörpers (oberhalb einer Spanplattenpresse) hatte sich eine 60 bis 70 cm starke Holzstaubablagerung gebildet. Infolge Wärme- einwirkung kam es durch einen Langzeitröstprozess zu einem Glimmbrand und nachfolgendem Brandausbruch. Die weitere Bearbeitung, insbesondere zur Klärung der Pflichtenlage, erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

6. November 1989

Wochenübersicht Nr. 45/89

Quelle: BArch, MfS, ZAIG 4599, Bl. 144–151.

Serie: Wochenübersichten.

Verteiler (auf dem Dokument): Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Mittag, Neiber, Schwanitz, Carlsohn – Auszüge: Leiter HA I, IX, XX, ZKG, ZAIG/1 (AG 3 und 6): siehe Fußnoten zu den Randbemerkungen.

Bemerkungen: Anlage hier nicht dokumentiert.

Anlage: Hinweise zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin (ohne Alters- und Invalidenrentner).

Vorkommnisse des Anbringens von Losungen und Verbreitens von Zetteln in der Hauptstadt sowie der Mehrzahl der Bezirke der DDR¹

Die stark rückläufige Tendenz des Anfalls an derartigen Vorkommnissen hält an. Der ZAIG wurden im Berichtszeitraum (31. Oktober bis 6. November 1989) insgesamt 24 (45)* solche Vorkommnisse bekannt, davon Anbringen von Losungen – 9 (23) sowie Verbreiten von Zetteln – 15 (22), die erneut enthielten:

* Klammerzahl bezieht sich auf die Vorwoche vom 24. bis 30. Oktober 1989. [Original-Fußnote]

- Sympathiebekundungen für das »Neue Forum«², in der Regel verbunden mit Forderungen nach dessen Zulassung durch die staatlichen Organe bzw. mit Forderungen nach »Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit«, »freien, direkten Wahlen« und Abschaffung des »Machtmonopols der SED« – 11 (23) Vorkommnisse;
- massive Angriffe gegen das MfS, verbunden mit Forderungen nach dessen Beseitigung und Einsatz dessen Mitarbeiter in produktiven Bereichen – 5 (3) Vorkommnisse;
- hetzerische Äußerungen gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft, einzelne Parteifunktionäre auf Kreisebene und den Generalsekretär des ZK der SED – 5 (5) Vorkommnisse;

1 Randvermerke: »IX, XX, 6«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA IX, HA XX und ZAIG/1/6, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

2 Das Neue Forum wurde als parteiübergreifende Sammlungsbewegung am 9.9.1989 in Grünheide bei Berlin ins Leben gerufen. Es hatte von allen oppositionellen Gruppen der DDR im Herbst 1989 den größten Zulauf. Politisches Hauptziel war eine »konsequente und basisorientierte Demokratisierung«. Das beinhaltete den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, die Verwirklichung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und freie Wahlen; vgl. u. a. Kukutz, Irena: Chronik der Bürgerbewegung Neues Forum 1989–1990. Hg. v. d. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Berlin 2009.

- Aufrufe zur Teilnahme an gewaltfreien Demonstrationen am 4. November 1989 in Annaberg-Buchholz, Karl-Marx-Stadt, sowie der Hauptstadt und am 7. November 1989 in Berlin – 3 (5) Vorkommnisse.

Von den 24 Vorkommnissen wurde kein Vorkommnis geklärt. Darüber hinaus kam es zu insgesamt 6 (11) Vorkommnissen des Führens anonymer/pseudonymer Telefonanrufe mit gleichen inhaltlichen Stoßrichtungen wie in den Vorwochen, wovon ein Vorkommnis (32, Arbeiter, vorbestraft wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern, politisch negative Einstellung) geklärt wurde.

Territorialer Schwerpunkt des Vorkommnisgeschehens war erneut der Bezirk Karl-Marx-Stadt mit 9 (7) Vorkommnissen.

Selbsttötung der Ersten Sekretäre der Kreisleitungen der SED Bautzen/Dresden und Köthen/Halle

Am 30. Oktober 1989 begingen der Erste Sekretär der Kreisleitung der SED Bautzen, Genosse *Mieth*, Helmut³ (56), in seiner Wohnung in Bautzen und am 4. November 1989 der Erste Sekretär der Kreisleitung der SED Köthen, Genosse *Heber*, Herbert⁴ (62), in seinem Dienstzimmer in der Kreisleitung Köthen Selbsttötung. In beiden Fällen erfolgte die Selbsttötung mit den persönlichen Dienstpistolen der Genossen. Nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen erfolgten die Selbsttötungen im Zusammenhang mit Depressionen dieser Genossen aufgrund der gegenwärtigen politischen Lage. Die weitere Bearbeitung erfolgt durch das MfS im Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei.

Vorkommnisse in den bewaffneten Organen der DDR⁵

Fahnenfluchten:

- ein *Major der NVA* (43, Oberoffizier, Raketen-Waffen-technischer Dienst, Panzerregiment-15 Cottbus, 7. PD, MB III) unter Nutzung einer genehmigten Reise in die Ungarische Republik nach der BRD. Er hatte von Bayern aus die Tochter seiner Lebensgefährtin in der DDR informiert. In einem aufgefundenen Abschiedsbrief motivierte er seine Handlung damit, dass er Angst habe, als NVA-Angehöriger im Innern der DDR eingesetzt zu werden. Er könne nicht auf eigene Leute schießen;
- ein *Soldat* (19, Verpflegungsdienst, Wachregiment-2, Strausberg-Eggersdorf, MfNV) auf bisher unbekannte Art und Weise über die Staatsgrenze

3 Helmut Mieth, Jg. 1932, Erster Sekretär der SED-Kreisleitung Bautzen.

4 Herbert Heber, Jg. 1928, Erster Sekretär der SED-Kreisleitung Köthen.

5 Randvermerke: »I, IX, ZKG, 3«, d. h., dass die zentralen Dienstseinheiten HA I, HA IX, ZKG und ZAIG/1/3, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

- der DDR nach der VR Polen. Er befindet sich in der Botschaft der BRD in Warschau;
- ein *Soldat* (24, Koch, Pionierbataillon-24 Potsdam, LSK/LV) auf bisher unbekannte Art und Weise über die Staatsgrenze der DDR nach der VR Polen. Er befindet sich in der Botschaft der BRD in Warschau. Der Soldat hatte sich am 25. Oktober 1989, nach Feststellung von Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Kassenbons und der Androhung von Regressforderungen, unerlaubt von der Einheit entfernt;
 - ein *Soldat* (24, MPi-Schütze, Ausbildungszentrum-20, Eggesin-Karpin, 9. PD, MB III), gemeinsam mit zwei Zivilbeschäftigten des Militärforstbetriebes Eggesin, auf bisher unbekannte Art und Weise über die Staatsgrenze der DDR nach der VR Polen. Er hielt sich in der Botschaft der BRD in Warschau auf und soll – vorliegenden Hinweisen zufolge – am 29. Oktober 1989 in die BRD ausgereist sein;
 - ein *Soldat* (20, Mot.-Schützenregiment-27 Stern-Buchholz, 8. MSD, MB V) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD. Er informierte am 30. Oktober 1989 seine Mutter über seinen Aufenthalt in der BRD.

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD bzw. Westberlin⁶

Gesamtübersicht

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 30. Oktober bis 5. November 1989 insgesamt *ca. 34 600 (Vorwoche ca. 15 600) Bürger der DDR* mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nicht sozialistischen Ausland und ständigen Ausreisen nach der BRD bzw. Westberlin in Erscheinung getreten. Davon haben

- ca. 2 500 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter
 - ca. 1 800 Personen über die Ungarische Republik (damit hat sich die Anzahl der seit Öffnung der Grenze der Ungarischen Republik am 11. September 1989 nach Österreich ausgeschleusten Bürger auf ca. 50 000 erhöht, wobei ein Teil dieser Personen noch nicht identifiziert wurde,
 - 715 Personen unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nicht sozialistischen Staaten und Westberlin;
- 24 853 Personen die ständige Ausreise nach der BRD bzw. Westberlin realisiert, davon

6 Randvermerke: »ZKG, 3«, d. h. dass die zentralen Dienstseinheiten ZKG und ZAIG/1/3, die nicht zum Verteiler des gesamten Dokumentes gehörten, diesen Gliederungspunkt als schriftlichen Auszug erhielten.

- 21 216 Bürger der DDR, denen die direkte Ausreise aus der ČSSR nach der BRD gestattet wurde,
- 2 149 Personen, die gemäß RVO aus der DDR nach der BRD/Westberlin ausreisten,
- 1 488 Personen, die sich in erpresserischer Weise in der BRD-Botschaft in Warschau aufhielten und durch die DDR-Botschaft in der VR Polen die erforderlichen Dokumente zur Ausreise erhielten;
- 6 803 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt;
- 461 Personen bzw. beabsichtigt, die Staatsgrenze der DDR bzw. anderer sozialistischer Staaten zu überwinden.

Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR

Im Zeitraum vom 30. Oktober bis 5. November 1989 konnten bisher 2 754 (Vorwoche 2 410) Bürger identifiziert werden, die die DDR ungesetzlich nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon

- 1 994 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 1 948 über die Ungarische Republik,
- 684 Personen unter Missbrauch von Privatreisen nach der BRD (618) bzw. Westberlin (59) und nach anderen nichtsozialistischen Staaten (7),
- 45 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise,
- 28 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen, darunter 14 Jugendtouristenreisen,
- 3 Personen unter Missbrauch von Dienstreisen.

Unter den Tätern befinden sich nach *vorläufigen* Erkenntnissen

- 56 Ärzte, darunter 16 Zahnärzte;
- 55 Diplomingenieure/Ingenieure;
- 31 Lehrer und Erzieher;
- 11 Diplomökonomen/Ökonomen;
- 6 wissenschaftliche Mitarbeiter;
- 4 Diplomphysiker;
- 4 Konstrukteure/Technologen;
- 4 Abteilungsleiter;
- 106 Krankenschwestern/medizinisch-technische Assistentinnen;
- 20 Krippenerzieherinnen/Kindergärtnerinnen;
- 2 Diplomchemiker;
- 2 Diplomagraringenieure;
- 2 Bereichsleiter;
- 29 Studenten

sowie je ein(e) Hauptabteilungsleiter, Direktor für Ökonomie, Produktionsdirektor, Bereichsleiter, Arbeitsgruppenleiter, Kapitän, Journalist, Diplombiologe und Kulturhausleiter.

Ausgewählte Beispiele:

Ausnutzung, von Territorien anderer sozialistischer Staaten:

- 26 Ärzte, darunter 10 Zahnärzte, u. a.:
 - ein *Arztehepaar* (34, Dr., Leiter der Augenabteilung; 31, Ärztin, beide Kreispoliklinik Naumburg) mit zwei Kindern (9, 6),
 - ein *Arztehepaar* (36, Facharzt für Chirurgie; 34, Zahnärztin, beide Kreiskrankenhaus Röbel) und zwei Kinder (10, 6),
 - eine *Oberärztin* (38, Dr., Kreiskrankenhaus Freiberg),
 - ein *Arzt* (39, Leiter Landambulatorium Falkenhagen, Frankfurt/O.) mit Ehefrau (39, Sekretärin in gleicher Einrichtung) und zwei Kindern (15, 12),
 - eine *Ärztin* (48, Med. Dienste des Verkehrswesens Neubrandenburg, CDU) mit Ehemann (46, Ratsmitglied für Energiewirtschaft, Rat des Kreises Neubrandenburg) und drei Kindern (18, 15, 12/alle Schüler),
 - ein *Zahnarzt* (46, Dr., leitender Kinderstomatologe, Kreispoliklinik Oschersleben, CDU/Kreistagsabgeordneter), seine Ehefrau (34, *Diplombiologestellv. Laborleiter*, Kreiskrankenhaus Neindorf, CDU) und zwei Kinder (16, 11);
- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:
 - ein *Kapitän/Oberinspektor* (50, VE Kombinat Seeverkehr und Hafengewirtschaft Rostock, GVS-verpflichtet, SED), seine Ehefrau (45, *Kosmetikerin* in einer PGH) und Tochter (20, *Sachbearbeiterin* im Betrieb des Vaters).

Missbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland, u. a.:

- 23 Ärzte, darunter 6 Zahnärzte, u. a.:
 - ein *Chefarzt der Frauenklinik* (52, Dr., Bezirkskrankenhaus Potsdam),
 - ein *Abteilungsleiter* (48, Dr., Charité Berlin),
 - ein *Abteilungsleiter* (44, Dr., Bezirkskrankenhaus Karl-Marx-Stadt),
 - ein *Oberarzt* (38, Dr., Frauenklinik Altdöbern, Cottbus),
 - ein *Facharzt für Kinderheilkunde* (46, Dr., Landambulatorium Weischlitz, Karl-Marx-Stadt, SED),
 - ein *Kinderarzt* (47, Dr., Bezirkskrankenhaus Plauen/Kinderklinik).

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 5. November 1989 haben bisher 10 437 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR missbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 191 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 219 Ärzte, 80 Zahnärzte, 230 Lehrer und 144 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie 1 546 Personen mit Fachschulausbildung, darunter 589 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 172 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

Missbrauch von Dienstreisen u. a.:

Der Philosoph Prof. Dr. Bartsch, Gerhard⁷ (56, *Bereichsleiter*, Zentralinstitut für Philosophie/Akademie der Wissenschaften der DDR, SED/langjähriges Mitglied der KPKK der Kreisleitung der SED der AdW) unter Ausnutzung einer befristeten Studienreise nach Westberlin.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Ursachen, Motive und begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Rückgewinnungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

7 Gerhard Bartsch, Jg. 1933, marxistisch-leninistischer Philosoph.

Abkürzungen

AdW	Akademie der Wissenschaften der DDR
AG	Arbeitsgruppe
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (MfS)
AL	Alternative Liste
APÖ	Abteilungsparteiorganisation
BArch	Bundesarchiv
BePo	Bereitschaftspolizei
Bln (W)	Berlin (West)
BLZ	Bankleitzahl
BMK	Bau- und Montagekombinat
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
ČSSR	Československá socialistická republika, deutsch: Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Demokratischer Aufbruch
DEFA	Deutsche Film AG
DI	Demokratische Initiative
DJ	Demokratie Jetzt
Dr.-Ing.	Doktor der Ingenieurwissenschaften
DSF	Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DSR	Deutsche Seereederei Rostock
DV/MV	Delegiertenvollversammlung/Mitgliederversammlung
DVP	Deutsche Volkspolizei
e.V.	eingetragener Verein
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
GBK	Grenzbrigade Küste
GKK	Grenzkommando Küste
GSSZ	Grenzsignal- und Sperrzaun
GVS	Geheime Verschlusssache
HNO	Hals-Nasen-Ohren
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
K	Kriminalpolizei
Kfz	Kraftfahrzeug
KKW	Kernkraftwerk
KMU	Karl-Marx-Universität Leipzig
KOM	Kleinomnibus
KPKK	Kreisparteikontrollkommission
KRAS	Sowjetischer Lastwagentyp
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWO	Kabelwerk Oberspree
LBK	Landbaukombinat
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPG (P)	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Pflanzenproduktion)
LSK/LV	Luftstreitkräfte/Luftverteidigung
LVD	Luftverteidigungsdivision

LVO	Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe – Lieferordnung
MB III	Militärbezirk Süd
MB V	Militärbezirk Nord
MdI	Ministerium des Inneren
Med.	Medizin, medizinisch
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MLU	Martin-Luther-Universität Halle
Mot.	motorisiert
MPi	Maschinenpistole
MSD	Motorisierte Schützendivision
MSR	motorisiertes Schützenregiment
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NB	Neubrandenburg
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
Nkw	Nutzfahrzeug
NVA	Nationale Volksarmee
PD	Panzerdivision
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
Pkw	Personenkraftwagen
	Pankow (Stadtbezirk in Berlin)
POS	Polytechnische Oberschule
PR	Panzerregiment
RHG	Robert-Havemann-Gesellschaft
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
RPG	russische Panzerabwehrwaffe
RVO	Rechtsverordnung
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
TASS	sowjetische Nachrichtenagentur
TU	Technische Universität
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
UVR	Ungarische Volksrepublik
VEB	Volkseigener Betrieb
VMA	Vormilitärische Ausbildung
VPI	Volkspolizeiinspektion
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VR	Volksrepublik
WBK	Wohnungsbaukombinat
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZGB	Zivilgesetzbuch
ZIG	Zentrale Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe

Personenregister

- Abel, Jürgen 62
Ahrendt, Lothar 21, 33
Apfeld, Wolfgang 57
Arnold, Michael 37, 43, 52
Axen, Hermann 21, 33, 65, 69, 99
- Barbe, Angelika 84
Barton, Rüdiger 62
Bartoszek, Michael 44, 57
Bartsch, Gerhard 185
Bauer, Conny 62
Bausch, Karl 33
Berghofer, Wolfgang 168
Bickhardt, Stephan 44, 57
Bienert, Beate 62
Birthler, Marianne 84
Bischoff, Norbert 41, 62
Bohley, Bärbel 34, 36, 40, 52, 70–72, 74,
100–101, 106, 129
Bohley, Katrin 52
Böhme, Hans-Joachim 21, 33, 69, 99, 135,
136
Böhme, Manfred Otto »Ibrahim« 34, 51,
74–75, 84, 106
Böttger, Martin 34, 36, 52, 74
Brumme, Jörn 61
Büttner, Helmut 120
- Carlsohn, Hans 24, 33, 65, 69, 87, 95, 99,
135, 139, 152, 163, 174, 180
- Danz, Tamara 41, 61
Demke, Christoph 165
Demmler, Kurt 41, 62
Dickel, Friedrich 21, 33, 65, 69, 87, 99
Dohlus, Horst 10, 33, 65, 69, 87, 95, 99
Drees, Erika 37, 52
- Ebeling, Fred 103
Eberlein, Werner 21, 33, 69, 99
Eger, Jürgen 62
Ehle, Jürgen 61
Eigenfeld, Frank 37, 52
Eigenfeld, Katrin 37, 52
Eitner, Charly 61
Eppelmann, Rainer 41–42, 75–76, 84,
102–104
Erkrath, Hagen 52
- Felber, Horst 24, 95, 125, 135
Fiedler, Wolfgang 62
Fischbeck, Hans-Jürgen 44, 57, 166
Fischer, Karl 33, 95
Fischer, Oskar 21, 33
Fischer, Werner 34, 74
Flügge, Reiner 57
Forck, Gottfried 43
Freund, Olaf 52
- Genscher, Hans-Dietrich 65
Gerlach, Manfred 109
Gersdorff, Joachim 61
Göbel, Michael 105–106
Gorbatschow, Michail 16, 55
Griese, Ingo 61
Grimm, Peter 34, 74
Großmann, Werner 24, 33, 65, 69, 87, 95,
99, 125
Gutzeit, Martin 34, 50, 73, 75, 84
Gysi, Gregor 71
- Hackenberg, Günter 135, 139, 152, 163, 174
Hager, Kurt 10, 21, 33, 65, 69, 87, 95, 99
Hähnchen, Barbara 84
Halbhuber, Dietmar 62
Hassbecker, Uwe 62
Havel, Václav 53
Havemann, Annedore »Katja« 36, 53
Havemann, Robert 36, 41, 75, 102
Heber, Herbert 181
Hempel, Alfred 53
Hempel, Johannes 88
Henrich, Rolf 38, 40, 53, 120
Hergert, Thomas 62
Herger, Wolfgang 10, 21, 33, 65, 69, 87, 95,
99
Hermann, Jan 53
Herrmann, Joachim 21, 33, 65, 69, 87
Herzberg, André 61
Herzberg, Guntolf 73, 107, 123
Hirsch, Ralf 34, 38, 42, 72, 74
Honecker, Erich 10–11, 17, 21, 33, 65, 69,
87, 95, 109, 118
Hülsemann, Wolfram 102
- Irmiler, Werner 14, 24, 33, 87, 95, 99

- Jahn, Roland 38
 Jarowsky, Werner 21, 33, 69, 87, 99
 Jörgens, Jens 160
 Jörgens-Neubert, Kerstin 160
 Junck, Herbert 62
- Kaden, Ursula 75
 Kalex, Johanna 37
 Kalex, Roman 37
 Kerschowski, Lutz 62
 Keßler, Heinz 21, 33, 65, 69, 99
 Kienberg, Paul 24, 69, 95
 Kirchmann, Rainer 62
 Klähn, Martin 53
 Kleiber, Günther 22, 33, 65, 69, 99
 Kleine, Alfred 24, 95
 Klier, Freya 107, 123
 Kögler, Brigitta 103
 Kohl, Peter 161
 König, Martin 57
 Krahl, Toni 40, 61, 71
 Kramer, Lothar 62
 Kratsch, Günther 24, 95
 Kraußer, Peter 22, 87
 Krautwurst, Ines Agnes 62
 Krawczyk, Stephan 107
 Krenz, Egon 7, 10–11, 15, 18, 22, 33, 65, 69, 87, 95, 99, 108–109, 118, 125, 130, 135, 164
 Krolikowski, Herbert 22, 65
 Krolikowski, Werner 22, 33, 69, 99
 Küchler, Heinz 84
 Kwaschik, Martin 37
- Laartz, Gerhard 61
 Lampe, Reinhard 44, 57
 Lange, Bernd-Lutz 88
 Lange, Ingeburg 22, 33, 69, 99
 Lauschus, Matthias 62
 Lehmann, Heiko 62
 Lemke, Ernst 61
 Liebig, Christian 62
 Lietz, Heiko 45
 Löffler, Kurt 22, 87
 Lönning, Marcus 62
 Lorenz, Siegfried 22, 33, 69, 99
- Masur, Kurt 88
 Meckel, Markus 34–35, 50, 74, 75, 90
 Mehlhorn, Ludwig 44, 57
- Meinel, Reinhard 53
 Menge, Kathrin 53, 84
 Meyer, Kurt 88
 Middendorf, Jana 123
 Mielke, Erich 11, 17, 19, 24, 33, 65, 69, 87, 95, 99, 110, 125, 139, 152, 163, 174, 180
 Mieth, Helmut 181
 Misselwitz, Hans 76
 Misselwitz, Ruth 76
 Mittag, Günter 10, 22, 33, 65, 69, 87, 95
 Mittig, Rudi 24, 33, 65, 87, 95, 99, 125, 135, 139, 152, 163, 174, 180
 Modrow, Hans 10–11, 36, 41, 44, 75, 85, 102, 108, 135
 Momper, Walter 106–107
 Mückenberger, Erich 22, 33, 69, 99
 Müller, Gerhard 22, 33, 69, 99
 Müller, Margarete 22, 33, 69, 99
 Muttschall, Carsten 61
- Nawrath, Rainer 61
 Neiber, Gerhard 24, 33, 65, 69, 87, 95, 99, 125, 135, 139, 152, 163, 174, 180
 Neubert, Ehrhart 102–103
 Neumann, Alfred 22, 33, 69, 99
 Nickel, Otmar 53
 Noack, Arndt 51, 74, 75
 Nooke, Günter 103
- Pahnke, Rudi-Karl 41, 84, 102–103
 Pflugbeil, Christine 36
 Pflugbeil, Sebastian 36, 53, 72, 75, 85, 101
 Pommert, Jochen 88
 Poppe, Gerd 34, 74, 76, 85, 166
 Poppe, Ulrike 34, 57, 74, 84, 85
 Poppitz, Peter 65
 Powileit, Christina »Tina« 62
 Pumb, Reinhardt 36, 53
- Quast, Giselher 90
- Rebohle, Eberhard 33, 69
 Reiche, Steffen 105
 Reich, Eva 53
 Reich, Jens Georg 37, 40, 53, 72, 84, 101, 106–107
 Reinelt, Joachim Friedrich 89
 Rettner, Gunter 22, 33
 Reznicek, Hans-Jürgen 62
 Richter, Edelbert 41–42, 101–103

- Rockstroh, Axel 123
 Römer, Bernd 62
 Römer, Tine 62

 Schabowski, Günter 10, 22, 33, 65, 69, 95, 99
 Schmidt, Hanno 53
 Schmitz, Michael 104
 Schnur, Wolfgang 102–103
 Schöbel, Frank 40, 62
 Schöne, Gerhard 41, 61
 Schorlemmer, Friedrich 41, 101–102, 166
 Schreier, Martin 61
 Schult, Reinhard 36, 53
 Schultz, Jens 62
 Schulz, Werner 85
 Schürer, Gerhard Paul 23, 33, 69
 Schwanitz, Wolfgang 11, 24, 33, 65, 69, 87,
 95, 99, 125, 135, 139, 152, 163, 174, 180
 Seidel, Eberhard 36, 53, 106
 Seidel, Jutta 36, 53, 106
 Sindermann, Horst 23, 33, 69, 99
 Sonntag, Gerd 62
 Sorgenicht, Klaus 23, 33, 65, 69, 87, 99
 Stoph, Willi 10, 23, 33, 65, 69, 87, 95, 99
 Strauß, Werner 33
 Stropahl, Lutz Dietrich 53

 Tannhäuser, Dieter 33
 Templin, Regina »Lotte« 34, 74, 107, 123
 Templin, Wolfgang 34, 74
 Tisch, Harry 10, 23, 33, 65, 69, 95, 99
 Tschäpe, Rudolf 53
 Tschiche, Hans-Jochen 38, 40, 53, 70, 90, 121

 Ulbricht, Catrin 53
 Ullmann, Wolfgang 44, 57, 85

 Vogel, Wolfgang Heinrich 66

 Wagner, Harald 41
 Walde, Werner 23, 33, 69, 99
 Weidauer, Reinhard 85
 Weigt, Gerhard 57
 Weißhuhn, Reinhard 34, 74
 Weiß, Konrad 57
 Weiz, Angelika 41, 62
 Wenzel, Hans-Eckardt 61
 Wirzewski, Herbert 103
 Wollenberger, Vera 76
 Wötzel, Roland 88

 Ziemer, Christof 89
 Ziller, Christiane 103
 Zimmermann, Peter 88
 Zimmermann, Ralf 62